



VOR DEM PARTEITAG DER GRÜNEN S.7

Arbeiterkampf

Jg. II Nr. 209 28.9.81

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3

Förderpreis DM 5,-

»Angemessen
und
sachgerecht«

Polizei-Krawalle
in Westberlin

Kommunalwahlen in Niedersachsen

Grüne und Alternative im Aufwind

Gewinne für die CDU (etwa 2 %), Verluste von mehr als 8 % für die SPD und ein (landesweit hochgerechnetes) Ergebnis von etwa 7 % für grüne und alternative Listen brachte die niedersächsische Kommunalwahl am 27.9. Die CDU bejubelte zwar einseitig ihr eigenes Ergebnis, wies aber andererseits auf die bedrohliche Linkswendung eines Teils der SPD-Wählerschaft hin; einer ihrer Sprecher sah gar Parallelen zur Abspaltung vdr USPD von der Mehrheitssozialdemokratie. Eine Reihe von SPD-Listen und Kommunalpolitikern stachen demgegenüber schon zu Recht die Politik der Bremer Koalition, insbesondere in Sachen Aufrüstung und Sparpolitik, für ihr Debakel mitverantwortlich. Ersten freundlichen Worten für die Grünen als der nunmehr vierten etablierten Partei weichen in den nächsten Tagen seitens der SPD hier und das auch eindeutige Angebote folgen; das gilt insbesondere für Hannover, wo SPD und CDU über je 28, FDP und GABL („Grün-Alternative Bürgerliste“) über je vier Sitze verfügen. Hier wollte der bisherige SPD-

Oberbürgermeister allerdings auch eine große Koalition nicht ausschließen. Ähnliches gilt für Salzgitter, wo die Grünen das „Zünglein an der Waage“ sind).

Besonders erfreulich ist auch, daß in den Orten, wo es zu Konkurrenzkandidaturen zwischen alternativen und mehr bürgerlich orientierten grünen Listen gekommen ist (Hildesheim, Göttingen), die Alternativen deutlich besser abschnitten haben. Einige herausragende Einzelergebnisse: Buxtehude: AL 8,1 %, CDU 4,1 %, GABL 3,4 %, GABL (Grüne) 2,3 %; Lüneburg: CDU 14,1 %, GABL (Grüne) 12,7 %; Braunschweig: Grüne 6,4 %; Osnabrück: Grüne 5,9 %; Hannover: GABL 6,3 %; Hildesheim: GABL 5,4 %, WUL (Wahlgemeinschaft Umwelt und Leben) 0,9 %; Göttingen: AGIL (Alternativ-Grüne Initiativenliste) 6,33 %, GLG (Grüne Liste Göttingen) 4,56 %, DKP 1,92 Prozent (Bei Red.-Schluß waren allerdings erst 60 der 108 Wahlbez. ausgezählt); Oldenburg: Grüne 7 %, DKP 7,8 %.



Fotos: Peter Delfin (20)

Als „angemessen und sachgerecht“ loben Politiker der CDU/CSU, Polizei-Sprecher und Kommentatoren der Rechtspresse einhellig die Polizeiaktion zur Räumung von 8 besetzten Häusern in Westberlin. CDU-Chef Kohl sprach ihnen allen aus dem Herzen, als er die Polizeiaktion als „Zeichen besonnenen Mutes“ wertete, auf das „die überwältigende Mehrheit der rechts-trauen Bürger gewartet“ habe. Mit der Polizeiaktion sei „in einer maßvollen und sorgfältig abgewogenen Weise die Toleranzgrenze des Rechtsstaates“ deutlich gemacht worden (dpa, 24.9.).

Kommentare wie dieser ließen sich stundenlang zitieren. Bis in die letzte Redaktionsstube in der Provinz hat ein Rausch von Glücksgefühl, Kraftprotzereien und Übermut das gesamte rechte Gedankel erfaßt. Selbstverleumdung für seine ganze Zunft sei hier Herbert Kämpf von Springer's „Welt“ zitiert. „In dieser Woche hat sich in Deutschland etwas geändert.“ Die Gewerkschaften, die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, das Parteivolk der Sozialdemokraten, „die anständigen Leute“ von Westberlin seien nicht länger Hinzuhaken bereit, „daß sich ihre Stadt in das größte Sumpfloch der Nation verwandelt“. Sie hätten den Regierenden deutlich gemacht, „daß ihre Geduld mit den Unduldsamen auf der Straße, mit der Lüge ihrer Verharmlosung und sozial-psychologischen Interpretation in den Hauptquartieren der Parteien zu Ende sei“. Die Regierenden „können im Volk, das sein Ansehen und sein Eigentum bedroht steht, mit Schafsgeduld nicht mehr rechnen“. Die Mehrheit „schreie: nicht mehr!“ (Welt, 24.9.).

Solche Jubel- und Rauschaktionen mögen den Herbert Kämpf nicht bewegt haben, als am Tage der Nazi-Machtergreifung 1933 die braunen Horden im Jubel der „anständigen Leute“ durch das damals noch ungeteilte Berlin marschierten. Mobilisierung des gesunden Volksempfindens, Lenkung des kochenden Volkzornes gegen fremdstämmige oder politisch radikale Minderheiten – das ist allemal der Traum der Rechten. Wie anständig die mobilisierten „anständigen Leute“ sind, zeigt sich in der Praxis immer wieder. Beispielweise, wenn „25 mit Axten bewaffnete Zuhälter“ als militante Speerspitze des anständigen Berlins ein von Jungdemokraten besetztes Haus zu stürmen versuchen („Welt“, 24.9.). Daß zum bewaffneten Arm des anständigen Berlins natürlich auch die Nazi-Banden gehören, versteht sich von selbst.

Abgesehen von solchen, es sei zugegeben, Extremen, ist festzustellen, daß es in diesem Land immer noch einen soliden Bevölkerungsanteil gibt, der vor progressiven Veränderungen im eigenen Lebenskreis und in der Gesellschaft mehr Angst hat als vor irgendetwas sonst auf der Welt. Das ist zwar keine Mehrheit, aber immerhin ein starker und zäher sozialer Block.

An d e r s wären Polizeiaktionen wie jetzt in Westberlin gar nicht machbar. Aktionen, bei denen von der Leine gelassene Polizei-Horden im Blutbad alles zusammenknüppeln, was sich bewegt, einschließlich der Bankangestellten, der gerade die Schreien vor dem Eingang zusammenlegt. Aktionen, bei denen Tränengas aus nächster Nähe in Menschengruppen und Hauseingänge gefeuert wird; Aktionen, bei denen Polizeistiefel die Blumenstrüße zerstampeln, die an jenem Ort niedergelegt wurden sind, wo kurz zuvor ein junger Mensch ums Leben kam. Allenfalls ein Toter weckt Erschütterung. Wer aber spricht von den zerschlagenen Knochen, Kopfplatwunden, Gehirnerschütterungen, den vielfachen Schmerzen und anhaltenden gesundheitlichen Folgen, die jeder dieser „maßvollen und sorgfältigen“ Polizei-Einsätze hinterläßt?

Fortsetzung Seite 2

Polen: Demokratisierung am Ende?

Die Situation in Polen und mehr noch die Drohungen seiner „realsozialistischen“ Nachbarn haben sich in den letzten Tagen weiter zuspitzt. Besonderer Signalwert kommt dem neuen Ultimatum der sowjetischen Führung zu, bei dem nicht einmal der verschleierte Versuch gemacht wird, die grobe Einmischung in Polens Angelegenheiten irgendwie zu kaschieren. Man habe, so wird da reasoned, „das volle moralische Recht“, von Polen Maßnahmen gegen „antisowjetische Umtriebe“ zu fordern, zumal solche Umtriebe

„im direkten Widerspruch zu den Bündnispflichten Polens“ stünden. Wobei unter „antisowjetischen Umtrieben“ bereits der Appell der Solidarnosc an die sowjetischen Arbeiter zur Bildung autonomer Gewerkschaften zu verstehen ist. Klagen wird diesem Appell kaum irgendjemand auf der Welt beschuldigen wollen, aber ihn zum Gegenstand ultimativer Drohungen zu machen, ist nur zwischen Staaten möglich, die zueinander in einem Herr- und Knecht-Verhältnis stehen.

Fortsetzung Seite 42

ALTERNATIVE VERTEIDIGUNG?

»RAF«: Bomben und Schüsse gegen die US-Army

Artikel
Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Nachdem das anständige Berlin seine Festtage gehabt hat, ist nun allerdings wieder Zeit für die „Koalition der Verunsicherten“ (Weizsäcker). Der Polizeistatistik folgt das Bemühen um einen neuen, breiten Konsens zwecks Spaltung der demokratischen Opposition und Isolierung der „harten Kerne“. Den Rahmen für die angestrebte Große Koalition steckt ein gemeinsamer Appell der Westberliner Gewerkschaften und Kapitalistenverbände ab: „... In dieser krisenhaften Situation richtet sich die Hoffnung der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung auf die gewählten Repräsentanten im Abgeordnetenhaus, alles zu tun, um der Bevölkerung durch Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte das Gefühl der Sicherheit wieder zu vermitteln. Nur auf der Grundlage einer solchen Geschlossenheit können die drängenden Probleme der Stadt gelöst werden ... Es muß wieder das, was von der Mehrheit der Bevölkerung als Grundlage des Zusammenlebens anerkannt und gewollt wird, zur bestimmenden Maxime des politisch verantwortlichen Handelns werden ...“ (zitiert nach „Tagesspiegel“, 24.9.).

Es folgten einige Mißliche taktische Winkelszüge der SPD: Nachdem die Alternative Liste einen Mißtrauensantrag gegen CDU-Innenminister Lummier angekündigt hatte, spielten einige führende SPDler mit dem Gedanken, der AL durch einen eigenen Mißtrauensantrag den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diesem Antrag wären – was von Anfang an voraussehbar war – mehrere rechte und/oder korrupte Abgeordnete der SPD, allen voran der örtliche DGB-Chef Sickert, nicht gefolgt. Am Ende der Taktikerei zog die SPD unter heftigem

Gorleben-„Aktionstage“ vom 2.-4. Oktober

Trotz des inzwischen verhängten Zwischenlagers-Baustoppes sollen die „Aktionstage“ durchgeführt werden, allerdings in veränderter Form.

In einem unter anderem von der BI Lütchow-Dannenberg unterstützten Aufruf wird die momentane zugegriffene Entsorgungskrise dargestellt und die Forderung nach sofortiger Stilllegung aller AKW's aktualisiert. Mit dieser Stoßrichtung soll am Sonntag, dem 4.10., ab 13.00 Uhr eine Kundgebung vor den Mauern der ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 stattfinden (dies ist der für das Zwischen-

Widerspruch der Juos ihren angekündigten Mißtrauensantrag zurück und vereinbarte mit der CDU stattdessen einen „Dialog über Wege zu innerem Frieden“, zu dem breit eingeladen werden sollte. Zu der Gesprächsrunde, die erstmals am 26.9. stattfand, wurden alle vier Parteien des Abgeordnetenhauses (also auch die AL), die Gewerkschaften, Kirchenvertreter, Kapitalistenverbände, Landjugendring, Sprecher der Hausbesetzer und von diesen anerkannte „Vermittler“ zu Tisch gebeten. Letztere lehnten die Einladung ebenso ab wie der Landjugendring und die AL. Als Argument stand dabei im Vordergrund, daß man sich nicht mit dem für die Polizeistatistik verantwortlichen Lummier zusammensetzen wolle.

Das Gespräch am 26.9. endete mit einer vagen Ankündigung Weizäcker, den Hausbesetzern „neue Angebote“ zu machen, während der Gespräche darüber auf neue Räumungen zu verzichten und die Gesprächsrunde am 7. Oktober fortzusetzen.

Daß zu einem solchen „Angebot“ erst eine große Polizei- und Räumungsaktion mit Dutzenden von Verletzten und einem Toten nötig war, könnte absurd erscheinen. Es entspricht aber ganz und gar der Logik der Herrschenden. Gemäß der alten Doktrin „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wechseln in der Strategie der Herrschenden gewalttätige Polizeikaktionen und angeblich „vernünftige“ Verhandlungsangebote einander ab. Mit der blutigen Räumung von acht besetzten Häusern hat man, wie einige rechte Kommentatoren treffend feixen, „ein Exempel statuiert“. Nun hofft man, daß dieses blutige Exempel einen Teil der demokratischen Opposition „zur Vernunft“ – d.h. an den Verhandlungstisch bringt, während ein kleinerer Teil in zunehmende Isolation und damit auch zu immer wahnwitzigeren Verzweiflungsaktionen getrieben werden kann.

Daß dies alles den Herrschenden leicht fallen könnte, ist allerdings nicht zu befürchten. Noch vor einigen Monaten konnte es den Anschein haben, als werde nach den (damals noch von SPD-Vogel kommandierten) Polizeikaktionen gegen besetzte Häuser das aktivierbare Protestpotential von Mal zu Mal kleiner und sozial begrenzter. Die starken Reaktionen auf die jüngste Polizeikaktion zeigen aber ein gegenteiliges Bild. Die Präsenz der Alternativen Liste im Abgeordnetenhaus ist dabei ein sehr wichtiger Faktor.

Achtung Spitzel!

Peter wird schon mit einiger Zeit als Spitzel verdächtigt. Vor einer Woche hat es uns erreicht. Wir wollten die Sache vom Tisch haben. Wir sind an einem Tag mit ihm sein Leben in den letzten Jahren durchgegangen. Alles, was wir hörten, haben wir überprüft. Es war für ihn und uns die sauberste Lösung.

Wir haben bei seinem Arbeitgeber angerufen, seine Freunde besucht und uns seine Wohnung angesehen. Wir hätten ihn gern entlastet. Wir haben uns jede Information mehrmals bestätigen lassen. Was dabei herauskam, klingt wie ein Märchen, ist nur leider wahr.

Peter ist in mehreren Gruppen als Spitzel verdächtigt worden. Mehrmals ist er rausgefliegen. Aber keine Gruppe warnte die Öffentlichkeit. Diesen Fehler wollen wir nicht machen.

Nehmt auch vor Peter in acht. Schmeißt ihn aus euren Gruppen raus. Gebt uns Bescheid, wenn er bei euch auftaucht!



Peters Lebenslauf

1977 schließt er eine Lehre als Maschinenbauer ab und geht an die Fachoberschule in Delmenhorst. Zu dieser Zeit stirbt ein Verwandter in der DDR und hinterläßt ihm eine beachtliche Erbschaft. Peter fährt oft in die DDR, um dort das Geld zu verbubeln. Auf einer Fahrt wird er als angeblicher Fluchthelfer festgenommen. Er soll in den Knaat und seine Erbschaft verliern, wenn er nicht für den Staatssicherheitsdienst spitzelt. 1978 beginnt er im Westen Fluchthelfer anzuwerben und gibt ihre Namen an den Stasi. Dabei mußte ihm klar sein, daß er Leute für Jahre hinter Gitter bringt. Peter, der ziemlich viele persönliche Schwierigkeiten hat, macht diese Agentendienstleistungen nicht nur, weil er in

einer Zwangslage steckt. Abenteuerlust und Verdrängung von Minderwertigkeitskomplexen sind mit im Spiel. Auch der Bundesnachrichtendienst bekommt Peter 1978 noch in die Finger. Peter soll nun seine Ostkontakte preisgeben. Aber die Rolle des Doppelagenten macht ihn fertig. Er will den BND linken und Bundeswehrinformationen an die DDR verschicken. Daraufhin läßt ihn der BND fallen. Anfang 1979 kommt Peter unter dem Verdacht des Landesverrats in U-Haft. Nach 2 Monaten ist er plötzlich frei. Jetzt muß er für das Rauschgiftdezernat Hannover spitzeln. Angeblich nur große Fische, doch er läßt auch kleine Dealer hochgehen. Seine Bezahlung: Die Benzinkosten. Im gleichen Jahr bekommt er eine Anklage wegen Erpressung, im folgenden 2 wegen Körperverletzung.

Nach und nach werden seine Spitzeldienste im Delmenhorst bekannt. Er kann sich dort nicht mehr sehen lassen. Seine Wohnung gibt er auf und flingt 1980 in Hude an zu arbeiten. Im Oktober gibt er den Job auf. Er hat mehrere 1000 DM Schulden. Nun taucht er in die Oldenburger Sponti-Szene ein, fällt dort aber bald durch seine Fragerel auf. Als die Oldenburger Informationen aus Delmenhorst erhalten, schmeißen sie Peter nach einem harten Verhör raus. In seinem Wagen wird eine Pistole entdeckt. Nun geht Peter zur SDAJ in Bremen. Auch dort wird er rausgemittelt.

Ostern 81 kommt es zu Krawallen in Vegesack. 3 Tage später taucht Peter bei den Hausbesetzern auf. Er sagt, er wohne in Bremen und gehe dort zur Schule. Beides stimmt nicht. Damit wollte er vertuschen, daß er jeden Tag 100 km fährt, um nach Vegesack zu kommen. Zu diesem Zeitpunkt gibt er monatlich 1500 DM aus. Er hat viele Schulden, aber keinerlei Einkünfte.

Seine Fragerel brachte ihn auch in Bremen-Nord in Spitzelverdacht, aber seine Mitarbeit und persönlichen Freundschaften halfen ihm, ungehindert weitere Informationen zu sammeln. Mitte 81 gelang es ihm, in Bremer Szene-Kreise reinzukommen.

Achtung: Peter hat Kontakte nach Syke, Nesselau, Rastede und zum DGB. Er verkehrt in Kneipen und Discos im gesamten Umland von Bremen.

Kontaktadresse: TAZ-Büro Bremen, Bernhardstr. 7, Tel. 0421/76699

Irland-Info-Rundreise

In der Zeit vom 2.10. - 19.10.1981 werden 2 irische Genossen von SINN FEIN/IRA in mehreren Städten der BRD auf Veranstaltungen sprechen. Die Genossen sind Fra Mc Cann, Ex-blancet-man aus Long Kesh und Sean Halpanny, Vertreter des Sinn Fein-Auslandreferats.

Auch nach dem 10. Hungerstreiktoten in Irland und trotz aller Aktionen und Kämpfe in Irland selbst sowie zahlreicher Solidaritätsaktionen im Ausland (USA, Australien, Frankreich) ist eine Lösung des Konflikts nicht in Sicht.

Die Thatcher-Regierung ignoriert bisher beharrlich die Unterstützung des Hungerstreiks durch die Bevölkerung, sei es durch Wahlen (Bobby Sands, Owen Carron) oder Protestdemonstrationen.

Die Gefangenen haben jedoch erklärt, daß für sie keine Alternative außer der Fortsetzung des Hungerstreiks bis zum Tode besteht, um ihre Identität als Widerstandskämpfer zu erhalten. Dies bedeutet entgegen öffentlich geläuften Spekulationen, daß der Hungerstreik mit Unterstützung der irischen Bevölkerung fortgesetzt wird, auch wenn die INLA erklärt hat, daß sie das bisherige Verhältnis von Gefangenen, die am Hungerstreik teilnehmen, von 1:4 verändern will.

Auf dem Hintergrund der in der BRD öffentlich geführten Diskussionen über die politische Bewertung der Hungerstreiks, in denen die Sinn Fein von einem Teil der Kritiker als Hungerstreik-Partei und tradierte republikanische Organisation denunziert wurde, soll diese neuerliche Rundreise dazu dienen, zum einen diese Kritiken an den richtigen Adressaten zu wenden und zum anderen dazu beitragen die festgefahrene Solidaritätsbewegung hier zu beleben.

Die einzelnen Veranstaltungen werden dezentral und autonom von den jeweiligen örtlichen Veranstaltern inhaltlich vorbereitet. Wir bitten Euch, diese Rundreise entsprechend mit inhaltlich vorbereiteter, wir bitten Euch, diese Rundreise entsprechend zu unterstützen, damit die Solidaritätsbewegung für den irischen Widerstand eine breitere Basis gewinnt. Bitte macht die Termine bekannt! Falls Ihr Möglichkeiten für Artikel, Interviews, Info-Stände habt, setzt Euch mit uns in Verbindung.

Die Rundreise wird wieder viel Geld kosten; bitte unterstützt uns mit Spenden, etc.

Mit solidarischen Grüßen
Anti-Bl-Block-Armagh-Komitee
Frankfurt

- 2.10.81 Frankfurt**
Und Frankfurt, 19.30 Uhr (Raum wird noch bekanntgegeben)
- 3.10.81 Kassel**
Phillip-Scheldemann-Haus, Holländische Str., 19.30 Uhr
- 5.10.81 Berlin**
Spektrum, Gneisenaustr. 42, 20.00 Uhr
- 6.10.81 Bremen**
Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34, vor 20.00 Uhr
- 7.10.81 Hamburg**
wird noch am Ort bekanntgegeben
- 8.10.81 Kiel**
wird noch am Ort bekanntgegeben
- 9.10.81 Münster**
Kath. Studentengemeinde, Frauenstr. 19.00 Uhr
- 11.10.81 Aachen**
wird noch am Ort bekannt gegeben
- 12.10.81 Göttingen**
zu erfahren über ASTA Göttingen
- 13.10.81 Marburg**
zu erfahren über Theo Bruns, Tel. 06421/27688
- 14.10.81 Karlsruhe**
Gaststätte Ziegler, Baumeisterstr. vor 20.00 Uhr
- 15.10.81 Offenburg**
Garthaus Brandeck, Zellerstr., vor 20.00 Uhr
- 16.10.81 Bochum**
Haus der kath. Jugend, Humboldtstr. 19.30 Uhr
- 19.10.81 Stuttgart**
wird noch bekannt gegeben

Am 17.10.81 um 10.30 Uhr findet in Münster, Hindenburgplatz eine zentrale Irland-Demo statt. Verteilt den Aufruf, mobilisiert zu dieser Demo in der britischen Garnisonstadt!!!



Bericht von der Demo in Itzehoe

Am Sonnabend, den 26.9., fand in Itzehoe eine Demonstration zu den Brokdorf-Prozessen statt. Die Prozesse beginnen am 29.9. vor den Gerichten in Itzehoe. D

Die Demonstration begann mit einer Kundgebung in der Innenstadt, ca. 800 Leute waren aus vielen Norddeutschen Bi's gekommen.

Zuvor waren am Hamburger Treffpunkt die PKW's der Demonstranten gefilzt worden und zwei Leute wurden kurzfristig festgenommen. Auf der Hinfahrt wurden erneut Autos angehalten und durchsucht. Grundsätzlich wurden die Personalien von der Polizei festgelegt.

Auf der Kundgebung in Itzehoe redeten einige der 13 angeklagten AKW-Gegner. Ein Brief von Michael Duffke, der nach wie vor im Knaat von Neumünster sitzt, wurde verlesen, unsere Bestürzung über den Tod von K.-J. Rattay aus Westberlin und unsere Solidarität mit den Hausbesetzern wurde ebenso zum Ausdruck gebracht, wie die Unterstützung mit allen Brokdorf-Angeklagten.

Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein Demonstrationzug zum Polizeihochhaus in Itzehoe, um dort die Forderung nach Freilassung von Michael Duffke zum Ausdruck

zu bringen.

Die Demo verlief sehr kämpferisch, aber völlig friedlich. 300 Meter vorm Polizeihochhaus wurden wir in einer engen Straße völlig von den Bullen eingeschlossen. Sofern nicht die Häuser den Weg versperrten, sah man dicke Bullenkettchen, die durch Wasserwerfer flankiert wurden. Eine formale Auflösungsaufforderung der Polizei an uns mußte schon aus dem Grunde wirkungslos bleiben, weil wir, selbst wenn wir gewollt hätten, die Straße nicht verlassen konnten. Kurz darauf wurden die Wasserwerfer eingesetzt und die Bullen prügelten drauflos.

Nach unseren Informationen gab es mehrere Verletzte und 18 Verhaftungen. Klütschnaß und von Tränengasgranaten eingeebelt, rannten wir, um den Prügeleien zu entkommen. Auf dem Fluchweg wurden mehrere Scheiben von Banken zertrümmert. Auf den Sammelpunkten der Demonstranten wurden noch Leute verhaftet. Ein Sanitätswagen wurde provokativ von Bullen überfallen, auch hier wurden die Personalien der Leute aufgenommen. Viele PKW's wurden auf dem Heimweg noch in Itzehoe von Polizeieinheiten gestoppt.

Um 18 Uhr waren noch 8 Demon-

stranten inhaftiert, am Sonntag um 12 Uhr noch einer.

Wir fordern:
Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren
Sofortige Freilassung von Michael Duffke
Weg mit den Bußgeldbescheiden
Keine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

Prozestermine:

29.9. Amtsgericht Itzehoe, 9 Uhr, Raum 13 gegen Ralf, wegen schweren Landfriedensbruchs, Widerstand und Gefangenenbefreiung am 28.2.

1.10. Landgericht Itzehoe, 9.30 Uhr gegen Markus Mohr und Michael Duffke, wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch

5.10. Amtsgericht Itzehoe gegen Axel Schreimann, Frank Brayhahn u.a., wegen Brandanschlägen auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt im Nov./Dez. 80

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lerchenstr.
78, 2 Hamburg 50; Fernruf
Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46;
Redaktion Hamburg 43 54 15;
V.i.S.d.P.: H. Beckhoff, Verlags-
anschrift; Abonnementspreis
jährlich DM 90, halbjährlich DM
48 (als Förder-Abo jährlich 140,
halbjährlich DM 76; Bezahlung
im Abwurf, sonst Pöschel Hamburg
27175-203 / BLZ 300 100 20
oder Dresdner Bank Hamburg,
Konto 4810 68500 /
BLZ 200 800 00;
Einzelpreis DM 3,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterscheinen
durch höhere Gewalt keine Ent-
schädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach die-
sem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefange-
nen persönlich ausgehändigt
worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Aushändigung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Abnehmer mit dem Grund
der Nichtaushändigung zurück-
zusenden.

Alternative Verteidigung?

Bomben und Schüsse gegen die US-Army

Die Friedensbewegung der BRD hat eine neue Variante: die Anschlagserie der wieder in Aktion getretenen RAF und ihrer Freunde auf Einrichtungen und Funktionsträger des US-Militärapparates in der BRD.

Am 31.8. meldete sich die RAF mit einem Bombenanschlag auf das europäische Hauptquartier der US-Airforce in Ramstein. Bei der Detonation sollen 20 Menschen verletzt worden sein; offenbar aber niemand schwer. Ein „Kommando Sigurd Debus“ übernahm im Namen der RAF in einer an die Presse verschickten Erklärung die Urheberchaft für den Anschlag. Man habe die Basis „angegriffen“, weil sie die „Zentrale für den Atomkrieg in Europa“ sei, und im bekannten RAF-Ton: „Die US-Imperialisten werden ihre Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe vorbereiten und ausführen können. ... Gegen alle resignativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen Wünschen sagen wir, daß dieses Monster zu besiegen ist ...“ (Siehe nebenstehende Dokumentation).

Am 16.8. - kurz nach dem provokativen Besuch des US-Außenministers A. Haig in West-Berlin - erfolgte in der Nähe von Heidelberg ein weiterer Anschlag auf den US-General Kroesen. Kroesen ist Oberkommandierender der US-Armee in Europa, Stellvertreter des Nato-Oberkommandierenden in Europa und Befehlshaber der Nato-Heeresgruppe Mitte, deren Hauptquartier sich in Heidelberg befindet. Nach letzten Angaben des BKA wurde Kroesen von einem Mann mit einem Ampel-Halt kurz vor Heidelberg mit zwei Panzerfäusten angeblich russischer Bauart beschossen. Eine davon habe das Heck des Wagens durchschlagen und ein vierzig Zentimeter großes Loch in die Straße gerissen. Außerdem sei der Wagen von acht Schüssen getroffen worden. Die Insassen des Wagens kamen mit leichten Glassplitter-Verletzungen davon. Am Ort des Anschlages wurde ein Zeit mit „Arbeitsgerät“ gefunden. Von den Akteuren fehlt bisher jede Spur.

Einen Tag nach dem Anschlag übernahm diesmal ein „Kommando Gudrun Ensslin“ der RAF die Verantwortung. Die Erklärung beginnt wie die zum Ramsteiner Anschlag: Kroesen sei „angegriffen“ worden, weil er einer der US-Generäle sei, „die die imperialistische Politik in Westeuropa bis zum Golf real in der Hand haben. ... Er bestimmt, wann und wo Neutronensprengköpfe abgefeuert werden“. Folgt dann auch hier wieder die bekannte Pose: „Der Kampf in der Metropole kann den globalen imperialistischen Apparat von hier aus sowohl in Schach halten, daß mit den Revolutionären der 3. Welt ein neuer Durchbruch erkämpft werden kann. ... Widerstand heißt die eigene Praxis in den Zusammenhang der Guerilla stellen.“ (Siehe nebenstehende Dokumentation.)

Eine Serie weiterer (versuchter) Anschläge, nicht von der RAF, sondern von nicht bekanntgewordenen Gruppen, ergänzt diese Aktionen: - Ein Anschlag auf die SPD-Zentrale Hessen in Frankfurt/M. in der Nacht vom 31.8. auf 1.9., begleitet von einem nicht unterzeichneten „Bekennbrief“, der sich bemüht, sich dem Ton der RAF-Erklärungen anzugleichen: „Wir haben in der Nacht zum 1. September 1981 - bundesweiter Friedenstag - die hessische SPD-Zentrale in Frankfurt/Main angegriffen - den Sitzungsraum vollständig abgeackert (na ja! - d.V.) die Umgebung mit ant imperialistischen Parolen besprüht. SPD - weil wir wissen, was die Politik der SPD ist; die Bedingungen für den Krieg der USA zu schaffen“.

- Ein versuchter Anschlag auf die Gleisanlagen der Versorgungsline des Heidelberger US-Quartiers. Zwei Bomben wurden gefunden und vor der Explosion entschärft. Hinweise auf „Täter“ hat das BKA nicht, eine „Erklärung“ ist nicht bekannt.

- Brandanschläge auf US-Unterkünfte in Wiesbaden - „Täter“ unbekannt.

- Brandanschlag auf das US-Konsulat in Frankfurt - „Täter“ unbekannt.

- Ein mißglückter Bombenanschlag auf Anlagen des Napalm-Produzenten „Dow Chemical“ in Dörmelhof, bei dem der Sprengsatz nicht zündete. Dieser Anschlag wurde erst durch die anschließend verbreitete (technische) Selbstkritik bekannt. Keine Gruppen-Unterschrift.

Es ist zu vermuten, daß eine Reihe weiterer Anschläge, versuchter Sabotage u.ä. dieser Art stattgefunden haben und weiterhin vermehrt stattfinden werden.

Die US-Behörden und Politiker werten die Anschläge als „besorgniserregende Zeichen“ der Zuspitzung des Anti-Amerikanismus in der BRD. Im übrigen erklärt ausgerechnet die Riege der US-Militaristen - Kriegsminister Weinberger, Scharfmacher A. Haig sowie der direkt betroffene Kroesen - einhellig ihre „Verwunderung“, daß Leute, die den Frieden wollen, zur Gewalt und unfriedlichen Mitteln greifen. Bundeskanzler Schmidt mußte sich in einem Telegramm, der US-Regierung volle Solidarität auszudrücken. Die Politiker überboten sich mit Bekundungen von „Abschau und Empörung“ - natürlich im Namen des ganzen „deutschen Volkes“. Nach jahrelangem erprobtem Rezept erwartete man auch die obligatorischen Distanzierungen seitens der verschiedenen Kräfte der Friedensbewegung von den „Mörder- und Gewalttätigen“.

Allem Distanzierungsdruck zum Trotz hat es aber den Anschein, als ob sich große Teile der Friedensbewegung keineswegs „wundern“ über die Anschläge auf US-Einrichtungen und -Militär. Trotz großer Kritik an der RAF vermag sich kaum jemand so recht über die Anschläge aufzuregen. Sie werden eher als unvermeidbare und nicht einmal unbedingt unerwünschte Folge der apokalyptischen Kriegstreiber der Nato eingeordnet.

Es ist nicht nur die RAF, die hier - wie die „Zeit“ meint - einen „Ausbruch aus der Isolation“ versucht, indem sie sich an die Friedensbewegung „anhangt“. In vielen, vor allem jungen Menschen, wächst die Überzeugung, daß die Kriegstreiber, wenn überhaupt, dann nur mit Gewalt gestoppt werden können. Moralische Empörung über ein paar Bomben gegen die Brutstätten eines millionenfachen Massenmordens und deren Kommandeure will sich sowieso nicht einstellen.

„Klammerheimliche Fraude“ über die Anschläge darf sich angesichts der juristischen Praktiken in der BRD natürlich nicht in offener Zustimmung äußern. Aber es soll sich niemand darüber hinwegsetzen, daß sich solche Formen des Widerstands in den Strom einer sich radikalierenden Friedensbewegung einordnen.

Der Anspruch der RAF allerdings, damit nun als „Avantgarde“ an der Spitze der Bewegung zu stehen, wie es aus ihren Erklärungen hervorgeht, ist mehr als töricht.

Es verrät wenig Augenmaß bzgl. der bestehenden Kräfteverhältnisse und des realen Effekts ihrer Aktionen, wenn in den Erklärungen von „Angriffen“ ins „Herz der Bestie“ oder gar von „in Schach halten“ die Rede ist. Mit solchem theatralischen Geschwätz wird die RAF nach wie vor Kopfschütteln hervorrufen.

Nach wie vor bricht auch die sattem bekannte Massen-Verschönerung der RAF hervor, wenn diese ihre Aktionen ausdrücklich „gegen“ alle resignativen Fluchtphantasien und die „komplementären hilflosen pazifistischen Wünsche(n)“ stellt, wenn sie als „Widerstand“ nur ihre eigene, enge Definition zulassen will: „Widerstand heißt die eigene Praxis in den Zusammenhang der Guerilla stellen“. Das hatte man sogar in den Anfangszeiten der RAF schon sinnvoller gelesen.

Sollte die RAF tatsächlich zu neuen Aktivitäten im Rahmen der Friedensbewegung aufbrechen wollen, dann wird sie bescheidenen und realistischen auftreten müssen; andernfalls wird sie die von ihr erstrebte Verbindung von illegalem und legalem Widerstand eher erschweren.

Dokumentation

Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschinerie angreifen

Gegen den imperialistischen Krieg im internationalen Klassenkrieg kämpfen

heute haben wir mit dem KOMMANDO GUDRUN ENSSLIN den oberkommandierenden der us-army und des nato-abechnitts europa mitte, general kroesen angegriffen. er ist einer der us-generäle, die die imperialistische politik in westeuropa bis zum gulf real in der hand haben, weil er über den einatz und die mittel in der konfrontation entscheidet, er bestimmt über die konventionelle verwüstung und legt fest, wann und wo neutronensprengköpfe abgefeuert werden, er befiehlt den us-interventionstruppen, die hier zum einatz bis hin zum gulf stehen. er ist neben rogers der strategie, der von der front europa ins pentagon gerufen wird, wie zum beispiele bei der entscheidung für eine intervention im iran.

er wird einer der amerikanischen militärs sein, die starr schmidt, gescher, straus, koht oder wer es denn auch ist, die brd offen kommandieren wollen, wenn der widerstand den kolonialstatus dieses landes ernsthaft erschüttert, dafür wird unter anderem seit jahren die brd-linke im computer im heidelberger headquarter gespeichert.

er trifft sich regelmäßig mit der bundesregierung zur permanenten abstim-mung und für die direkte lagebeurteilung, die mit den in der nato zusammengestellten westlichen geheimdienstberichten die ent-querrille-kriegführung der us in westeuropa bestimmt.

kroesen ist frontgeneral, westeuropa ist nicht mehr hinterland, von dem aus der imperialismus krieg führt - es ist nach den siegen in den befreiungskriegen in der 3.welt, nach der entwicklung der guerilla in westeuropa, nach dem einbruch der imperialistischen gesamt-kriegs auch teil der weltweiten front geworden, der teil, in dem sie zwar alles besitzen, aber auch der teil, der zum engpunkt dafür geworden ist, daß der prozess der befreiung auf der ganzen, weltweiten linie wirklich weitergeht.

DER KAMPF IN DER METROPOLE KANN DEN GLOBALEN IMPERIALISTISCHEN APPARAT VON HIER AUS SOWEIT IN SCHACH HALTEN, DASS MIT DEN REVOLUTIONÄREN IN DER 3.WELT EIN NEUER DURCHBRUCH ERKÄMPFT WERDEN KANN - DER KAMPF IN DER METROPOLE JETZT SIND DIE REALEN SCHRITTE DER REVOLUTION IM ZENTRUM SELBST, DIE HIER NUR EINE PERMANENTE UMWÄLZUNG IM PROZESS DER ENT-

WICKLUNG DES REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDS SEIN KANN.

widerstand heißt angriff gegen den konter-revolutionären angriff, widerstand heißt die eigene praxis in den zusammenhang der guerilla stellen, guerilla, der kampf der gefangenen auf der guerilla, der kampf der ant imperialistischen militanten sind die linien, die als eine einheit die revolutionäre front in westeuropa bilden - oder bilden werden.

ALLE KÄMPFE FÜR LEBENSBEDINGUNGEN IN ALLEN BEREICHEN ALS ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPF FÜHREN, ALSO ZUR FRONT BRINGEN, DEN KAMPF DER GEFANGENEN ALS ZENTRALEN BESTANDTEIL DES REVOLUTIONÄREN KAMPFS ZUR EIGENEN SACHE MACHEN, UNTERSTÜTZT DIE GEFANGENEN HIER, IN IRLAND, IN DER TÜRKEI, ITALIEN, SPANIEN.

DIE WESTEUROPÄISCHE GUERRILLA ERSCHÜTTERT DIESSES ZENTRUM

KÄMPFT MIT UNS

rote armee fraktion
18.8.1981

Krieg dem imperialistischen Krieg

Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschine angreifen

heute haben wir mit dem KOMMANDO SIGURD DEBUS das hauptquartier der us-airforce in europa in ramstein angegriffen.

die us-imperialisten werden ihre weltbeherrschungspläne nicht in ruhe vorbereiten und ausführen können.

sie wollen den krieg, sie wollen die geschichte zurückdrehen hinter die offensive der befreiungsbewegungen, die ihre politische und militärische macht weltweit zurückgedrängt hat, der hebel dazu soll sein, das militärische gleichgewicht zwischen den sozialistischen und den imperialistischen mächten umzuwerfen. diese historische veränderung zurückzurollen, wieder zur stärksten, allebeherrschenden weltmacht zu werden, ist ihr erklärtes ziel, das heißt: die direkte vorbereitung der kriegführung an allen fronten in europa und in der 3.welt.

sie ahnten in den letzten 10 jahren - der beginn der technologischen umrüstung und der strategischen neustrukturierung ihrer kriegsmaschine seit dem höhepunkt des vietnamkriegs, die realisierung des nato-langezeitprogramms, neutronenbomben, der „kampf gegen den internationalen terrorismus“: ein geschlossenes programm zur aufstandsbekämpfung in westeuropa, die versicherung eines massenmordes in el salvador, der nato-putsch in der türkei - haben dieses ziel.

jetzt kehrt der imperialistische vernichtungskrieg aus der 3.welt nach europa zurück, von wo er ausgegangen war, die menschen in europa, in der brd, begreifen, daß es ihre vernichtung bedeutet, wenn diese entwicklung nicht aufgehalten wird, sie bekommen jetzt eine direkte, körperliche nahvorstellung davon, was für die menschen in afrika, asien, lateinamerika seit hundert-jahren wirklichkeit ist: imperialismus in der lage von beherrschten, daß imperialismus, im wesen und als system, vernichtung ist - solange und soweit der widerstand nicht stark genug ist, diese klasse zu stoppen.

gegen alle resignativen fluchtphantasien vom atomaren inferno und den komplementären pazifistischen wünschungen sagen wir, daß dieses monster zu besiegen ist, wenn wir hier im zentrum den widerstand zur scharfe der wirklichen situation bringen, und so die politische-militärische strategie offensiv im kampf entwickeln, die die politische basis des imperialismus im zentrum schneller zum zusammenbruch bringt, als sie ihre pläne realisieren können.

ramstein, das hauptquartier der us-airforce in europa und der nato-luftwaffe in europa, größter amerikanischer flughafen außerhalb der us, ist die zentrale für den stromkrieg in europa, hier sitzt der stab für die nukleare kriegführung, von hier sollen große militärische gestärkt und der abbruch der perishing 2 ausgelöst werden, von hier starten die störmöhrer und die ewacs-kommandostände, hier ist das reitels für die strategischen bomber aus den uss und das einfallstor für die truppen aus den uss, für den krieg in der dritten welt ist ramstein stützpunkt, wenn die imperialisten sich des nahen ostens und des gulfes nicht mehr ei-

cher sein können, werden sie von hier ihre unterverfügungsmaschine loschicken.

die us-militärstrategie ist das äußerste mittel der politik der imperialistischen systeme, eine politische, ökonomische und soziale mittel sind auf sie abgestimmt, sie bestimmen die gesellschaftliche entwicklung in den nationen und in ihr kommt dieses system - imperialistische politik insgesamt - wie in einem brennpunkt auf seinen reinen begriff.

der schleichende tod im 24-stunden-tag der metropole, die zerstörung im existenzkampf, perspektivlosigkeit, entfremdung, die entmenscheidung der arbeit, die tendenz zur eliminierung der menschen durch die maschine aus der produktion überhaupt, die vernichtung der lebensbedingungen durch atomindustrie, chemie, beton, die gefängnisse, die kontrolle und kanalisierung aller lebensäußerungen und ihre repressen, wenn sie nicht für das system umgedreht werden können.

vor gegen den imperialistischen krieg kämpfen will, muß für die zerstörung des imperialistischen systems kämpfen.

DEN WIDERSTAND GEGEN DIE VERNICHTUNG ZUR FRONT FÜR DIE REVOLUTION IN EUROPA ENTWICKELN

DEN KAMPF IN DER METROPOLE GEMEINSAM MIT DEN REVOLUTIONÄREN IN DER 3.WELT FÜHREN

rote armee fraktion
31.8.1981

Das waren die Ziele

General Kroesen

Us-General Kroesen befehligt die 200 000 Mann starke 7.Us-Armee, die zu 97% in der Bundesrepublik stationiert ist. (Vor allem in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie Niedersachsen). Er ist als Oberbefehlshaber der USAEUR (Us-Streitkräfte in Europa) zugleich Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte (CENTAG), deren Hauptquartier sich in Heidelberg befindet (siehe auch AK 203). Zur CENTAG gehören ein kanadisches Corps und je zwei westdeutsche und amerikanische Corps mit insgesamt 350 000 Mann.

Kroesen selbst ist durch und durch ein Krieger. Mit 20 Jahren trat er in die Armee ein und kam 1944 mit der 63.Us-Infanteriedivision nach Europa, war dann bis 1947 in Karlsruhe als Nachrichtensoldat. Nach seiner Generals-Ausbildung war er von Mai 1968 bis Mai 1969 sowie von Juli 1971 bis Mai 1972 als Brigadekommandeur, Divisionskommandeur und stellvertretender kommandierender General in Vietnam eingesetzt. Von Oktober 1974 bis Oktober 1978 war er erst stellvertretender Kommandeur des 5.Us-Corps in Frankfurt und anschließend Kommandeur

des 7.Us-Armee-Corps in Stuttgart. Nachdem er dann u.a. ein Jahr lang beim US-Verteidigungsministerium war, kehrte Kroesen 1978 wieder nach Europa zurück und wurde zum Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte ernannt.

Air-Basis Ramstein

Über 6000 amerikanische und mehr als 800 Militärs aus anderen NATO-Staaten (BRD, Kanada, GB, NL, Belgien) sind in Ramstein stationiert. Hier befinden sich das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (USAFE/United States Air Force in Europe) und das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Europa Mitte (AAFCE/Allied Air Force Center in Europe).

In den Jahren 1961 - 63 als Flugplatz für Jagdbomber angelegt, wurde Ramstein von 1973 bis 1975 zum militärischen Frachthafen erweitert und mit einer unterirdischen Tankanlage ausgestattet. In Ramstein sind zwei Staffeln des 66. taktischen Jagdgeschwaders der US-Air Force mit 48 Maschinen des Typs Phantom F 4 stationiert. Diese Jagdbomber können je

zwei Atombomben transportieren und haben eine Reichweite von 2800 km. Im „Emetfall“ sollen weitere 48 Phantom F 4 des 4. Taktischen Jagdgeschwaders aus den USA nach Ramstein verlegt werden, was jährlich geübt wird.

Nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ sind auch die sechs „Hercules“-Transporter, die im April '80 an der militärischen US-Aggression im Iran teilgenommen haben, in Ramstein gestartet. Die bei diesem Kommando-Unternehmen verwundenen Soldaten, wurden im US-Hospital in Kirchberg bei Landstuhl ärztlich versorgt.

Ramstein gilt als Zwischenlandeplatz für US-Militärflüge, die in die Türkei und den Nahen Osten fliegen. In Ramstein laufen viele Pläne der US-Militärs und der NATO zusammen. Kommandierende Generale wechseln von Ramstein nach Brüssel und umgekehrt. Auch die Konferenz über die NATO-Strategie im April 1980 in Ramstein deutet darauf hin, welche herausragende Rolle dieser Ort für die US-Imperialisten bei der Eroberung der Welterschaft spielen soll. (Alle Informationen nach: „Region Kallender“, größte atomare Machtzentrum der USA und der NATO in Europa“; KOFAS Kallender).

Solidarität mit den Berliner Hausbesetzern!

Bremen

Nach Bekanntwerden der Vorgänge in Westberlin versammelten sich 80 bis 90 Menschen aus linken Initiativen und Organisationen in den Räumen der "Bremer Bürgerinitiative gegen Atomlagen" (BBA). Eine erste spontane Demonstration noch am selben Abend wurde beschlossen, sowie eine größere Demo am nächsten Tag. Gerade eine Stunde blieb dann Zeit, um telefonisch möglichst viele Leute zu informieren. Um 21 Uhr waren es ca. 300, die im Osterort einen Demozug formierten. Auf dem Marsch durchs "Viertel", der durch schnell herbeigeschaffte Fackeln, laute Sprachchöre und kläpferische Stimmung sehr eindrucksvoll war, schwoh der Zug noch auf annähernd 500 an. Unterwegs wurden an alle geeignet erscheinenden Flächen Protestparolen und der Demo-Termin des folgenden Tages gesprüht; es gingen auch die ersten Scheiben bei Banken und großen Lebensmittelfirmen zu Bruch. Über eine der wichtigsten Hauptverkehrsstraßen der Bremer Innenstadt näherte sich der Zug auf der dem Verkehr entgegengesetzten Fahrbahn dem Bahnhofsviertel, wo die "Neue Heimat" (NH) über einen stattlichen Hochhauskomplex verfügt. Dort waren etliche Streifenfahrzeuge der Polizei postiert; die nicht sehr große Bullenschar stand mit gezückten "Chemischen Keulen" bereit, dem heranrückenden Unheil entgegenzutreten. Während noch die ersten Steine gegen die außerordentlich stabile Dickscheibefassade der "NH" flogen, griffen die Bullen an. Einer von ihnen lief seinen "Kollegen" auf 30 Meter voraus und versuchte, wild "Chemical Mace" verspritzend, im Alleingang die Demo zu vertreiben. Als man ihn zur Abwehr schlimmerer Übergriffe unsanft aufhielt, zog er seine Pistole und bedrohte damit die Demonstranten. Die Menge wich zurück zum gegenüberliegenden Verwaltungsgebäude der "Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft" (Tochterfirma der "NH" und spezialisiert auf Sanierungsvorhaben), deren großzügige Glasfronten unter Krachen und Dröhnen in Scherben zerfielen.

Heimats wäre es der Polizei gelungen, einen großen Teil der Demonstranten in einer Seitenstraße einzuschließen, durch die die Demo abziehen wollte. Am anderen Ende der Straße fuhren Mannschaftswagen auf, die Bullen regelten die Straße ab. Die Demonstranten kehrten um, konnten die nachgerückten Bullen von der "NH" überrennen und entkommen.

Am Mittwoch sammelten sich zu Anfang ca. 1500 Leute vor dem Hauptbahnhof. Später wuchs der Zug auf über 2000 an. Die Parole des Aufrufblatts gab die Trauer und Wut der Demonstranten wieder: "Scheißen klären und ihr schreit, Menschen sterben und ihr schweigt!" Eine andere häufig gerufene Parole war: "Für den Profit der Reichen geht Lummer über Leichen". Die Polizei war in höchster Alarmbereitschaft und führte schon "im Vorfeld" Personenkontrollen durch. Der Demozug wurde von Anfang an von einer Bullenkette eskortiert und wurde auf dem Weg zur Innenstadt mehrere Male von Polizeisperren aufgehalten. In der Hauptgeschäftsstraße waren die großen Kaufhäuser speziell bewacht. Nach einem ruhigen Verlauf zog die Demo wie am Vorlag Richtung "Neue Heimat", die diesmal allerdings von einem massiven Polizeiaufgebot abgeriegelt war. In dieser Situation entschieden sich die Demonstranten für Rückzug. An der nächsten Straßenecke ging die Polizei zum Angriff über. Ein Vortrupp versuchte, die Demonstration auseinanderzureißen. Die erste Tränengasgranate flog und dann stürmte ein Trupp von 30-40 zivilgekleideter MEKler in die Menge und nahm brutal einige Leute fest. Dennoch gelang es kurze Zeit später, sich wieder zu sammeln und der Polizei doch noch ein Schnippchen zu schlagen: ein überraschender Abstecher zum CDU-Büro und ein Steinhagel bis zu den Fenstern der oberen Stockwerke gelang, bevor eine wilde Flucht durch die Parkanlagen am Wall einsetzte.

Die Polizei hetzte hinterher, versuchte mit Tränengasgranaten Panik zu verursachen und trieb einige Leute ins Wasser. Während sich der Demozug ziemlich auflöste, wurde die Verfolgungsjagd der Polizei immer brutaler. Mit gepanzerten Fahrzeugen wurden Gruppen von Demonstranten über den Bahnhofsvorplatz gejagt. Prügelnde Polizisten verfolgten Demonstranten in den Bahnhof hinein bis auf die Bahnsteige, wieder einmal

ein Einsatz mit dem Risiko von "Verkehrstoten". Der Bahnhofseingang wurde abgeriegelt. Bei der Räumung des Bahnhofsvorplatzes gingen wieder MEK-Greiftrupps und Polizei gemeinsam vor. Es gab insgesamt mindestens 20 Festnahmen. Im Eifer des Gefechts hat auch ein MEKler den Polizeiknüppel zu spüren bekommen. Die Polizei schreckte an diesem Tag auch nicht vor Angriffen auf Fernsehjournalisten zurück. Einige Mitarbeiter von Radio Bremen, die Filme und Interviews machten, wurden von der Polizei massiv behindert, ein Kabel wurde durchgeschnitten und einige Reporter verprügelt. Die Unruhe dauerte noch bis in den späten Abend mit Auseinandersetzungen und klärenden Scheiben im Osterort. Auch in Bremen-Nord kam es zu Protestaktionen gegen Polizeiwachen und ein CDU-Büro.

Nach Beendigung der Demonstration durften die Polizei-Einsatzleiter dann wieder zur mittlerweile bekannten Pawelczyk-Jagd blasen. U- und S-Bahnhöfe am Aufmarschort der Demonstration waren von Polizei abgeriegelt bzw. wurden geschlossen. Im Großesinsatz wurde dann auf Gruppen heimziehender Demonstranten im Raum Einsbüttel eingedrungen und es kam zu regelrechten Hetzjagden bis in Häuser und Gärten hinein. Insgesamt wurden über 20 Demonstranten verletzt, in den meisten Fällen Kopfplatzwunden. Etwa 50 Demonstranten wurden festgenommen, über 40 davon nach Beendigung der Demonstration; viele von ihnen mußten ein bis zwei Stunden lang flach auf dem Straßenpflaster liegen. Bis zum anderen Morgen waren alle Festgenommenen bis auf weiteres wieder frei.



Hamburg

Am Rande der Demonstration und nach ihrer Beendigung wurden zahl-

Hamburg

Etwa 4000 Demonstranten folgten am 24.9. dem Aufruf von Mieterinitiativen, der Bunten Liste, autonomer Gruppen, des KB und der Grünen zur Solidarität mit den Westberliner Hausbesetzern. Mehrere Augenzeugenberichte schilderten die Westberliner Ereignisse. Der Ermittlungsausschuß Sternschanzenbahnhof erinnerte an den Tod des 16-jährigen Olaf Ritzmann am 25.8.80, der unter ähnlichen Umständen wie Klaus Jürgen Rattay ums Leben kam. Auch hier bestimmten Falschaussagen und Vertuschungen seitens der Polizei die öffentlichen Meldungen; die Verantwortlichen sind unbehelligt geblieben. Bereits vor Beginn der Demonstration war klar, daß die "Befriedungsstrategie" von SPD-Innenminister Pawelczyk auch diese Demonstration begleiten würde. An der Demonstrationroute brachte die Polizei "Warnschilder" an. Über Lautsprecherwagen und Rundfunk wurde vor der Demonstration "gewarnt". In Altona, wo bereits am frühen Nachmittag Schüler gegen den drohenden Abriss eines Teils ihrer Schule protestierten, wurden Schüler eingeschüchtert und "zu ihrem Schutz" vorzeitig nach Hause geschickt. Hubschrauber kursierten seit dem Mittag über Altona. Insgesamt 2000 Polizisten waren im Einsatz.

Zu Beginn der Demonstration mußte die Polizei allerdings zur Kenntnis nehmen, daß ein großer Teil der Demonstranten nicht bereit war, wieder unter "Polizeibegleitung" rechts und links der Demonstration zu laufen. Beherzte Demonstranten drängten die Polizeiketten ab. Dabei kam es wiederholt zu Angriffen und Knüttelinsätzen der Polizei in die Demonstration hinein. Es gelang, die Polizeieinheiten ans Ende des Demozuges zu drängen, wo sie wiederholt Ausfälle gegen den hinteren Teil des Zuges machten.

Tübingen

Am Abend des 21.9. blockierten etwa 100 Demonstranten in der Tübinger Innenstadt für 10 Minuten eine verkehrsreiche Straße und bekundeten durch Sprechchöre ihre Empörung über die Vorfälle in Berlin. In der Nacht zum 22.9. wurden bei zwei Banken die Scheiben eingeworfen, durch einen Moll wurde das Unipraxisamt angezündet, und am Morgen mußte die Kreisparkkassa kurzfristig wegen Bombenalarm geräumt werden. Für den Nachmittag hatte die Fachschaftsräte-Vollversammlung zu einer Demonstration aufgerufen, zu der über 500 Leute kamen. Auf der anschließenden Kundgebung sprach ein Vertreter der Fachschaftsräte-VV: "In Berlin haben der Senat und ein Teil der Bevölkerung zum Krieg gegen Hausbesitzer aufgerufen" und "es reicht wieder nach Rudi Dutschke

Märburg

Am 23.9. demonstrierten in Braunschweig 300 Menschen. Die Bullen verhielten sich friedlich, und so ging es ohne Randalen. Im Aufruf-Flugblatt und in den Kundgebungsreden kam die Empörung über die Ermordung des Berliner Jugendlichen zum Ausdruck, und es wurde an den Fall eines vor einigen Monaten von den Bullen zum Krüppel geschwungen Braunschweiger Jugendlichen erinnert. Er bleibt sein Leben lang gelähmt, der Bulle kam mit einer Geldstrafe von DM 3000 davon. Am Samstag ist eine weitere Demo geplant.

Lüneburg

Spontan demonstrierten in der Nacht zum Mittwoch 30-40 Menschen vom Kneipenviertel aus durch die Stadt mit der Parole "Für den Profit der Reichen, gehen Senatoren über Leichen!" Dabei wurde eifrig gesprüht. Am Mittwoch wurden Protest-Flugblätter verteilt und zu einer weiteren Demonstration aufgerufen, an der über 50 Personen teilnahmen. Der Zug wurde allerdings vollkommen von Polizei in voller Kampfmontur eingekreist.

Münster

Am späten Abend des 22.9. (Dienstag) zeigten in Münster 60 Leute spontan ihre Empörung und Wut. Bei einer Polizeiwache, die auf der Demonstrationroute lag, ging eine Fensterscheibe zu Bruch, und am Gebäude der "Neuen Heimat" wurden mit roter Farbe übergossene Blumen niedergelegt. Am Tag darauf fand mittags in der Mensa der Universität ein Teach-In statt. An der anschließenden Demonstration, zu der die GBAL (Grün-Sant-Alternative Liste) und der MSB (DKP-Studenten) aufgerufen hatten, beteiligten sich 300 Menschen.

Weitere Aktionen

München. Es demonstrierten am Abend des 22.9. rund 2000 Menschen. Bei einem spontanen Zug nach Ende der "offiziellen" Demo gingen einige Scheiben zu Bruch; es gab Rüpelien der Polizei und Festnahmen. In der Nacht vom 23. auf den 24. gab es einen Brandanschlag auf das Gebäude der Polizeigewerkschaft. Ein besetztes Haus wurde in der Nacht zum 27.9. geräumt.

Frankfurt. Zwischen 500 und 1000 Menschen demonstrierten am Abend des 22.9. Nachdem einige Steine in Scheiben geflogen waren, wies sich der Zug in den üblichen Polizei-Attacken auf.

Hannover. Etwa 200 Menschen zogen zum Haus der "Neuen Heimat". Einige Scheiben wurden eingeworfen. Knüttelien der Polizei, Brandanschläge gegen ein CDU-Büro und eine Polizeiwache.

Aachen. In der Nacht vom 22. auf den 23. flog ein brennender Cocktail in eine Polizeiwache.

Bonn. Rund 50 Menschen demonstrierten.

Köln. Rund 800 Menschen demonstrierten am Haus der "Neuen Heimat" vorbei, wo Steine gegen die Scheiben geworfen wurden.

Freiburg. Rund 800 Menschen demonstrierten. Einige Scheiben wurden eingeworfen. Ein Haus wurde aus Solidarität besetzt.

Stuttgart. Eine Demonstration zog vor das Verwaltungsgebäude des DGB.

Kassel. Scheiben bei der "Neuen Heimat", bei einer Giftmüllfirma und bei einem Maklerbüro wurden eingeworfen.

Karlsruhe. Etwa 200 Menschen demonstrierten am Abend des 24.9. Nachdem einige Scheiben eingeworfen worden waren, gab es Polizeijagden auf die Demonstranten. Eine Rohrbombe explodierte in der Nacht vom 22. auf den 23. vorm Polizeipräsidium.

Stade (Niedersachsen). Brandanschlag mit "erheblichem Sachschaden" auf ein CDU-Büro. Parolen wie "Berlin ist überall" und "Lummer-Mörder!" machten den Zusammenhang deutlich.

Düsseldorf. 150 Menschen demonstrierten am 22.9. 600 am 26.9. Etwa ebenso viele Bullen "bewachten" diesen Zug.

Wochum. Es demonstrierten etwa 500 Menschen.

Amsterdam. Etwa 300 Menschen demonstrierten am Abend des 22.9. vor den Büros des ERD-Fremdenverkehrsverbandes und der Luftfahrt sowie vorm BRD-Generalkonsulat.

Kassel. 200 Menschen demonstrierten am 26.9. mit einem Schweigemarsch. Es gab Polizei-Rüpelien und Festnahmen.

Bern. Eine Demonstration fand am 26.9. statt.

Diese Übersicht ist sehr unvollständig. Die Angaben sind der "fax" und den bürgerlichen Medien entnommen.

Westberlin. 20.000 Menschen demonstrierten erneut am 27.9. Aufgerufen hatten die AL, Mieterverbände, die GEW, die SEW u.a. - Die Jusos hatten sich ausdrücklich distanziert.



Tübingen (Foto aus "Südwestpresse", 23.9.81)

Springers Journalle hängt sich mal wieder besonders weit aus dem Fenster. Zwei Tage nach der Hamburger Solidaritätsdemonstration mit den Westberliner Hausbesetzern widmet sie der Hamburger Sanitärgruppe eine halbe BILD-Seite. Überschrift: DIE ORGANISIERTEN CHAOTEN MIT EIGENEN SANITÄTERN UND FUNKTURPS ZUM STEINWERFEN. Der Text beginnt mit dem Bericht über die Festnahme einer Sanitärerin: „... ein Polizist tastet sie nach Waffen ab. Und auf dem grünen Leinwandbeutel der Frau leuchtet das Rote Kreuz.

Diese "Rot-Kreuz-Helfer" hatten andere Beschäftigungen im Sinn; sie begleiteten den Demonstrationstzug, um sich um diejenigen zu kümmern, die etwas zu nahe an den Wirkungsbereich polizeilicher Maßnahmen geraten waren. An diesem Tag waren das mindestens 18 Demonstrantinnen: 7 von ihnen mußten wegen einer Platzwunde am Hinterkopf versorgt werden (nicht gerade eine typische Verletzung angreifender Chacots), einer mußte mit Verdacht auf Mittelhandfraktur in ärztliche Behandlung überwiesen werden (eine Demoverletzung, die beim Schützen des unbeteiligten Kopfes von Knüppelheben entsteht), eine Frau erlitt angesichts der auffahrenden Wasserwerfer einen Zusammenbruch, sie war am Vortag aus Westberlin gekommen und der Schock saß ihr noch in den Gliedern. Ein paar Kopfplatzwunden an der Stirn waren durch Steinwürfe aus den eigenen Reihen zustande gekommen. Diesen Demonstranten, die sich nach den

• Als bei der Brokdorf-Demonstration im Februar d.J. jener SEK-Beamte Schütt, der im Graben von aufgebrachtten Demonstranten verprügelt worden war, in einem nahegelegenen Bauernhaus von Ärzten der Hamburger Sanjgruppe erstvernommt wurde, ließ die Einsatzzeitung über NDR verbreiten, dieser Beamte sei als Geißel genommen worden. Selbst als dieser Irrtum aufgeklärt worden war, und sich ein Polizeioffizier lauwarm bei den Ärzten entschuldigend hatte, mochte Springer nicht zurückstecken. Im "Abendblatt" ließ man den Leiter der schleswig-holsteinischen Schutzpolizei mit der Behauptung zu Wort kommen, die Ärzte auf dem Bauernhof hätten über ihren verletzten Kollegen am Telefon gesagt: "Laßt ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch". Wochenlang stellten sich daraufhin Springers Hausjuristen quer, ehe dann als Kompromiß eine Gegenstellung der Ärzte als Leserbrief abgedruckt wurde.

Die Verurteilung von Demonstrationen ist ein großer Beibehalt. Auf einen Offenen Brief der Westberliner Sanitargruppen, in dem sich diese über gezielte Angriffe auf ihre Mitglieder bei den Auseinandersetzungen am Winterfeldplatz beschwerten, antwortete Westberlins Polizeipräsident Klaus Hübner: „... Die von ihnen gewählte Rolle als 'Sanitäter' bei den gewalttätigen Ausschreitungen jugendlicher Gruppen gibt mir jedoch Veranlassung, Sie auf folgendes hinzuweisen: - Die Verbindung Ihrer Darstellung, Sie wären in erster Linie „Demonstranten“ mit Ihrer „positiven Bewusstseins“ (Helm und Menschenrecht) und dem Begriff des „Sanitäters“ zeigt, daß Sie sich von vornherein in völliger Verkenntnis der Rechtslage auf die Teilnahme an gewalttätigen Aktionen einstellen.“

Über ein Jahr ist vergangen, seitdem in Hamburg der 16jährige Olaf Ritzmann unter ähnlichen Umständen in den Tod getrieben wurde wie jetzt Klaus Jürgen Rattay in Westberlin. Olaf war, zusammen mit anderen, im Anschluß an die Anti-Strauß-Demo am 25.8.80 vor einer Hundertschaft Polizei geflohen, die knüppelschwingend in den S-Bahnhof Sternschanze stürzten. Vor dem Bahnhof war einige Zeit zuvor die Demonstration beendet worden, die Demonstranten befanden sich auf dem Reihweg. Die eintreffende Hundertschaft der "Alarmabteilung" der Hamburger Polizei verfolgte die fliehenden Demonstranten bis zum oberen Teil der Treppe zum Bahnhof. In panischer Angst flüchteten etliche Demonstranten auf die Gleisanlagen. Auf dem Rückweg zum Bahnhof wurde Olaf Ritzmann von einer S-Bahn erfasst und tödlich verletzt. Auf einen Wink der Polizei hin wurde sein Leben noch Tage künstlich verlängert, um "Krawallen" vorzubeugen. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

In der Folge lieferte die Polizei und Innenminister Staack unterschiedlichste Versionen, um eine Verantwortung für Olafs Tod zu vertuschen. Am Anfang wurde die Anwesenheit von Polizei am Bahnhof gänzlich geleugnet, erst "um 21.40, also 17 Minuten nachdem Olaf vor den Zug gestiegen war", sei eine Hundertschaft der Polizei eingetroffen ("HA", 28.8.80). Hierbei handelte es sich allerdings um den 2. Polizeieinsatz an diesem Abend am Bahnhof Sternschanze, bei dem — wie wir jetzt wissen wohl auf Aufforderung der Bahnpolizei — eine "Alarmabteilung" wiederum bei laufendem Zugverkehr, den Bahnhof strömte und diesmal Menschen bis in die 5-Bahn hinein verfolgt und schlug. Als der 1. Polizeieinsatz nicht mehr zu vertuschen war, bereinigte die Polizei ihre Darstellung und versteifte sich darauf, daß schließlich beim 1. Einsatz keine Polizisten auf den Bahnsteig gekommen seien. "Der 16jährige kann nicht von Polizisten vor den Zug gestossen worden sein" ("Bild", 28.8.80). Außerdem wurde aus der Flucht von Demonstranten auf die Gleise schon zuvor eine jugendliche Unbesonnenheit gemacht: "Nach übereinstimmenden Berichten von Polizei und Bahnpolizei tobten die zum Teil jugendlichen Demonstrationssteilnehmer dann über die Gleise in Richtung Altona weiter" ("HA", 27.8.80).

ren Demonstranten war er in einen Bahnhof gestürzt und dabei vor einem Zug gestört.“ ("BamS", 31.8.80). Da wundert es nicht, daß jetzt in Westberlin die Version verbreitet wurde, Klaus Jürgen Rattay sei auf die Stoßstange des BVG-Busses gesprungen und bei dem Versuch dessen Scheibe einzuschlagen unter die Räder gekommen.

Daß überhaupt die Polizeiversionen erschüttert und in der Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild der Geschehnisse verbreitet werden konnte, ist auf die Tätigkeit des "Ermittlungsausschusses" zurückzuführen, der sofort nach dem 25.8.80 Augenzeugenberichte sammelte, die schon wenige Tage später ein präzises Bild des tatsächlichen Ablaufs der Ereignisse ermöglichten. Auf der Grundlage von über 100 Augenzeugenberichten wurde Anzeige gegen die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz an der Sternschanze gestellt, zu deren Unterstützung 1500 Unterschriften gesammelt wurden. Aufgrund dieser Anzeige wird nun seit einem Jahr von Polizei und Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Ermittlungsakten sind auf über 300 Seiten angewachsen, ohne fassbare Ergebnisse hervorgebracht zu haben. Die polizeilichen Ermittlungen verfolgen das Ziel, die sattem bekannten Polizeiversion zu untermauern. Nur unwesentlich Neues kam dabei zutage. In den Ermittlungsakten stehen sich die Aussagen von Polizisten einerseits und Demonstranten, Passanten und Rot-Kreuz-Sanitätern gegenüber. Auftretende Widersprüche blieben ungeklärt. So sagte z.B. ein Polizeibeamter der Observationstruppe aus, er habe die Anwesenheit von Menschen auf den Gleisen an die Zentrale per Funk gemeldet. Nichts geschah, um diese Menschen vor der Bedrohung durch den Zugverkehr zu schützen. Ebenfalls bestätigte dieser "Kollege", daß Rauch aus dem Treppenaufgang gestiegen sei, ein Umstand, der nach Aussagen betroffener Demonstranten ebenso wie der zur Ausleuchtung der Szenerie eingesetzte Polizei-Hubschrauber erheblich zum Entstehen einer Panik beigetragen hatte. Im Bericht der Einsatzleitung heißt es lediglich lapidar: "Tränengas wurde nicht eingesetzt".

desbahn, für die es ja eine besondere
Bahnpolizei gibt.

Von der Bundesbahn wurde schlicht vermerkt, daß der Zugverkehr für drei Minuten unterbrochen wurde, um den verletzten Olaf Ritzmann zu bergen. Danach fand bekanntlich der zweite Sturm in den Bahnhof und auf den Bahnsteig statt, bei dem — obwohl kurze Zeit vorher ein Mensch tödlich verletzt worden war — die Polizisten Menschen bis in die S-Bahn hineintrieben.

Auffällig ist, daß den einzelnen vernommenen Polizisten ihr Tun nicht ganz geheuer ist: sie verweisen sich auf Vogel-Strauß-Standpunkte und wissen angeblich weder, mit welchem Einsatzbefehl sie überhaupt im Einsatz waren, noch wollen sie am Sturm in den Bahnhof beteiligt gewesen sein. Typische Aussagen lauten etwa so: Kurz nach dem Eintreffen am Bahnhof zogen wir uns aufgrund massiver Steinwürfe wieder in unsere Einsatzfahrzeuge zurück, um uns in Sicherheit zu bringen. Deutlich in die Offensive ging nur der Einsatzleiter der Hundertschaft. Für ihn sind die Demonstranten eine "Gruppe hochgefährlicher Anarcho-Krimineller", durch deren Anwesenheit für die Polizei "ein höchster Gefährdungsgrad gegeben" war. Er gibt auch zu, daß seine Leute in den Bahnhof gestürmt sind, allerdings bleibt der Grund dafür im Dunkeln. Und dieser Herr wird von höchster Seite gedeckt: Der Einsatzbefehl, der auf "Sicherstellung des Lautsprecherwagens" lautete, (Anm.: dieser befand sich zum Zeitpunkt des Polizeieingriffs gar nicht mehr am Bahnhof) wurde zwischenzeitlich vernichtet.

Letztlich versuchten die polizeilichen Ermittler die Ereignisse vollends auf den Kopf zu stellen: Da wurde aus hochausgerüsteten prägelenden Polizisten von Steinschneidern bedrohte Beamte und aus der Flucht auf die Gleise ein mutwilliges Verlassen des Bahngleises zum Steinschneiden.

Es scheint, daß allein für den gegenseitigen Menschenvand ein Zusammenhang zwischen Streifen der Polizei am Bahnhof und Steinschmeissen und zwischen Sturm in den Bahnhof und Flucht auf die Gleise logisch ist. Ohne den völlig grundlosen Überfall der Polizei wäre Olaf Ritzmann noch am Leben.

Mit der Eröffnung eines Verfahrens kann aufgrund dieser Ermittlungen nicht gerechnet werden. Zu erwarten ist eine offizielle Mitteilung, daß das Verfahren gegen die eingesetzten Polizisten nicht eröffnet wird, da keine

wird doch immer und ihm Rahmen gesetzlicher Vorschriften konsequent gegen alle einschreiten, die für Gewaltaktionen den Begriff Demonstration mißbrauchen.

Ich empfehle Ihnen daher dringend, die Inanspruchnahme besonders geschützter Grundrechte nicht für Ihre leicht durchschaubaren Zwecke zu mißbrauchen und sich damit zwangsläufig in den Bereich polizeilicher Maßnahmen zu bringen."

Was Hübner hier andeutete, läßt er auch ausführen: seine Beamten, die bei der Auseinandersetzung am Winterfeldplatz auf dem Kopf einer Demonstrantin einen Holzkneuppel zerschlugen und einem Passanten eine Hirnblutung beibrachten, machten inzwischen gezielt Jagd auf gezielte Demonstranten. Am Winterfeldplatz waren es gleich vier auf einen Streich, bei der Anti-Haig-Demonstration zwei und im Verlauf der Demonstrationen gegen die Räumung der acht Häuser wurden zwei Sanis nach längerer Observation festgenommen. Vier weitere wurden schwer zummenenschlagen.

Schon beschäftigen sich auch Gerichte mit diesen "organisierten Chaux": In Westberlin und Hamburg wird ihnen Sachbeschädigung bzw. schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. In Itzehoe steht ein Osnabrücker Sani ab Dienstag vor Gericht, er hatte in Brokdorf Erste Hilfe ge-

leistet und muß sich jetzt wegen
"versuchter Gefangenenerkennung"
verantworten.

Wir wollen an dieser Stelle nicht darauf eingehen, wer bei Demonstrationen in der Regel die Gewaltfrage bestimmt – für uns ist schon jede einzelne „Überreaktion eines bedrängten Beamten“ wie Polizeisprecher Übergriffe auf friedliche Demonstranten vornehm umschreiben, Grund genug, auch weiterhin für den medizinischen Schutz bei Demonstrationen zu sorgen. Dabei unterscheiden wir weder zwischen „friedlichen“ und „gewalttätigen“ Demonstranten noch zwischen Demonstranten und Polizisten bzw. Passanten. Solange offizielle Rettungsdienste ihrem Auftrag bei Demonstrationen nicht nachkommen und die Namen verletzter Demonstranten an die Polizei denunzieren, halten wir eine selbstorganisierte Erste-Hilfe für bitter notwendig.

Unser Prinzip bleibt weiterhin, den verbliebenen Spielraum für unsere Arbeit nicht durch Stein- oder Flaschenwürfe zu gefährden. Das dürfte auch den auf uns angesetzten Polizeibeamtenden inzwischen aufgefallen sein.

Gegen die BILD-Zeitung werden wir rechtliche Schritte einleiten.

Hamburg, den 27. September 1981
Sanitätsgruppe Hamburg

der Sani-Wagen "bei Angriffen auf die Politzel beteiligt war".

Hier reichten die Aussagen von drei Polizisten, um eine Anklage vorzulegen. Die Eröffnung des Prozesses allerdings ist jüngst wieder verschoben worden auf den 30.10., da ein Hauptbelastungszeuge sich überraschend "beim Umzug verlobt" hatte.

Ermittlungsausschuß zum 25.8.80
c/o Bunte Liste, Bartelsstr.26,
2000 Hamburg 6.

Innensenator Staak hatte der Polizei für ihre Besonnenheit am 25.8.80 gedankt. Der Angriff auf Demonstranten und den Sanitätswagen an der Sternachse, bei dem Olaf Ritzmann tödlich verletzt wurde, verdeutlichen diese Besonnenheit ebenso wie zahlreiche weitere dokumentierte Übergriffe der Polizei an diesem Tag. Zur Zerstörung des Sanitätswagens liegt uns ein eindrucksvolles Dokument polizeilicher Besonnenheit vor: ein Mitschnitt des Polizeifunks vom 25.8.80, in dem es u.a. heißt:

"Wir haben zwei Festnahmen und das Führungsfahrzeug fahrungsunfähig gemacht und müssen uns entfernen. Wir nehmen neuen Bereitstellungsraum etc."

"Das Führungsfahrzeug, das, äh, das, Ihr Fahrzeug, richtig?"

'Nein, das Führungsfahrzeug der Demonstranten.'

'Der LKW?'

*'Das ist nicht richtig. Das ist ein
anderes Fahrzeug, das ist das*

WL-Fahrzeug gewesen. Wir kommen gleich wieder, das haben wir inzwischen auch gemerkt. Wir haben ein Fahrzeug außer Gefecht gesetzt. Das ist das mit den beiden großen Fahnen links und rechts, ein blaues oder ein blauer mittlerer LKW.'

'Nein, dieses soll ein rotes Fahrzeug sein. Stellen Sie bitte das KFZ-Kennzeichen fest.'

'Das ist im Augenblick nicht möglich, da wir in den Steinhügel nicht reinlaufen können. Wir haben erst mal ein Feld anbauen

'Schnappst du einer über?'

GESUNDHEITSTAG 1981

Vorstellungen der Sanigruppen: "DIE WESTBERLINER HAUSBESETZEBEWEGUNG UND IHRE MEDIZIN" - Solidaritätsveranstaltung und aktuelle Informationen mit Vertretern der Westberliner Sanigruppen, des Ermittlungsausschusses und der Hausbesetzer. Das STADTJOURNAL zeigt den Film: "Was schade, daß Beton nicht brennt!" Donnerstag, 1.10.81, im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemens-Allee, Hörsaal A, 17-21.00 Uhr.

"STRASSENMEDIZIN"

1. Technologie der Unterdrückung - CS, mit Beiträgen von: Alfred Schrempf, Diplomchemiker, Falco Werkentin, Berghoff.

Stiftung (Hrsg. der Zeitschrift CILIP) und Mitgliedern der Züricher Ärztegruppe gegen Gas. 2. Polizeiliche Hinkretzung des Gesundheitswesens - am Beispiel Bremen; RA Gerhard Baisch (Bremen) referiert über die Weitergabe von Daten verletzter Demonstrant:innen durch das Rot-Kreuz-Krankenhaus nach der Rekrutierungsverpflichtung im Mai 1980.

3. Medizin auf der Straße – die Arbeit der autonomen Sanitätsgruppen, Berichte aus Westberlin und Brokdorf.

Freitag, 2.10.81, Uni-Hauptgebäude, Hörsaal A, 18-21.30 Uhr.
An diesem Tag beschließt die Innenministerkonferenz über die Einführung von CS.

VOR DEM PARTEITAG DER GRÜNEN

Vom 2. - 4. Oktober wird in Offenbach der Bundesdelegiertenkongress der GRÜNEN stattfinden. Unter dem Motto „ÖKOLOGIE HEISST FRIEDEN - FÜR EIN ATOMFREIES EUROPA“ soll schwerpunktmäßig die Kriegsgefahr diskutiert werden. Zum Schluß soll ein „Friedensmanifest“ verabschiedet werden. Der Kongress soll - nach Wunsch des Vorstandes - zu „einem wirklichen Fest“ werden; „Kampfabstimmungen möchten wir vermeiden“; eventuelle Minderheitspositionen sollen in der Dokumentation mit veröffentlicht werden.

Neben dem Thema „Frieden“ wird zumindest ein Teil des Vorstands neu gewählt werden. Es besteht der Antrag, per Satzungsänderung den Vorstand von 17 auf 11 Mitglieder zu reduzieren und diese auf die Landesverbände zu verteilen.

Das „Friedensmanifest“ wurde im Auftrag von Bundesausschuss und Bundesvorstand von Günter Weber (München), Roland Vogt (Straßburg) und Ingrid Kohlhepp (Weinheim) aus der Arbeitsgruppe „Ökologie und Frieden“ entworfen. Zusätzlich wurde Klaus Wolschner als „Vertreter (?) der Russell-Peace-Foundation“ benannt. Nun haben die Grünen ja bereits ein durchaus ansprechendes Friedensprogramm, das als Teil des Saarbrücker Programms verabschiedet wurde (s. AK 177, S. 21); eine kurze Zusammenfassung ist in der Dortmunder Wahlplattform enthalten. Will man verstehen, warum jetzt ohne jeden direkten Bezug auf bisherige Programmaussagen ein neues „Manifest“ verabschiedet werden soll, muß man die alten Beschlüsse und Diskussionen im Bundesvorstand zurückschauen.

Bereits am 18./19.10.1980 wurden auf einer Bundesvorstandssitzung die Grundzüge des Kongresses diskutiert und festgelegt. Auf Vorschlag von Lippelt (rechter Flügelmann der Grünen) sollte sogar eine neue Programmkommission eingesetzt werden. Teile des Friedensprogramms sollten nach den linken Erfolgen in Saarbrücken ein wenig tiefer neuformuliert werden. Doch offiziell sollte „keine Diskussion über Revision oder Nichtrevision des Saarbrücker Programms geführt werden“, sondern in bewährter grüner Methode sollte das rechte roll back „mit einer Perspektive nach vorn“ verpackt werden. Im Schlußfeld stand vor allem die Passage gegen die Militärblöcke: „Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichtetes Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der Nato und des Warschauer Paktes einhergehen“.

Auf der oben erwähnten Vorstandssitzung im Oktober 1980 stellte Christiane Schnappert (früher „KPD“) die Frage „nach der Vermeidbarkeit unserer Vorstellungen und Ziele“ und forderte eine „Trennung der utopischen Ziele (gesellschaftliche Veränderungen) und der Strategie“. Die Strategie sollte ihr zufolge „dem momentanen Bewußtseinsstand der Bevölkerung“ entsprechen, für „die die Nato eine Schutzmacht“ bedeute (Zitate aus dem Bundes-Vorstands-Protokoll). Ähnlich meinte Milan Horacek: „Solange man nicht sagen könne, was wir statt der Nato anbieten wollen, sollten wir auf die Austrittsforderung verzichten“.

In ähnlicher Weise plädierte Lippelt, der seine Auffassung später auch schriftlich zusammenfasste. Lippelt gibt darin zwar ohne weiteres zu, daß es bei der Friedenspolitik zum Konflikt mit den USA kommen müsse und daß es „ohnehin zur Forderung ‚Raus aus der Nato‘ eskalieren“ müsse; aber für die „konkrete politische Arbeit“ sei die „Diskussion der Nato-Zugehörigkeit verheißlich“. Beim „Großteil der Bevölkerung“ sei „der Begriff Nato noch positiv besetzt im Sinne eines Schutzes gegen die Sowjetunion“. Krefelder Appell und „Bundesgenossen in der SPD (Lippelt nennt Thüsing, Hansen und Voigt) würden ja ebenfalls auf die Forderung nach Nato-Austritt verzichten (aus Helmut Lippelt: Zur Strategie unseres Friedenspolitischen Vorgehens). Tatsächlich ist jetzt im „Manifest“-Vorschlag die Anti-Nato-Parole zugunsten der allgemeinen Propagierung der Loslösung von den Blöcken „verschwinden“. Doch die Debatte ist nicht stehen geblieben. Inzwischen ist (mit gleicher Rollenverteilung) innerhalb der Grünen auch der Streit um die

Befürwortung militärischer „Alternativ-Modelle“ voll entbrannt. Heute geht es Teilen der Grünen darum, im Sinne der Thesen von Afshari u.ä. militärische Verteidigungsforderungen in die Programmatik aufzunehmen. Das wird wiederum begründet mit den „Vorbehalten“ in der Bevölkerung. Noch wichtiger dürfen dabei aber taktische Spekulationen auf Bündnismöglichkeiten mit Teilen der SPD sein. „Gemäßigte“ Grüne wie z.B. Lucas Beckmann (Bundesgeschäftsstelle) träumen sich von einer Abgrenzung der Grünen nach links ein: „Zuzug aus der Richtung Durve, Eppler, Jusco, Judas, etc.“ Speziell Eppler ist auch Orientierungspunkt für den einflussreichen ehemaligen Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Illen-Clever.

Das „Friedensmanifest“

„Eine neue Friedensbewegung ist erwacht. Die Erstarrung, die sich in Anbetracht der unvorstellbaren Vernichtungswaffen breitgemacht hat, beginnt sich zu lösen ... Hoffnung kann sich ausbreiten, daß trotz unserer Ohnmachtsgefühle angesichts der übermächtigen Militärstruktur das Überleben noch eine Chance hat“. So beginnt der Entwurf. Die Gefahr eines 3. Weltkrieges sei „akut geworden“ und ein solcher Krieg „würde der letzte sein ... Nicht wir entscheiden ... sondern Militärstrategen ... Das Ausmaß menschlicher Selbstvernichtung im 2. Weltkrieg, der Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki durch die Vereinigten Staaten hat die Menschen in Erschrecken versetzt. Seitdem auch die Sowjetunion über Atomwaffen verfügt, lassen die verantwortlichen Politiker in Ost und West in ihren Erklärungen nicht nach, die Möglichkeit gegenseitiger totaler Vernichtung würden den Krieg verhindern - ausgenommen natürlich die vielen kleinen „Stellvertreterkriege“, die seit 1945 in allen Teilen der Welt Millionen von Menschenleben zerstört haben“. Inzwischen sei von den „Militärstrategen des Westens und des Ostens“ nach ihrer Vorstellung das Ziel erreicht, „mit einem angeblich ‚begrenzten‘ atomaren Krieg bedrohen zu können“. Dagegen müßten die Grünen „alles tun, was in unseren Kräften liegt, um diesen Prozeß zu unterbrechen“. Erste Ziele seien die „Rücknahme des Aufrüstungsbeschlusses“ der Nato (Mittelstreckenraketen), aber ebenfalls der „Abbau der bereits in Stellung gebrachten sowjetischen Mittelstreckenraketen und ein Europa frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen“. Die Logik der bisherigen Aufrüstung könne nur durch „einseitige Abrüstungsschritte bei den ABC-Waffen und auch bei den konventionellen Angriffswaffen“ durchbrochen werden (Hervorhebung durch uns).

Die Blockfreiheit

Es wird im „Manifest“ klar benannt, daß das (von der Nato ausgehende) Ziel einer „Zurückdrängung des Weltkommunismus“ die Kriegsgefahr verschärft. Der Aufbau von Feindbildern sei „die Vorbereitung aller kriegsrischen Auseinandersetzungen. Dem ‚Feind‘ wird alles Böse in der Welt zugeschoben ... damit die Hemmschwelle zum Auslösen des Feindes keine Überwindung mehr kostet. So war es mit den Ungläubigen, mit den Franzosen, mit den Engländern, mit den Juden und so soll es wieder sein mit den Russen“. Andererseits wird aber peinlich darauf geachtet, beide Supermächte gleich zu bewerten und beiden die Möglichkeit und Vorbereitung zur „begrenzten Atomkriegsführung“ zuzusprechen. Die Führungsmächte USA und SU würden die „Länder ihrer Militärbündnisse und Einflusssphären als territoriale Besitzstände“ behandeln. Dabei wird die Situation der BRD (einer imperialistischen Weltmacht) auf eine Stufe gestellt mit Polen, dessen „demokratische Erneuerung“ durch eine „repräsentative Intervention“ seitens der SU „behindert“ werde. Noch fragwürdiger sind die Aussagen des „Manifests“ zur 3. Welt: Die Kriege dort seit 1945 werden als „Stellvertreterkriege“ bei der „Führungsmächte“ dargestellt. Zwar wird den USA, die den „grauamurten eiser Kolonialkriege“ (Vietnam) geführt haben, das Recht abgesprochen, die

SU zum Vorwand ihrer „zunehmend drohenden und aggressiven Haltung“ zu nehmen. Auf der anderen Seite werden in einem Atemzug Afghanistan, Vietnam und Angola zu „Stützpunkten“ erklärt, die die SU gewonnen habe. Da wird erklärt, daß die BRD (ebenso wie die USA und die alten Kolonialmächte) ihren Einfluß zur Erpressung und Abhängigmachung ausnutzt; aber gleichzeitig wird behauptet, daß Länder der 3. Welt bei der BRD und anderen westlichen Industrieländern „Unterstützung“ gegen die „alte und neue Kolonialpolitik“ (der SU und USA) suchen würden. (Anklänge an Chinas „Drei-Welten-Theorie“ sind nicht zu übersehen.) Nichts über den Kriegschauvinismus der BRD zur „Sicherung der Rohstoffbasen“ und „Lebenslinien“, nichts zu den Diskussionen in der NATO über gemeinsames militärisches Eingreifen der Imperialisten in der 3. Welt und die bereits bestehende „Arbeitsteilung“ zwischen USA und BRD. (Z.B. Rolle der BRD bei der Unterstützung der türkischen Militär-diktatur.) Immerhin aber wollen die Grünen „unsere Regierung zumindest an der Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln hindern“.

Die „Loyalität untereinander“

„Wir wollen uns frei machen von dieser Logik der Blockkonfrontation. An die Stelle der Loyalität zum ‚eigenen‘ Block setzen wir die Loyalität der Friedensbewegungen untereinander“. Die Friedensbewegungen in Ost und West könnten nur „als Bewegung von unten die Friedensziele erreichen“; deshalb müsse man sich „notwendigerweise gleichzeitig auch für die politischen Bürgerrechte ... (in) den osteuropäischen Gesellschaften einsetzen“, heißt es in Anlehnung an die Russell- und Bahr-thesen. Solange die Friedensbewegung „in einem Block als Verbündeter der anderen Seite zugeordnet werden kann, werden die Herrschenden ihre ideologische Kontrolle aufrechterhalten“.

Gewaltfreier Widerstand - soziale Verteidigung

Gewaltfreier Widerstand - soziale Verteidigung

Es sei „ein Mißverständnis, gewaltfrei mit passiv oder legal und darum unwirksam gleichzusetzen. Wir lassen uns nicht durch Vertreter der Staatsgewalt brütieren, die nichtlegale gewaltfreie Aktionen als verkappte Gewalt darstellen wollen“. Die gewaltfreie Aktion soll dabei Antwort auf die Frage geben: „Was tun, wenn die Russen kommen“, ebenso wie „auf die zunehmend aktueller werdende Frage: Was tun, wenn die Amerikaner bleiben“. Die Aktionen sollen „legale Proteste und symbolische Aufklärungsaktionen bis hin zu punktuellen oder das gesamte Gesellschaftssystem ablehnende Kampagnen des zivilen Ungehorsams“ umfassen. Eine Friedensbewegung könne sich nur „durchsetzen“, wenn sie auch Maßnahmen vorbereitet für eine Praxis, die:

- den Rüstungsbefürwortern die Stimmen wegnimmt,
 - jeglichen Kriegsdienst verweigert und dem Ruf nach „Frauen zum Militär“ entgegentritt,
 - gezielte Arbeitsverweigerungen bis zum politischen Streik organisiert und den Steuerstreik (Boykott von Kriegsteuern) durchführt.
- Die soziale Verteidigung“ soll auch Thema im Programm der Volkshochschulen werden.

Das grüne „Friedensmanifest“ fordert nicht nur dazu auf, Feindbilder gegen den angeblichen äußeren Feind abzubauen, sondern fordert auch zur Toleranz gegenüber jeglichen anderen Vorstellungen im Inneren auf:

„Wir verteidigen aber nicht die, die sich anders entscheiden und sich auf den Schutz von Waffen verlassen wollen, auch nicht die vielen, die sich als Beschäftigte in der Rüstungsindustrie mit Zweifeln herumplagen und den Abbruch nicht wagen wollen. Für die meisten unserer Mitbürger ist noch nicht nachvollziehbar, daß der Verzicht auf Herstellung, Stationierung und Einsatz (Hervorhebung durch uns, AK) von Massenvernichtungswaffen uns nicht wehrlos machen würde, daß vielmehr die Übertragung unserer Sicherheitstests auf die Militärs eine verteidigungsunfähig gemacht hat.“

Offenbar soll es dabei bleiben, daß die Grünen jede noch so geringfügige Gewalt im Inneren (z.B. Steinerwerfer) verteidigen, während sie der militärischen Gewalt nach Außen mit „Toleranz“ begegnen.

Wenn es im grünen „Friedensmanifest“ heißt: „Gewaltfreier Widerstand und vernichtender Haß schließen einander aus“ und: „Der Glaube an den guten aktivierbaren Kern in jedem Menschen ist wichtigste Voraussetzung für die Einstellungs- und Verhaltensänderung gegenüber dem angeblich feindlichen Volk“, so wird dies ausdrücklich auch auf die Herrschenden bezogen: „Deshalb hängt die Glaubwürdigkeit unseres Engagements für den Frieden ... davon ab, wie wir mit politischen Gegnern und auch mit den Regierenden und ausführenden staatlicher Gewalt sprachlich, physisch und psychisch umgehen. Wer im Gegner nicht auch den Menschen sieht, kann nicht erwarten, daß sein Anliegen aufgenommen und angenommen wird“. Die Rede ist, wohlgekannt, von einem Gegner, der den millionenfachen Massenmord vorbereitet! Der Faschismus wäre heute der Herr über den Erdball, wenn er nur auf so „tolerante“ und „glaubwürdige“ Gegner wie diese Grünen gestoßen wäre ...

„Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, für uns zu sprechen“

Im Schlußteil des „Manifest“-Entwurfs heißt es wiederum vollkommen richtig, daß von der Bundesregierung „keine effektiven Schritte zu erwarten“ seien; sie beschränke sich darauf, die Entscheidungen der NATO „zu erdulden und schmuckhaft zu machen und vor allem abzuwarten“ (jegliche aktive Rolle der BRD wird dabei allerdings wiederum ausgespart, obwohl die BRD die Rolle übernommen hat, unter den europäischen NATO-Partnern die „Nachrüstung“ durchzusetzen). - Im „Manifest“ wird betont, die Bundesregierung könne „nicht für uns sprechen“. Die Friedensbewegung muß deshalb schon jetzt in eigener Zuständigkeit die ersten notwendigen Schritte unternehmen. Die westdeutschen Friedensgruppen sollten nach Vorstellung der Grünen deshalb einen „Rat der Friedensarbeiter“ bilden. Als „repräsentative Vertretung“ soll dieser „Rat der Friedensarbeiter“ für die westdeutsche Bevölkerung in Friedensangelegenheiten sprechen. Diesen Anspruch soll der „Friedensrat“ auch durch eine Unterschriftensammlung an die Bundesregierung deutlich machen. Der „Friedensrat“ soll dann sogar mit ausländischen Regierungen über atomwaffenfreie Zonen und konkrete Abrüstungsschritte verhandeln; außerdem soll er mit Vertretern der „Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in West- und Osteuropa Informationen austauschen, gemeinsame Aktionen planen und ein europäisches Friedenskonzept erarbeiten“.

So sehr es zu begrüßen ist, internationale Verbindungen der Friedensbewegung aufzubauen, so wichtig ist doch dabei, sich anzuschauen, auf welchem Wege die Grünen das erreichen wollen und welche Ansprüche sie dabei erheben, damit nicht neben der SPD, die gerne namens der Friedensbewegung sprechen will, weitere Gremien von „eigenen Gnaden“ entstehen, die im Namen der BRD-Friedensbewegung agieren wollen und sogar - wie es manchen führenden Grünen vorschwebt - als selbsternannte Neben-Regierung Verhandlungen führen wollen. Aktuell wären überhaupt nur Treffen/Gremien zur besseren Koordination möglich. Der innerhalb der Grünen verbreitete Vorschlag dazu ist ungeeignet: Danach sollen die Grünen (unabhängig) Mitglied der westdeutschen Sektion von „War Resisters International“ werden (internationaler Zusammenschluß gewaltfreier bzw. Verweigerer-Gruppen); andere Friedensgruppen sollen sich (so der Vorschlag) diesem Schritt anschließen, um in diesem (WRI-) Rahmen den „Friedensrat“ zu bilden. Wie gesagt, repräsentativ (so lautet der Anspruch!) wäre das überhaupt nicht. Richtig ist hingegen die Beschreibung, daß die „organisatorische Struktur“ der Friedensgruppen „chaotisch“ sei und daß bei Bündnisverhandlungen eine „zufällig und ersplittert“ auftretende Friedensbewegung mit einer Mehrheit von KOFAZ-Kadern konfrontiert ist - auch wenn es u.E. keinesfalls um eine Ausgrenzung des KOFAZ gehen darf, womit leider manche Grüne zu Liebäugeln scheinen.

„Säule Gewaltfreiheit“ bei den Grünen passe?

Seit einiger Zeit wird mit Vehemenz darum gestritten, Denkmodelle einer „Alternativen Verteidigung“ auch in der Grünen Partei hoffähig zu machen und eventuell sogar ins Programm aufzunehmen. In seinen „Vorschlägen für eine breitere Fundierung unserer Friedenspolitik“, die Erich Knapp (Mitglied des Bundesvorstands) auf der letzten Bundesausschusssitzung vorlegte, forderte er klipp und klar, „den Konzept der Technologisierung eines gleichberechtigten Platz (neben der gewaltfreien ‚sozialen Verteidigung‘) - Anm. AK) im Denken der Grünen“ zu geben.

Erich Knapp gehört eigentlich zu den Radikaleren innerhalb der Grünen; er fordert z.B. auch, man müsse „aus diesem unheilbar anti-ökologischen Wirtschaft- und Gesellschaftssystem aussteigen“, und er sieht die Gefahr, daß die SPD die Friedensbewegung erfolgreich spalten könnte. Aus der Einschätzung, daß es „Kokolors“ sei, sich mit Konzepten der „sozialen Verteidigung“ innerhalb eines Krieges, der mit Atom- und „konventionellen“ Waffen (einschließlich B- und C-Waffen) geführt wird, verteidigen zu wollen, zieht er den Schluß, daß man eine „Alternative Verteidigung“ brauche. Allerdings haben Militärstrategen detailliert vorgerechnet, warum solche Verteidigungsmethoden in eben dem von Erich Knapp angenommenen Krieg ebenfalls als „Kokolors“ anzusehen wären. Aber nicht nur Knapp, sondern auch andere einflussreiche Grüne betonen, daß die soziale Verteidigung „zur radikalpessimistischen Illusion“ werden könne, die „uns mehr Bürger entfremdet als zuführt“. Noch einen Schritt weiter geht Wilfried Heidt vom rechtsgrünen Achberger Kreis (der ursprünglich auf dem kommenden Parteitag für den Geschäftsführenden Vorstand kandidieren wollte, aber inzwischen zurückgezogen hat): „Wir können hinsichtlich der Einschätzung des Charakters des sowjetischen Systems den Standpunkt der Rüstungsbefürworter übernehmen.“

„Wir können hinsichtlich der Einschätzung des Charakters des sowjetischen Systems den Standpunkt der Rüstungsbefürworter übernehmen, ohne damit ins Unwahre zu kommen.“

Begründet wird das damit, daß die Sowjetunion nach innen totalitär vorgehe. Solange es „diesen ‚Kommunismus‘“ gibt - so Heidt - „und wir zur Rüstung, zum Gleichgewicht des Schreckens verdammt. Diesen Preis für die Erhaltung unserer Freiheit zu zahlen, sind wir bereit“.

Auch den Standpunkt der „ideologisch militanten Rüstungsbefürworter hinsichtlich der politischen Einschätzung der Friedensbewegung“ könne man übernehmen: es stimme, daß die Friedensbewegung „im Kiewer sowjetischer Politik“ segelt. Besonders stark wird der neue Kurs im Landesverband Baden-Württemberg vertreten. Der Landesvorstand legte zum kürzlich stattgefundenen Landesparteitag einen Leittrag vor, der als „ersten Schritt“ die Bundeswehr zur „Defensivarmee“ umrüsten will. Willi Hom behauptete, „reiner Faschismus“ wirke „eher spalterisch“ auf die Friedensbewegung; es bestehe in der Bevölkerung Ablehnung gegen den Gedanken, „sich mit offener Brust auszubieten gegenüber einem Einmarsch der Russen“ (vgl. dazu Artikel in diesem AK).

In diesem Streit legte der relativ linksstehende Hamburger Landesverband einen Gegenentwurf vor. Dieser stellt zwar nur Einschätzung der Lage tatsächlich eine klare Alternative dar, indem er die Hauptrolle der USA bei den Kriegsvorbereitungen betont und die Sowjetunion in einer vergleichsweise defensiven Position sieht.

Zum Problem der „Alternativen Verteidigung“ wollen die Hamburger die „Auseinandersetzung um das Für und Wider“ lediglich „vortreiben“. „Der derzeitige Stand der Diskussion läßt jedoch noch nicht absehen, welches Modell alternativer Verteidigung den konkreten Ausgangsbedingungen der bundesrepublikanischen Situation am besten Rechnung trägt“. Wichtiger als die Festlegung auf eine langfristige Perspektive sei „die Aufstellung kurz- und mittelfristiger Forderungen“. Die Frage der „Alternativen Verteidigung“ sei „falsch gestellt“, entspricht dem derzeitigen Diskussionsstand der die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

Hamburger Grünen dominierenden Gruppe Z und der von Linen repräsentierten „Modernen Sozialisten“. Widersprüchlich dazu ist allerdings, daß der Hamburger Vorschlag „jegliche kriegsvorbereitende Waffenproduktion“ mit „entschiedener Ablehnung der Grünen“ belegen will. Jeder, der nicht nur den Mode-Trend kennt, sondern auch die Rechnung für die neuen Alternativ-Modelle, weiß, daß diese mit erheblichen neuen Rüstungsprogrammen verbunden wären.

Festzustellen ist jetzt schon, daß der neue Trend bereits dazu geführt hat, daß in Anpassung an alle leb gewordenen antisowjetischen Stimmungen und Ressentiments eine der beim Offenbacher Gründungskongreß der Grünen beschlossenen vier Programmsäulen, die Säule „Gewaltfreiheit“, zum Einsturz gebracht worden ist. Dies Prinzip, das ursprünglich die Grünen gegen militärische und revolutionäre Vorstellungen von Links abgrenzen sollte, ist nun zugunsten einer „alternativen“ Vaterlandverteidigung fallengelassen worden.

Selbst engagierte Gegner solcher „Alternativmodelle“ treten für ein tolerantes Nebeneinander beider Positionen in der Grünen Partei ein.

In einer Erklärung an die Delegierten des Parteitages schreiben Petra Kelly und Rolf Stolz (Mitglieder des Bundesvorstandes) zu dem Problem: „Wir wünschen den Dialog mit denen, die ... in der Partei die „Techno-Guerilla“ als Minderheitsposition vertreten. Diese Frage ist nicht durch Ausschüsse, Ausgrenzung oder organisatorische Manöver lösbar, sondern nur durch überzeugen, argumentieren und beweisen. Zugleich fühlen wir uns aber im Sinne der Mehrheit der grünen Mitglieder, im Sinne unserer Programmatik der gewaltfreien Aktion und im Sinne des revolutionären Humanismus innerlich gebunden an das Konzept eines radikalen Antimilitarismus hier und jetzt. „Frieden schaffen ohne Waffen“ gewaltfreier Kampf für eine totale Entmilitarisierung – das ist das Gebot der Stunde, nicht eine Militärreform nach Schweizer/Österreich-Muster (Spanisch), die das Unterdrückungsinstrument Armee, den Staat und das Gesellschaftssystem unangestastet läßt.“

Tatsächlich würde die Akzeptierung „Alternativer Verteidigung“, konsequent durchgedacht, unübersehbare Folgen für die Grünen haben: Sie müßten sich konsequenterweise für („Alternative“) Rüstungsproduktion einsetzen.

Sie müßten sich für eine Militarisierung der Gesellschaft einsetzen, die eher noch mehr als heute große Teile der Bevölkerung und des Lebens durchdringt (weitere Streuung der Militärkader). Sie müßten sich für einen staatlichen Militärapparat aussprechen, der zwar nach ihren Vorstellungen „defensiv“ (nach außen) einen reduzierten Militärapparat aussprechen, der zwar nach ihren Vorstellungen „defensiv“ (nach außen) sein soll, aber sich genauso gut für eine Unterdrückung nach innen eignen dürfte, ja sogar für militärische Interventionen in der 3. Welt, wo ja gerade die bewegliche militärische Operation eine der Grundvoraussetzungen wäre (man braucht das nur an der französischen Armee zu studieren). Und das Zugeständnis an das

offizielle „Feindbild“, das die Herrschenden mit allen möglichen Lügen und Horrorgeschichten ständig neu aufwärmen, ist die schlimmste Konsequenz dieser Konzeption.

Selbst der Gedanke, damit attraktiver für Bündnisse mit den Sozialdemokraten zu werden, ist nicht besonders clever: Nicht allzubereite Anpassung an sozialdemokratische Vorstellungen hat die neue „Dialog-Bereitschaft“ und hektische Aktivitäten in der SPD ausgelöst, sondern die Erkenntnis, daß sich eine breite Friedensbewegung außerhalb ihres Wirkungsbereiches herausgebildet hat.

Erstaunlich ist bei der Diskussion um die Alternative Verteidigung innerhalb der Grünen, daß die Befürworter quer durch die Reihen zu finden sind, darunter auch Grüne, die bisher in den Auseinandersetzungen auf der linken Seite standen und stehen. Weniger verwunderlich ist, daß ehemalige „KPD“ler und KBWler sowie sonstige „Moderne Sozialisten“ bei den Befürwortern zu finden sind; das war nicht anders zu erwarten, auch wenn diese Kräfte in anderen Fragen auf dem linken Flügel der Partei agieren. Überraschend ist hingegen z.B., daß Erich Knapp (Mitglied des Bundesvorstandes) dabei zu finden ist, der aussonderte dem linken Flügel der Partei zuzurechnen ist, und dem andererseits z.B. selbst der Krafelder Appell zu schief ist, weil er sich auf einen Appell an Regierende beschränkt.

Andererseits ist z.B. Roland Vogt keineswegs als Linker innerhalb des Grünen Spektrums einzustufen, aber steht jetzt wegen seines Engagements gegen die „Alternative Verteidigung“ für konsequenten Pazifismus, heftig unter Beschuß.

Personenkarussell

Erich Knapp hatte schon im Juni beantragt, die Friedensarbeit der Grünen durch eine zusätzliche Stelle in der Zentrale zu stärken und dafür „wegen Geldmangels“ die Stelle von Roland Vogt in Straßburg zu streichen. Inzwischen ist dies voll in den Streit um die friedenspolitische Ausrichtung der Grünen geraten. Der Antrag Knapps war gleichzeitig mit deftigen Angriffen auf Vogts Auftreten gewürzt. Petra Kelly und Rolf Stolz (Mitglieder des Bundesvorstandes) bewerteten in ihrem Brief an die Delegierten dies auch als gezielten Schlag gegen eine bestimmte friedenspolitische Linie innerhalb der Grünen. In ähnlicher Weise verteidigt der Kreisverband Karlsruhe Roland Vogt. – Hinzu kommt, daß sich Petra Kelly und Rolf Stolz bei den Verhandlungen über den zukünftigen Vorstand überdölpelt fühlen. Laut Satzung muß jetzt ein Teil des Vorstands ausgewechselt werden. Teile des Vorstandes drängen darauf, daß der gesamte Vorstand zurücktreten soll und sich dann Einzelne zur Wiederwahl drängen lassen, was der gesamte Vorstand zurücktreten soll und sich dann Einzelne zur Wiederwahl stellen können. Der gemeinsame Vorstandsrücktritt war bereits per Briefschreiben an die Delegierten bekanntgegeben worden. Kelly und Stolz haben daraufhin erklärt, sie würden nicht zurücktreten. – Daher wird sich der Bundeskongreß der Grünen auch mit diesen Fragen detaillierter auseinandersetzen müssen.

Schlußstrich unter den „Z“-Streit

Vermutlich endgültig zu Grabe getragen wurde auf der Bundeshauptversammlung am 12.9. der Versuch, die modern-sozialistische Gruppe Z aus der Grünen Partei zu verdrängen. Die Kampagne gegen die Gruppe Z war nach dem für die Grünen sehr enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahlen (Oktober 1980) von rechten Ökologen und „Undogmatischen Sozialisten“ (BUS) begonnen worden; sie hatte einige Monate lang für viel Wirbel in der Partei gesorgt. Vorgeworfen wurde der Gruppe Z zum einen statutenwidriges Verhalten und Mechtropolitik in den von ihr dominierten bzw. beeinflussten Landesverbänden von Hamburg und Schleswig-Holstein; zum anderen generelle Unvereinbarkeit ihrer eigenen politischen Zielsetzung mit der der Grünen Partei.

Es zeigt sich vom ersten Moment an, daß die Koalition der „Z“-Gegner dem inhaltlichen Streit nicht gewachsen war und von den gewitzten Propagandisten der Gruppe Z mühelos auszuwickeln war. Hinzu kam, daß von den „Z“-Gegnern mit Ausschlußverfahren operiert wurde, die nicht bloß inhaltlich erbärmlich waren, sondern die auch eindeutig statutenwidrig waren, also von vornherein scheitern mußten. So wurden an die Bundespartei Anträge auf kollektiven Ausschluß der Gruppe Z gerichtet, obwohl ein Kollektivverfahren gar nicht zulässig ist und Ausschlußverfahren ohnehin zunächst einmal Sache der betroffenen Landesverbände sind. Auf der Bundeshauptversammlung-Sitzung der Grünen in Kassel im Februar war der Streit um die Gruppe Z zwar nochmals Hauptthema. Zugleich zeigte sich aber schon, daß mehrheitlich kein Interesse mehr bestand, diesen unfruchtbaren und für die Partei schädlichen und lähmenden Streit noch weiter fortzuführen. Es wurde ein 5-köpfige Kommission gewählt, die sich um die gegenwärtigen Vorwürfe, um die Hintergründe etc. des Streits kümmern sollte. Abschließend sollte die Kommission der Partei einen beschlußreifen Entwurf zur Lösung des Problems vorlegen. Schon zu diesem Zeitpunkt deutete sich an, daß die Kommission vor allem dazu dienen sollte, den „Z“-Streit aus den Diskussionen der Gesamtpartei herauszuziehen und ihm schließlich zu einem Begräbnis 1. Klasse zu verhelfen.

Gegen diese Entwicklung gab es noch einigen Widerstand, insbesondere aus den Landesverbänden Bayern und Baden-Württemberg. Der bayrische Landesvorstand drohte sogar tollkühn damit, sich von der Bundespartei abzukoppeln, falls der „Z“-Streit nicht endlich entsprechend seinen Vorstellungen gelöst werden sollte. Diese unkluge Drohung wurde allerdings sehr schnell zurückgezogen. Auch die grünen Worte einiger führender badenwürttembergischen Grünen (darunter auch die Landesvorsitzende) erwiesen sich am Ende als Papiertiger-Geröhl.

Der von der in Kassel gebildeten Kommission schließlich vorgelegte

Abchlußbericht operiert in erster Linie mit der Behauptung, die Gruppe Z habe sich im letzten halben Jahr (also seit Bildung der Kommission) in ihren inneren Strukturen und in ihrem Selbstverständnis total „gewandelt“. Lobend werden alle bekannten Selbstdarstellungen der Gruppe Z nachgeahmt: Die Gruppe Z habe das schlimme leninistische Prinzip des demokratischen Zentralismus für überholt erklärt; die Gruppe Z „respektiert nach ihren heutigen Aussagen den Meinungspluralismus auch für Z-Mitglieder und die öffentliche kontroverse Debatte“; „Ihr bisheriges Verhältnis als Fraktion“ in der Grünen Partei habe sich „tendenziell verändert“; überdies sei die Gruppe Z schon dabei, sich in die Initiative Sozialistische Politik (ISP/„Moderne Zeiten“) aufzulösen, und die ISP wolle „von dem bis dahin für die Z verbindlichen Prinzip einer hierarchisch-zentralistischen Organisation Abstand nehmen“ usw. und. So liest sich der Untersuchungsbericht soeben wie ein gelungener Reklameprospekt der Gruppe Z.

Günstig für die Gruppe Z hat es sich zudem ausgewirkt, daß ihr „gewandeltes“ Verhalten und Selbstverständnis auch von früheren Gegnern aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg bestätigt wurde – von einzelnen unersinnlichen Ausnahmen abgesehen. Besonders ihr Verhalten in der Hamburger „Wahlbewegung“, wo die Gruppe Z an vorderster Front für den Führungsanspruch der Grünen kämpfte und sich mit permanenten Attacken gegen den KB viel Ruhm erworben hat, nötigte selbst eingeleisteten „Z“-Gegnern wie Lippelt (rechter Grüner aus Niedersachsen) und Wolchner („Undogmatische Sozialisten“) Respekt ab.

Inhaltlich ist der Abchlußbericht der Kasseler Kommission von dem Versuch bestimmt, alle Widersprüche zu verkleinern, zu verkleistern oder wegzureden. So wird z.B. behauptet, der Streit zwischen rechten Ökologen und der Gruppe Z um die Frage des Wirtschaftswachstums beruhe auf „Missverständnissen“. Beide Seiten müßten „mehr Sensibilität für die Angst des anderen vor den Folgen überzogener Positionen entwickeln“.

Selbst der Streit um die leidige „Gewaltfrage“ soll zugeklammert werden. Hierzu hat der „Z“-Vorsitzende Golttermann der Untersuchungskommission auf deren Anfrage mitgeteilt: „...verweise ich auf den Umstand, daß wir harte und heftige Auseinandersetzungen hinter uns haben mit Gruppierungen, die auf Gewalt einschließende Konfrontationen aus waren. Wir halten aber mehrheitlich nicht viel von vordergründiger Abgrenzung „a. Dringlichkeiten“ auf waren. Wir halten aber mehrheitlich nicht viel von vordergründiger Abgrenzung und Distanzierung, insbesondere dann nicht, wenn es sich dabei um Aktionen handelt, mit denen wir selbst nichts zu tun haben. Für wichtiger erachten wir die praktische Verhinderung unnützer Gewaltaktionen vor Ort.“ – Zugleich mit dieser um Sympathie beladenen Darstellung teilte Golttermann der

Kommission aber auch mit, daß die Gruppe Z nicht pazifistisch sei, sondern sich a. B. auch mit (z.T. gewalttätigen) Hausbesetzern solidarisiere. Die Gruppe Z verheimlichte also durchaus nicht, daß sie die „Gewaltfrage“ immer noch als taktisches Problem behandelt und gemäß den konkreten Bedingungen unterschiedlich beantwortet.

Daß dies mit dem Prinzip „Gewaltfrei“ (eines der „vier Säulen“ des grünen Parteiprogramms) nicht übereinstimmt, liegt eigentlich auf der Hand. In diesem Punkt hat sich die Untersuchungskommission „einige (möglicherweise sogar zutreffende?) psychologische Interpretationen“ für das Verhalten der Gruppe Z einfallen lassen: Die Gruppe Z stehe unter moralischem Druck militanter Bewegungen und des bösen KB; die Gruppe Z sei eigentlich gar nicht gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit, „sondern vielmehr gegen die bevorstehende Art“, mit der manche Leute dieses Prinzip den realen Bewegungen „aufzudrängen“ versuchen; die Gruppe Z befände sich überdies noch in „einem offenen Lernprozeß“, wichtig sei schließlich der tatsächliche, praktische Einatz der Gruppe Z zur „Verhinderung unnützer Gewaltaktionen“. In diesem Punkt könnten einige „Z“-Gegner sogar „von der relativ größeren „Bewegungsmasse“ der Z einiges lernen“.

Das Fazit des Untersuchungsberichts der Kommission: Eine Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Gruppe Z mit der Mitgliedschaft in der Grünen Partei sei nicht gegeben. Die Gruppe Z sei als „eine Minderheitsposition im breiten Konsensspektrum der Grünen und ihrer Strömungen“ zu respektieren. Ansonsten kommt der Bericht zu unverbindlichen Empfehlungen wie etwa: „... Parteimitglieder in Funktionen zu wählen, deren Auffassungen weniger durch verhärtete Erfahrungen gekennzeichnet sind“, um der „extremen Polarisierung“ entgegenzuwirken. „Auch der freiwillige Rücktritt einzelner Funktionsträger“ sei zu erwägen, „diese dann aber „nicht mit Effekthascherei“ verbunden werden. „Sachdienliche Aufklärung“ sei besser als die „Giftdose von Berichten und emotionsgeladenen Kampagnen“. „Z“-Mitglieder werde „geraten“, „sich öffentlich zurückzuhalten, wenn sie in Loyalitätskonflikte zwischen Prinzipien ihres Ursprungs (z.B. gewaltgebundenes Revolutionsverständnis) und Prinzipien der Grünen (z.B. Gewaltfreiheit) geraten. Anzustreben ist die Aufgabe alter Loyalitäten zugunsten von mehr Loyalität gegenüber den Prinzipien der Grünen“.

Auf der Bundeshauptversammlung am 12.9. wurde dieser Bericht einstimmig angenommen.

Auf der Bundeshauptversammlung am 12.9. wurde dieser Bericht mit großer Mehrheit angenommen, nachdem einige für die Sache bedeutungslose kleinere Änderungen vorgenommen worden waren. Zu den Änderungen gehört die Entscheidung, die in Kassel gebildete Kommission weiterarbeiten zu lassen – nun allerdings nicht mehr speziell zur Gruppe Z, sondern generell als Feuerwehr für innerparteiliche Stänkereien und Konflikte. Dieser Entscheidung stimmte auch die Gruppe Z zu. Zugleich wurde die bisher 5-köpfige Kommission um zwei neue Mitglieder erweitert, darunter eine profilierte Rechte und Kommunistenhammerin aus Niedersachsen. Die Zusammensetzung der Kommission soll dadurch ausgewogener werden.

Wie geschwächt mittlerweile die Position der „Z“-Gegner ist, wurde am Abstimmungsergebnis für einen rechten Antrag deutlich, der Bundeshauptversammlung möge der Gruppe Z „empfehlen“, als Zeichen ihres guten Willens sämtliche Funktionen in der Grünen Partei niederzulegen. Obwohl dieser Antrag gegenüber früheren Vorstößen der Rechten als äußerst „gemäßigt“ zu bezeichnen ist, gab es bei ca. 23 Abstimmenden nur 6 Stimmen für diesen Antrag und 7 Enthaltungen.

Noch vor der BHA-Sitzung hatten zwei wichtige Kontrahenten der Gruppe Z im Landesverband Schleswig-Holstein, Piagemann und Burmeister, das Handtuch geworfen: Beide teilten im August ihren Austritt aus dem Landesverband mit. Piagemann will sukzessive in der rechtsökologischen Abspaltung GLSH (Grüne Liste Schleswig-Holstein) mitarbeiten, die nicht zur Bundespartei Die Grünen gehört, sondern Teil der Grünen Föderation um Herbert Gruhl und Balduz Springmann ist. Im Gegensatz dazu will die gleichfalls ausgetretene Anke Burmeister ihre „Verbundenheit zur Bundespartei“ bewahren, indem sie Mitglied in einem anderen Landesverband wird.

Grüner Parteitag in Baden-Württemberg „Hinein in die schmutzige Politik“?

„Wir sind eine Partei und kein Mönchsorden. Wenn wir uns etablieren wollen, dann können wir nicht immer die weißen, grünen Wäste anbehalten, sondern müssen uns auch mit dem befleckten Geschäft der Politik einlassen“. So charakterisierte der Landtagsabgeordnete Kretschmann zu Anfang des Landesparteitages der Grünen von Baden-Württemberg die Marschroute der „Pragmatiker“. Der konkrete Inhalt dieser starken Worte sollte sich schnell erweisen.

Powerplay in der Friedensfrage

Den 250 Delegierten lag ein Leitartikel des Landesvorstandes vor, der eine „Korrektur“ der bisherigen Friedenspolitik der Partei beinhaltete: Hatten sich die Grünen bisher für Gewaltlosigkeit und Pazifismus stark gemacht, so wurde in diesem Antrag die Bundeswehr nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt. Sie sollte nur noch „im Sinne einer Defensivarmee ausgerüstet und umstrukturiert“ werden. „Defensive Territorialverteidigung“ nannten die Antragsteller das.

Einer Pressure-Group um den eingangs zitierten Kretschmann sowie den früheren Landesvorsitzenden W. D. Hasenclever und Willi Hoes war auch das noch zu wenig. Im Bemühen um eine „realistische Konzeption hin zum Frieden“ müsse man nämlich – so Hasenclever – die Bevölkerung da „abhaken“, wo sie steht, also mit ihrer Russenangst und der „instinktiven Auflehnung“ gegen den Gedanken einer „Kapitulation“.

Deshalb wollte diese Gruppe eine verschärfte Verurteilung der „aggressiven Militärpolitik der UdSSR“ in die Resolution einbauen, sowie eine Abschwächung der Forderung nach „einseligen Abrüstungsschritten der Bundesrepublik“.

Beide Anträge gingen ohne weitere Debatte durch, und Hasenclevers Voraustrag gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ schon vor dem Parteitag schien sich zu erfüllen. Dort hatte er selbstbewußt eine „breite Mehrheit“ für die neue Politik prognostiziert. Doch beim Punkt „Alternative Verteidigung“ kam es dann doch zum Clinch. Nachdem sich in einem

ersten Meinungsbild die „Territorialverteidiger“ gegen die oft abschießig als „Radikalpazifisten“ bezeichneten Vertreter der bisherigen Abrüstungslinie durchzusetzen schienen, kam es zu einem wahren Proteststurm. Auffallend viele Delegierte meldeten sich zu Wort. Kriegsdienstverweigerer, Graswurzel und christliche Friedensfreunde wehrten sich gegen die Vorstellung einer „alternativen Bundeswehr“.

So machten den Delegierten klar, daß sich unter Begriffen wie „Techno-Guerilla“ keineswegs eine abstrakte Bundeswehr oder gar eine Art Volksmiliz im linken Sinne verbirgt, sondern immer noch eine schreckliche Tötungsmaschinerie: „Ab 1941 war die Wehrmacht schon auf dem Rückzug, war also eine defensive Armee, und trotzdem gab es noch Millionen Tote“, wurde beispielsweise angeführt. Als die Territorialverteidiger dennoch rückwärtlos ihren Kurs weiterverfolgten, wurde von den konsequenten Abrüstungsbefürwortern eine Protestresolution verfaßt, die unmißverständlich klarlegte, daß sie im Falle einer Unterdrückung ihrer

Meinung nach eine Grundratsdebatte um die Frage der „Gewaltfreiheit“ (eine der vier „Säulen“ der Partei!) anstreben würden. Vielen Redner – selbst ein Mitglied des Landesvorstandes – bezeichneten die neue Linie der Alternativverteidiger als eine „Spaltung der Friedensbewegung“ und kündigten im Falle ihrer Durchsetzung ihren Parteiaustritt an.

Jetzt endlich gaben die „Pragmatiker“ zumindest teilweise nach: Der umstrittenste Satz der Resolution wurde gestrichen („Wenn im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab“).

Der letztlich angenommene Text ist für Interpretationen nach beiden Seiten offen. So schätzten die „Stuttgarter Nachrichten“, oft als Hauptblatt der Hasenclever-Riege bezeichnet, vor allem den folgenden Satz als „Erfolg des gemäßigten Flügels“ ein: „Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struk-“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

tur der Armee, die sich als A n - g r i f f s i n s t r u m e n t einsetzbar macht". Tatsächlich impliziert diese Formulierung die Forderung nach einer Umstrukturierung der Bundeswehr, keineswegs nach ihrem vollständigen Abbau.

„Kein Bock, links von der SPD zu sein“

Dem Landtagsabgeordneten Kretschmann blieb es vorbehalten, mit diesen Worten auch für alle anderen Arbeitsgebiete Zeichen zu setzen. Er meinte weiter, man dürfe nicht immer der „Sucht nach Originalität“ nachgeben, und es gelte auch nicht, im Landtag unbedingt „links von der SPD“ zu erscheinen. Vielmehr müsse man auch versuchen, in die „Bestandteile der CDU“ einzubrechen und sich durch eine „umfassende Politik“ im Landtag Autorität zu verschaffen.

Interview mit Frau Muscheler aus dem Landesvorstand Baden-Württemberg der Grünen

Wo bitte gehts denn hier zur Front?

Am Rande des baden-württembergischen Parteitages hatten wir die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Frau Muscheler, die seit fast 2 Jahren im Landesverband Vorstandsarbeit macht.

AK: Christine, Du hast, anders als die Vorstandsmehrheit, auf dem Parteitag gegen die Forderung nach einer „defensiven Territorialverteidigung“ Stellung bezogen.

Christine Muscheler (Ch.M.): Das stimmt. Wie viele andere habe ich mir Gedanken gemacht über die Strategie einer Verbreiterung der Friedensbewegung. Schon seit langem habe ich auf unseren Vorstandssitzungen vertreten, daß wir auf keinen Fall dem Diskussionsstand in der Friedensbewegung vorgreifen sollten; das heißt, daß wir nicht Entscheidungen treffen und somit eine Richtung einschlagen dürfen, die nicht auch in der Bewegung einen großen Konsens hat.

und somit eine Richtung einschlagen dürfen, die nicht auch in der Bewegung einen großen Konsens hat. Jetzt wurde plötzlich im Vorfeld der beiden Parteitage ein Streit über die „alternative Verteidigung“ entfacht, der von der Heftigkeit, mit der er geführt wird, vergleichbar mit dem Streit um den § 218 oder die „Doppelmitgliedschaft“ ist. Ich habe aber dabei den Eindruck, daß die „Zündler“ (das ist badisch) sich nicht im klaren sind, daß sie damit die Friedensbewegung schwächen oder im Extremfall sogar spalten können.

AK: Geht dieser Streit auch um die Person von Roland Vogt, der innerhalb der Partei kaltgestellt worden soll?

Ch.M.: Die öffentlich gegen Roland betriebene Kampagne muß schon in diesem Zusammenhang gesehen werden. Einige Leute scheinen ihn diskreditieren zu wollen, um insgesamt die Position des radikalen Pazifismus zurückdrängen. Da kann ich nicht mitziehen, obwohl ich auch nicht mit allem einverstanden bin, was Roland macht.

AK: Die „Alternative Verteidigung“ würde ja eigentlich auch gegen den programmatischen „Grundpfeiler“ der Grünen, die Gewaltfreiheit, verstoßen ...

Ch.M.: Ja, und genau da wirds problematisch. Ich finde es einfach hinterhältig, daß diese Leute, die früher immer die Radikalen aus der Partei raushalten wollten, weil sie angeblich mit ihrer „Militanz“ gegen das Prinzip der Gewaltfreiheit verstoßen, daß diese Leute heute selber diesen Konsens in ihrem Sinne aufweichen wollen. Das finde ich schlimm, daß hier so taktiert wird; das ist auch irgendwie die Art von Politik, die wir Grünen nicht wollen.

Ein anderes Beispiel: Es wurde manchen Pazifisten vorgeworfen, daß sie gleichzeitig Geld für „Waffen für El Salvador“ sammeln. Das ist sicherlich ein Widerspruch; aber viele Leute, die das ablehnen (unsere Landesvorsitzende z.B.), sprechen sich ihrerseits hierzulande für Territorialverteidigung aus.

Man sollte doch nicht vergessen, daß in El Salvador in jeder Nacht Menschen im Schlaf abgeschlachtet werden, während „der Russe“ noch nie gegen Deutschland einen Eroberungskrieg geführt hat.

AK: Kannst Du erklären, warum die Leute so auf diese „defensive Verteidigung“ abfahren?

Ch.M.: Ich will ja nichts unterstellen,

Am Ende dieses Prozesses müsse eine „Koalitionsmöglichkeit der SPD“ stehen.

Hasenclaver blieb in dieselbe Kerbe und erteilte dem „Spontium im Parlament“ eine klare Absage. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur die Alternative Liste Berlin einer heftigen Kritik unterworfen (z. B. von Kretschmann). Selbst der rechtsökologische Bremer Grünen Liste um Olaf Dinné wurde „Klamsaupolitik“ vorgeworfen ... Dem standen z. B. die Ansichten des neu gewählten Mitgliedes des Landesvorstandes, Reinhold Seitz, gegenüber. Die Grünen im Stuttgarter Parlament mußten sich verhalten „wie Bebel und Liebknecht im sächsischen Landtag“ ...

Abkoppelung von der Basisbewegung

Wie sich Hasenclaver den weiteren Aufbau der Partei vorstellt, hat er schon vor der Sommerpause der „Stuttgarter Zeitung“ verraten:

Interview mit Frau Muscheler aus dem Landesvorstand Baden-Württemberg der Grünen

Wo bitte gehts denn hier zur Front?

aber ich vermute, daß viele Delegierte eine abgerüstete Bundeswehr schon automatisch für eine Defensivarmee halten.

Als letzte Woche vor meinem Haus im Mandör „Scharfe Klänge“ „defensiv“ geblüht wurde, da hab ich auch ganz persönlich gemerkt, daß das nicht in meine Vorstellung von sanfter, gewaltfreier Gesellschaft paßt.

Aber um auf Deine Frage zurückzukommen: Die Delegierten wurden eben auch unterschiedlich bearbeitet. „Radikalpazifisten“ wurde fast schon schimpfwortartig gebraucht; und natürlich waren die Pazifisten die „Linken“, während die Defensivverteidiger sich als „vernünftig“, „realistisch“ oder „bürgerlich“ ausgaben. Nur komischerweise waren auf der pazifistischen Seite sehr viele Pfarrer, Frauen für den Frieden, Zivilistenleistende und Leute von „Ohne Rüstung leben“. Andererseits gabe vaterländische „Defensivverteidiger“, die sich selbst als Linke bezeichneten.

Als weiteren wichtigen Grund sehe ich natürlich noch, daß das Eintreten für die Defensivarmee wesentlich bequemer ist. Man muß selber nichts tun: Bei der gewaltfreien sozialen Verteidigung muß man was einüben, sich selber verändern – das gibt mehr Arbeit!

AK: Hasenclaver und Kretschmann schwärmen davon, daß die Grünen koalitionsfähig mit der SPD werden müßten.

Ch.M.: Ja, das ist, glaube ich, auch der Schlüssel zum Vorhergesagten. Wir sollen mehrheitsfähig werden, und das können wir angeblich nur, wenn wir der „Russenangst“ der Bevölkerung mit „Defensivverteidigung“ entgegenkommen; und wenn wir keine „Alternative Liste“-Politik machen, sondern eine bürgerlich angepaßte-anständig benehmen.

Hier soll, wie mir scheint, der zweite vor dem ersten Schritt gemacht werden. Bevor alle möglichen Modelle der alternativen Parlamentsarbeit und deren Wirkungsmöglichkeiten in der Praxis getestet sind, will man jetzt schon einige verwerfen. Es ist doch noch überhaupt nicht erwiesen, ob wir als 5%-Sauerzweig in den verschiedensten Spielarten (Berliner, Frankfurter, Stuttgarter Modell usw.) im großen parlamentarischen Kuchen so wirkungslos sind, wie uns jetzt mit solchen Vorstößen weigern gemacht werden soll. Und wenn alternative parlamentarische Schwierigkeiten mit ihrer Außensitzrolle haben, so sollte man darüber sprechen, und nicht versuchen, eine ganze Partei auf deren Bedürfnisse zuzuschneiden.

Und was die SPD angeht, so denke ich, soll die sich erstmal entzünden, für die Grünen koalitionsfähig zu werden – und nicht umgekehrt!

Ich hatte manchmal den Eindruck, daß die Bezeichnung „Alternative“ oft schon mit negativem Unterton gebraucht wurde. Das macht mich traurig und nimmt mir die Lust an der Arbeit. Teilen der Parteibasis aber scheint es nicht anders zu gehen. Von 350 Delegierten sind etwa 100 gar nicht erschienen. Das sollte für alle ein Alarmzeichen sein.

Diesen Prozeß hat Petra Kelly ganz richtig als die „Vermachtung der Partei“ bezeichnet, das darf sich nicht fortsetzen.

AK: Wir danken Dir für das Gespräch!

„Wenn wir die Parole ausgeben: Ran an die Macht! Hebel, können wir auch neue Kräfte wecken“. Für Hasenclaver ist es keine Frage, daß die Grünen „sich über ihr Verhältnis zur Macht klarwerden“ müssen. Diese „Konsolidierung“ habe die „enttäuschte Abwendung spektakelfreudiger Spontis und verbliesener Radikaler von den Grünen“ zur Voraussetzung gehabt (Hasenclaver in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 19.9.). Diese Art von Politik zeige schon auf dem Landesparteitag ihre Folgen: So reisten 100 Delegierte gleich gar nicht erst an („spektakelfreudige Spontis“?), und die zahlreichen Anträge aus den Kreisverbänden wurden ganz locker von der Tagesordnung geschubst.

Parallel mit dieser machtorientierten Politik läuft eine Absage an die Basisbewegungen. Kretschmann warnte im Hinblick auf die militanten Auseinandersetzungen in den Großstädten davor, daß sich die Grünen „in die Grauzone begrenzter Re-

gelverletzung“ begeben. Aus den Reihen des anthroposophischen „Achberger Kreises“ wurde Frau noch deutlicher: Die „Unruhen“ in Berlin, Freiburg und Tübingen gefährdeten „eine mögliche mittelleuropäische Friedensregelung auf das Schwerste“. Und: „Basisdemokratie, verstanden als Tolerierung einer Defacto-Diktatur des Proletariats, das wäre nicht mein Weg!“ (Brief einer Frau Böhm aus dem alten Landesvorstand).

Am Scheideweg

Glücklicherweise sind diese offenen Vorstöße zur Umwandlung der Grünen in eine etablierte Partei vorerst nicht mehrheitsfähig. Das engagierte Auftreten der Pazifisten konnte den Kurswechsel in der Friedensfrage deutlich abschwächen. Und bei den provokativen Reden des Herrn Kretschmann gab es oft Tumulte im Saal.

Erfreulich ist auch, daß Kretschmann nicht für den Bundeshaupauschuß nominiert wurde (vor allem deswegen, weil er schon ein Amt innehat). Noch deutlicher war die Absage an den Ex-KBWler Wilfried Maier („Moderne Zeiten“), der sich mit seinem wortgewaltigen Eintreten für eine „alternative Verteidigung“ gegen die „sozialistische Gefahr“ wenig Freunde auf dem pazifistischen Flügel machte und seine Hoffnungen auf einen Sitz im Landesvorstand begraben mußte.

Die „Pragmatiker“ sind offensichtlich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Vor allem mit Unterstützung der prominenten grünen Landtagsabgeordneten werden sie auch weiterhin versuchen, die Partei der Politik „unserer Vordenker Erhard Eppler“ anzunähern (so Hasenclaver, der aus dem Eppler-Kreis über die AUD in die Grünen kam).

Ein Genosse aus Freiburg

Hamburg braucht eine starke AL

An die 200 Interessierte waren zur Versammlung der Bunte Liste (Initiativtreffen) am 18.9. gekommen, darunter eine Reihe Beobachter von den Grünen, der „AL-Initiative“, der DKP und der SÖST. Diskussionssthema der Versammlung war die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen 1982.

Fast unvermeidlich rankte sich die Diskussion um den Beschluß der Hamburger Grünen, die vierzehn Tage vorher ein definitives Nein zu einer AL in Hamburg beschlossen hatten und stattdessen eine „grün-alternative Bündnisliste“ mit garantiertem 50 %-Einfluß (auf der Kandidatenliste und in allen Entscheidungsinstanzen) für die Grünen gefordert hatten. – Auf der Bunte-Liste-Versammlung wurde deutlich, daß die Initiatoren der Grünen-Beschlüsse ihn als ein rein taktisches Kalkül gegenüber einer schwachen und zerstückelten alternativen Wahlbewegung begriffen. Der anwesende Leitungssprecher der Gruppe Z, K. Goltermann, provozierte die Versammlung mit kaum glaublicher Arroganz und mit der Drohung, die Grünen würden endgültig allein kandidieren, falls

die BuLi und andere sich nicht in kürzester Zeit positiv zu dem 50 %-Vorschlag der Grünen äußern und in Verhandlungen eintreten würden. Lange warten würden die Grünen nicht mehr, da sie noch in diesem Jahr mit dem Wahlkampf beginnen würden. (Die Bürgerschaftswahl ist am 6. Juni 1982.)

Wer K. Goltermann eigentlich ermächtigt hatte, Absichtserklärungen im Namen der Grünen abzugeben, blieb wieder einmal unbeantwortet. Die Bunte Liste will, trotz und unabhängig vom Beschluß der Grünen, am Aufbau einer Alternativen Liste festhalten, die mehr sein soll als ein Wahlverein zur Wahrnehmung der von den Grünen „angebotenen“ 50 %, die ein aktiver Zusammenschluß und politischer Faktor in Hamburg werden soll. Deshalb schlägt die BuLi vor, daß die verschiedenen Teile einer zu schaffenden AL enger zusammenarbeiten und schwerpunktmäßig über den Aufbau von Bezirksgruppen im November eine Alternative Liste gründen. Das Grünen-Konzept und die erneute Drohung mit einem Alleingang setzt aber gerade darauf, daß eine solche AL als ernst-

zunehmender Konkurrent für die Grünen nicht entsteht, so daß die Grünen freie Bahn für eine Alleinkandidatur – garniert mit einigen nicht-grünen Kandidaten – hätten.

„Z“-intern wird darauf spekuliert, daß der „Initiativkreis für eine Alternative Liste“ sich als zu schwach erweist, seinen verbalen Anspruch in politische Praxis umzusetzen, und daß ein Zusammengehen mit anderen Kräften, insbesondere der BuLi, wegen vorhandener (und geschürter) Abgrenzung vom KB nicht zustandekommt.

Entschieden ist bislang nichts. Allerdings spricht die weitverbreitete Betulichkeit, mit der Teile des „Initiativkreises“ auf die von den Grünen provozierte Situation reagieren, dafür, daß das „Z“-Konzept aufgeben könnte.

Die Bunte Liste (Initiativtreffen) hat sich am Ende ihrer Versammlung am 18.9. klar und deutlich für eine AL ausgesprochen und wird in diesem Sinne arbeiten. Die nachfolgende Resolution wurde gegen zwei Stimmen auf der Versammlung am 18.9. verabschiedet.

BUNTE LISTE (Initiativtreffen)

BUNTE LISTE (Initiativtreffen)

Vorschlag für die Gründung einer Alternativen Liste

Die atomare Aufrüstung und die Gefahr eines Krieges, die staatliche Sparpolitik und der Abbau sozialer Leistungen, der Bau weiterer AKWs und die zunehmende Vergiftung und Zerstörung der Umwelt, die immer dringender Wohnungsnot, die Diskriminierung der Frauen – all diese drängenden Fragen werden heute in Hamburg von den etablierten Parteien in Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen mit einem verächtlichen Rechtskurs beantwortet.

Die pseudo-liberalen Nadelstreifen-Honoratioren Dohnanyi und Leiser Kiep symbolisieren diesen antizipalen Kurs. Die FDP und ihr Kandidat Brummeisen macht sich hofflich für eine Koalition mit der CDU.

Adenauerischer Muff mit Reagan-Prägung in seiner Hamburger Variante macht den Einzug einer überzeugenden, grundsätzlichen Alternative zu SPD/CDU/FDP ins Rathaus und in die Bezirksparlamente notwendig. Diese Alternative im Parlament muß fußen auf den vielfältigen Ansätzen von außerparlamentarischem Widerstand gegen die etablierte Politik, die Interessen der Betroffenen formulieren und als parlamentarische Opposition Gegenöffentlichkeit schaffen und vernehmbar knirschend ins Sand ins Parlamentstrübsen werfen ...

Die Vielfalt der Bewegung und ihrer politischen Anschauungen erfordert eine Liste, die Raum läßt für politischen Pluralismus. In Hamburg wird seit Monaten in verschiedenen Kreisen über eine alternative Wahlbeteiligung diskutiert.

Auch die Partei der GRÜNEN hat sich daran beteiligt. Mit ihrem Mitgliederbeschuß vom 5.9. 1981 schuf sie neue Fakten. Sie erklärte, daß sie keine Alternative Liste will. Stattdessen schlägt sie eine Aufteilung der „Wahlbewegung“ in zwei Blöcke à 50 % vor. Die Hälfte für Grün, den Rest für die anderen.

Wir halten diesen Vorschlag für unverträglich mit einem basisdemokratischen Selbstverständnis.

Unabhängig von später möglichen Bündnis-Verhandlungen schlägt die BUNTE LISTE (Initiativtreffen) den nicht-grünen Teilen der „Wahlbewegung“ und interessierten Einzel-Mitgliedern der Grünen vor:

Einzutreten in einen konkreten Prozeß der Bildung einer Alternativen Liste für Hamburg, die

aus Einzelmitgliedern besteht,

keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse faßt,

nach dem Konsensprinzip arbeitet, d. h. bemüht ist, entsprechend ihrem politischen Pluralismus Entscheidungen zu treffen, die niemanden in der Liste ausgrenzen und Minderheitsströmungen berücksichtigen,

für ihre Abgeordneten das Imperative Mandat – die Verpflichtung auf die in der Liste demokratisch gefällten Beschlüsse,

akzeptiert und darüberhinaus

Konsensprinzip für das Funktionieren und Mandatsträger

einfließt.

Zum konkreten Vorgehen sind gemeinsame Diskussions- und Arbeitsprozesse notwendig, mit dem Ziel:

a) einer vorläufigen Gründung der AL etwa im November auf einem gemeinsamen Kongreß,

b) einer demokratischen Listenstruktur und dezentralen Arbeitsstrukturen in Bezirken und Bereichen oder Facharbeitsgruppen, bzw. Unterstützung der bestehenden Bezirksansätze,

c) und damit im zweiten Schritt die Voraussetzungen für die Erarbeitung eines Programms der AL zu schaffen.

Der erste gemeinsame Kongreß sollte unserer Meinung nach folgende Themen behandeln:

Erarbeitung programmatischer Leitlinien und eines politischen Selbstverständnisses; Schaffung einer basisdemokratischen Struktur der Liste, die sie arbeitsfähig und ausagefähig macht;

Klärung unserer Verhältnisse zur Arbeit im Parlament und zu den außerparlamentarischen Bewegungen.

Unser Vorschlag betont den vorläufigen Charakter der AL-Gründung. Wir wollen durch diese Gründung niemanden ausgrenzen oder laufende Diskussionsprozesse vornehmlich zum Abschluß bringen.

Nach dem jetzigen Diskussionsstand halten wir es für notwendig und möglich, in den Listenbildungsprozess einzutreten. Damit wird allen Interessierten die Möglichkeit einer Beteiligung an der Ausgestaltung der AL, ihren Arbeitsstrukturen und Inhalten gegeben. Dieser Arbeitsprozeß sollte mit der Inangriffnahme praktischer Listenarbeit im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen 1982 verbunden werden.

Die Bunte Liste (Initiativtreffen) wird sich in diesem Sinne für die Gründung einer starken Alternativen Liste für Hamburg einsetzen.

Wir würden uns freuen, eine Antwort auf unseren Vorschlag zu bekommen, um den Aufbau von Bezirksgruppen und den gemeinsamen Kongreß anzupacken.

Hamburg, 18. September 1981

Bunte Liste, Barthelemy 26,
2000 Hamburg 6, Tel.: 43 21 71



Wird der Baustopp gegen das AKW Wyhl noch in diesem Jahr aufgehoben?

Nach über 10-monatiger Unterbrechung wurde am 9./10.9. der „Wyhl-Prozess“ vor dem Verwaltungsgericht Mannheim ebenso fortgesetzt, wie er im Sommer 1979 begonnen hatte: mit einem Mißtrauensantrag gegen den Berichterstatter Sommer und den Vorsitzenden Richter Weidmann. War 1979 das Zusammenstreffen von Sommer und dem Pro-Gutachter Kußmaul in den USA die Begründung für den Mißtrauensantrag gewesen, so war jetzt ans Tageslicht gekommen, daß der Berichterstatter Sommer wiederum ohne Kenntnis aller Prozeßbeteiligten ausgiebige Gespräche mit dem Progutachter Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln geführt hatte. Mit dem ebenfalls vom Gericht beauftragten Gutachter Black-Neuhaus waren die Fragen telefonisch und schriftlich ausgemacht. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Befangenheitsantrag abgelehnt, da „jediglich besprochen worden sei, ob der vorgesehene Gutachter (Handge) geplante Fragen auf dem Gebiet der Radioökologie (Umweltbelastung durch Strahlen) beantworten könne“ (FR, 10.9.81).

Ob nun gerade Handges Berufung als Gutachter besonders günstig für die Betreiber war, kann man/ frau durchaus bestreiten. Handge verstrickte sich in eine Reihe von offensichtlich widersprüchlichen, die auch von den etwa 400 Zuschauern - zumeist aus dem Kaiserstuhl-Raum - mit den entsprechenden bisshen Kommentaren versehen wurden.

Während Handge jede Gefährdung von Mensch und Natur durch austretende Strahlung abstreift, kam Prof. Jörn Black-Neuhaus von der Universität Bremen zu einem ganz anderen Ergebnis: nach seinen Berechnungen kann bei der Abgabe von Jod 131 aus dem AKW schon im „Normalbetrieb“ die gesetzliche höchstzulässige radioaktive Schilddrüsenbelastung von Bewohnern in der Umgebung von Atomkraftwerken überschritten werden. Da die Strahlenbelastung auf den menschlichen Körper nicht in allen Fällen direkt gemessen werden kann, muß sie durch eine sogenannte radioökologische Rechnung bestimmt werden. Einer der wesentlichen Werte für eine solche Rechnung ist der „Transferfaktor“, der mißt, in welchem Maße die aus einem Reaktor entweichende radioaktive Abfuhr über die Nahrungskette (Ablagerung auf der Erde, Speicherung in Pflanzen, Futtermittelaufnahme durch Tiere, Genuß

von Nahrungsmitteln) in den menschlichen Körper gelangen kann.

Der Transferfaktor für Jod 131 - so Black-Neuhaus - wurde bislang zu niedrig angenommen und die offiziellen Gutachten würden deshalb auch immer Unbedenklichkeit bestätigen. „Jod 131 zählt unter allen radioaktiven Nukliden, die von einem Kernkraftwerk an die Atmosphäre abgegeben werden zu den gefährlichsten, da es die Schilddrüse des Menschen angreift und zu Krebs oder Funktionsstörungen führen kann. Auch bei Jod 131 für Säuflinge, die als Nahrung in der Hauptmahlzeit Milch zu sich nehmen, besonders gefährlich.“ (RNZ, 11.9.81).

Auch wenn die Atomkraftgegner in dieser Runde vor Gericht wohl einige Pluspunkte sammeln konnten, so rechnet doch kaum jemand damit, daß das Gericht in Mannheim den Baustopp nicht aufheben wird. Die jetzt angelaufene Gerichtsrunde ist die letzte vor der Urteilsverkündung. Das Gericht soll überprüfen (in 2. Instanz), ob die 1974 erteilte 1. Genehmigung für das AKW Wyhl rechtens war. Das vermutlich positive Urteil für den Weiterbau soll noch in diesem Jahr verkündet werden. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 29./30.10. angesetzt. Noch hat das Gericht allerdings nicht entschieden, ob der Schweizer Meteorologe Thudium überhaupt gehört wird. Thudium hat 1980 ein Gutachten vorgelegt und berechnet, daß sich der Kühljumbetrieb über verstärkte Nebelbildung negativ auf den Weinbau auswirken wird, da die Sonneneinstrahlung geringer wird.

Die Begründung der Baden-Württembergischen Landesregierung für die Ablehnung von Thudium: „Die beantragten Gutachten sind für den Ausgang des Verfahrens nicht erheblich, da für die Entscheidung des Rechtsstreits der Stand der Wissenschaft und Technik im Zeitpunkt der Genehmigung am 22. Januar 1975 maßgeblich ist. Der Stand von Wissenschaft und Technik zum damaligen Zeitpunkt sei aber in der 1. Instanz des Wyhlprozesses von mehreren Sachverständigen belegt worden“ (FR, 12.9.81). Und dieser Stand war, daß die offiziellen Gutachten berechneten, daß „eine Nebelbildung als Folge des Kühljumbetriebs nicht habe berechnet werden können“. Ob dies wohl ein Trost ist für die Winzer, wenn der

betriebs nicht habe berechnet werden können“. Ob dies wohl ein Trost ist für die Winzer, wenn der Wein an ihren Reben stehende Öchse weniger hat aufgrund der durch den Nebel des Kühlturns verursachten geringen Sonneneinstrahlung?

Anti-Atom-Demo in Phillipsburg

Der kleine nordbadische Ort Phillipsburg befindet sich in einer „ungezeichneten“ Lage, was die Konzentration an atomarem Potential angeht. Kaum 5 Kilometer voneinander entfernt liegen hier die beiden AKW's (Phillipsburg 2 noch im Bau) und ein großes deutsch-amerikanisches Atomkraftwerk. Außerdem sollen in der nahegelegenen Kaserne Lance und Pershing 1 A-Raketen stationiert sein.

Phillipsburg ist auch ein Ort, der als möglicher Standort für Pershing 2-Raketen immer wieder genannt wird. Um auf diese Konzentration von militärischem Potential hinzuweisen, demonstrierten am 19.9. etwa 300 - 400 Menschen in Phillipsburg. Aufgerufen hatten u.a. das Heidelberger SB, die Landesverbände Baden-Württemberg der Jusos, Judos, der Grünen sowie der BBU und einige örtliche Initiativen. Das Motto der Veranstaltung war: „Gegen die doppelte Bedrohung unserer Region durch AKW's und Atomwaffenlager! Für ein Leben ohne atomare Bedrohung.“

Der radikale Teil der Friedensbewegung, der noch im Juni zur Demonstration zum NATO-Headquarter in Heidelberg mobilisierte, hatte sich nicht an den Vorbereitungen beteiligt. Dies lag sicherlich zum einen an der „Sommerpause“, zum anderen wohl auch daran, daß die SB-Organisationen von Anfang an bekundeten, daß

sie durch diese Demonstration mal zeigen wollten, wie man eine wirklich „breite“ Demonstration vorbereitet, die nicht den „antiamerikanischen“ und „antiamerikanischen“ Touch hat, wie die Headquarter-Demo vom Juni. So redeten auf der Kundgebung dann auch neben Jo Leinen (BBU) und Andreas Buro (SB) u.a. auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Weißkirchen, der hervorhob, daß diese neue Friedensbewegung nicht so enden dürfe wie die Friedensbewegung Ende der fünfziger Jahre, nämlich mit einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU (wofür er allerdings auch als einziger Redner Platte erhielt). Den größten Beifall hingegen erhielt Dorothea Soelle, die konsequent für eine einseitige Abrüstung eintrat.

Auch die Staatsorgane führten wieder einmal vor, was unter „Atomstaat“ zu verstehen ist. Obwohl es das erklärte Ziel der Organisationen war, eine friedliche Demonstration (Spezialfrage?) zu organisieren, waren auf der Anfahrt nach Phillipsburg von der Polizei Autosperren errichtet. Alle Fahrzeuge wurden angehalten und nach „Waffen“ durchsucht. Die Demonstrationstruppe war nur bis zur Abzweigung zum Atomkraftwerk von der Hauptstraße genehmigt worden. Dort war die Straße mit Wasserwerfern, Stacheldraht und Pferden abgesperrt. Eskortiert wurde die Demonstration von einer Reiterstaffel der Polizei.

Albrecht: „Die Landesregierung wird dieses Urteil nicht akzeptieren!“

Einen gerichtlichen Baustopp verfügte das Verwaltungsgericht Stade am 11.9. für das in Gorleben geplante Zwischenlager. Den Einsprüchen der Kläger wurde in vollem Umfang stattgegeben. Das gesamte Genehmigungsverfahren erweckt laut Urteilsbegründung den Eindruck, „daß das beschlossene Vorhaben möglichst reibungslos ausgeführt werden und der Bürger lediglich die geschaffenen Tatsachen zur Kenntnis nehmen konnte“. Bei allen bisherigen Beschlüssen der Kommunalpolitiker seien die „atomrechtlichen Sicherheitsaspekte nicht berücksichtigt worden“ („Handverwandte Allgemeine Zeitung“ - „HAZ“, 15.9.81).

Dieses Urteil ist natürlich eine Ohrfeige nicht nur für die von vorn und hinten von der DWK geschmierten Gorleben-Ratscherrn, hatten sich diese doch allein auf die von der Landes- und Bundesregierung zugesicherte Rückendeckung verlassen.

Kein Wunder also, daß nicht sie, sondern Albrecht persönlich über das Urteil herzog. „Albrecht betonte, die Landesregierung sei nicht bereit, dieses Urteil zu akzeptieren. Die Angelegenheit müsse in den nächsten Instanzen geklärt werden. Auch die Gerichte müssen sich ihrer Verantwortung bewußt werden, meinte Albrecht“. Schließlich stehe bei Verzögerung der Bauarbeiten in Gorleben „sehr viel auf dem Spiel“, ja für die ganze BRD könne eine „schwierige Situation“ entstehen („HAZ“ vom 16.9.81).

Auch wenn vorläufig von einem Haftbefehl gegen solch „verantwortungslos“ Richter abgesehen wurde, so fühlte man sich in Lüneburg-Danzenberg durch Albrechts „Rüge“ doch „an dunkle Kapitel der deutschen Rechtsprechung“ sowie an Albrechts bekannte Folter-Aussage erinnert, die ähnlich prägnant die festschüttenden Züge hinter seinem

„Keep smiling“ offenbarten.

Das „klärende“ Verhalten der Landesregierung trug mit dazu bei, daß trotz des Baustopps mit fast 1.000 Teilnehmern eine landkreisläufige Sternfahrt der Zwischenlagergegner entlang der vorgesehenen Atomflurtrassen außerordentlich viel Anklang fand. Die „Unabhängige Wählergemeinschaft“ in Lüneburg-Danzenberg hatte hierzu nicht aufgerufen. Vertreter dieser Vereinigung, die seit längerem die BI auf ein „Stillehaltenabkommen“ bis zur Kommunalwahl festnageln wollten, forderten nach dem Baustoppurteil die BI intern gar dazu auf, die Sternfahrt ausfallen zu lassen. Dennoch riefen zahlreiche UWG-Kandidaten (wie auch einige der SPD) zur Sternfahrt öffentlich auf.

Ein Genosse aus Lüneburg

Startbahn West - Strategie der Bomben?

Zu einer Jubelfeier geriet am 23.9. eine Veranstaltung in Mörfelden-Walldorf. Alexander Schubart gab bekannt, daß der AG Volksbegehren mittlerweile die benötigten 118.000 amtlich bestätigten Unterschriften vorlegen, so daß der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens über die Ausdehnung des Frankfurter Flughafens gestellt werden kann. Eingereicht haben die Bürgerinitiative und die mit ihr verbündeten Kräfte freileich schon 170.000 Unterschriften zur Beglaubigung, und sie sind auch fest entschlossen, die bis zum 14.11. verbliebene Zeit mit aller Kraft zu nutzen, um weiter zu sammeln. An diesem Tag sollen die Unterschriften mit einer Großdemonstration offiziell in Wiesbaden überreicht werden. Und nur ein deutlicher „Zuschlag“ über die bis jetzt erreichte Zahl von Unterschriften macht es aussichtsreich, die zweite, ungemein schwierige Phase dieser Kampagne ebenfalls zu bewältigen (800.000 Unterschriften in nur zwei Wochen!).

Anlaß zur Zuversicht geben auch eine Reihe weiterer Aspekte. Pfarrer Oeser, Mitglied des hessischen Umweltbeirates, teilte den versammelten Bürgern mit, sämtliche Staatsrechtjuristen im hessischen Umweltministerium seien inzwischen selber zu der „Erkenntnis“ gelangt, daß der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf „rechtmäßig“ sei. So erklärt sich wohl auch die Tatsache, daß die Landesregierung mit ihren Angriffen auf die Kampagne („verfassungswidrig“) seit geraumer Zeit erheblich vorsichtiger geworden ist. Stattdessen präsentiert man jetzt merkwürdige „Meinungsfragen“ von vor einem halben Jahr, nach denen angeblich „nur“ 27 % der Hessen gegen die Startbahn seien.

Schließlich steht der Landesregierung auch noch ein Prozeß ins Haus, mit dem die Startbahngegner beweisen wollen, daß das gesamte planungsrechtliche Verfahren zum Bau der „18 West“ nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht, da die wesentlichen Problematik nicht angemessen berücksichtigt wurde. Bedenkt man all dies, so kann schlicht festgestellt werden, daß Börner und seine Mannschaft schon mal besser umsehen. Nicht zufällig brodelte daher die Gerüchteküche, derzufolge die sozialliberale Koalition in Wiesbaden (und damit auch in Bonn) in Gefahr sei usw. usf. Dies kommt ja immer, wenn der SPD die letzten Argumente ausgehen, und man kann es nur so beantworten: Geradezu mit Genuß würden die außerparlamentarischen Bewegungen in Hessen mit einer wie auch immer gearteten Wahlhilfe die FDP im nächsten Herbst aus dem Landtag feuern, falls sie jetzt zu Dräger schwenkt (leider wird sie uns den Gefallen kaum tun).

In dieser Situation tut die Regierung auf ein bewährtes Instrument: Läßt sich das Volk nicht überzeugen, muß die Polizei „nachhelfen“. Da sie aber weiß, daß dieser Zusammenhang sich auch dem Bürger nicht entzieht - und somit zusätzliche Erkenntnisse über dieses System zutage fördert - muß polizeiliche Brutalität eine scheinbare Legitimation erhalten. Diesem Zweck dient das Mittel der Provokation. „Strategie der Bomben“ nennt man eine Politik des

States, die in Zeiten verschärfter Klassenkämpfe das Ziel verfolgt, ein Klima der Angst und Hysterie zu schaffen, um den Ruf nach harten Gewaltmaßnahmen und einem starken Staat zu schüren, der „endlich“ erbmunglos für „Ruhe und Ordnung“ sorgt.

Es fing damit an, daß die Bürgerinitiative einen agent provocateur identifizieren konnte, der im Startbahnwald mit Molli's hantierte, und aus dessen schriftlichen Unterlagen hervorging, daß er für seine „Leistungen“ mit 1.000 DM von der Polizei vergütet wurde. Es endete vorläufig damit, daß auf einem BI-Plenum am 24.9. ein Flugblatt unter die Leute gebracht wurde, das mit der Aufforderung endet: „Im ganzen Rhein/Main-Gebiet kann die Polizei beschäftigt werden (laß doch mal 'nen Feuerlöscher irgendwo liegen)“. Mit den „Feuerlöschern“ hat es seine ganz konkrete Bewandnis. Am 16.9. wurde ein mit Sprengstoff gefülltes Gerät dieses Typs an einem Eisenbahngleis gefunden, das zur US-Air-Base am Flughafen führt. Durch die frühzeitige Entdeckung „mißlang“ dieser Anschlag. Oberflächlich ist man versucht, diese Aktion in die zur Zeit laufenden Angriffe auf US-Einrichtungen einzuordnen. Schenkt man hier hingegen etwas mehr Aufmerksamkeit, so muß festgestellt werden, daß eine an dieser Stelle explodierende Bombe erstens danebenliegende Gleise des „zivilen“ Bahnverkehrs ebenfalls getroffen hätte.

Zweitens hätte die Explosion auch den Autobahnverkehr mindestens in Mitleidenchaft gezogen. Also eine geradezu lärmige Stelle oder umgekehrt ein optimaler Ort, um der Bevölkerung das Treiben gemeingefährlicher Krimineller vor Augen zu führen. Ein nicht unterzeichneter „Bekennerrbrief“ (siehe „HAZ“ vom 21.9.) nennt dann auch die Startbahn West als einen der Gründe für diese Aktion. Es darf vermutet werden, daß dieser (Mao-sei-Dank) „mißglückte“ Anschlag noch eine Rolle spielen wird für die Hetze der Landesregierung gegen die Volksbewegung.

Erinnerungen an das Attentat auf den ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister werden wach. Als Karry Wachsmann wurde, war sein politisches „Ende“ ja bereits in Sicht (Spendenaffären, Schlebeisen zugunsten der Baubindustrie, Verwicklung in allerlei dunkle Geschäfte). Durch seinen gewaltsamen Tod allerdings ging ausgerechnet er als echter Kapital-Agent, der er immer war, noch als „populärer“, „volkverbundener“ Politiker in die bürgerliche Geschichtsschreibung ein. Sollte es mit seinem „Ziehkind“, dem Startbahnprojekt, vergleichbar laufen? Das würde bedeuten, daß diese Politik, die in Hessen heute so hart bedrängt wird wie noch nie, durch Gewaltprovokationen doch noch zum Erfolg gebracht werden soll. Wachsamkeit ist angelegt!

Wachsamkeit ist angelegt! durch Gewaltprovokationen doch noch zum Erfolg gebracht werden soll. Wachsamkeit ist angelegt!

KB/Gruppe Frankfurt



1970 für Startbahn West

Starbahn West

Der Frankfurter Flughafen wird ausgebaut. Eine weitere Startbahn (Startbahn West) kann nicht.

Die juristischen Entscheidungen dafür sind gefallen. Die Flugbahn ist bei der Genehmigung, auf ihrem eigenen Gelände die Bahn zu bauen.

Dies wurde mehrfach versucht, wurde aber durch Gegner des Flughafenbaus verhindert.

Bei dieser Beschäftigung und Schlichtung ist immer die Polizei verpflichtet, tätig zu werden.

Die Polizei hat heute und in den nächsten Tagen folgende Aufgabe:

- Schutz der Insassen vor Verletzungen, die beim Polizeieinsatz zu Verletzungen kommen können
- Sicherung der Fahrbahnen, damit diese ununterbrochen und gefährdungsfrei durchgefahren werden können.

Nach bisherigen Erfahrungen sind demonstrierende Bürger aus den unmittelbaren Umgebungen, die sich durch den Flughafenbau beeinträchtigt fühlen.

Flüchtig ist aber auch, daß gewalttätige BerufsDemonstrationen aus anderen Teilen der Bundesrepublik erscheinen.

Es ist möglich, durch rechtliche polizeiliche Verfahren eine „Entlassung“ zwischen diesen Gruppen zu verhindern.

Das Verhalten gegenüber friedlichen Bürgern, die von ihrem Grundrecht auf friedliche, gewaltfreie Demonstration Gebrauch machen, muß ruhig und konstant sein.

Die eingesetzten Polizeieinheiten haben bisher - trotz der Teilweise gewalttätigen Berichterstattung - angemessen reagiert.

Nur bei bewußt, daß ein polizeiliches, ausgeprägtes Verhalten bei längerer Einsparung zunehmend schwieriger werden wird, die schließlichen gewalttätigen Handgruppen werden vermieden, ein harte polizeiliche Verhalten zu provozieren, um möglichst auch die demonstrierenden Bürger gegen die Polizei aufzubringen.

- Dies darf nicht geschehen. Denn mit jeder eingesetzten Person

Druck: Eigendruck Polizei

Der POLIZEIPRESDIENT IN FRANKFURT AM MAIN

Seiten: 1 - 2 - 3

Rekrutengelöbnis in Bielefeld:

4000 Demonstranten — Polizei und Bundeswehr üben Bürgerkrieg

Der Versuch der Spaltung des Widerstands gegen das „feierliche Gelöbnis“ in der Bielefelder Ruhheide durch Jusos und DKP-nahe Kräfte (vgl. letzten AK) ist fehlgeschlagen. Trotz des Juso-Boykottaufrufes nahmen ca. 4.000 (Polizeiangabe 2.500) an der Protestdemonstration am 15.9. teil. Am dem Juso-Friedensgelöbnis einen Tag vorher konnten zwar immerhin 1.000 Teilnehmer gezählt werden, die aber überwiegend auch bei der Demonstration dabei waren. Die Polizei hatte das Gebiet um das Stadion hermetisch abgesperrt. Die „Besucher“ des Gelöbnisses bestanden mindestens zur Hälfte aus Uniformierten.

Friedensgelöbnis der Jusos etc.

Aufgerufen dazu hatte, wie berichtet, die Mehrheit der Bielefelder Friedensinitiative (Jusos, DKP, DFG, VVN). Gegen Widerstand der Buntten und Grünen sowie der VVN (I) und einem DFG-Mitglied setzte ein Juso-Vorstandsmittel eine Verschiebung des Friedensgelöbnisses auf Montag — also einen Tag vor der BW-Provokation durch. Damit war das letzte Kompromißangebot der übrigen Kräfte der Bielefelder Friedensbewegung gescheitert, nämlich gemeinsam zum Friedensgelöbnis aufzurufen und nur mit einem Teil der Gruppen zur anschließenden Demonstration.

Gegen ihre ausdrückliche Zusage hatten die Jusos „alle Jugendlichen“ zum Fernbleiben von der Demonstration aufgefordert.

Die Friedensinitiative gab daraufhin eine Erklärung heraus, die vornehmlich ihren Verständigungswillen demonstrieren sollte, was aber rechtlich daneben geriet. So hieß es etwa, sowohl Friedensgelöbnis als auch Demo hätten das gleiche Ziel. Man habe sich aber in der Initiative mehrheitlich für das Friedensgelöbnis als auch Demo entschieden. Man habe sich aber in der Initiative mehrheitlich nicht auf die Unterstützung der Demonstration verständigen können, da es unterschiedliche Auffassungen gegeben habe, „ob bei dieser Demonstration die Gefahr gewalttätiger Aktionen besteht“ (aus der Erklärung). Damit wurde indirekt unterstellt, die anderen Kräfte hätten sich für ein „gewalttätiges Vorgehen“ ausgesprochen.

Nachdem auch die vorher nicht an den Diskussionen beteiligten Falken zu beiden Protestaktionen — also auch zur Demo aufgerufen hatten, erschienen Vertreter der Friedensinitiative (Mitglieder der VVN) bei der Buntten Liste, um dem Eindruck einer Spaltungsabsicht entgegenzutreten. Sie seien ebenfalls über den Juso-

Boykottaufruf empört gewesen und boten den an der Demo beteiligten Kräften an, auf dem Friedensgelöbnis zur Teilnahme an der Demo aufzurufen zu können.

In der BuLi erzielte man schnell Einigkeit, den Vorschlag anzunehmen, ohne aber seinerseits zum Friedensgelöbnis aufzurufen.

Inzwischen hatte auch der Bielefelder Ortsverband der GEW sich „den Protesten gegen das öffentliche Gelöbnis von 350 Rekruten der Panzerbrigade Augustdorf am Dienstag auf der Ruhheide angeschlossen.“

Die GEW schrieb in ihrer Erklärung: „Wir sehen im öffentlichen Gelöbnis den Versuch, militärisches Denken und militärische Umgangsformen wieder stärker im Bewußtsein der Bürger zu verankern ...“

Ebenfalls zur Teilnahme am Friedensgelöbnis, nicht aber zur Demonstration, rief die Bielefelder Sportjugend auf, für die Brigitte Petring die Erklärung abgab: „... daß nur in Frieden Sport möglich sei“ (NW, 14.9.).

Schließlich nahmen nach Polizeiangaben 800 bis 1000 „meist junge Leute“ am Friedensgelöbnis teil. Die Veranstalter sprachen von 2000, wobei sie aber nach übereinstimmenden Schätzungen anwesender Beobachter aus dem „radikalen Lager“ die Beine gezählt haben müßten.

Es sprachen SPD-Vorstandsmitglied Jürgen Heinrich, der Theologe der Kirchlichen Hochschule Christoph Hartmeier und der DGB-Kreisjugendvorsitzende Dirk Toepfer. Beendet wurde die Veranstaltung mit dem Gelöbnis nach dem bekannten Text von Wolfgang Boycher: „Dann gibt es nur eins. Sag Nein“.

Zur Demonstration

Zur Demonstration

Es sah vor der Demonstration also eigentlich ganz gut aus: ein breites Bündnis von Falken über Bunte Liste und Grüne bis zu Anarchos und K-Gruppen, eine erhebliche Sympathie auch bei den Teilnehmern des Friedensgelöbnisses — „Morgen sind wir aber auch dabei“ — und eine breite Berichterstattung in der örtlichen Presse.

Zu Beginn der Aufstufkündigung nur einige Hundert, formierten sich dann 4000 Menschen zu einem eindrucksvollen und mächtigen Demonstrationzug, der größten Friedensdemonstration in Bielefeld-Stadt in der letzten Zeit.

Bei der Kundgebung sprachen der Bezirksvorsitzende der Falken, Rolf



Volgt, und der Landesvorsitzende der Grünen NRW Hans Verheyen. Die Rede des AJZ-Vertreters Hans-Werner Wattenberg wurde auf die Abschlussskundgebung aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verschoben.

Der Demo-Zug, der durch die Fußgängerzone und Wohnstraßen zum Platz der Abschlussskundgebung in der Nähe des Fußballstadions führte, enthielt außer Transparenten wie „Krieg dem Krieg“ und „Raus aus der Nato“ auch Parolen wie „Über uns wird keiner Herr — Frauen gegen Militär“ oder „Lieber schwul und arbeitslos als normal und fahnen-treu“. Für Stimmung sorgte die Rote Kapelle mit neuem und altem Liedern gegen den Krieg. Im Hintergrund sah man den steigenden Altsatz.

Polizei rüstet Wohngebiet zur Festung

Angesichts der zu erwartenden Proteste hatten Polizei und Bundeswehr

Angesichts der zu erwartenden Proteste hatten Polizei und Bundeswehr „umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen“ getroffen und angekündigt.

Das Stadion selbst sowie der anliegende Parkplatz wurden zum militärischen Sperrbezirk erklärt. Außerhalb des Stadions sollte die Polizei „für den geordneten, reibungslosen Zu- und Abgang zum Veranstaltungsort sorgen“ (NW, 14.9.).

Dazu wurde die einengende Wohnstraße ab 17 Uhr — die „Feier“ sollte um 19 Uhr beginnen — für den gesamten Verkehr (auch Anlieger) gesperrt. Außerdem sollten alle „Besucher und Passanten“ ihre Ausweispapiere bereithalten.

Ab Dienstagmorgen begann die Polizei das Gelände um das Stadion hermetisch abzuriegeln.

Eine Natodraht-Umzäunung wurde ringsum errichtet und alle Vorbereitungen für die totale Sperrung aller Zufahrtswege getroffen.

Während zwei Zugänge wurden offengehalten, wo alle Besucher, Demonstranten etc. nur im Gansemarsch durch ein Bullenspalier durchkamen.

Situation im und um das Stadion

Nach der Abschlussskundgebung in der Nähe des Stadions zogen die Demonstranten zum Ruhheide-Stadion, wo sie sich mit den ebenfalls eintreffenden Besuchern mischten.

Das Dilemma, vor dem die „Sicherheitsorgane“ standen, war offensichtlich. Schließlich hatte nicht nur die Bielefelder Friedensbewegung aufgerufen, zum Stadion zu kommen, sondern auch die Bundeswehr im Verein mit den bürgerlichen Parteien, „gerade, wenn sie es schmeckt, sondern auch die Bundeswehr im Verein mit den bürgerlichen Parteien, die ja ein öffentliches Gelöbnis veranstalten wollten.“

Nun, die Unterscheidung zwischen „Stören“ und Besuchern bei der Bullerei in zahlreichen Fällen sichtbar schwer. Zeitweise mußten beide Zugänge „aus Sicherheitsgründen“ ganz gesperrt werden und schließlich gab es nur noch einen Einlaß.

Vor einer Sperrung kam es zum ersten brutalen Räumungseinsatz der Polizei, um den Spitz der Bielefelder Gesellschaft mit ihren Dienstwagen und Chauffeuren (z.B. Hauptredner des Abends OB Schwicker) Einlaß zu verschaffen. An den wartenden Fahrzeugen war hier und da ein Reifen entzweit worden.

Die Fahrzeuge der Bielefelder Crème mußten außerdem eine Blauliche passieren, womit laut mitgebrachtem Transparent auf die blutige Realität eines Krieges aufmerksam gemacht werden sollte.

Nach der Räumung — die Fahrzeuge konnten dann durch — jagten Einsatzkommandos der Bullen zig Leute durch die anliegenden Wohnstraßen.

Später wurden dann in der Innenstadt ca. 100 Leute, die sich wieder versammelt hatten, ohne erkennbaren Anlaß auseinandergetrieben, da sie sich nach Meinung der Bullen auf dem Weg zu einer Bundeswehrkaserne in der Innenstadt befunden haben. Dabei kam es zu Festnahmen.

Doch zurück zum Stadion. Wer reinwollte, wurde in den meisten Fällen abgelehnt und mußte seinen Ausweis vorzeigen. Evtl. festgestellte Trülpfeifen u.ä. wurden beschlagnahmt. Langhaarige mit Bärten und Punker hatten die besten Chancen gar nicht erst ins Stadion zu kommen. Zum Teil wurden Leute mit Halstüchern nicht durchgelassen. Insgesamt wurde das aber sehr willkürlich entschieden.

Im Stadion gab es dann noch eine Kontrolle durch Bundeswehr-Feldjäger. Der Mut für irgendwelche Aktionen wollte bei Frau und Mann zunächst nicht recht aufkommen.

Mindestens die Hälfte der Anwesenden bestand aus Grau-Uniformierten. In der Hier- und Heute-Sendung

des WDR am 15.9. hieß es dazu: „Insgesamt bleibt die Bundeswehr jedoch heute abend unter sich. Von den insgesamt 4000 Besuchern des Gelöbnisses sind 1500 Soldaten aus Augustdorf, die zur Teilnahme abkommandiert wurden.“

So wurde zunächst auch nur mal hier, mal da ein Buh-Ruf laut, welche ihren Verursachern dann auch gleich die Personalienfeststellung und den Rauswurf oder die Festnahme einbrachten. Proteste gegen Festnahmen durch Umstehende oder „Loslassen“-Rufe führten dann meistens ebenfalls zur Festnahme.

Mehrere Minuten lang heulte dann eine Sirene, die „von Unbekannten ausgelöst“ worden war, etwas später dann eine zweite.

Das Gelöbnis selbst wurde dann massiv gestört. Unter Gejohle und Geklätsche stürmten vier Demonstranten auf den Platz. Einer konnte die Feldjäger in schnellem Spurt abhängen und vor seiner Festnahme die Worte „Nie wieder Krieg“ über den Stadionslautsprecher rufen. Die anderen Läufer wurden ebenfalls verhaftet. Das Gelöbnis mußte nach einer massiven Räumaktion gegen den „harten Kern“ wiederholt werden. Zu dieser Zeit befanden sich allerdings nur noch Bundeswehr und überwiegend geladene Gäste im Stadion.

Durch die Aktionen im Stadion und durch die Anwesenheit Tausender Demonstranten außerhalb des Stadions wurden also die ungestörte Durchführung und v.a. die Öffentlichkeit des „feierlichen Rekrutengelöbnisses“ stark beeinträchtigt.

Weilab vom Schauplatz wurde ein Demonstrant, der keinen Einlaß gefunden hatte, aus einer Eisdecke heraus verhaftet. Ein vorbeifahrender Bulle wollte ihn als Steinwerfer — was nachweisbar nicht stimmt — wiedererkennen. Da sich an seinen Schuhen Spuren der Blutaktion (s.o.) befunden haben sollen, wurde er nach der üblichen Prozedur, ED-Behandlung, barfuß zu Hause abgeliefert. Seine Schuhe wurden beschlagnahmt.

In mindestens zwei durch Zeugnisaussagen belegbaren Fällen waren Provokateure am Werk. Diese versuchten Demonstranten zu Steinwürfen zu ermuntern bzw. später, als ca. 30 Leute vor dem Bullenpräsidium auf die Freilassung der Festgenommenen warteten, zur „Randalie“ in der Einkaufszone aufzuweilen. Zu diesem Zeitpunkt war die Innenstadt voller Polizei-Patrouillen.

Nach Bullen-Angaben erfolgten 24 Personalienfeststellungen, und zwar — 5 wegen Lärmbelästigung (I) im Stadion, — 1 wegen Widerstandes gegen Feldjäger der Bundeswehr, — 1 wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, — 2 wegen Beleidigung, — 4 wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, — 5 wegen Sachbeschädigung (NW, 17.9.).

Die Bunte Liste gab dazu die Erklärung ab, wonach sie „für den Fall, daß es zu Anklagen gegen Demonstranten kommt, ... jegliche materielle und moralische Unterstützung leisten“ werde.

Außerdem hieß es: „Kritischen alten Unkenrufen von intervenierter Seite haben die Demonstranten große Disziplin bewiesen und sich auch durch den größten Polizeieinsatz der letzten Jahre in Bielefeld nicht provozieren lassen ...“ (NW, 17.9.).



Die Photos auf dieser Seite sind von N. Fiks

Reaktionen auf die Anti-Haig-Demonstration:

„Endlich mal richtig aufräumen . . .“ [Lummer]

Der Kommentator der „Ruhr-Nachrichten“ traf den Nagel auf den Kopf: „Nichts macht den Irrsinn deutlicher Amerikas Außenminister kann in Berlin nur noch in geschlossenen Gemächnissen auftreten“ (14.9.) Prägnant drückt sich in diesem einen Satz die ganze Wut und Betroffenheit der Herrschenden darüber aus, daß sie mit allen Drohungen, Einschüchtern und Spaltungsversuchen nicht hatten verhindern können, daß 80.000 Uren Protest gegen Haig und den Kriegskurs seiner Regierung auf die Straße trugen, während alle Anstrengungen, dem US-Bundengenossen einen jubelnden Empfang durch die Bevölkerung zu bereiten, kläglich gescheitert waren. Um eine ähnliche Beiläufigkeit nicht noch einmal erleben zu müssen, wurden bereits tags drauf alle Habel zum großen „Roll back“ gegen die Friedensbewegung in Gang gesetzt.

Schutzhaft für Haig-Gegner

Die Aktion lief bereits an, bevor sich die Demonstration in Bewegung gesetzt hatte. Ca. 120 Leute aus Oettingen, Frankfurt, Kiel, Hamburg und Westberlin hatten sich am Sonntag vormittag am Nollendorfplatz versammelt, um gemeinsam zur Demonstration zu gehen. Gegen 10.30 Uhr — eine halbe Stunde vor Beginn der genehmigten Demonstration — sahen sie sich plötzlich von zahlreichen Polizeiwagen eingekreist. Per Megaphon wird ihnen „mitgeteilt“, daß alle festgenommen seien. Sie werden zusammengetrieben, teilweise mit Knütteln geschlagen, in bereitstehende Wannen gepfercht und in die Polizeikaserne Kruppstraße abtransportiert. Begründung der Polizei: Gefahrabwehrung.

Der Pressen wird später mitgeteilt, die Polizei habe einen Hinweis bekommen, „daß sich am Nollendorfplatz Radikale für Ausschreitungen formierten. Beim Einsatz hätte man dann zahlreiche Vermummte und mit Katapulten, Stahlkugeln und Sprühdosen ausgerüstete Personen festgestellt, die schon durch ihren ‚Halitus‘ aufgefallen seien“ (Tagesspiegel/Tsp 15.9.).

Wie mehrere Betroffene später berichteten, hatte ihre „Ausstattung“ aus einer Papp-Perching-II, einem Plakat „Für Atom-U-Boote im Wannsee“, in einem anderen Fall aus einer brennenden Zigarette bestanden. „Uefährlicher“ Gegenstände hat die Polizei bis heute noch nicht als Beweis vorlegen können.

Mitgegriffen wurden auch Leute, die mit der Demonstration überhaupt nichts zu tun hatten, etwa ein 15-jähriges Mädchen, das ihre Freundin besuchen wollte.

Juristisch gerechtfertigt wurden die Festnahmen mit § 118 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG), nach dem die Polizei „eine Person in Gewahrsam nehmen kann, wenn auf andere Weise eine gegenwärtige erhebliche Gefahr nicht abgewehrt werden kann“. Die 120 als Gruppe Festgenommenen (die Polizei spricht übrigens nur von 78) saßen also: „Ausnahmestand, Militärdiktaturpraktiken im Namen des ‚Rechtsstaates‘, Freiheitsberaubung zur Sicherung von ‚Berlin als Symbol für Freiheit der ganzen Welt‘ [Haig]“ (Presseerklärung der 120 Festgenommenen). Früher hieß es schlicht Schutzhaft.

Wie klar und Schikanen auch nach den Festnahmen: „Keiner kann einen Anwalt verständigen, die meisten mußten sich nackt ausziehen zur Leibvisitation, drei Italiener dürfen ihre Botschaft nicht anrufen, zwei Frauen sind in der Zelle zusammengebrochen, obwohl schon Stunden vorher ein Arzt verlangt wurde“ (ebd.). Alle Männer werden erkennungsdienstlich behandelt.

Aus Protest praktizierten 80 der Festgenommenen in Selbsthilfe Gefangenenzusammenlegung: Mit Rippen zugewinkelte Zwischentüren von vier großen Zellen werden eingetrennt. Dafür blüht ihnen ein Verfahren wegen Sachbeschädigung und Gefangeneneuereid. Wegen Nötigung und Freiheitsberaubung werden die 80 geschlossen Gegenansätze ullen.

Freigelassen wurden alle erst, nachdem Haig schon lange aus West-

berlin abgereist war. Frauen wie Männer wurden einzeln in Außenbezirken oder im Grünwald aus den Polizeiwagen geworfen.

Eine Festnahme hatte es bereits am Sonntagabend gegeben. W., der während der Demonstration eine satirische Haig Rede halten wollte und sich deshalb beim Troller eine Uniform besorgt hatte, wurde nachts in seiner Wohnung verhaftet und 17 Stunden — bis zur Abreise Haigs — im Knaat festgehalten.

Zoff nach der Abschlussschuldung

Bereits während der Demonstration waren die Massen-Schutzverhaftungen bekannt geworden. Die Demonstrationsleitung, der von der Polizei 54 Festnahmen bestätigt worden waren, erklärte, daß die Polizei für alle Folgen die Verantwortung zu tragen habe. Mit der Parole „Laßt die Leute frei“ zogen nach der Abschlussschuldung mehrere tausend Leute in Richtung Rathaus Schöneberg. Bereits nach gut 100 Metern stellte sich ihnen ein nicht unbeträchtlicher Teil der insgesamt 7.000 eingesetzten Polizisten in den Weg, die sofort das Tränengasfeuer eröffneten. „Beim Versuch, die Demonstranten auf den Winterfeldplatz (wo die Abschlussschuldung stattgefunden hatte — Anm. AK), zurückzutreiben stießen sie auf erbitterten Widerstand. Steine flogen zu Hunderten, Barrikaden wurden zunächst in der Goltzstraße, später richtete, angezündet und förmlich verteidigt“ (taz, 14.9.). Nach gut einer Stunde hatte die Polizei mit gepanzerten Wasserwerfern und massivem Schlagstock- und Tränengasinsatz den Winterfeldplatz „zurückerobert“. Insgesamt zog sich die Randalie bis in die Abendstunden hin.

Selbst das SPD-nahe „Volksblatt Berlin“ berichtet, daß Polizisten mit

Selbst das SPD-nahe „Volksblatt Berlin“ berichtet, daß Polizisten mit blindwütiger Brutalität vorgingen. „Aus der Pallasstraße kann man beobachten, wie Steine aus der Goltzstraße, in der die Polizei steht, zurückfliegen.“ „Augenzeugen beobachten, wie Passanten niedergedrückt werden, die dem Einsatz im Wege stehen. Ein Jugendlicher bleibt am Boden liegen, eine Frau wird festgenommen, als sie mit einem Fotoapparat weglaufen will. Die Polizisten drängen in der Nollendorfstraße und in der Winterfeldstraße in Hauswände und Treppentürme ein. Von Balkonen werden Steine und Blumentöpfe geworfen. Aus einem Haus kumpelt meidend ein junger Mann. Er berichtet, die Polizei habe im Hausflur blind auf jeden eingeschlagen. Sein Schienbein ist aufgerissen. An der Ecke zur Courbittstraße beobachtet eine Passantin die Festnahme eines Jugendlichen. „Er hat nichts getan. Er stand nur am Polizeiwagen.““ (15.9.)

Am späten Nachmittag machen Polizisten Jagd auf einzelne Personen und kleine Gruppen: „Bei einer überfallartigen Räumung des U-Bahnhofs Nollendorfplatz blieben beispielsweise allein 10 Verletzte mit blutenden Köpfen liegen.“ (taz, 14.9.) (taz, 14.9.)

Bilanz der Auseinandersetzungen: 100 verletzte Demonstranten, darunter Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen. 40 Festnahmen, gegen elf Leute wurden Haftbefehle erlassen. Die Polizei gab 151 Verletzte aus ihren Reihen an, 109 private Fahrzeuge sollen beschädigt worden sein.

„Polizisten schrien: ‚Sie schlagen uns tot, wir müssen schießen‘“ („Bild“)

Ausgerechnet diejenigen, die zuvor alles geian hatten, das Klima anzuheizen, und mutante Auseinandersetzungen geradezu herbeizuschwören hatten (vgl. AK 208), schrien ihre „Empörung“ am lautstärksten in die Welt hinaus. Mit gezielten Falschmeldungen versuchte „Bild“, den Volkszorn zum Kochen zu bringen. „Chocoten schleudern brennende Molotowcocktails gegen Wohnhäuser, stürmen Balkone. Die Fassaden der Mietshäuser Barbarossastraße Nr. 1

und Nr. 61 drohen, Feuer zu fangen. Die Feuerwehr konnte in letzter Minute löschen.“ (14.9.) Eine Mieterin aus der Barbarossastraße 1, von der „taz“ zu diesem Vorfall befragt, antwortet empört: „Das ist alles absoluter Blödsinn. Eine Bild-Mitarbeiterin rief mich gestern im Laufe der Nachmittags an und fragte mich immer wieder suggestiv ob sich dort nicht so etwas hätte ereignet haben können.“ Wie die Mieterin dann weiter mitteilt, habe sie aufs Schärfste bestritten, daß dort an oder in diesem Haus Feuer gelegt worden wäre. „Ich bin bestimmt nicht damit einverstanden, wenn hier Straßenschlächen stattfinden, aber ich bin auch nicht damit einverstanden, daß solche Sachen geschrieben werden, um die Situation noch mehr hochzukochen“, sagt sie. Ähnlich beim Haus Barbarossastraße 61; auch dort konnte keiner der Mieter bestätigen, daß es brannte“ (taz, 15.9.).

Die vereinigte Reaktion nutzte die Gunst der Stunde, um für noch mehr Polizeistaat zu trommeln. Innenminister Lummer erklärte gegenüber dem ZDF, „daß der weitaus größte Teil der Berliner der Auffassung sei, daß wir endlich mal richtig aufräumen“ (Tsp., 15.9.). „Wie lange noch“, fragte der Deutsche Beamtenbund, „werden Polizeibeamte unter akuter Gefährdung ihres Lebens, ohne von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, diesen Straßenkämpfen zu machen, diesen Grundrecht der Versammlungsfreiheit zum Kampfe gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht wird, noch standhalten?“ (ebd.). „Bild“ schen zu bedauern, daß es am 13.9. noch keinen Schußwaffen einsatz gegeben hätte: „Über Funk riefen sie (die Polizisten — Anm. AK). Wir müssen von der Schußwaffe Gebrauch machen.“ Die Einsatzkontrolle befiehlt: „Weglaufen, nicht schießen!“ (14.9.). Rückendeckung vom Gesamtpersonalrat und der Gesamtjugendvertretung, der „Berliner

vom Gesamtpersonalrat und der Gesamtjugendvertretung der Berliner Polizei hätte es auf jeden Fall gegeben. „Bei den Krawallen seien Situationen entstanden, die in vielen Fällen einen Schußwaffengebrauch gerechtfertigt hätten“ (Tsp., 15.9.). Die baldige Einführung der „CS-Distanzwaffe“ und die Räumung „erkennter Stützpunkte der Chocoten“ forderte die Gewerkschaft der Polizei, während der Bund Deutscher Kriminalbeamter die „westlichen Schutzkräfte“ in die Pflicht nehmen will, die „von ihren alliierten Vorbehaltsrechten“ mehr Gebrauch machen sollten (ebd.).

In dieser illustren Runde durfte auch Sickerl, Westberliner Landesvorsitzender des DGB, nicht fehlen, der CDU-Lummer von rechts unter Feuer nahm. „Wie lange glaubt der Innenminister, Herr Lummer, eigentlich noch kumpeln zu können, daß vor den Augen der Polizei Automobile von Berliner Bürgern zerstört, Brände gelegt und Geschäfte geplündert werden? Wenn Herr Lummer der Meinung ist, nur dazu verpflichtet zu sein, das — was hinter den Polizeisperkettens verläuft — schützen zu müssen, sollte er sich überlegen, ob er die Verantwortung für die Sicherheit Berlins weiter tragen kann“ (ebd.).

Von der Spreu und vom Weizen

Während die Reaktion dermaßen nach dem großen Knüttel rief konnte sich die SPD unterdessen voll auf ihre Rolle als Opposition konzentrieren. Typisches Beispiel ist der Kommentar des SPD-nahen „Volksblatt Berlin“:

„Auf die Gefahr hin, Beifall von der falschen Seite zu bekommen: Gegen den kriminellen Teil der Szene hilft nur die ganze Härte des Gesetzes. Jegliche ‚Aufrechterhaltung von Steinwürfen und Akthieben gegen einzelne Übergänge einzelner Polizisten ist völlig fehl am Platze‘. Der übrigen Szene aber muß klar sein oder klargemacht werden, daß ihre politischen Appelle und moralischen Ansprüche so lange hohl klingen, solange sie sich nicht zu offener und ehrlicher Distanzierung von den Gewalttätigkeiten durchringen können.“ (15.9.)

Von der Presse gehörig als mitverantwortlich für die Randalie gebrand-

schien die Jusos sehr schnell Einsichten dafür, was von ihnen verlangt wird. „Auch wenn die Polizei durch die unverständlichen und provozierenden Verhaftungen von über 100 jungen Menschen die Situation erhitzt hat, können diese polizeilichen Maßnahmen die Gewalt und Brutalität der Steinwerfer weder legitimieren noch verständlich machen.“ Schon vor den polizeilichen Übergriffen hätten Chocoten den Ausbruch der Gewalt gewollt. „Alle Berliner Gruppen, auch die Autonomen, haben sich an das Prinzip der Gewaltfreiheit gehalten. Den Veranstalter können die von angereisten Schlägertrupps ausgelösten Krawalle nicht vorgeworfen werden, auch wenn die Medien meinen, dies tun zu können“ (taz, 15.9.). Abgesehen davon, daß die Jusos offenbar nichts dabei finden, daß dümmliche Weltbild eines Herrn Lummer — die gute Berliner, da auswärtige Störenfriede — nachzuplappern, sind nach dieser Stellungnahme erhebliche Zweifel angebracht, wie ernst sie es mit den schönen Worten über die Einheit aller

nicht weniger als die unwiderrufliche Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.

In schon unverschämter Offenheit heißt es in einer Erklärung der Westberliner SPD: „Die Partei wurde von der Fraktion aufgefordert, ein Friedensforum „mit allen Gesprächswegen außerhalb der Kommunisten“ zu veranstalten, um in der Diskussion über den „Rüstungswahnsinn“ ... sozialdemokratische Akzente zu setzen. In Berlin soll nach Meinung der SPD-Fraktion ein „Anti-Gewaltforum“ stattfinden, um ein breites Bündnis mit allen, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnen, herzustellen“ (taz, „Tagesspiegel“, 16.9.).

Nur einen Tag später berichtet der „Tagesspiegel“ in großer Aufmachung über eine Presseerklärung der Abgeordnetenhausfraktion der Alternativen Liste, auf deren Text man sich erst nach langen Diskussionen habe einigen können. Bedauert werden zunächst die „militanten Aktionen“ vom 13.9. „nicht zuletzt deshalb, weil es zu Sachbeschädigungen bei „einfachen



Foto: Peter Homann, Berlin

Foto: Peter Homann, Berlin

Kriegsgegner meinen, die auf der Abschlussschuldung der Anti-Haig-Demo das Herz der meisten Anwesenden getroffen hatten.

Um eine gemeinsame Demonstration gegen Haig zu ermöglichen, hatten sich „alle Beteiligten, auch und gerade die jungen Menschen aus den besetzten Häusern, die verschiedenen autonomen Gruppen und der Tuwot-Kreis (auf) eine friedliche Demonstration ohne gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei“ geeinigt (Aus der Presseerklärung der Demonstranten, 10.9.).

Daran haben sich alle Beteiligten gehalten und so zum Erfolg der Demonstration beigetragen. Jeder, der wie die Jusos bei den Verhandlungen über die Demonstration dabei war, weiß aber auch, daß keineswegs alle Beteiligten bereit waren und sein werden, auch auf das „Prinzip der Gewaltfreiheit“ verpflichtet zu lassen. Einheit aller Kriegsgegner heißt bei dieser Lage der Dinge zu respektieren, daß bei den verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung unterschiedliche Vorstellungen über die Ausdrucksformen des Protestes bestehen. Einheit aller Kriegsgegner — so sie mehr sein als eine bloße Fiktion — kann nicht heißen, andere auf die selbst gewählten Widerstandsformen festlegen zu wollen. Festzuhalten bleibt, daß diejenigen, die trotz massiver Polizeiaufgebot Haig vor dem Schöneberger Rathaus „begrüßen“ wollten, nie mandem ihre Aktionsaufzwingen versuchten. Erst nach der gemeinsamen Großdemonstration wurde dazu aufgerufen, zum Rathaus zu ziehen, o b w o h l viele Leute wegen der provokatorischen Massenfestnahmen reichlich Wut im Bauch hatten.

Wenn das „Volksblatt Berlin“ jetzt eine „offene und ehrliche Distanzierung von den Gewalttätigkeiten“ fordert, so sind nicht auf derartige angesprochen, von denen solche Erklärungen seit jeher billig zu haben gewesen sind. Verlangt wird, daß die Friedensbewegung bzw. ihre geläuterten Teile, sich die demagogische Gleichung Friedensbewegung = friedliche Bewegung zu eigen macht, eine Gleichung, an die übrigens nicht einmal ihre Urheber glauben, wie die rüden Attacken gegen den Pazifismus einerseits, die Streikchancen für die Gewaltfreiheit andererseits zeigen. Verlangt wird

Bürgern und Geschäftsleuten“ gekommen sei.“ Darüber hinaus begibt sich die AL-Fraktion aber auch auf das Gebiet einer prinzipiellen Diskussion der Gewaltfrage, wie sie in letzter Zeit in der AL überhaupt sehr in Mode gekommen ist. Mit „allen Beteiligten“ solle offensiv über die „Frage des Charakters von Massendemonstrationen und die Frage der Militanz einzelner Gruppen“ diskutiert werden.

„Diese Auseinandersetzung sei „unumgänglich geworden“, sie würde „von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sein, wenn die Frage der Verursachungen am Rande friedlicher Massendemonstrationen nur noch in Kategorien der Polizeitaktik diskutiert wird“...“ (taz, 17.9.).

Während die AL-Fraktion von Diskussionen spricht, bejubelt der „Tagesspiegel“ mit einem feinen Ompar für wachsendes Oras einen „Meinungsumschwung“. „Wie aus Fraktionskreisen verlautet, wird diese Formulierung als „Weichenstellung“ für ein gegenüber früher differenzierteres Verhältnis zur Gewaltfrage angesehen“.

Sind dem eingeweihten Igel Diskussionen über die Gewaltfrage zumindest bekannt, so müssen sich ihm spätestens bei der Lektüre der Schlußpassage der „Tagesspiegel“-Meldung die Stacheln stecken: „Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat am Dienstag zu einem Bündnis aller derer aufgerufen, die Gewalt als Mittel der Politik ablehnen. Dabei gehe es vor allem auch darum, das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit, das in Berlin in Gefahr sei, zu schützen. Bei der AL-Fraktion wurde gestern diese SPD-Initiative als hilfreich angesehen und indirekt zu unterstützen gegeben, daß ihre eigenen Überlegungen in ähnlicher Richtung verlaufen“.

Hilfreich eine Initiative, der o s k l a r i e r t e m a ß e n um Spaltung der Friedensbewegung in Kommunisten und Nichtkommunisten, in Gewaltfreie und Militante geht, gestützt von Leuten, die fest zum Aufrüstungsprogramm stehen und den staatlichen Gewaltmonopol nur deshalb nicht befehlen haben, weil den Westberliner Wählern ihr Mißpolster auf den Regierungswahl allzu weich geworden war? Hilfreich — so muß man fragen — für wen eigentlich?

J., Weatherlin

Bonn-Demo: Es tut sich was!

Bislang hatte es eine Reihe von Protesten gegen die „einseitige“ Ausrichtung der Bonner Demo zugunsten der Koalitionsparteien gegeben (Wir berichten davon).

Der Göttinger Arbeitskreis ergreift die Initiative, den Unmut über Protestbriefe hinaus mehr zusammenzufassen und zu einem einheitlichen und koordinierten Vorgehen und Auftreten der bisher nicht repräsentierten Teile der Friedensbewegung zu kommen.

Einer breit verschickten Einladung zu einem Treffen folgten am 19.9. über 60 Vertreter der verschiedensten Gruppen und Initiativen: H.U.B.A., Krieg dem Krieg Bremen, BIKO, Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Grüne S.H., Christen für den Sozialismus Gd, ESG Hamburg, H. Lippolt (Grünen-Vorstand) sowie Initiativen aus Kassel, Göttingen, Münster, Braunschweig, Rockingham, Moers, Bochum, Bonn, Wuppertal, GA, KB, KBW, BWK, u.a. Schriftliche Stellungnahmen lagen vor aus Siegen, Celle, Clausthal, Hana, Münden, Nordhorn, Köln sowie von der Bremer Grünen Liste, damit wurde natürlich nur ein kleiner Teil der möglichen Initiativen erreicht (z.B. fehlten die Frauengruppen, ZDL, Reservisten usw. fast völlig). Die Basisgruppen im VDS hatten auf ihrer Sitzung eine Unterstützung des Göttinger Vorgehens bereits beschlossen.

Weitgehende Übereinstimmung bestand bei den Anwesenden in der Absicht, den immer deutlicher werdenden Integrations- und Umarmungsversuchen der SPD klar entgegenzutreten. Der Göttinger Arbeitskreis hatte hierzu geschrieben: „Wir sehen die Gefahr, daß sich – wie schon einmal in den 30er Jahren – bekannte Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung setzen wollen, um diese in die bestehenden Parteien und Institutionen zu integrieren und ihr damit die Schärfe zu nehmen. Das kann nicht unser Interesse sein.“ H. Lippolt (Grünen-Vorstand) verlas in diesem Zusammenhang eine Meldung des SPD-Hintergrunddienstes, in dem die Zusammenarbeit von Aktion Sühnezeichen und Jüdische Ausdrücklich gelobt und als wichtiger Beitrag, der derzeit „dominierenden K- und

anderen Gruppen zurückzudrängen“ bezeichnet wurde.

Alternativer Aufruf beschlossen!

Zusammen mit der Einladung hatte der Göttinger Arbeitskreis einen Entwurf für einen alternativen Aufruf verschickt, der auf einem vorhergegangenen Treffen verschiedener Göttinger Initiativen (SU, Arbeitskreis, Frauen gegen Krieg, AGIL, KB, Grüne, KBW, BWK) erarbeitet worden war. Zum Ziel schrieb der Arbeitskreis: „Wir wollen die Demonstration nicht boykottieren oder sabotieren. Wir rufen jedoch dazu auf, unter einem Aufruf mit weitergehenden Forderungen zu der Demonstration zu mobilisieren und diese Position auch gemeinsam auszudrücken.“ In einer harten aber konstruktiven Diskussion wurde der Entwurf überarbeitet und verbessert, insbesondere die eigenständige Rolle der BRD noch deutlicher hervorgehoben. Eine klare Abgrenzung wurde den Versuchen erteilt, USA und SU gleichermaßen als Hauptkrisenstreiter zu bezeichnen (KBW, J. Schöer von der Ex-KPD und die Braunschweiger BI). Ergänzung gab es noch zur Militarisierung im Inneren (Rekruteneinrichtungen, Frauenmilitarisierung), sowie zur Kriminalisierung von Teilen der Friedensbewegung (Bremen, Westberlin). Der letztlich verabschiedete Aufruf dürfte den „oppositionellen“ Strömungen in der Friedensbewegung weitgehend gerecht werden und eine Grundlage für ein gemeinsames Auftreten auf der Bonner Demo sein. Bis und Gruppen, die den Aufruf unterstützen, sollen dies möglichst bis zum 1.10. dem Göttinger AK (Tel. 0551/7700158) 3400 Göttingen, Postfach 45 mitteilen.

Es wurde beschlossen, mit den Veranstaltern noch mal über einen eigenen Redner (vom Göttinger Arbeitskreis) auf der Abschlusskundgebung zu verhandeln.

Erheblich schwieriger gestellte sich die Frage, wie diese weitergehenden Positionen auch auf der Demo repräsentiert zum Ausdruck gebracht werden können. Die Bildung eines eigenen Zuges sowie von geschlos-

senen Blöcken innerhalb der geplanten Züge wurde sowohl aus organisatorischen wie aus politischen Gründen (abschotten) verworfen. Zustimmung fand der Vorschlag, in den einzelnen Städten für den alternativen Aufruf zu werben (z.B. durch vorbereitende Veranstaltungen). Blöcke innerhalb der einzelnen Städte zu organisieren und dies auf der Demo durch viele Transparente, Parolen, Lautsprecherwagen deutlich zu machen. Der „Vertreter“ der Veranstalter, B. Zwanziger vom VDS, sicherte zwar zu, daß gegen unliebsame Transparente nichts unternommen würde, drückte sich aber um eine klare Stellungnahme zu den Lautsprecherwagen herum.

Vorschlag für eine Bundeskonferenz

Um eine Wiederholung der Vorgänge um die Bonner Demo in Zukunft zu verhindern, Abzweiglinge und Hinterzimmeraktionen auszuschließen und zu demokratischerer Diskussion und Beschlußfassung in der Friedensbewegung zu kommen, einigten sich die Anwesenden darauf, auf der Bonner Abschlusskundgebung den Vorschlag zu einer Bundeskonferenz der Friedensbewegung Anfang 1982 zu verbreiten. Diese Buko soll u.a. über bundesweite Aktionen zum SPD-Parteitag im März '82 diskutieren und zwar unter Einbeziehung aller Strömungen der Friedensbewegung.

Als erster Vorbereitungstermin wurde der 17.10. in Göttingen vorgeschlagen (An diesem Wochenende sollen in Göttingen die schon geplanten Fortsetzungstreffen der Rusew-Initiativen und des Initiativentreffens, zu dem seiner Zeit die Hamburger-Friedenskoordination eingeladen hatte, stattfinden). Weitere Vorschläge waren der Aufbau von gemeinsamen Strukturen und Erfahrungsaustausch. Die Notwendigkeit eines solchen nationalen Treffens bzw. demokratischer Strukturen dürfte nach den Bonner Erfahrungen unumstritten sein. Das Göttinger Treffen war jedenfalls der beste Beweis, daß es auch anders geht. Z./Antimil.-Komm. Göttingen

Ordnung muß sein

Gewaltfreie Gruppen hatten ursprünglich geplant, am Vortag der Bonner Demo eine kleine Aktion vor der Bonner Hardthöhe durchzuführen.

Inzwischen wurde ein Brief bekannt, mit dem „im Namen der Väter und Vorfahren“ die AGDF und Aktion Sühnezeichen darauf hinwirken wollten, daß diese Veranstaltung nicht durchgeführt wird. Damit „unsere Argumente“ auch Eingang finden können in die politische Willensbildung bei Parteien und Verbänden und allen gesellschaftlichen Kräften, müsse „Verzicht auf Gewaltwendung“ geübt werden; allgemein solle überprüft werden, „welche Aktionen politisch nutzen und welche politisch schaden.“ Man kann es schon ahnen: die gewaltfreie Aktion von der Hardthöhe hat der Prüfung nicht standgehalten, AGDF und „Sühnezeichen“ warnen, daß eine solche „nach dem Versammlungsgesetz nicht gedeckte Aktion“ schnell von „Polizei oder Feldjägern abgeräumt wird.“ Selbst wenn die Aktion nicht öffentlich groß bekannt werde, bleibe der Verdacht, die Gruppen der Friedensbewegung seien nicht berechenbar. Durch eine solche Ak-

tion würde in den Köpfen der Ministerialen „alles Denken nur blockiert und fester gemacht.“ Zudem könne eine solche Aktion „unsere Pressearbeit empfindlich stören.“ Insofern wird der Schluß gezogen, daß die Aktion „umso weniger Schaden“ anrichte, „je weiter sie vom 10.10. zeitlich entfernt ist.“

Und die Sorgen gehen weiter. Im letzten Rundschreiben wird der vollkommen unnötige Versuch unternommen, den Demonstranten vorzuschreiben, bei „Transparenten, Lampions usw. far zu bleiben und niemanden zu beleidigen“, Keinen Ministerialen? Nicht die Bundesregierung oder vielleicht auch nicht Reagan? Zudem werden die Polizeiaufgaben bekanntgegeben, daß die Fahnenstangen auf Mini-Format zu normieren sind, die Polizei ein Versammlungsverbot und „Waffenverbot“ in bekannter Weise verhängt hat. Zudem soll nach dem Willen der Veranstalter vorher besprochen und festgelegt werden, wie „etwaige Störer Provokateure usw. durch unsere eigenen Leute gehindert werden können den Erfolg unserer Demonstration zu hinterstreben.“ nicht einmal die Farb-

spraydome wurde vergessen.

Einerseits kann man natürlich solche gut-preussischen Ordnungsvorstellungen vergessen, denn die Demonstranten werden es tun, was sie für richtig halten. Die Sorge, es möge alles schon „ordentlich“ abgehen, sei den Veranstaltern auch noch zugestanden. Aber mit welcher Unverfrorenheit getroffene Vereinbarungen hier wieder mal über Bord gekippt wurden, dürfte kaum verheimlicht sein. Es wurde bereits auf der 1. Vorbereitungsitzung diskutiert und ohne den geringsten Widerspruch angenommen, daß der Polizei klipp und klar erklärt wird, daß solche Auflagen es nicht durchsetzbar seien. Es wurde ihnen zudem empfohlen, ggf. juristisch gegen diese Auflagen vorzugehen, bzw. öffentlich dagegen zu protestieren.

Die Veranstalter versichern zwar, sie seien gegen die Auflagen vorgegangen, hätten auch dieses und jenes vom Tisch bekommen.

Trotzdem etwas weniger Preußentum und etwas mehr demokratisches Rückgrat ein bei den Organisatoren gut zu be-

Tübingen: Breite Unterstützung des alternativen Aufrufs

In Tübingen wurde auf der Sitzung zur Vorbereitung der Bonn-Demo und am Samstag zuvor stattfindenden „Hocketse“ (Infostände, Stellwände, Theater und Lieder) der Vorschlag eingebracht, zusätzlich zum offiziellen Bonn-Aufruf mit einer kurzen Begründung den Göttinger Alternativaufruf abzudrucken. Außer dem KABD wurde dies von allen Anwesenden unterstützt und beschlossen, noch weitere Gruppen darauf anzusprechen. In der Begründung heißt es:

Diesen Aufruf (der Aktion Sühnezeichen) unterstützen bisher über 500 Gruppen und Organisationen. Die Demonstration am 10.10. wird damit zum Ausdruck bringen, welche Breite die Friedensbewegung inzwischen erreicht hat. Leider wird diese Breite in dem Aufruf und dem vorgesehenen Rednern nicht ausgedrückt. Weder der Inhalt des Aufrufs noch die Auswahl der Redner repräsentieren das ganze Spektrum der Bewegung; die Liste der Redner beschränkt sich im wesentlichen auf das Umfeld der SPD, grundsätzliche Kritik, wie sie von großen Teilen der Friedensbewegung an der Politik der herrschenden Kräfte in der BRD geübt wird, findet nicht statt. Deshalb haben zahlreiche Organisationen, die in der Friedensbewegung arbeiten (darunter Gruppen der evang. Studentengemeinde, Gewaltfreie Aktion u.a.), beschlossen, zusätzlich folgende Aufruf für Bonn zu verbreiten und fordern, ihre Meinung dort auch durch einen Redner zum Ausdruck bringen zu können.

Diesen Vorschlag unterstützen bisher folgende Tübinger Gruppen: Antimil.-AK des Frauenforums, Antimil.-AK der Fachhochschule VV, Antimil.-AK und Plenum des Antifa-Komitees, GIM, KBW, BDP Tübingen, 1218-Gruppe, Friedensinitiative (ein Zusammenschluß in dem auch Grüne und DKP'er arbeiten) sowie der KB

10.10. in Bonn:

Trotz Maulkorb: Gewerkschafter sind dabei

Jetzt haben die DGB-Führer den Salat. Das im Juli vom DGB-Bundvorstand ausgesprochene Verbot an die DGB-Jugend, als Mitveranstalter der Friedensdemonstration am 10.10. aufzutreten, hat lebhaften Protest hervorgerufen. Erstmalig in größerem Umfang haben gewerkschaftliche Gliederungen sich demonstrativ gegen eine solche Vorstandsmaßnahme gestellt. Mittlerweile rufen die Bundesjugendausschüsse der IG Metall, ÖTV, IG Chemie und der IG Druck, die DGB-Jugend der Landesverbände Rheinland Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Bremen und Westberlin sowie die Bezirksjugend NRW der GdED auf, nach Bonn zu fahren und dort als Gewerkschafter in Erscheinung zu treten. Fast provokativ hat am 18.9. auch der Bundesjugendausschuss des DGB gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen erneut seine Beteiligung beschlossen. Doch der Protest bleibt nicht auf die Jugendorganisationen der Gewerkschaften beschränkt. Die Landesverbände der IG Druck in Hessen und der GEW Berlin rufen ebenso auf, wie der DGB-Kreisverband Köln (einstimmig), die IG Druck Hamburg, die RFFU (Rundfunk und Fernseh-Union in der IG Druck) und die Gewerkschaft Kunst in NRW. Spannungen dürften auch auf die GEW zukommen. Für ihren Bundeskongress am 3./4.10. wegen Anträge aus Hessen, Bremen, Hamburg und Westberlin vor, daß die GEW Bund die Bonner Demo unterstützen.

Wird Georg Benz diszipliniert?

Demgegenüber hat die DGB-Spitze an ihrer Entscheidung fest, in der IG Metall hat dies so weit geführt, daß auf der letzten Vorstandssitzung die 29 anwesenden IGM-Vorstände ihren Vorstandskollegen Georg Benz gerügt und aufgefordert haben, seine Beteiligung als Redner auf der Bonner Kundgebung zu „überprüfen“. Gegen Benz wurde sogar die Forderung nach Gewerkschaftsausschluß erhoben (Neue, 24.9.)

Benz hatte am 11. September ein Vorstands-Rundschreiben an alle IGM Gliederungen verschickt, in dem er

erklärte, daß der Beschluß des DGB-Bundvorstands nicht die Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern sowie von Vertrauenskörpern, Ortsvereinigungen, Betriebsräten, Jugendvertretern, Ausschüssen, Arbeitskreisen und Jugendgruppen berühre.

Protest reagierten die IGM-Vorstände Loderer und Mayr am 14.9. mit einem weiteren Vorstands-Rundschreiben gegen „brennende bestehende Irrtümer“. Ausdrücklich wird erklärt, daß die IG Metall sich dem Beschluß des DGB-Bundvorstands anschließe: „Demnach beteiligen sich keine Gremien und Gliederungen des DGB und seiner Gewerkschaften an dieser Veranstaltung“ (FAZ, 18.9.).

Das letzte Wort im Fall Benz dürfte noch nicht gesprochen sein.

Gelingt die Spaltung der Friedensbewegung?

Zwei Millionen Unterschriften wollte der DGB unter seine am 1. September begonnene Unterschriftenliste „Frieden durch Abrüstung“ sammeln. 100.000 gab letzte Woche die IGM bekannt. An alle gewerkschaftlichen Gliederungen werden numerische Listen mit der Aufforderung, diese wieder einzureichen, ausgegeben. Ziel ist es, die unabhängig von den Gewerkschaften und etablierten Parteien entstandene Friedensbewegung unter die Fittiche staatstragender Kräfte zu zwingen. Nur aus dieser Motivation heraus, und nicht weil der Bonner Aufruf vom Inhalt her der DGB-Spitze nicht paßt, ist die Schärfe erklärlich, mit der die Führer des DGB auf den 10.10. reagieren. Von vielen Gewerkschaftsfunktionären werden die deshalb kritisiert, weil ihre scharfe Anathematik das Gegenteil bewirke: sie treibe insbesondere junge Gewerkschafter in Solidarität mit denjenigen, die beispielsweise einseitige Abrüstung verlangen. Klugheit kann man der DGB-Spitze kaum bescheinigen, denn im Kreise der Bonner Veranstalter sitzen genügend Kräfte, die für die gewünschte Distanzierungspolitik von

linken Friedenskräften ansprechbar wären. Die allerdings hat der DGB mit seiner pauschalen Ablehnung vor den Kopf gestoßen, so daß das Kind jetzt in den Brunnen gefallen ist: die gemeinsame Beteiligung kirchlicher, pazifistischer, gewerkschaftlicher und linker Friedensgruppen ist nicht mehr aufzuhalten.

Allerdings vertraut die DGB-Führung offensichtlich auf ihre disziplinierende Kraft, mit der es ihr bislang immer gelungen ist, ihren Funktionärskörper, auch die Mehrheit der Linken, auf Linie zu zwingen. Daß es der DGB-Führung um die Spaltung der Friedensbewegung geht, hat die IG Chemie in ihrer neuesten Zeitung ausdrücklich bestätigt. Ihr Hauptvorstandsmitglied Wolfgang Schultze schreibt dort, daß jeder

aufpassen muß, „daß er nicht gegen seinen Willen in ein Bündnis mit sehr eigenartigen Friedensfreunden gerät, die auf einem Auge (Anm.: Moskau) blind sind... Leider durchschauen dies manche nicht, die ihre Angst vor dem Atomkrieg äußern und sich öffentlich für den Frieden einsetzen wollen. Das gilt auch für ansonsten honorierte Leute und Organisationen, die durch das Zusammenwirken mit bestimmten politischen Gruppierungen diese ungewollt aufwerten.“ Aus vielen Erfahrungen heraus ist jedoch Wachsamkeit geboten. Und deshalb hat der DGB zu einer eigenen Unterschriftenaktion aufgerufen“ (Gewerkschaftspost, 9/81 – Hervorhebungen von uns).

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Auch Soldaten stehen im Kampf für den Frieden

Friedenspolitik & DGB: Bild und Bildunterschrift stammen aus dem neuesten DGB-Organ „Welt der Arbeit“ vom 24.9.81

Holländische Medizin

Interview mit FRED VAN DER SPEK, Fraktionsvorsitzender der Pazifistisch-Sozialistischen Partei im niederländischen Parlament

Den Haag am 3. September 1981 und Sonnenschein. Ein paar Meter entfernt wird gerade eine neue Regierung zusammengebastelt. Uns interessiert das weniger, denn wir sitzen zusammen mit Fred van der Spek, dem Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialistischen Partei in der Zweiten Kammer („Bundestag“) des niederländischen Parlaments. Und befragen ihn über die Position der niederländischen Parteien zur „Nachrüstung“, über Gegenwart und Vergangenheit der Friedensbewegung, über die Haltung zur NATO; fragen ihn, ob die Behauptung „sowjetischer Überlegenheit“

auch in seinem Lande greift und was hinter den Drohungen von BRD-Politikern gegenüber den Niederlanden steckt, da dies Land nicht willens ist, so ohne weiteres jede neue Tolleranz der NATO mitzumachen. — Zweieinhalb Stunden dauerte das Interview, gut ein Drittel davon ist hier nachzulesen. (Die vorliegende Fassung des Interviews ist von Fred van der Spek für die Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF autorisiert.)

Niederlande-Kommission

Nachrüstungsbeschluss

ARBEITERKAMPF (AK): Im „Spiegel“ hieß es letzlich — und andere westdeutsche Zeitungen äußerten sich ähnlich —: „Eine Sozialdemokratie und Christenpartei, in denen Atomgegner die Mehrheit stellen, ein Nationalparlament, das von Nato-Kritikern majorisiert wird — was sich summiert wie ein utopisches Szenario westdeutscher Friedensschwärmer, ist in den Niederlanden neuerdings politische Realität.“ Das scheint bei näherem Hinsehen doch etwas übertrieben.

Van der Spek: Allerdings — gegen den „Nachrüstungsbeschluss“ haben sich beispielsweise außer der PSP nur die PPR (radikalpolitische Partei — Anm. AK) und die CPN (KP — Anm. AK) eindeutig ausgesprochen.

Der PvdA-Kongress (Sozialdemokraten — Anm. AK) hat sich eindeutig gegen den Beschluss gewendet, die Parlamentsfraktion der PvdA hat die Durchführung des Beschlusses für den jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. In ihrem Inneren ist die meiner Meinung nach jedoch noch nicht so klar entschlossen — auf jeden Fall gibt das für Leute wie Van der Stoep, den früheren und zukünftigen Außenminister.

Die Demokraten '66 (D '66, Linksliberale — Anm. AK) haben in etwa den gleichen Standpunkt wie die PvdA-Parlamentsfraktion, ihr Kongress hätte fast „nein“ gesagt, dann aber haben sich einige prominente Parteiführer ins Zeug gelegt und es ist ein Kompromiss rausgekommen.

Der Christlich-Demokratische Apell (CDA, Christdemokraten — Anm. AK) steht sicherlich auch kritisch gegenüber dem „Nachrüstungsbeschluss“ — ihre Militärspezialisten z.B. finden die Anzahl von 572 Waffen irrsinnig — und

Militärspezialisten z.B. finden die Anzahl von 572 Waffen irrsinnig — und hat ihn vorläufig abgelehnt. Aber innerhalb des CDA gibt es sehr verschiedene Auffassungen hierzu, und so steht — genau wie bei der PvdA und D '66 — noch nicht fest, wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird. Ohne weiteres für die „Nachrüstung“ haben sich nur die VVD (Rechtsliberale — Anm. AK) und die kleinen rechts-religiösen Parteien ausgesprochen.

AK: Nun hatte sich ja im Dezember 1979 tatsächlich eine Mehrheit des niederländischen Parlaments mehrheitlich gegen den „Nachrüstungsbeschluss“ ausgesprochen. Eine endgültige Entscheidung wurde jedoch am zwei Jahre verschoben und würde damit in nächster Zeit anstehen. Allerdings ist zu hören, daß der endgültige Beschluss nochmals verschoben wird. — Ist die Regierung tatsächlich in Entscheidungsnot oder geht es eher um den Versuch, Zeit zu gewinnen für eine Integration der Friedensbewegung?

Van der Spek: Ich glaube nicht so sehr, daß es dabei in erster Linie um Integrationsversuche geht. Es ist vor allen Dingen wohl tatsächlich so eine Art vorläufiger Kompromiß, zum einen zwischen den drei Parteien (in der Presse hieß es, daß der „Nachrüstungsbeschluss“ eine Zeitbombe sei, die von Anfang an unter der Regierungskoalition lage, was z.B. würde passieren, wenn die NATO eine erneute Verchiebung durch die Regierung nicht akzeptiert?), zum anderen aber auch innerhalb dieser Parteien. Interessant ist, was diesen zweiten Aspekt betrifft: die Entwicklung innerhalb der PvdA — wie weit wird der PvdA-Kongress gegenüber der Fraktion zurückstecken? Wird er eine weitere Verschärfung der Forderung akzeptieren? (Was ich erwarte) — wie die Entwicklung innerhalb des CDA. Im CDA gibt es eine Reihe von Befürwortern der „Nachrüstung“, wobei ich ohne weiteres auch



Fred van der Spek

(Foto: Paul Babellowsky)

Fred van der Spek

(Foto: Paul Babellowsky)

den bisherigen wie zukünftigen Ministerpräsidenten Van Agt rechnen, der linke Flügel, darunter auch Militärspezialisten, ist aber dagegen. Diese „Spaltung“ betrifft ebenfalls die CDA-Basis, auch dort gibt es eine Reihe von „Falken“, aber gleichzeitig eine große Anzahl von Menschen, die sehr beunruhigt sind über das Wettrennen. Außerdem steht der CDA unter dem Druck einer Reihe von äußeren Faktoren. Da ist auf der einen Seite die Friedensbewegung und vor allem der IKV (1), auf der anderen Seite aber die NATO und das was Rogers alles so sagt, was Haig, Reagan, vielleicht auch Weinberger sagen — und Helmut Schmidt. Und vielleicht müssen sie auch ein bißchen Rücksicht nehmen auf Kohl, das ist wohl nicht so unwahrscheinlich, als Schwesterpartei. Der CDA ist meiner Ansicht nach in den Niederlanden die interessanteste Gruppierung, wenn es darum geht von der außerparlamentarischen Bewegung aus Druck auf die Parlamentspolitik auszuüben. Der CDA war z.B. die erste Partei, abgesehen von den drei linken Parteien (PSP, CPN und PPR) — die im Parlament, unter dem Druck der „Stop de Nukleaire Beweging“, ihre scharfe Ablehnung der Neutronenbombe ausgesprochen hat. Und ich bin gespannt, wie sich vor allen Dingen der CDA-Standpunkt zum „Nachrüstungsbeschluss“ entwickelt.

AK: In der BRD hat u.a. Schmidt mit dem Vorschlag die neuen Mittelstreckenwaffen nicht auf Land, sondern auf See zu stationieren, auch einen Integrationsversuch gegenüber der Anti-„Nachrüstungs“ Bewegung unternommen. Der (leider) teilweise auch Anwalt in der Bewegung findet: Hat es derartige Versuche auch in den Niederlanden gegeben?

Van der Spek: Alles was ich in Moment Jarney weiß ist, daß Sie merkwürdig von der PvdA diesen Vorschlag auch

mal gemacht hat, daß er sich allerdings — als er massiven Gegenwind bekam — sehr schnell wieder zurückgezogen hat. In der Diskussion innerhalb der Friedensbewegung spielen meines Wissens derartige „Alternativen“ keine Rolle.

NATO

AK: Sie sprachen vorhin schon vom Druck der NATO auf die Niederlande. Apel drohte den Niederlanden ja bereits auf einer Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO (Ende '79) im Falle einer negativen Entscheidung über die „Nachrüstung“ mit „schweren Konsequenzen“ (2). Und Anfang dieses Jahres „warnte“ auch CDU-Verteidigungsexperte Wörner in einem Interview mit der Tageszeitung „Allgemeines Dagblad“ die Niederlande „vor den Folgen einer einseitigen Ablehnung modernisierter NATO-Mittelstreckenwaffen“ (3).

Sind das nur leere Drohungen ohne viel Wirkung?

Van der Spek: Nun, ich kann mir nicht vorstellen, daß so etwas total ohne Wirkung ist. Die BRD ist schließlich der größte Handelspartner für die Niederlande und sie gehört daher wirtschaftlich gesehen für die Niederlande zu den wichtigsten Mächten.

Man darf andererseits nicht übersehen, daß es, was im Verhältnis BRD-Niederlande eine große Rolle spielt, hierzulande noch immer eine ziemlich starke Stimmung gibt so nach dem Motto: „Deutsch!“ Das sind wir letzten Endes denen wir uns verschreiben, wenn was wir zu tun haben.

Diese Stimmung spielt auch in der PvdA eine Rolle, ich denke da an die Aktivitäten der PvdA gegen die Heranzüge und den Verkauf von etliche Male SPN-Verträge schwer schokiert ha-

ben. Gleichzeitig aber sitzt die PvdA mit der SPD zusammen in der „Sozialistischen Internationale“ und in einer Fraktion im EG-Parlament.

Weiter gibt es eine ziemlich starke Verflechtung zwischen beiden Ländern im militärischen Bereich, zwischen den militärischen Eliten, mit niederländischen Truppen in der BRD, in Form enger Zusammenarbeit im Bereich der Logistik usw.

Dann setzt die BRD die Niederlande auch unter Druck mit dem Argument, wir fangen im Kriegsfall die ersten Schläge des Gegners auf und versuchen damit auf einer niedrigen Stufe der „flexible response“-Strategie das Schlimmste für unser Land zu verhindern. Auch das spielt sicherlich eine Rolle.

Was die USA betrifft, so sieht das meiner Ansicht nach etwas anders aus. Ich bin nicht damit einverstanden, wenn — was das Verhältnis USA-Niederlande oder auch USA-West-Europa angeht — so getan wird, als würden die Niederlande bzw. West-Europa durch die USA zu der Politik gezwungen, die sie betreiben. Meiner Ansicht nach ist die Politik der Niederlande und der anderen westeuropäischen Staaten ebenso imperialistisch wie die der USA. Lediglich mit dem Unterschied, daß die USA bei der Unterdrückung der Dritten Welt eher mit Waffengewalt vorgehen, während West-Europa auf das subtilere Mittel „Entwicklungshilfe“ setzt.

Eine einigermaßen gemäßigte amerikanische Regierung stößt mit ihrer internationalen Politik bei der niederländischen Regierung gar nicht so sehr auf Widersprüche. Wir haben jetzt ein bißchen eine besondere Situation, weil die derzeitige Regierung der USA aus einem Haufen mehr oder weniger Irrsinniger besteht. Dieser Clark z.B., der zweite Außenminister geworden ist ohne zu wissen, wer der Präsident von Zimbabwe ist, oder Reagan, der ist ohne zu wissen, wer der Präsident von Zimbabwe ist, oder Reagan, der vorige Woche bei einem Empfang von Bürgermeisterin jemandem die Hand schüttelte mit der Bemerkung: „Guten Tag, Herr Bürgermeister!“ — ohne zu sehen, daß es einer seiner Minister war — oder Weinberger mit seinen idiotischen Sprüchen von der „Politik der Stärke“. Diese Sorte Schwachmänner erzeugt allerdings auch in einem imperialistischen Niederlande ziemlich viel Widerstand. Aber ich glaube, wenn Carter die Wahlen gewonnen hätte, dann würden amerikanische Ausführungen z.B. zur „Notwendigkeit“ der LRNF-„Modernisierung“ herzuwinken vom Establishment und von den Politikern ohne großen Widerstand akzeptiert werden. Im übrigen ist die Niederlande (wirtschaftlich) gar nicht so abhängig von den USA, wie das oft geglaubt wird.

BRD

AK: Um nochmal auf die BRD zurückzukommen: Welche konkreten Möglichkeiten hat die BRD, Druck auf die Niederlande auszuüben?

Van der Spek: Vor allen Dingen im Bereich der Wirtschaft kann die BRD die Niederlande ziemlich stark in die Mangel nehmen. Ich kenne die Einzelheiten des Handels nicht so genau, aber vor allen Dingen westdeutsche Unternehmen könnten allerlei Aktivitäten unternehmen um die Niederlande unter Druck zu setzen.

Niederländische Unternehmen exportieren z.B. ziemlich viele Produkte (auch militärische) indirekt und zwar über die BRD, was sie offensichtlich vor es endgültigen Lieferungen (z.B. nach China) Argentinien oder in den Mitten (Chile) noch markiert werden. Dadurch sind einige sehr wichtige nie-

derländische Spitzen-Industrien (z.B. Teile der Elektronik-Industrie) stark abhängig von der BRD. Und BRD-Unternehmen könnten sagen: „Wir kaufen nicht mehr in den Niederlanden, sondern wir kaufen in Zukunft in Frankreich!“

Die westdeutsche Regierung kann im Rahmen der EG-Bestimmungen offiziell eine ganze Reihe von Sachen nicht machen (die EG-Bestimmungen erlauben es ihr z.B. nicht, den Import von bestimmten Produkten aus den Niederlanden zu verbieten), aber inoffiziell hat, denke ich, auch auf der Regierungsebene eine ganze Menge möglich.

Dann gibt es innerhalb der EG immer wieder Auseinandersetzungen um die Frage der finanziellen Beiträge der einzelnen Staaten und da könnten sehr scharfe Forderungen an die Niederlande gestellt werden. — Ich weiß allerdings nicht ob Apel, Wörner usw. mit ihren „Warnungen“ diese Konsequenzen meinen.

Was die BRD bisher — mehr oder weniger offiziell — hierzu ausführte, liegt jedenfalls auf einer ganz anderen Ebene.

Die BRD erklärte immer wieder, daß sie zur Stationierung der neuen eurostrategischen Waffen auf ihrem Territorium nur dann bereit sei, wenn England, Italien, Belgien und die Niederlande auch „ja“ sagen würden. Diese Konsequenzen meinen. Was die BRD bisher — mehr oder weniger offiziell — hierzu ausführte, liegt jedenfalls auf einer ganz anderen Ebene.

Durch ein „nein“ der Niederlande und Belgien — argumentiert die BRD — würde die Nato sehr geschwächt, die Amerikaner würden das Vertrauen in ihre europäischen Verbündeten verlieren, was wiederum leicht dazu führen könnte, daß die Bereitschaft der USA, West-Europa zu verteidigen, noch weiter abnehmen würde (man denke an Kinniger mit seinen Geschichten über den Nicht-Einsatz der strategischen Streitkräfte der USA zur Verteidigung West-Europas usw.).

Auch wenn ich es für sehr unwahrscheinlich halte, daß die BRD wegen einem „nein“ der Niederlande und Belgien tatsächlich auch „nein“ sagen würde, so ist das doch die Geschichte, die die BRD erzählt, um die Niederlande unter Druck zu setzen. Ihr könnt es Euch um Eurer eigenen Sicherheit willen nicht leisten, „nein“ zu sagen!

Rapallo

Aber ich glaube, daß in Wirklichkeit vielleicht doch etwas ganz anderes dahinter steckt. In den letzten Jahren hat es sehr viele Dinge gegeben, teilweise sehr kleine Dinge, bei denen mir immer wieder „Rapallo“ einfällt. 1922 wurde in Rapallo ein Vertrag abgeschlossen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der einen überraschenden Umschwung in der Politik der Weimarer Republik zur Anerkennung der Sowjetunion und zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit bedeutete. Von diesem Vertrag hat Hitler aber ganz später noch profitiert, aber das ist am Rande.

Nun ist gar nicht das, daß es, bei dem Haik der BRD auf die Sowjetunion, nur stundenlang hat, daß eine Reihe von Faktoren einer die

Der Faktor könnte z.B. sein, daß die Niederlande und Belgien sich zunehmend den Nato-Pflichten widersetzen und ein weiterer Faktor ist sicherlich die Angst vor der totalen Vernichtung in einem Atomkrieg - daß diese und andere Umstände die BRD dazu bringen könnten, eine Annäherung an die Sowjetunion zu suchen oder zumindest sich zu neutralisieren.

Ein anderer Faktor, der dies begünstigen könnte, ist auch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zwischen West und Ost, bei der die BRD eine große Rolle spielt. Der „innerdeutsche Handel“ ist sehr umfangreich und wichtig für die DDR-Wirtschaft. Er hat die Bedeutung einer Zoll-Union zwischen der EG und der DDR. Man könnte sagen, daß die DDR eigentlich seit dem Beitritt der EG inoffizielles Mitglied ist. Sie profitiert wirtschaftlich von der Tatsache, daß sie in Bonn als „Teil Deutschlands“ gesehen wird. In der Dritten Welt gibt es auch gemeinsame bündnisrepublikanisch-sowjetrussische Operationen, die dort als gemeinsame wirtschaftliche Interessens-Gruppen gegen amerikanischen-japanische Kombinationen arbeiten.

Dann spielt natürlich als Hintergrund der Politik der BRD fortwährend - wenn auch nicht immer direkt wahrnehmbar, so doch stets massiv vorhanden - das Streben nach Wiedervereinigung eine sehr große Rolle. Ich denke da an den alten Rapacki-Gomulka-Plan, der die Denuklearisierung Mitteleuropas (Polen, CSSR, DDR, BRD) bzw. das „Einfrühen“ der bestehenden Atomwaffenarsenale und eine schrittweise Reduzierung vorsah. Ein Plan, der jedoch von der Nato abgelehnt wurde.

Moskau könnte, so denke ich, aus politischen, vor allen Dingen aber aus militärstrategischen Erwägungen, der Neutralisierung der beiden Deutschland den Vorschub geben vor dem künftigen Interesse, die DDR als schwerbewaffnetes Land im Warschauer Pakt zu behalten.

Ich frage mich, wenn Leute wie Apol den Niederlanden mit Konsequenzen drohen, meinen sie dann nicht vielleicht auch „Wir mit unserer mitteleuropäischen Tradition und Kultur sind doch etwas anderes als Westeuropa“. Wir haben immer recht enge Beziehungen gehabt mit den slawischen Völkern“. Ich will eine solche „Rapacki-Entwicklung“ nicht ausschließen, aber es ist natürlich Spekulation. Ich bin wohl auch der einzige in den Niederlanden, der zu einer solchen Entwicklung denkt, was aber kein akzeptierter Beweis dafür ist, daß meine Überlegungen unannehmbar sind.

Ich halte es für eine Möglichkeit, und zwar eine Möglichkeit, die ich sehr begrüßen würde, denn damit wäre ein gefährlicher Konflikt herbeigeführt.

Friedensbewegung

Friedensbewegung

AK: Die niederländische Friedensbewegung - was und was eigentlich umfaßt alles dieser Begriff?

Van der Spek: Ich will den Begriff mal sehr breit auffassen und dann gehören auch Gruppierungen und Strömungen dazu, die vielleicht nicht prinzipiell gegen Rüstung, Militär und dergleichen sind, aber gegen bestimmte Aspekte des Militarismus, wie der „Atompezismus“, oder Strömungen, die gegen die Nato sind, die aber trotzdem finden, daß „wir“ stark bewaffnet sein müssen (so wie den Schweden z.B.), oder Strömungen gegen die Block-Politik und das Hinterland-Lös-Verfahren. So breit aufgefaßt, ist diese Bewegung in den Niederlanden inzwischen wieder eine ganz schön starke Bewegung.

Was die politischen Parteien betrifft, gehört - meiner Ansicht nach - die PSP sicherlich am nächsten dazu. Aber bei etwas großzügiger Auslegung kann man durchaus auch die CPN und die PPR dazu rechnen, wichtige Teile der PvdA und der D'66, und in gewissem Maße sogar von CDA.

Daneben gibt es natürlich sehr viele nicht-parteiliche Aktivitäten. Der IKV ist meiner Ansicht nach - nicht nur quantitativ - ein sehr wichtiger Faktor. Der IKV, so wie er jetzt arbeitet, ist eine ganz neue Sache, da gibt es natürlich Einflüsse von früher, aber ich sehe da keine direkte Verbindung zu früheren Bewegungen.

Dann gibt es eine ganze Reihe von Aktionsblößen, wie z.B. „Stop de N-bom“, das faktisch ziemlich stark CPN-beeinflußt ist und - zumindest am Anfang - auch von der CPN geführt wurde.

Was die Kirchen betrifft, so muß ich an erster Stelle die mennonitische, eine evangelische Freikirche

nennen, die schon immer eine ziemlich starke antimilitaristische Einstellung hatte, und Pax Christi, das in zunehmendem Maße ähnliche Standpunkte wie der IKV einnimmt und auch immer häufiger mit dem IKV zusammen in Erscheinung tritt, wodurch das Verhältnis zur katholischen Kirche zunehmend schwieriger wird. Allerdings glaube ich, daß die niederländische Bischofskonferenz der katholischen Kirche inzwischen vielleicht auch schon die IKV-Standpunkte vertreten würde, wenn sie freisprechen und Mehrheitsbeschlüsse fassen könnte und wenn sie nicht diese zwei Dissidenten in ihrer Mitte hätte und unter dem Druck Rom stehen würde. Die Synode der Niederländischen Reformierten Kirche hat schon 1962 den Einsatz von Atomwaffen verworfen und vor einem Jahr auch den Besitz von Atomwaffen.

Dann gibt es die kritische Soldatenbewegung, wobei ich an erster Stelle den BVD (Bund für Wehrdienstpflichtige, eine sozialistische Soldatenorganisation - Anm. AK) nennen möchte, der politisch sehr scharf den Militarismus angreift und auch den Zusammenhang zwischen Militarismus und Kapitalismus sieht. Viel weniger kritisch gegenüber dem Militarismus steht die VVDM (die offizielle niederländische Soldatengewerkschaft - Anm. AK), die m.E. gerade in der letzten Zeit, was den Inhalt ihrer Arbeit betrifft, wieder etwas am Absacken ist, aber andererseits die Gruppe von Wehrdienstpflichtigen, die sich weigert, Atomwaffenlager zu bewachen, unterstützt. Auch unter den Berufssoldaten gibt es seit ein, zwei Jahren eine Gruppe gegen Atomwaffen. Es gibt „Frauen gegen Atomwaffen“, „Frauen gegen Rüstung“, „Frauen für Frieden“ usw.

Und nicht zuletzt gibt es natürlich auch die Bewegung der Wehrdienst-Verweigerer. Ihre Organisation, die Vd, nimmt nicht nur die direkten Interessen der Verweigerer wahr, sondern ist - wie der BVD - eine sehr stark politisch orientierte, antimilitaristische Organisation. Der Unterschied zwischen Vd und BVD liegt in der Strategie. Während die Vd vertritt, daß jeder den Wehrdienst verweigern muß, ruft der BVD dazu auf ins Militär zu gehen, um es von innen her zu bekämpfen.

Aus der Verweigerer-Bewegung heraus hat sich Onkrult (4) entwickelt. Onkrult ist was ihre Mittel angeht und ihre Standpunkte - auch (wie der IKV) eine sehr neuartige Bewegung, die sehr eng zusammenhängt mit anderen aufkommenden außerparlamentarischen Bewegungen, wie der Krank-Bewegung und der Anti-AKW Bewegung.

AK: Wie sieht das aus mit den kleineren sozialistischen Organisationen?

Van der Spek: Der IKB (niederländische Sektion der IV. Internationale - Anm. AK) lehnt natürlich - obwohl

Van der Spek: Der IKB (niederländische Sektion der IV. Internationale - Anm. AK) lehnt natürlich - obwohl er keine pazifistische Organisation ist - Nato und westliche Verteidigung entschieden ab (gegenüber Osteuropa haben sie ein wenn auch im Prinzip durchdrachtes - mangelndes Verhältnis. Sie zögern nicht, schärfste Kritik an diesen Ländern zu üben, sind in bestimmten Situationen aber doch sehr geneigt, den „realen Sozialismus“ zu verteidigen, als ich heute dazu bereit wäre.

Bleibe die Sozialistische Partei, von der ich aber in der Friedensbewegung noch nichts gemerkt habe.

Neutralismus

AK: Von einer wirklich breiten Friedensbewegung konnte in der BRD seit den Maidendemonstrationen gegen die Stationierung von Atomwaffen Ende der sechziger Jahre keine Rede mehr sein. Hat sich die niederländische Friedensbewegung aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg - z.B. in der Frage des Neutralismus - auch nach dem Kriege kontinuierlich weiterentwickelt?

Van der Spek: Nein, das ist nicht der Fall. Aufgrund sowohl eigener Erfahrungen - ich habe die letzten Jahre vor dem Krieg sehr bewußt erlebt, auch wenn ich damals noch ein Kind war - aber auch aufgrund von Erfahrungen anderer Menschen und aufgrund von bestehenden Analysen möchte ich behaupten, daß die heutige niederländische Friedensbewegung (auf jeden Fall gilt das für den Pazifismus, wie er in der PSP seinen Ausdruck gefunden hat, aber wahrscheinlich auch für die Friedensbewegung

im allgemeinen) grundverschieden ist von der Friedensbewegung zwischen den beiden Weltkriegen.

Oftmals wird, um die Friedensbewegung anzugreifen und zu schwächen, die heutige Entwicklung in den Niederlanden beschrieben als Rückfall in die neutralistische Politik von vor 1940: „Das sind diese dummen holländischen Bauern mit ihren Holzschuhen, die denken, daß die Welt an ihren Grenzen endet“.

... die niederländische Friedensbewegung ... will erstmal im eigenen Land abrüsten, weil sie dort den größten Einfluß hat, sie will aber auch, daß die Amerikaner in ihrem Land, die Russen in ihrem Land usw. genau das gleiche tun.

In der niederländischen Friedensbewegung vor dem zweiten Weltkrieg hat eine neutralistische Haltung tatsächlich eine Rolle gespielt. Aber für die heutige Friedensbewegung trifft dies meiner Ansicht nach absolut nicht zu. Im Gegenteil. Die heutige niederländische Friedensbewegung ist geprägt von einem starken internationalen Denken und von einem großen internationalen Verantwortungsgefühl. Diese ganze Argumentation, „Ihr Holländer wollt die Lasten und die Risiken der Verteidigung doch nur auf andere schieben, ihr wollt einseitig profitieren vom Atomwaffen der USA und von den Anstrengungen der BRD“ - dies Gerede geht vollkommen an dem vorbei, was die niederländische Friedensbewegung tatsächlich denkt und will. Sie will erstmal im eigenen Lande abrüsten, weil sie dort den größten Einfluß hat, sie will aber auch, daß die Amerikaner in ihrem Land, die Russen in ihrem Land usw. genau das gleiche tun.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist der Optimismus der früheren und der Pessimismus der heutigen Bewegung. Der Ruf „Nie wieder Krieg!“ von 1918 war eine optimistische Parole. Sie drückte nicht nur den Wunsch aus, daß es niemals mehr zu einem Krieg kommen dürfe, sie drückte zugleich auch eine gewisse Zuversicht aus, daß nach diesem vollkommen idiotischen Abschlachten von Millionen Menschen niemand mehr so verrückt sein könnte, dies zu wiederholen. Die Bewegung nach dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg war meiner Ansicht nach eine zwar etwas naive, aber optimistische, von Zuversicht geprägte Bewegung. Die heutige Friedensbewegung ist dagegen eine zynische, harte und pessimistische Bewegung, die davon ausgeht, daß die Gefahr, daß es schief geht, ungeheuer groß ist, nicht hundertprozentig, denn dann würde man nichts mehr machen, aber doch sehr groß. Sie sieht noch gewisse Möglichkeiten, das große Unheil zu verhindern und ist bereit, dafür dann auch alles zu tun und zu kämpfen. Aber nicht aus dem Gefühl heraus, „noch eine Weile demonstrieren und dann haben wir es geschafft“.

auch alles zu tun und zu kämpfen. Aber nicht aus dem Gefühl heraus, „noch eine Weile demonstrieren und dann haben wir es geschafft“.

Die heutige Friedensbewegung ist auch viel schärfer und rationaler orientiert als die Friedensbewegung zwischen den Weltkriegen, die - jedenfalls was die Niederlande angeht - sehr ethisch und oft auch sehr christlich fundiert war.

Wahrscheinlich war der zweite Weltkrieg so eine Art historische Lektion, daß es eben doch passiert ist und daß die Niederlande sich nicht haben raushalten können. Das erklärt das Verschwinden sowohl des Optimismus wie auch des Neutralismus in der Friedensbewegung.

Ein anderer wichtiger Faktor für die Unterschiede zwischen der heutigen und der damaligen Bewegung ist sicherlich die Veränderung des Waffensystems, vor allen Dingen die Entwicklung der Atomwaffen, der Hubschrauber-Schock ...

AK: Wir würden gerne nochmal auf die Unterschiede zwischen der BRD und den Niederlanden kommen, was den Pazifismus betrifft. Hieras vereinfacht gesagt ist ein Pazifist ja früher in Deutschland und heute in der BRD in der allgemeinen Auffassung - ein „Drückeberger“, ein „Feigling“ in den Niederlanden meint das anders aus. - Welche Rolle spielt dieser Umstand, daß Deutschland das Land gewesen ist, von dem der Faschismus ausgegangen ist, während die Niederlande ein Land gewesen ist, das sich gegen den Faschismus gewehrt hat?

Van der Spek: Ich weiß nicht. Ich glaube nicht, daß das eine große Rolle spielt. Man könnte doch genau so gut erwarten, daß sich der Widerstand gegen Aufrüstung usw. gerade in einem Land, das immer ziemlich militärisch agiert hat, am stärksten

entwickelt. Direkt nach 1945 war die antimilitaristische Bewegung in Deutschland ja tatsächlich auch viel stärker als in den Niederlanden beispielsweise. 1947 hat sogar Franz-Josef Strauß gesagt: „Wer noch einmal ein Gewehr spürt, dem verdorrt die Hand.“ In der Geschichte war die Möglichkeit, daß Deutschland sich mal ein bißchen anders entwickelt, meiner Ansicht nach nie so groß wie 1945. Außerdem wird in den Nieder-

landen der deutsche Faschismus und der zweite Weltkrieg immer wieder gerade als Argument gegen den Pazifismus herangezogen. „Wenn die Niederlande damals nicht so total entwaldet gewesen wäre, dann hätte es nicht so weit kommen können ... Und wo würden wir heute hinkommen, wenn die Pazifisten das Sagen hätten!“ Ich antworte hierauf meistens, daß, wenn das so einfach wäre, Hitler beim Besetzen anderer Länder ja gerade die Pazifisten hätte begrüßen müssen und die Militäristen bekämpfen, während in Wirklichkeit das Gegenteil passierte, während die Pazifisten auch in den besetzten Gebieten zu den ersten gehörten, die eingesperrt und totgeschlagen wurden. Außerdem hätte es genau so gut passieren können, daß am 10. Mai 1940 nicht Deutschland, sondern England die Niederlande besetzt hätte - das ist gar nicht so theoretisch wie es vielleicht klingen mag. 1942 haben die Engländer auch ganz einfach Fernen überfallen ... und dann hätte das niederländische Militär wohl zusammen mit den Judenverbrennern gegen die Engländer gekämpft.

Der Ruf „Nie wieder Krieg!“ von 1918 war eine optimistische Parole. Sie drückte nicht nur den Wunsch aus, daß es niemals mehr zu einem Krieg kommen dürfe, sie drückte zugleich auch eine gewisse Zuversicht aus, daß nach diesem vollkommen idiotischen Abschlachten von Millionen Menschen niemand mehr so verrückt sein könnte, dies zu wiederholen.

Das ist die Folge von Aufrüstung und Militarismus.

Aber auch den Faschismus und durch den Zweiten Weltkrieg kann man den Unterschied zwischen der BRD und den Niederlanden meiner Ansicht nach nicht erklären. Ich weiß allerdings auch nicht, wie man es dennoch erklären kann. Eine pazifistische Tradition spielt in den Niederlanden wahrscheinlich als eine Art gesellschaftlicher Strömung schon eine gewisse Rolle, aber wo sie herkommt und wie sie entstanden ist ...

Aber, was Sie vorhin sagten über die Angst vor der eigenen Vernichtung als Hauptmotivierungselement, das finde ich überhaupt nichts minderwertiges. Der Wille, am Leben zu bleiben, ist eine große Triebkraft, ein ausgezeichnetes Argument, um Pazifist zu sein. Gefährlich könnte das natürlich werden, wenn es ausschließlich um das eigene Land gehen würde, wenn jemandem egal wäre, was mit dem „Rest der Welt“ geschieht, wenn nur das eigene Land

Nato?

AK: Welche Positionen werden in der Friedensbewegung gegenüber der Nato eingenommen?

Van der Spek: Für die PSP ist mit ihrem Bestehen klar, daß wir sowohl als Pazifisten wie auch als Sozialisten gegen die Nato und gegen die niederländische Nato-Mitgliedschaft sind. Die Nato ist ein Kriegsinstrument. Wenn man für Abrüstung ist, dann muß man gegen die Nato sein. Die Nato ist gleichzeitig ein kapitalistisches Instrument, weshalb wir auch als Sozialisten gegen die Nato sein müssen.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß Abrüstung unbedingt zusammenhängt mit dem Austritt aus der Nato bzw. - international gesehen - mit der Auflösung der Nato. Es ist unserer Ansicht nach nicht möglich abzurufen, wenn man gleichzeitig in der Nato bleiben will, genau

so wie es umgekehrt nicht möglich ist, wirklich aus der Nato auszutreten, ohne gleichzeitig abzurufen (unter solchen Umständen wäre der Austritt wahrscheinlich nur eine formale Sache, Länder wie Spanien und Schweden sind formal keine Nato-Mitglieder, aber im Kriegsfall hängen sie bei der Nato mit drin).

Von den anderen politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, hat keine einen so konsequenten Anti-Nato-Standpunkt wie die PSP. Vor einigen Jahren habe ich im Parlament nochmals einen Antrag zum Austritt aus der Nato gestellt und alle anderen Parteien - also auch die CPN und die PPR - haben dagegen gestimmt.

Die einzige Ausnahme waren einige Dissidenten aus der PvdA, die mit mir für den Nato-Austritt stimmten. Von denen kann man bei diesem Problem noch mehr erwarten als von der CPN und von der PPR.

Die PPR sagt, daß sie zwar für den Austritt aus der Nato ist, aber das ist dann „ein langfristiges Ziel, das geht doch nicht von heute auf morgen.“ Der PSP-Standpunkt ist in ihren Augen linker Radikalismus.

Die CPN war zur Zeit der Gründung der Nato (als es die PSP noch nicht gab) die einzige Partei, die im Parlament gegen den Beitritt der Niederlande zur Nato stimmte (nur eine kleine rechte Partei war ebenfalls - allerdings aus gänzlich anderen Motiven - gegen den Nato-Beitritt). Aber heutzutage ist die Nato für die CPN nicht gerade eine Frage, in der sie sich besonders engagiert. Ihre Argumentation lautet in etwa, daß es dumm sei, jetzt mit einem Anti-Nato-Standpunkt zu kommen, da das die kritischen Kräfte innerhalb der Nato und den sich entwickelnden Protest gegen bestimmte Aspekte der Rüstungspolitik verschrecken und schwächen würde.

Es gibt übrigens ein Nato-Mitglied, das jetzt schon drei Mal, ohne großartige Probleme, eine Regierung unter Beteiligung der Kommunisten hatte: Island. Und ich bin mir abso-

lut sicher, daß eine Beteiligung der PCI an der italienischen Regierung - obwohl die Amerikaner natürlich immer wieder betonen, wie gefährlich das sei - was die Nato betrifft, keine Konsequenzen haben würde.

Auch im außerparlamentarischen Teil der Friedensbewegung sind die Standpunkte zur Nato sehr unterschiedlich. In Frage gestellt wird die Nato vor allen Dingen von den - sagen wir mal - etwas härteren, stärkeren Strömungen und die

Standpunkte zur Nato sehr unterschiedlich. In Frage gestellt wird die Nato vor allen Dingen von den - sagen wir mal - etwas härteren, stärkeren politisch orientierten Gruppierungen. Das sind, neben der PSP, der IKB, der BVD, die Vd, Onkrult usw.

Interessant ist, was die Nato-Frage angeht, der Standpunkt des IKV. Offiziell sagt der IKV immer wieder, daß er nicht gegen die Nato-Mitgliedschaft ist. Aber seine Argumentation dabei ist meiner Meinung nach eine taktische, wenn er will den sich entwickelnden Protest - in diesem Fall gegen die Atomwaffen - nicht mit einem Anti-Nato-Standpunkt verschrecken. Ich habe Schwierigkeiten mit dieser Argumentation, vor allen Dingen, weil in den vielen Diskussionen, die ich bisher mit IKV-Leuten darüber gehabt habe, diese IKVler immer wieder sagen, daß sie persönlich einer Meinung mit mir seien. Ich schließe nicht aus, daß die zentralen Leute vom IKV, die Leute also, die die Texte schreiben und die den Kurs bestimmen, in ihren Herzen alle eigentlich auch aus der Nato wollen. Aber warum sagen sie nicht mal, was sie wirklich darüber denken? Warum versteckt man sich immer wieder hinter dem, was angeblich die Menschen, die man ansprechen will, wollen?

Andererseits hat der IKV, bei seiner Inneansicht - sagen wir mal - weichen Herangehensweise, sich doch auch von bestimmten Aspekten der christlichen Kultur noch nicht ganz gelöst, von Aspekten, die z.T. auch die Basis für „unser“ politische und militärische Position in der Welt bilden. - Ich habe teurerseits den Gedanken der europäischen Sicherheit verteidigt, aber zugleich vor einem „europäischen Nabelstarrigkeit“ gewarnt. Diese Warnung, hat sich gezeigt, was nicht übertrieben. In den Helsinki-Verträgen kommt etliche Male der Begriff vom „gemeinsamen kulturellen Erbe“ der Europäer vor (es fehlt nicht viel, und es ist wieder vom „Abendland“ die Rede). Diese Auf-

Fortsetzung nächste Seite

Auf dem PvdA-Wahl-Kongreß vom Oktober '72 wurde - ungeachtet des starken Drucks der Parteiführung - mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Niederlande 1976 aus der Nato auszutreten habe, falls die Nato bis dahin eine vom Kongreß aufgestellte

so ein Bild von einem Land besteht und es ist auch gut, daß man im Ausland vom Widerstand, den es in den Niederlanden gibt, erfährt. Nur, daß dieses Bild sich bewahrheitet, wird vor allen Dingen die Aufgabe der außerparlamentarischen Bewegung in den Niederlanden sein, denn auf „die Politik“ können wir uns auch in den Niederlanden nicht verlassen. Was den Vergleich Niederlande - BRD angeht, so gibt es da sicherlich eine Reihe von Unterschieden. Die niederländische Friedensbewegung ist ein Stück stärker und weiter entwickelt. Aber wir dürfen diese Unterschiede auch nicht überbetonen. Wahrscheinlich ist unser Bild von der BRD, was die Perspektiven betrifft, viel zu negativ und das Bild, das ihr in der BRD von den Niederländern habt, viel zu positiv.

Holländische Medizin

AK: Auf der Hamburger Kirchen-Demo taufte der IKV-Vorsitzende, Ben ter Veer, in seiner Rede die „holländische Krankheit“ um in „holländische Medizin“. - Wie sehen Sie die Möglichkeiten, diese „holländische Medizin“ zu exportieren?

Van der Spek: Die Internationalisierung des Friedenskampfes ist ungeheuer wichtig, und zwar - ich sage das jetzt aus meiner Sicht als niederländischer Pazifist - nach beiden Seiten hin: Einerseits ist es wichtig, daß die - schätze ich - 10 % der niederländischen Bevölkerung, die schon aktiv sind, erfahren, daß die Niederlande nicht das einzige Land sind, wo es Widerstand gibt. Andererseits hat die Entwicklung in den Niederlanden auch eine - meiner Ansicht nach nicht unbedeutende - stimulierende Wirkung auf die Friedensbewegungen in anderen Ländern.

Auch für die jüngsten Mobilisierungen in der BRD ist die Entwicklung in den Niederlanden meiner Ansicht nach ein wesentlicher Faktor. Internationalisierung und internationale Kontakte können ein gutes Mittel sein, jenem Teil der westdeutschen Friedensbewegung dem es ausschließlich um die Verhinderung der Zerstörung des eigenen Landes geht, entgegenzuwirken.

Die Regierung Belgiens z.B. brachte ihre Zweifel über die „Nachrüstung“ erst auf den Tisch, nachdem Van Agt und Van der Kaa (Ex- und heutiger Ministerpräsident und Ex-Außenminister - Anm. AK) - wie mickrig auch immer - im Nato-Kat deutlich gemacht hatten, daß die „Modernisierung“ in den Niederlanden nicht gerade begrüßt würde. Erst als die niederländische Regierung eine Verschiebung der endgültigen Entscheidung beschlossen hatte, entschied sich auch die belgische Regierung für eine solche Verschiebung.

Auch für die jüngsten Mobilisierungen in der BRD ist die Entwicklung in den Niederlanden meiner Ansicht nach ein wesentlicher Faktor. Internationalisierung und internationale Kontakte können ein gutes Mittel sein, jenem Teil der westdeutschen Friedensbewegung, dem es ausschließlich um die Verhinderung der Zerstörung des eigenen Landes geht, entgegenzuwirken. Konkret bedeutet Internationalisierung für mich zunächst Informationsaustausch. Es ist gut, wenn ich einfach weiß, was in anderen Ländern los ist und wenn ich sagen kann, daß meine Standpunkte und meine Argumentationen auch in anderen Ländern vertreten werden. Internationalisierung bedeutet natürlich auch gemeinsame Aktionen. Ich habe mir ja schon Erfahrungen, was die Anti-AKW-Bewegung betrifft - Niederländer waren dabei in Brokdorf und Kalkar, Westdeutsche in Alameda. Ich war beeindruckt von den Störaktionen gegen die öffentlichen Rekrutierungs-Vereidigungen der Bundeswehr, die mir sehr gut gefallen haben und ich denke, daß die Wirkung noch

viel besser gewesen wäre, wenn auch Niederländer, Franzosen, Engländer usw. dabeigewesen wären, die dann auch an die Ereignisse vor rund 40 Jahren hätten erinnern können.

AK: Welche Schwierigkeiten gibt es beim „Export der holländischen Medizin“?

Van der Spek: Ein großes Problem - und das bezieht sich nicht nur auf die Internationalisierung des Widerstandes, sondern auch auf den weiteren Aufbau der Friedensbewegung in den Niederlanden - stellen meiner Ansicht nach die ideologischen Gegensätze innerhalb der Friedensbewegung dar.

Ich bin der Meinung, daß man einen konsequenten antimilitaristischen Standpunkt haben muß, wenn man längerfristig Kriege verhindern will. Der „Atom Pazifismus“ ist z.B. meiner Ansicht nach objektiv Unsinn. Ich glaube zwar, daß man Teilerfolge - wie die Verhinderung der „Nachrüstung“ oder auch den Abrüstung aller Atomwaffen aus einem Land - erreichen kann, aber wenn diese Teilerfolge nicht auch prinzipielle Änderungen - wie die Auflösung der Nato - nach sich ziehen, sind diese Teilerfolge nur von kurzer Dauer. Das ist meiner Ansicht nach der Hauptgrund, weshalb ein konsequent antimilitaristischer Standpunkt notwendig ist.

Andererseits darf man sich mit einem konsequenten Standpunkt natürlich nicht isolieren, sondern man muß immer wieder an konkreten Punkten die Zusammenarbeit mit weniger konsequenten Kräften suchen.

In zwei Wochen spreche ich z.B. während der Friedenswoche auf einer Veranstaltung der „Grünen“ im Ruhrgebiet. Nun ist es für mich zwar überhaupt keine prinzipielle Frage, ob ich dort sprechen werde (wenn unsere Rechtsliberalen, die VVD, mich als Redner einladen würden und ich könnte meine eigene Meinung vorbringen, so würde ich das auch machen), aber ich frage mich doch, was man von einer diffusen Bewegung wie den „Grünen“ überhaupt hat. Andererseits finde ich es schon positiv, daß die „Grünen“ in verschiedenen Städten den Sprung in die Parlamente geschafft haben.

AK: Wir sind in den letzten Monaten - sowohl im nationalen, wie auch im internationalen Bereich - in der Friedensbewegung auf einige doch recht merkwürdige Vorkommnisse gestoßen.

- Für Anfang 1982 ist eine internationale Konferenz für ein storniertes Europa geplant, die ursprünglich in der BRD stattfinden sollte. Diese Konferenz soll nun um die BRD-Regierung nicht zu brücken? - in ein anderes Land verlegt werden.

- Zur Vorbereitung der Demonstration in Bonn am 10.10. haben sich von westdeutscher Seite - sozialdemokratisch und kirchlich orientierte Kreise mit dem IKV in kleinem Kreis zusammengefunden, ein Flugblatt und einen Aktionsplan entworfen sowie eine Rednerliste aufgestellt. Und zwar unter Ausklammerung großer Teile der Friedensbewegung.

Dieser Ausschluß bestimmter Kräfte, bestimmter Auffassungen und Forderungen wird häufig, so auch hier, mit einer Rücksichtnahme auf die SPD begründet.

Van der Spek: Ich finde so etwas sehr übel und auch dumm. Es ist so eine Art Super-Taktik, die längerfristig mehr schädliche Auswirkungen hat. Man macht so etwas mit dem Argument, daß man damit die Bewegung verbreitert, aber in Wirklichkeit nimmt man der Friedensbewegung einen Teil ihrer Kraft.

Viele Menschen merken es, wenn man bestimmte Sachen aus taktischen Gründen nicht sagt oder nicht macht und das verringert die Bereitschaft dieser Menschen, Solche eine Super-Taktik macht die Bewegung in Wirklichkeit verwundbarer bei Angriffen des Gegners. Ich bin für Pluralität, bei der jeder aus seiner Sicht spricht. Mein Standpunkt war schon immer: Wenn wir an konkreten Punkten einer Meinung sind, dann bin ich sogar bereit mit dem Teufel zusammenzuarbeiten, wenn ich nur die Möglichkeit habe, zu anderen Punkten, wo wir nicht einer Meinung sind, meine eigenen Standpunkte zu vertreten.

Ich finde es schlecht, wenn auf Demonstrationen nur bestimmte Forderungen und Parolen zugelassen und andere verboten werden. Wenn man die Äußerung unterschiedlicher Positionen verbietet und die Pluralität

formuliert, damit zerstört, dann schwächt man in Wirklichkeit die Bewegung. Denn Pluralität ist meiner Ansicht nach Stärke.

Aber diese Taktik ist ja nichts unbekanntes. Grob gesagt ist ja die Argumentation, daß die SPD nicht mit radikaleren linken Kräften zusammenarbeiten dürfe, da sie sonst einen Teil ihres Anhangs verschrecken und damit Strauß „an die Macht“ bringen würde. Was bedeutet überhaupt dies „an die Macht bringen“? Durch einen Wechsel der Regierung ändern sich doch die ökonomischen Machtverhältnisse nicht!

Eine solche Taktik bringt also überhaupt nichts, weil man dadurch letztendlich selbst zu einer Art Strauß wird. Man kann es eine Zeit lang durchhalten, zu unterscheiden zwischen dem, was man öffentlich sagt und dem, was man wirklich darüber denkt. Aber eben nur eine bestimmte Zeit lang. Auf Dauer wird man auf dem Weis nicht nur formal, sondern auch wirklich zu dem, den man eigentlich bekämpfen wollte.

Ich glaube also nicht an diese Super-Taktiken. Ich finde sie übel und gefährlich. Sie unterstützen den Gegner eher als daß sie ihn bekämpfen.

Zur Person: Fred van der Spek

Fred van der Spek wurde am 13. Dezember 1923 in Den Haag geboren.

Politisch engagierte er sich, wenn auch noch nicht im organisierten Rahmen, schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges und insbesondere angesichts der Nazi-Herrschaft in Deutschland 1943 weigerte er sich als Chemie-Student, die von den Nazi-Besatzern in den Niederlanden von allen Studenten geforderte „Loyalitätserklärung“ zu unterschreiben und wurde für ein Jahr zur Zwangsarbeit nach Nienburg/Weser deportiert.

Nach dem Kriege war er einige Jahre Vorstandsmitglied der demokratisch-sozialistischen Studentenvereinigung „Pauze“, was aktiv in der „Vlam Bewegung“ (die links-sozialistische „De Vlam“ war nach dem Kriege die Fortführung der illegalen Widerstandsbewegung „De Volk“) er schloß sich dann auf der Suche nach einer wirklich sozialistischen Partei, die PdA war keine sozialistische Partei und die CNP war nur zu undemokratisch und zu stark moskau-gesteuert“) zunächst der „Socialistische Unie“ an, einer kleinen linken Partei, die von 1950 bis 1957 bestanden hat.

In den 50er Jahren war er u.a. aktiv in der „Derde Weg“-Bewegung, einer Gruppierung von hauptsächlich intellektuellen, die gegen den „Kalten Krieg“ arbeitete und einen „Dritten Weg“ zum Frieden, unabhängig von den USA und der Sowjetunion, propagierten. Er war Hauptvorstandsmitglied der (anti-kolonialistischen) „Vereeniging Nederlandse-Indonesien“ und Vorstandsmitglied im „Komitee für die Anerkennung der DDR“. 1957 gehörte er zu den Gründern der Pacifistisch-Socialistische Partij und war einige Jahre Mitglied des Partivorstandes und Vorstandsmittglied der PSP-Abteilung Amsterdam.

Von 1949 bis 1967 arbeitete er als Chemie- und Physik-Lehrer an einem Gymnasium, wo er, als Republikaner und nach dem Motto: Selbst Prinzessinnen haben ein Recht auf Schulbildung“ auch Prinzessin Christina unterrichtete.

Von 1963 bis 1967 war Fred van der Spek für die PSP Mitglied der Ersten Kammer („Bundest“), seit 1967 ist er Abgeordneter in der Zweiten Kammer („Bundestag“) des niederländischen Parlaments.

Anmerkungen:

- (1) Der Interkulturelle Friedensrat (IKV), in dem mehrere Konfessionen zusammenarbeiten, ist mit seiner Kampagne für die sofortige Entfaltung aller Atomwaffen aus den Niederlanden die derzeit größte Kraft in der niederländischen Anti-Atomwaffen-Bewegung.
 - (2) siehe AK 158
 - (3) Ht. „Aachener Volkszeitung“ 21.2.81
 - (4) Obwohl eine neuere radikale, antimilitaristische Gruppierung, die vor allem militante Aktionen gegen Militäreinrichtungen unternimmt und deren Mitglieder sowohl den Wehr als den Ersatzdienst verweigern, liefert sie ein mehrere Tausend Mitglieder in den Niederlanden (im Kreis).
- (Herzlichen Dank an J., M. und R. aus Straud für ihre Hilfe beim Abtippen der Interviewbänder!)

Herbstmanöver 81

„Make WAR - NOT LOVE“

„Finger weg von Frankreich“, das ist eine von zahlreichen „Benimmregeln“, die den amerikanischen (in vor Beginn der Herbstmanöver) auf den Weg in die BRD gegeben wurden. Weitere „Tipps“: kein Glücksspiel, kein Marihuana, Kampfelder nicht verwüsten. „Kühe auf der Weide oder Rehe im Wald sehen keine Zielscheiben. Auch wird den Soldaten geraten, nicht gleich Tonschellern“ (FR, 21.9.). Wer jemals die NATO-Großmanöver aus der Nähe miterleben durfte, wird an der Berechtigung dieser Warnungen kaum zweifeln.

Trotz Sperrenhalten und galoppierenden Benzinpreisen wurde auch dieses Jahr wieder eine riesige Kriegsausübung inszeniert. an der Übung „Schneller Gegenzug“ nahmen rund 12 000 Soldaten teil, darunter belgische Truppen (FR, 15.9.).

- die größte Einzelausübung „Certain Encounter“ fand mit 71 000 Mann direkt an der DDR-Grenze bei Bad Hersfeld statt (Neue, 15.9.). Weiter waren 4700 Kettensfahrzeuge, 15 000 Radfahrzeuge und 600 Militärfahrzeuge und Hubschrauber beteiligt (FR, 15.9.).

- an der Übung „Scharfe Klänge“ nahmen 48 000 BW-Soldaten sowie amerikanische und kanadische Verbände teil (Neue, 19.9.).

Hinzu kommen noch zahlreiche kleinere Übungen sowie das jährliche „Reformer“-Spektakel, bei dem mehrere tausend US-Soldaten eingeflogen werden. „Reformer soll der Welt zeigen, aus welchem Holz amerikanische Soldaten geschnitten sind“ (FR, 21.9.). „Geht“ wurden u.a. ein chemischer Giftangriff auf das heimische Dorf Hasenhausen und die anschließende „Entgiftung von Soldaten sowie ihrer Fahrzeuge und Panzer“ (FR, 19.9.). Und der Rest des Dorfes? Die geplanten 300 Tieffliegerangriffe auf marschierende Mandruptruppen (!) mußten wegen Nebel auf 30 reduziert werden (Gött. Tageblatt 14.9.).

Besetztes Land

Mach die „scharfe Klinge“ stumpf!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

BRD Kinder spielen Krieg!

sen und ein Testament zu machen“ (FR, 21.9.). Aus gutem Grund! Neben Manöverschäden in Höhe von 1 Million DM und Sprit im Wert von 5 Mio. DM (Neue, 19.9.) kostete das Manöver wieder zahlreiche Verletzte und Tote. Bereits im Vorfeld der Übungen ereigneten sich nach Polizeiangaben 43 Verkehrsunfälle, bei denen sechs Soldaten und fünf Zivilisten verletzt und ein Sachschaden von 180 000 DM angerichtet wurden (taz, 16.9.). „Ein Verkehrsunfall forderte ... ein Todesopfer“ (FR, 12.9.). Bei einem Zusammenstoß zwischen einem LKW und einem BW-Fahrzeug wurden die beiden Fahrer schwer, ein Beifahrer leicht verletzt (FR, 12.9.). Bei Bad Hersfeld wurde eine amerikanische Soldatin getötet (FR, 14.9.). Bei Hainau kippte ein LKW mit drei „Hawk“-Flugabwehrraketen um, zwei Menschen wurden schwer verletzt. Die Gefahr einer Explosion habe natürlich zu keiner Zeit bestanden (FR, 21.9.). Beim Zusammenstoß eines deutschen Hubschraubers mit einem US-Flugzeug wurden drei Menschen getötet. Insgesamt gab es über 100 Unfälle (GT, 21.9.), eine Zahl, die „bedauerlich hoch sei“. Der Grund liege in der mangelnden Fahrpraxis, die durch die Benzin-Einsparungen bedingt sei. Zynischer Kommentar der Bundeswehr: „Sparen kann, wenn es zu weit geht, Blut kosten.“ (GT, 21.9.). Nichts bekanntgegeben wurde über „kleinere Zwischenfälle“, wie Vergewaltigungen, Diebstähle, Schlägereien usw..

Im Dörfchen Neverstaven in Schleswig-Holstein „nahmen die Bürger die Sache selbst in die Hand. Als am Montag Neverstaven von den Soldaten okkupiert werden sollte, trauten diese ihren Augen nicht: Statt des im „Spielplan“ vorgesehenen Feindes sahen sie sich mit stühlen Gegnern konfrontiert. Einwohner hatten die Zufahrtsstraße mit Barrikaden gesperrt und wünschten die ungewissen Gäste zum Teufel. Verdutzt sahen die Truppen ab“ (taz, 16.9.). Ob das immer so einfach geht?

Antimil-Kommission
KH Göttingen

Bußgeldbescheid gegen Wehrpaßentwertung

Bußgeldbescheid gegen Wehrpaßentwertung

Am 13.6.81 waren in Marburg bei einer öffentlichen „Wehrpaßentwertung“ 41 Wehrpässe „untauglich“ gemacht und anschließend Ape zur Kennzeichnung zugesandt worden. Inzwischen wurden vom Kreiswehrersatzamt Arnberg Bußgeldbescheide gegen drei der Reservisten eingeleitet. Der Wehrpaß sei „mehr oder weniger durchlöcherig, mit Filzstift bemalt und auf einigen Seiten mit dem Stempelabdruck „Ich verweigere hiermit jede Zusammenarbeit mit dem Militär“ unbrauchbar gemacht worden“.

Da man die Kriegsvorbereitung erfordere, daß ausgehändigte Wehrpässe „sorgfältig aufzubewahren, nicht mißbräuchlich zu verwenden“ und, mußte das Kreiswehrersatzamt lt. Wehrpflichtgesetz einschreiten und eine Geldbuße von 5 bis 1000 DM verhängen. Bevor das Amt die Geldbuße festsetzen will, gab es den Betroffenen noch einmal Gelegenheit, Reue zu bekunden.

Aufgespießt

**Verständnis bitte!
Große Freiheit - Kleine Opfer**

Aufkleber auf der Rückseite von Bundeswehr-Fahrzeugen, mit denen um Verständnis für Behinderungen während der laufenden Herbstmanöver geworben werden soll.

Medizinischer Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges am 19./20. September in Hamburg

DIE ÜBERLEBENDEN WERDEN DIE TOTEN BENEIDEN

Am Samstag, den 19. September, begann im Audimax der Universität Hamburg eine ungewöhnliche Veranstaltung.

Bis gegen 9.00 Uhr versammelten sich etwa 1700 Leute, darunter die überwiegende Mehrheit Ärzte, zum „Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges“.

Viele von ihnen waren aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekommen und folgten aufmerksam einem anstrengenden Programm. Es ging vor allem um die zu erwartenden Folgen eines Kernwaffenkrieges, um die offiziellen Vorbereitungsmaßnahmen für einen solchen Fall (die allesamt auf eine Militärlösung des Gesundheitswesens hinauslaufen und aus einem Bündel von Fortbildungsveranstaltungen, Übungen in Kriegsmethoden, Katastrophenpsychiatrie, Zivilschutz und einem geplanten „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalls“ - Gesundheitsicherstellungsgesetz - bestehen), aber auch um Möglichkeiten, als Ärzte einen Beitrag zur Verhinderung des Atomkrieges zu leisten, sowie um die Hintergründe der wachsenden Kriegsgefahr und speziell der NATO-„Nachrüstung“.

Unter den Referenten waren zahlreiche bekannte Fachleute aus der BRD, der Schweiz, England, der UdSSR, Holland, Schweden und den USA. Darunter: Gert Bastian, Horst-Eberhard Richter, Frank Bernaby (vom SIPRI), Jevgenij Tschasow (der sogenannte Leibarzt Breschnevs) u.v.a.

Ich will im folgenden einige wichtige Ergebnisse des Kongresses beschreiben.

Im Atomkrieg gibt es keine medizinische Versorgung mehr

Eines der wesentlichen Ergebnisse des Kongresses war die umfassende Darstellung der Folgen eines Kernwaffenkrieges.

Es wurde deutlich, daß hier eine neue Dimension der Zerstörung jenseits aller Erfahrungen und Vorstellungsmöglichkeiten der Menschen besteht. Im II. Weltkrieg wurden weit aus Erfahrungen und Vorstellungsmöglichkeiten der Menschen besteht. Im II. Weltkrieg wurden schätzungsweise 3 Mio. Tonnen Sprengstoff verwendet. Die größten Wasserstoffbomben besitzen eine Sprengkraft von 20 Megatonnen TNT (das sind 20 Millionen Tonnen des Sprengstoffes Trinitrotoluol) - also das Vielfache der im letzten Weltkrieg angewendeten Zerstörungskraft. Diese Energie würde innerhalb von Sekundenbruchteilen entfesselt. Um eine Million Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes zu transportieren, wäre ein Zug aus 67 000 Eisenbahnwaggons nötig - der Zug würde von Hamburg bis Frankfurt reichen.

Für eine Verwüstung der Bundesrepublik würden einige wenige dieser großen Wasserstoffbomben genügen. Auf deren Einsatz braucht man aber nicht zu spekulieren. In der BRD lagern etwa 3 000 bis 7 000 „taktische“ Kernwaffen im Bereich von 10 bis 200 kt (Kilotonnen TNT) - das entspricht 10 000 bis 200 000 Tonnen TNT. Die Bombe von Hiroshima hatte eine Sprengkraft von 13 kt. Zum Teil ist ihr Einsatz in Geschützmunition oder auf den „Lance“-Raketen mit Reichweiten von meist zwischen 100 km und 1000 km vorgesehen, also sozusagen für den „Hausgebrauch“ in der BRD.

Sollte in einem Krieg mit dem „Gebrauch“ dieser Waffen begonnen werden, so ist mit einer sehr hohen Sicherheit davon auszugehen, daß innerhalb kürzester Zeit die vorhandenen Arsenale eingesetzt werden - die BRD und angrenzende Gebiete wären systematisch vernichtet.

Bei einem Angriff mit einer 1-Megatonnen-Bombe auf eine Großstadt würden in einem Durchmesser von 10 km die Wohnhäuser von der Druckwelle zertrümmert und Stahlbetonbauten schwer beschädigt werden. Die Hitzeabstrahlung würde in einem Durchmesser von 22 km tiefe Brandwunden auf unbedeckter Haut (Verbrennungen 3. Grades) verursachen und gleichzeitig das gesamte Stadtgebiet in Brand setzen.

Dieses Feuer würde auch alle Schutzmaßnahmen in Bunkern unwirksam machen, da die Menschen in den Bunkern am Sauerstoffmangel und an der Kohlenmonoxyd-Vergiftung sterben würden. Außerdem würden auch unterirdische Bunker durch die Hitze auf bis zu 800°C Celsius aufgeheizt und unbenutzbar.

Die prompte radioaktive Strahlung ist auf einen geringeren Bereich

beschränkt: Innerhalb eines Durchmessers von etwa 3 km wäre die Strahlung sofort tödlich.

Viel weiter reicht jedoch der radioaktive Fall Out. Noch in einer Entfernung von 150 km würde soviel Strahlung abgegeben, daß jeder, der sich im Freien aufhält, sterben müßte, noch in 300 km Entfernung würde jeder 2. an der Strahlenkrankheit sterben.

In Zahlen: Es würde bei einem solchen Angriff etwa 900 000 Sofort-tote geben, etwa die gleiche Zahl wä-

Bei maximaler Anstrengung würden vielleicht 200 bis 300 Krankenhäuser für solche Fälle zur Verfügung stehen.)

Aber auch die „einfachen Verletzungen“ würden nicht versorgt werden können. Die Einrichtungen im betroffenen Gebiet wären zerstört, vom außen kann wegen der radioaktiven Fall Out keine Hilfe herangebracht werden und die Verletzten könnten auch nicht in ausreichender Zahl evakuiert und aus dem Gebiet herausgebracht werden. Darüber

Eine andere Folge ist der elektromagnetische Impuls einer solchen Explosion, der ungeheuer energiereich ist und sämtliche elektrischen und insbesondere elektronischen Einrichtungen stören kann. Rundfunksender, Kommunikationsanlagen und elektrische Versorgung würden auch in nicht direkt betroffenen Gebieten ausfallen. Die militärische Kommandostruktur würde außer Betrieb gesetzt (mit sicherlich unersprechlichen Folgen, was z.B. die Kontrolle weiterer Kernwaffeneinsätze betrifft).

kein AKW getroffen werden. Auf jeden Fall würde die Strom- und Wasserversorgung ausfallen. Ob die Menschen diesen Aufenthalt überleben könnten, ohne verrückt zu werden, ist mehr als fraglich. Ob sie nach dem Überleben der ersten 14 Tage eine überlebenschfähige Umgebung finden würden, ist noch fraglicher.

In den Augen der Militärs haben Bunker und Zivilschutz dann auch andere als humanitäre Funktionen. Sie sollen zum einen die Bevölkerung beruhigen und die Kriegsangst dämpfen. Auch für die Kampfmoral der Truppe ist es von Bedeutung, daß die Schutzlosigkeit der Bevölkerung und des Landes nicht allzu offen zutage tritt. Zum anderen spielen Bunker ganz eindeutig eine Rolle in den vielfältigen Bemühungen, Atomwaffen tatsächlich einsatzfähig zu machen. Dazu gehören z.B. die zielgenauen neuen Atomwaffen, die selektiv gegen militärische Ziele eingesetzt werden können und die Neutronenbombe, von der man hofft, daß sie die unerwünschten Nebenwirkungen gering hält. Gerade in der Diskussion um die Neutronenbombe ist mehrmals betont worden, daß bei dieser Waffe der Schutz der Zivilbevölkerung recht einfach sei, so daß relativ leicht die „Voraussetzungen“ für einen Einsatz der Neutronenbombe ohne allzu viele Ziviltote zu schaffen sind.

Es wurde auf dem Kongreß klar gesagt, daß der Zivilschutz eine Begleitmaßnahme für die Aufrüstung ist, Illusionen schafft, die der ideologischen Aufrüstung dienen und gleichzeitig im militärischen Kalkül den Atomkrieg eher ermöglicht. Aus diesem Grunde ist z.B. einer der Referenten, W. Linden (Arzt und Professor für Biophysik) im Frühjahr dieses Jahres aus der Zivilschutzkommission des Bundesinnenministeriums ausgeschlossen, der er 10 Jahre lang angehört hat.

Linden sagte z.B.: „Wir als Ärzte müssen in dieser Situation unseren Mitbürgern sagen: Wir werden Euch nicht helfen können. Ein Ausbau der Katastrophenmedizin zur Kriegsmethoden, Katastrophenschutzübungen und des geplanten Gesundheitsicherstellungsgesetzes bieten keinerlei Schutz der Zivilbevölkerung gegen die atomare Bedrohung. Derartige Maßnahmen erwecken in der Bevölkerung nur die durch nichts gerechtfertigte Illusion, daß für ihren Schutz etwas getan würde oder getan werden könnte. ... Da ist es Aufgabe der Fachleute, der Öffentlichkeit die Fakten vor Augen zu führen, damit eine informierte Öffentlichkeit ihre eigenen Interessen wahrnehmen kann und die Politiker zum Frieden zwingt.“

Die Militärisierung des Gesundheitswesens

Fast gleichzeitig mit dem NATO-„Nachrüstungs“-Beschluss haben die Vorbereitungen im Gesundheitswesen auf einen Atomkrieg ungehobenen Auftrieb erhalten. Überall in der Medizin ist die „Katastrophenmedizin“ in. Welche Katastrophe wohl gemeint ist? Unverkörpert wird der Atomkrieg genannt. Was wird in den zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammern angeboten? Wenig Informationen über das tatsächliche Ausmaß eines Kernwaffenkrieges - dafür aber „gute Ratschläge“. Der Armierung der Verletzten wird dadurch gebündelt, daß man die Zahl der zu Behandelnden auf die verfügbaren Behandlungsmöglichkeiten herunterreduziert. Dieses Verfahren ist in der Kriegsmethoden erprobt und heißt „Triage“ (Drahtschling).

Die Menschen werden in verschiedene Klassen eingeteilt:

- Leute, die nicht schwer genug verletzt sind, um Anspruch auf medizinische Hilfe zu haben,
- Leute, die zu schwer verletzt sind und zuviel Zeit und Aufwand erfordern würden,
- schließlich Leute, bei denen unter den angegebenen Umständen medizinische Hilfe am ehesten zur Wiederherstellung der Front- und Arbeitsfähigkeit zu führen verspricht.

Nur die letzte Kategorie wird behandelt - die anderen werden wegschickt oder zum Sterben abgelegt.

Diese Selektion ist der große Knüller der Katastrophenmedizin - das Selektieren scheint noch zahlreichen deutschen Ärzten im Blut zu liegen. Diese Selektion wird unter militärischem Befehl stattfinden. In der Bundeswehr gibt es für die „Dringliche

Fortsetzung nächste Seite



Das gut gefüllte Audimax am zweiten Tag des Kongresses.

Das gut gefüllte Audimax am zweiten Tag des Kongresses.



Die Referenten des 2. Tages. Von links nach rechts: Otto Schilly, Westberlin, Dr. Wilhelm Verheugen, Holland, Dr. Knut Broke, Hamburg, Dr. Barbara Hövener, Westberlin, Dr. Jevgenij Tschasow, UdSSR, Dr. Hugh Middleton, England, Prof. Ulrich Albrecht, Westberlin.

re in der näheren Umgebung schwer verletzt. Je nach Anteil der Leute in Bunkern würden darüber hinaus zwischen 400 000 und 2 Millionen Menschen an der Strahlenkrankheit sterben. Viel mehr Menschen würden an der Strahlenkrankheit erkranken. Viele von ihnen würden unter den Bedingungen des Krieges aufgrund dieser Schwächung für andere Krankheiten anfälliger werden und daran sterben.

Es ist kaum möglich, sich die ganzen Wechselwirkungen dieser Situation vorzustellen. Die angegebenen Zahlen dürften die untere Grenze der Wirklichkeit darstellen. All dies würde bei einer einzigen Kernwaffenexplosion geschehen. Es wäre unmöglich, den betroffenen Menschen Hilfe zukommen zu lassen. Schon die Zahl der Betroffenen würde alle Versorgungsmöglichkeiten sprengen. (Mal im Vergleich: Es gibt 160 000 Ärzte in der BRD, von denen viele mit diesen Folgen überhaupt nicht umgehen könnten.) Hinzu kommt noch, daß die Strahlenkrankheit nicht behandelbar ist (bzw. nur in den unteren Dosisbereichen versucht werden kann, ein Überleben wahrscheinlich zu machen. Das erfordert eine intensive Therapie, für die in der BRD ein halbes Dutzend Betten in Krankenhäusern zur Verfügung stehen

hinaus ist es unmöglich, im Nachhinein festzustellen, wieviel Strahlung jemand erhalten hat. Das sagt sich erst nach einigen Tagen an den schweren der Krankheitsymptome

Zivilschutz als Kriegsvorbereitung

Dies waren nur die mit einiger Sicherheit berechenbaren Folgen einer Kernwaffenexplosion. Es gibt zahlreiche unkalkulierbare Wirkungen bzw. Wirkungen, die zwar mit Sicherheit eintreten werden, aber deren genaue Auswirkungen überhaupt nicht abschätzen sind. Dazu gehört z.B., daß bei Kernwaffenexplosionen durch chemische Reaktionen in der Atmosphäre Stickoxyde entstehen, die die Ozonschicht angreifen. Welches Ausmaß diese Schädigung haben würde, hängt von der Zahl der Explosionen ab. Eine Reduzierung der Ozonschicht um etwa 30 % hätte große Auswirkungen, da die einfallende UV-Strahlung der Sonne sich erheblich verstärken würde. Menschen könnten einen Aufenthalt im Freien auf mit vollständig bedeckter Körperoberfläche überleben - sonst würde die Haut verbrannt werden. Pflanzen und Tiere könnten sich nicht schützen und würden zugrunde gehen.

Die Regelanrichtungen von AKWs könnten beschädigt werden usw.

Insbesondere das Kapitel AKWs (und Wiederaufbereitungsanlagen bzw. Atommüll-„Endlager“) zeigte die zusätzlichen Gefahren aus diesen Einrichtungen: In diesen Anlagen ist viel mehr Radioaktivität enthalten als durch eine Kernwaffe erzeugt werden kann. Insbesondere sind die dort vorhandenen radioaktiven Substanzen viel langlebiger. Würde bei einem Atomkrieg eine solche Anlage getroffen, so wäre ein großes Gebiet der BRD unbewohnbar. Die Bunkerinsassen müßten mehrere Monate in den Bunkern ausharren, bevor sie diese so lange verlassen könnten, wie für eine Evakuierung des Gebietes nötig wäre.

Aber auch unter „normalen“ Atomkriegsbedingungen hat der Bunkeranfall so seine Tücken. Sunnoll (und „lebensrettend“) ist er nur bei einer Reihe optimistischer Annahmen. Man muß sich relativ weit außerhalb des eigentlichen Katastrophengebietes befinden, es dürfen nicht zu viele Atombomben explodieren und dem wenigen Mann vor allem innerhalb eines recht kurzen Zeitraums explodieren (weil sich die Zeit bis zum Abklingen der Strahlung aus dem Fall Out auf „erträgliche“ Werte jedesmal um 14 Tage verlängert) - und es darf vor al-

Fortsetzung von vorh. S.

Kriegschirurgie" eine Dienstvorschrift (ZDV 49/50), in der säuberlich alle Möglichkeiten berücksichtigt sind.

So sollen Rückenmarkverletzte in die Kategorie der nicht mehr zu Versorgenden eingestuft werden, obwohl ihre medizinische Versorgung nicht allzu schwierig und recht erfolgreich wäre, sie haben aber den entscheidenden Nachteil, daß sie nach erfolgreicher Behandlung querschnittsgelähmt wären und eben nicht front- oder arbeitsfähig – also wird keine Mühe daran verschwendet.

Was wird wohl mit geistig Behinderten, alten Menschen, gar Ausländern in einem solchen Fall? Sollen sie als wertvolle Medikamente verschwendet werden? Aber nein!

Konspiration ist im Entwurf für ein Gesundheitsversorgungsgesetz auch vorgesehen, daß Alten- und Behindertenheime im Kriegsfall geräumt werden, um als Lazarette genutzt werden zu können.

Was passiert mit den geräumten Insassen? Auch dafür gibt es in der deutschen Geschichte erprobte Lösungsmöglichkeiten.

Diese Art der Medizin steht zweifellos im Widerspruch zu den Vorschriften, die jeder Arzt beachten muß. „Er (der Arzt) darf keine Grundsätze anerkennen und keine Vorschriften und Anweisungen beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann“ (aus der Berufsordnung).

Sollte dieses Gesundheitsversorgungsgesetz in Kraft treten (bisher ist vorgesehen, daß es in der ersten Hälfte 1982 im Bundeskabinett behandelt wird), so wären die Notstandsgesetze in einem wichtigen gesellschaftlichen Bereich erheblich ausgeweitet worden.

Das GSSG gälte nämlich anders als die bisherigen Notstandsgesetze bereits in wesentlichen Teilen schon vor dem Notstand. Es enthält eine totale Datenerfassung für alle Einrichtungen, Hilfsorganisationen, Beschäftigte und ehemalige Beschäftigte im Gesundheitswesen. Darüber hinaus enthält es eine Fortbildungsverpflichtung in Katastrophen (also Kriegs-)Medizin für alle Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte und Apotheker. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird außer Kraft gesetzt, Beauftragten der Behörden ist es gestattet, die Einrichtungen der genannten Berufe zu besichtigen, um ihre Vorbereitung auf den „Verteidigungsfall“ zu überprüfen.

All diese Regelungen sind nach den jetzigen Notstandsgesetzen in Zeiten, in denen der Notstand nicht erklärt ist, nicht möglich. Ein Modellcharakter für andere gesellschaftliche Bereiche ist recht wahrscheinlich.

Katastrophenpsychiatrie

Katastrophenpsychiatrie oder der psychiatrische Polizeistaat

Im I. und im II. Weltkrieg hatten die Wehrpsychiatern die Aufgabe, die Soldaten so zu bearbeiten, daß ihr seelischer Zustand wehrfähig blieb. Sogenannte Kriegsnerven wurden mit barbarischen Mitteln (u.a. Elektroshocks) kuriert.

Auch für den nächsten Weltkrieg machen sich die deutschen Wehrpsychiatern Gedanken darüber, wie der Wehrwille erhalten werden kann. Einer der prominentesten unter ihnen ist der Wehrpsychiatr Dr. Rudolph Brickenstein, ehemaliger Oberarzt der Bundeswehr und in letzter Zeit häufiger Gast bei den Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammern zum Thema Katastrophenmedizin und wichtiger Berater des Verteidigungsministeriums.

Sein zentrales Problem ist, wie nach einem Atomwaffenangriff eine Panik vermieden werden kann. Seine Ansicht nach ist an der Panik nicht die Atombombenexplosion schuld, sondern die Menschen insbesondere die „Panikpersonen“ unter ihnen, die die anderen anstecken würden.

Wie erkennt man diese Panikpersonen? „Äußerliche Merkmale einer solchen Panikbereitschaft sind u.a. häufige wilde Streiks, gemeinsame Unregelmäßigkeiten, Widerstetigkeiten, Sachbeschädigung, rückwärtslose Verfolgung von Minderheiten und grober Vandalismus.“ (Brickenstein, „Individualreaktionen, Summationsphänomene und Kollektivreaktionen“).

In dieser Begriffswelt wären dann wohl links Organisationen oder Gruppen wie die AL Westberlin sozugen „Panikparteien“.

Was macht man mit solchen Leuten? Brickenstein: „Außerdem sollte bei Vorhandensein der Mittel eine chemische Ruhigstellung erfolgen“ (welche Mittel sollen wohl anges

wandt werden, wenn für eine chemische Ruhigstellung nicht genügend Drogen zur Verfügung stehen?).

Was soll weiter passieren?

Alle Referenten und Teilnehmer waren sich auf dem Kongreß einig, daß es aus diesen zusammengetragenen Tatsachen nur eine Konsequenz geben kann. Daß sich die Ärzte zusammenschließen und eine politische Tätigkeit entfalten.

Daß es notwendig ist, die Öffentlichkeit aufzuklären über die Folgen von Kernwaffen und über die Militarisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen. Daß in der Entfaltung eines massiven politischen Druckes die einzige Chance liegt, einen Kernwaffenkrieg zu verhindern und daß die Aufgabe der Ärzte darin liegt, in einer solchen Bewegung mitzuarbeiten – und nicht darin, sich zum Handlanger der Herrschenden zu machen und sich zu überlegen, was n s e h einem Atomkrieg noch zu retten ist.

Gleichzeitig war die Bereitschaft deutlich, sich den Militarisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen zu widersetzen, den Verpflichtungen aus dem GSSG nicht Folge zu leisten und die Auseinandersetzung mit den Befürwortern dieser Militarisierung aufzunehmen.

Einige wichtige Vorschläge für weitere Aktivitäten machte Otto Schily. Einmal stellte er dar, daß zur Minderung der Kriegsgefahr ein Austritt aus der NATO und die Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone in Europa notwendig wäre – diese Vorstellungen stießen auf große Zustimmung. Zum anderen betonte er, daß es sich als notwendig erweisen würde, etwa durch Aktionen wie Steuerboykotte, Gegenaktionen bei Militärmanövern u.a. politischen Druck auszuüben, der auch durchaus einen engen legalen Rahmen sprengen würde.

In der ganzen Vorbereitungsphase des Kongresses war das Echo sehr ermutigend. Initiiert wurde er praktisch von der „Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie“, an der Vorbereitung beteiligten sich Ärzteininitiativen aus Westberlin und München, Ärzte aus einigen anderen Städten – im Grunde wurde alles mit nur wenigen Leuten begonnen.

Parallel mit den Kongreßvorbereitungen wurde eine Unterschriftensammlung gestartet, „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“. Dieser Aufruf wurde von mittlerweile über 1500 Ärzten unterschrieben.

Am 1.9.81 wurde der Aufruf zusammen mit einem Großteil der Unterschriften in folgenden Zeitungen veröffentlicht: in der „Süddeutschen Zeitung“, der Hamburger „Morgenpost“, dem Berliner „Tagespiegel“ und in der „faz“.

Außerdem wurde der Aufruf im „Deutschen Ärzteblatt“ als Anzeige veröffentlicht.

Die Zahl der Unterzeichner und der Teilnehmer auf dem Kongreß.

Die Zahl der Unterzeichner und der Teilnehmer auf dem Kongreß, ihre politische und soziale Zusammensetzung zeigen, daß hier eine breite Bewegung entstanden ist, die gute Möglichkeiten hat, die Friedensbewegung zu unterstützen. Das Presseecho war recht erfreulich. Die Massivität, mit der diese Bewegung jetzt ans Tageslicht getreten ist, macht auch offensichtlich den offiziellen Ständesorganisationen zu schaffen.

Diese Ständesorganisationen haben sich bisher bedingungslos hinter die Militarisierung der Medizin gestellt. Es ist zu hoffen, daß ihnen hier bald ein breiter Widerstand entgegengesetzt wird, das Potential dafür ist auf jeden Fall vorhanden. Die Stärke dieser Bewegung hat die meisten überrascht, die Organisatoren ebenso wie die gut- oder auch böswilligen Beobachter.

Hier noch einige Literatur-Empfehlungen:

„Die Überlebenden werden die Toten beklagen“ – Ärzte warnen vor dem Atomkrieg. Diese Broschüre ist von der Hamburger Ärzteinitiative herausgegeben und enthält: 1. Zusammenfassung der gesundheitlichen Wirkungen, den Text des geplanten Gesundheitsversorgungsgesetzes, Artikel von „offiziellen“ Katastrophenmedizinern (Brickenstein u.a.) u.v.m. (28 Seiten). Bestellungen an Dr. Ingeborg Peters-Parow, Am Altenhof 9, 2 Hamburg 52. Bei Bestellung bitte den Betrag 16,- DM + 1,50 Porto auf folgendes Konto überweisen: Postcheckkonto Hamburg Kto-Nr. 26 240 - 207.

Vom Kongreß am 19./20. September wird etwa Mitte Dezember eine Dokumentation der Referate bei Paul-Rugenstein erscheinen.

Zum Thema Militär-Medizin: „Maschinenorgane hinter der Front“ (4 DM) zu bestellen bei Ralph Müller, Hammer Straße 108, 23 Kiel.

„Atomkriegsfolgen“ (Heft 15 der Reihe Militärpolitik Dokumentation), erschienen bei Hans + Margarete, Fischerstraße 30, 6 Frankfurt 1.



Eine Mutter und ihre Tochter, die den Bombenabwurf in Hiroshima überlebten, bei ihrer ersten Mahlzeit. (Soldaten hatten Reisbällchen verteilt).

Hiroshima nach dem 6. August 1945: Die erste Atombombe verwandelt die Stadt in eine Kraterlandschaft.



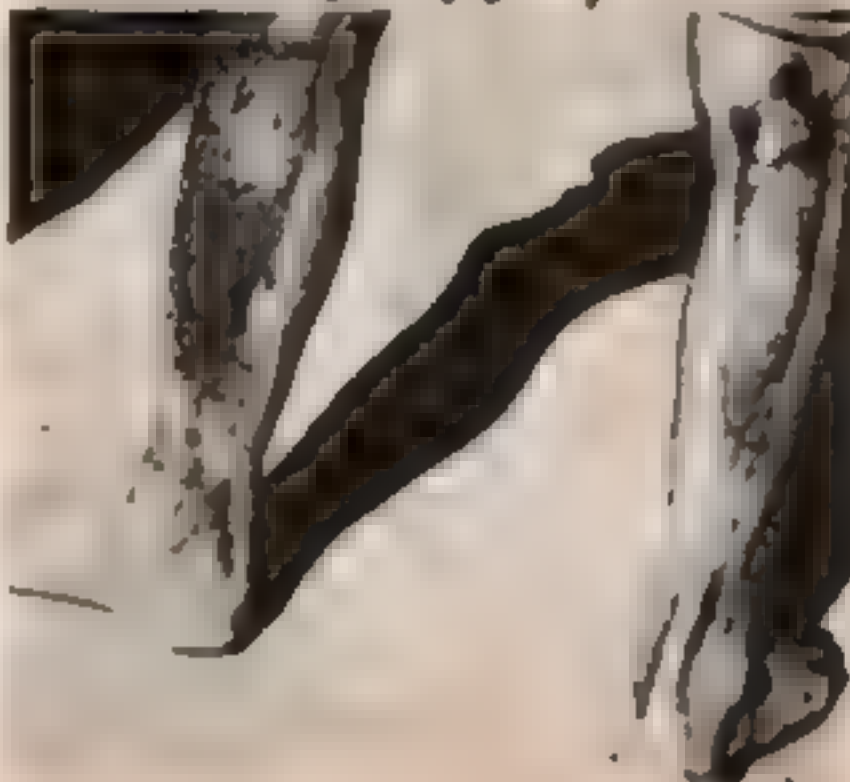
Jahre später malten Überlebende Augenzeugen ihre Eindrücke auf: Dieses Bild zeigt Frauen mit ihren Kindern, die vor den Flammen flüchten und in der Not in einen Fluß springen.



ertrunken.



Die Opfer des Atombombenabwurfs mit den typischen Folgen: stark verbrannte Körperteile (besonders die unbedeckten Teile), büschelweises Haarausfall bis zur völligen Kahlheit, die sog. Todesflecken, die mit Haarausfall, Fieber und Mundentzündung einhergingen – alles Zeichen starker radioaktiver Verstrahlung.



Das „Langzeitprogramm“ der Nato

Konventioneller Bestandteil der Aufrüstung in Westeuropa

Im Mai 1978 beschlossen die sogenannten „Eurogruppe“ und der Verteidigungsplanungsausschuss der NATO das „Langzeitprogramm“ („Long Term Defense Program“, LTDP). Es handelte sich, auf Initiative der USA, um ein gemeinsames koordiniertes und abgestimmtes Aufrüstungsprogramm, das bis 1993 den Rahmen der militärischen Rüstungen innerhalb der NATO festlegt.

Es geht dabei konkret vorrangig um die Aufrüstung und Erhöhung der militärischen Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte im konventionellen Bereich. Der damalige US-Kriegsminister Brown charakterisierte die Notwendigkeit des LTDP u.a. damit, daß „nicht viel Zeit zur Vorbereitung“ eines Krieges bleibt. Neben der Fähigkeit zur Führung von Kernwaffenschlägen mußte besonders die Befähigung der NATO-Streitkräfte zu „kurzen, intensiven, nichtnuklearen Handlungen“ verbessert werden (1). Das LTDP besteht aus 10 Komponenten:

1. „Die Verbesserung des Bereitschaftsstandes der Streitkräfte, besonders in Bezug auf Verfügbarkeit“ (2). Die Bundeswehr hat diesen Punkt bereits 1978 erfüllt, als eine 12-monatige „Verfügungsbereitschaft“ der Reservisten angeordnet wurde. Dies bedeutet, daß die Stärke der Bundeswehr von rund 495.000 Soldaten in Friedenszeiten innerhalb von 24 Stunden auf 690.000 Soldaten erhöht werden kann.

2. „Verbesserte Heranführung von Verstärkungen in Krisen- und Spannungszeiten“ (2).

Dies ist einer der Kernpunkte des Langzeitprogramms, denn es geht um die Erhöhung der militärischen Präsenz von US-Streitkräften in der BRD. Nachdem die USA zwischen 1976 und 1978 ihre Streitkräfte in der BRD um eine Brigade, zwei Artilleriebataillone mit Mehrzweckwaffen — sprich: einschließlich taktisch-nuklearen Waffen — und drei Pionierbataillone verstärkten, werden in der BRD bis 1983 schweres militärisches Gerät und die Ausrüstung für drei zusätzliche US-Divisionen eingelagert (zum Vergleich: die Bundeswehr besitzt aus 12 Divisionen — ca. 320.000 Soldaten). Die Pläne des Pentagon sehen vor, die Streitkräfte der USA in der BRD im Krisenfall von 300.000 auf rund 600.000 Soldaten zu verdoppeln.

Außerdem beabsichtigen die USA, die Anzahl ihrer Kampfflugzeuge in Westeuropa im Krisenfall zu verdreifachen.

Außerdem beabsichtigen die USA, die Anzahl ihrer Kampfflugzeuge in Westeuropa im Krisenfall zu verdreifachen.

auch klar, daß das angebliche militärische „Ungleichgewicht“ im konventionellen Bereich keineswegs in dem Maße besteht, wie das die herrschende Propaganda immer wieder beteuert.

3. Für die Infrastruktur der NATO sollen bis 1982 insgesamt 15 Milliarden DM aufgewendet werden, die BRD beteiligt sich daran mit vier Milliarden DM. Zu diesen Infrastrukturmaßnahmen zählen u.a. neue Unterbringungsräume für Kernwaffen und deren größere Streuung sowie das Anlegen von Flugplätzen bzw. Behelfsflugplätzen. Allein in der BRD, den Niederlanden und Belgien befinden sich rund 200 Basen (4).

Seit 1976 ist auch Frankreich an der speziell westeuropäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich beteiligt. Eine eigene ins Leben gerufene „Europäische Programmgruppe“ stellt das Koordinierungsgremium dar. Die sogenannten „europäischen Verstärkungsprogramme“, die es schon seit Anfang der sechziger Jahre gibt, nehmen einen immer bedeutenderen Platz innerhalb der NATO ein. Von 1972 — 1977 wurden insgesamt 23 Milliarden Dollar in westeuropäische Rüstungsprogramme investiert, 1978 waren es allein schon 9 Milliarden Dollar und gegenwärtig belaufen sich die Ausgaben nur in diesem Bereich auf über 11 Milliarden Dollar jährlich (9).

Das Ausmaß der im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms anvisierten Maßnahmen wird deutlich, wenn man sich die betriebene Aufrüstung im Jahr 1980 näher ansieht. Im vorigen Jahr stellte die NATO — überwiegend im Rahmen der „Eurogruppe“, in der die westeuropäischen NATO-Staaten zusammenarbeiten — u.a.

4. Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Ausbau des NATO-Luftverteidigungssystems. Hierzu gehören die Beschaffung von zusätzlichen Abfangjägern und Flugabwehrraketen, der Ausbau der Hauptfunkmeßstationen und natürlich auch die Stationierung des „AWACS“-Frühwarnsystems. Bis 1985 sollen in Geilenkirchen bei Aachen insgesamt 18 umgerüstete Boeing-Systeme disloziert werden. Die Kosten belaufen sich auf knapp vier Milliarden DM, die BRD beteiligt sich zu 29% daran (5).

5. Die „Fähigkeit zur Seekriegsführung“ (3) sollte gesteigert werden. Hierzu beschloß der Bundestag einstimmig den Bau von 12 sogenannten Mehrzweckfregatten vom Typ 122 im Werte von 3,6 Milliarden DM. Die

Hierzu beschloß der Bundestag einstimmig den Bau von 12 sogenannten Mehrzweckfregatten vom Typ 122 im Werte von 3,6 Milliarden DM. Die

Die westeuropäische Komponente

Das NATO-Langzeitprogramm hat zudem den erwünschten Effekt der „Standardisierung“ der Waffensysteme und einer noch effektiveren westeuropäischen Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Daß sich dabei die Rüstungskonzerne der BRD ihren führenden Platz sichern, liegt auf der Hand, denn Waffen wie das Kampfflugzeug „Alpha Jet“, der „Leopard 2“-Panzer, der Flugabwehrpanzer „Roland“ oder der Mehrzweckjäger „Tornado“ kommen aus der westdeutschen Rüstungsküche bzw. sind Produkte der Zusammenarbeit westeuropäischer Rüstungskonzerne.

Seit 1976 ist auch Frankreich an der speziell westeuropäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich beteiligt. Eine eigene ins Leben gerufene „Europäische Programmgruppe“ stellt das Koordinierungsgremium dar. Die sogenannten „europäischen Verstärkungsprogramme“, die es schon seit Anfang der sechziger Jahre gibt, nehmen einen immer bedeutenderen Platz innerhalb der NATO ein. Von 1972 — 1977 wurden insgesamt 23 Milliarden Dollar in westeuropäische Rüstungsprogramme investiert, 1978 waren es allein schon 9 Milliarden Dollar und gegenwärtig belaufen sich die Ausgaben nur in diesem Bereich auf über 11 Milliarden Dollar jährlich (9).

Das Ausmaß der im Rahmen des NATO-Langzeitprogramms anvisierten Maßnahmen wird deutlich, wenn man sich die betriebene Aufrüstung im Jahr 1980 näher ansieht. Im vorigen Jahr stellte die NATO — überwiegend im Rahmen der „Eurogruppe“, in der die westeuropäischen NATO-Staaten zusammenarbeiten — u.a.

+ 710 neue Kampfpanzer
+ 5245 Raketen für Panzer- und Luftabwehr
+ 150 Artilleriegeschütze
+ 225 neue Kampfflugzeuge
+ 146 Kampfhubschrauber und
+ 13 neue Kriegsschiffe in Dienst (10).

Der BRD-Imperialismus trägt — nach den USA — den Löwenanteil der Aufrüstung. Allein bis zum Anfang der achtziger Jahre belaufen sich die Kosten für die verschiedenen Modernisierungsprogramme auf 46 Milliarden DM (11). Darunter fallen u.a. + 322 Kampfflugzeuge „Tornado“ (mindestens 15 Milliarden DM); + 1800 Kampfpanzer „Leopard 2“ (6,5 Milliarden DM);

(mindestens 15 Milliarden DM); + 1800 Kampfpanzer „Leopard 2“ (6,5 Milliarden DM); + 432 Flugabwehrkanonenpanzer „Gepard“ (2,86 Milliarden DM); + 140 Flugabwehrsysteme „Roland“ (2,3 Milliarden DM); + 175 Kampfflugzeuge „Alpha Jet“ (3,8 Milliarden DM); + 115.000 neue Kfz vom Jeep bis zum Schwerlasttransporter (über 7 Milliarden DM); + 12 Mehrzweckfregatten des Klaus 122 (3,5 Milliarden DM), Einführung bis 1990 (12).

Insgesamt ist die BRD an 186 der 300 verschiedenen Einzelmaßnahmen bei der konventionellen Aufrüstung beteiligt (13). Kein Wunder, daß der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Brandt, das LTDP als „die wichtigste Grundlage gemeinsamer Verteidigungsanstrengungen im Bündnis“ ansieht (14).

Die neue „Heeresstruktur 4“ der Bundeswehr

Die oben gezeigte enorme Aufrüstung im konventionellen Bereich der NATO bedeutet, daß der Imperialismus die militärische Überlegenheit in allen Bereichen ausbaut, um im Rahmen der Strategie der „flexiblen Antwort“ schon in der untersten, nicht-atomaren Skala der Abschreckung politisch-militärisch „gläubwürdig“ zu sein. „Durch die Beweglichkeit und die kompaktere Zusammenfassung der schweren Waffen sind wir in der Lage, an entscheidenden Plätzen stärker zu sein. In Zukunft wird für uns nicht mehr die Verteidigung aus Stellungen heraus im Mittelpunkt stehen, sondern die Verteidigung durch Angriff“ — kommentierten die „Kieler Nachrichten“ das eigentliche Ziel des NATO-Langzeitprogramms (15).

Diesem Ziel dient auch die derzeit in der Bundeswehr durchgeführte „Strukturreform“, bekannt unter dem Kürzel „Heeresstruktur 4“. Bei dieser Maßnahme geht es um eine grundlegende Strukturveränderung der in Friedenszeiten 335.200 Soldaten starken Landstreitkräfte der Bundeswehr. Seit November 1978 erprobt, wird diese „Reform“ schrittweise bis 1984 abgeschlossen sein.

Es geht dabei nicht nur um die Einführung neuer, moderner Waffensysteme für die Landstreitkräfte wie der „Leopard 2“-Panzer (bis 1986), der „Feldhaubitze 70“, dem Schützenpanzer „Marder“, dem Panzerabwehrkanonensystem „Milan“ (bis 1982), modernisierter Raketenjagdpanzer mit den weitreichenden Panzerabwehrraketen „Hot“ und „Tow“, dem neuen Flugabwehrpanzer „Gepard“ und „Roland“ — um aus die wichtigsten Waffensysteme zu nennen.

Rüstungsvorhaben der Bundeswehr 1979 - 1983 — eine Auswahl

Landstreitkräfte

- 28 Raketenysteme „Lance“
- 218 Feldhaubitzen 155-1
- 1800 Kampfpanzer „Leopard 2“
- 212 Panzerabwehrhubschrauber
- 478 Jagdpanzer „Jaguar“
- 350 Panzerabwehrraketen „Tow“
- 530 Panzerabwehrraketen „Hot“
- 2500 Panzerabwehrkanonen „Milan“
- 432 „Gepard“-Panzer
- 143 „Roland“-Panzer
- 996 Transportpanzer 1
- 300 Minenverlegfahrzeuge

Luftstreitkräfte

- 72 Raketenysteme „Pershing 2“
- 210 Jagdbomber „Tornado“ (MRCA)
- 175 Jagdbomber „Alpha Jet“
- 175 Flak-Raketenysteme „Roland II“

See- und Marinekräfte

- 8 Raketenfregatten Typ 122
- 10 Raketenfregatten Typ 143
- 6 Minenräumsysteme „Troika“ mit sechs Lenkbooten und 18 Minenfernenlenkbooten
- 112 Jagdbomber „Tornado“
- 16 Hubschrauber „Lynx“

(Angaben nach „Weißbuch“ 1979)

Vielmehr ist beabsichtigt, die Fähigkeit der Landstreitkräfte der Bundeswehr, aus dem Stand heraus und nach enormer kurzer Vorbereitungszeit zu Kampfhandlungen überzugehen, zu erhöhen. Dies soll zum einen dadurch erreicht werden, daß die verschiedenen Divisionstypen vereinheitlicht und ihr Bestand von 8 auf 11 Verbände vergrößert werden. Die Divisionen verkleinern sich, sind beweglicher und damit flexibler und schwerer verwundbar als größere, unbewegliche Einheiten. Dies entspricht dem Bedarf, das Heer auf atomkriegsmäßige Kriegsführung vorzubereiten. Das hat die Auswirkung, daß sich die Anzahl der Panzerbataillone mehr als verdoppelt von 103 auf genau 253 (16).

Neben der genannten Umgliederung der Panzer- und Panzergrenadierdivisionen sollen auch die übrigen 12 Divisionen des Feldheeres bis zum Ende dieses Jahres neu strukturiert werden. Hauptgesichtspunkte dabei sind eine bessere Kaderung und Zuführung von Reservisten im „Krisenfall“ und gleichzeitig eine gewisse Dezentralisierung.

Die sogenannte „Territorialverteilung“ befindet sich ebenfalls im Umbruch; die in Friedenszeiten 70.000 Soldaten umfassenden Kräfte des Territorialheeres, die vorrangig als logistische Komponente im Innern der BRD zur Verfügung stehen sollen durch zusätzliche Kampf- und Sicherungsverbände, durch eine brigadenähnliche Gliederung und höhere Präsenz und vor allem durch starke operative Reserven („Verfügungstruppen“) den neuen Erfordernissen der Kriegsführung angepaßt werden (16).

Nach Angaben des Heeresinspektors, General Poppel, sind die Territorialkräfte der Bundeswehr verantwortlich für die logistische Unterstützung der amerikanischen Verstärkungsverbände, die im Krisenfall zusätzlich eingeflogen werden. Das Territorialheer ist dem Umfang der Aufgaben im Krisenfall jedoch nicht gewachsen, wenn man bedenkt, daß im Rahmen des NATO-LTDP die amerikanische Präsenz wesentlich ansteigt (s.o.). Darum wird ein Modell geprüft, „wonach im Frieden Kader bereitgestellt werden sollen, die durch das Reservistenaufkommen im Ernstfall so angereichert werden, daß sich daraus zum Beispiel Transport-, Instandsetzungs- oder Planereinheiten bilden lassen“ (17).

Im Detail sehen die Strukturveränderungen im Territorialheer wie folgt aus:

+ Die 6 bisherigen Heimatschutzkommandos, die zu den eigentlichen Kampfverbänden des Territorialheeres gehören, werden zu Heimatschutzbrigaden — ähnlich den Panzergrenadierbrigaden der Bundeswehr — umgegliedert und mit schwerer Bewaffnung ausgestattet. Bisher insgesamt aus 24 Jägerbataillonen bestehend, verfügen sie künftig über 10 Panzer, 14 Jäger- und 6 Feldartilleriebataillone, eine Heimatschutzbrigade soll über 2 Panzerbataillone mit 82 Kampfpanzern, 2 Jägerbataillone und einem Feldartilleriebataillon mit 18 Feldhaubitzen verfügen.

+ Der Präsenzgrad wird erhöht. Eine Heimatschutzbrigade soll bereits im Frieden über 85% ihrer Personalstärke verfügen, drei weitere über 65% und zwei über 52%. Dadurch verspricht man sich, daß die Kader dieser Einheiten ständig in Übung sind und im Krisenfall bei der Einberufung der Reservisten keine Probleme entstehen.

+ 6 weitere Heimatschutzbrigaden sind vorerst Gerüsteinheiten und werden im Krisenfall ähnlich strukturiert und ausgerüstet mit 6 Panzerbataillonen, 12 Jäger- und 6 Feldartilleriebataillonen. Damit hätte die Bundeswehr insgesamt weitere 12 Brigaden zur Verfügung.

+ Zu den Sicherungskräften des Territorialheeres gehören in Zukunft weitere 15 Heimatschutzregimenter mit 45 Jägerbataillonen, 150 vollmotorisierten Heimatschutzkompanien und rund 300 Sicherungszügen (18).

Damit ist das Territorialheer so gegliedert, ausgerüstet und mit Personal versehen, daß sie zur Verstärkung des NATO unterstellten Feldheeres eingesetzt werden können.

Die neue Heeresstruktur 4 ist in engem Zusammenhang mit dem NATO-Langzeitprogramm zu sehen. Die Einführung neuer Waffensysteme, die Verkleinerung der Kampfbrigaden und die erhebliche Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte im „Spannungsfall“ zeigen, daß der Imperialismus gemäß der Strategie der „flexiblen Antwort“ auf eine Überlegenheit ausbaut.

Antimilitarismus-Kommission

Anmerkungen:

- (1) „Wireless Bulletin“, Washington, 22.8.78
- (2) „Europäische Wehrkunde“, 7/78, S. 330
- (3) „Europäische Wehrkunde“, 3/80, Seite 117
- (4) „Europäische Wehrkunde“, 7/78, Seite 330 ff.
- (5) „Bei der Morgenpost“, 2.12.80
- (6) „Süddeutsche Zeitung“, 9.2.79
- (7) „Europäische Wehrkunde“, 12/79, Seite 503
- (8) „Imperialistische Militärblockpolitik“ (DDR) Seite 47
- (9) „Weißbuch der Bundesregierung 1979“
- (10) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132 v. 18.12.80, Seite 1125
- (11) siehe Anm. 8
- (12) siehe Anm. 8
- (13) siehe Anm. 2
- (14) siehe Anm. 7
- (15) „Kieler Nachrichten“, 20.8.80
- (16) „Europäische Wehrkunde“, 8/80, S. 276 ff.
- (17) „Tagesspiegel“, 23.8.80
- (18) siehe Anm. 10

Zusatzrüstungsprogramme der in der „Eurogroup“ zusammengeschlossenen NATO-Staaten (Auswahl)

Waffen/Ausrüstung	bis 1972	1973-1978	ab 1979	Insgesamt
Kampfpanzer	1100	800	285	1985
Schwere Artillerie	300	-	-	300
Panzerabwehrwaffen	700	8500	814	10014
Kampfflugzeuge	400	500	112	1012
Flugabwehrgeschütze	400	3000	280	3680
Zerstörer/Gesetzschiffe	7	28	10	45
U-Boote	13	26	7	46
Raketenkreuzerboote	4	45	5	54

(Aus: „NATO-Strategie und Streitkräfte“ (DDR), Seite 433)

Der damalige stellvertretende US-Kriegsminister Komer erklärte dazu auf einer Wehrkunde-Tagung: „Dieser würde eine größere US-Flotten/Luft-Fliegerkraft in Europa produzieren als die gesamte Bundeswehr“ (3). In diesem Zusammenhang sollen die Munitionsdepots und Materiallager der NATO für die amerikanischen Übersee-„Reserven“ aufgefüllt werden. Kosten rund 500 Millionen DM. (In diesem Zusammenhang wird erwogen, die Kommandozentrale der „Schnellen Eingreiftruppe“ der USA nach Europa zu verlegen („FAZ“, 1.4.81). Hier wird schon deutlich, wie sehr Zahlenvergleiche über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa trüben, wenn die im Krisenfall per Luftbrücke eingeflogenen zusätzlichen amerikanischen Streitkräfte außer Acht gelassen werden und es wird

„Süddeutsche Zeitung“ vermerkte in diesem Zusammenhang, daß damit „die Sicherung der Ökonomie durch ein gemächtes NATO-Geschöpf denkbar“ sei (5).

Weitere Punkte des LTDP betreffen die „Rationalisierung und Standardisierung“ der Waffensysteme, die „Verheerung der Führungsfähigkeit“, sowie die „elektronische Kampfführung“ (7).

Punkt 10 des NATO-Langzeitprogramms beinhaltet die „Modernisierung der nuklearen Kräfte in und für Europa“, also die Einführung der „Eurostrategischen“ Waffensysteme „Pershing II“ und den Marschflugkörper „Cruise Missile“ sowie die Neutronenbomben (7).

Die Gesamtkosten des NATO-Langzeitprogramms belaufen sich insgesamt auf rund 100 Milliarden Dollar (8).



Wehrkunde in der BRD: weiterer Ausbau geplant!

„Eine Militarisierung der Schulen lehnte (auch) der CDU-Sicherheitspolitiker Manfred Wörner scharf ab“, so konnte der interessierte Leser Anfang '79 der Frankfurter Rundschau (FR) entnehmen. Spätestens im Dezember 1980 jedoch mußte man sich durch dessen Parteigängerin und damalige Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Hanna-Renate Laurich, eines besseren (?) belehren lassen. „Die Ministerin wies im Bonner CDU-Pressedienst darauf hin, daß in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, dem Saarland, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz schon seit Jahren über Sicherheitspolitik, Bundeswehr und Friedensdienst unterrichtet werde“ (Göttinger Tageblatt, 2.12.80). Daß es dabei nicht bleiben sollte, wurde am 5.12.80 in einer Aussprache zwischen Kultusminister Apel und der Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen. Eine damals angekündigte Empfehlung für die Behandlung des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung“ im Unterricht konnte die FR am 10.9. dieses Jahres vermelden. In einer Voruntersuchung konnte die FR am 10.9. dieses Jahres vorstellen. In einer Vorlage für die KMK schlugen die Kultusminister von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Mayer-Vorfelder und Oelter (beide CDU) vor, das Thema fest im Unterricht einzubauen, Truppenbesuche und regelmäßige Besuche von Jugendoffizieren im Unterricht zu verankern sowie das Thema verpflichtend in der Lehrerausbildung einzuführen und zum Bestandteil der Studien- und Prüfungsordnung zu machen. Während des Referendariats sollen die zukünftigen Lehrer „Übungen und Tagungen bei der Truppe durchführen und mit Jugendoffizieren und Angehörigen der Truppe Gespräche führen“. Für die übrigen Lehrer sollen die Schulverwaltungen zusammen mit den Wehrbereichskommandos sowie den Verteidigungsbehörden Kommandos Fortbildungsveranstaltungen organisieren und mit einem Truppenbesuch verbinden.

Daß es sich hierbei im wesentlichen um den Ausbau und die Intensivierung einer schon lange gängigen Praxis handelt, mögen ein paar Beispiele verdeutlichen: Immerhin gibt es schon jetzt 57 haupt- und 390 nebenamtliche Jugendoffiziere. Und im Mai '79 konnte die „daskofo“ (Zeitung der Selbstorganisation der Zivilistenleistenden) auf eine Unzahl von Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer und Schüler aufmerksam machen.

Auf Gegenliebe achtet der Entwurf inzwischen beim Deutschen Lehrerverband gestoßen zu sein, dessen Präsident sich in einer Präseerklärung gegenüber kritischen Anmerkungen „mit aller Entschiedenheit“ dagegen wehrte, „daß die gemeinsamen Bemühungen der Kultusminister zunichte gemacht werden sollen“ (FR, 12.9.). Darunter fällt offensichtlich auch die Äußerung der SPD-Kumia von Heusen und Nordrhein-Westfalen, die die Vorlage „in der Tendenz“ ablehnten (was immer das auch heißen mag).

Fest steht jedenfalls, daß die Behandlung des Themas „Bundeswehr und Friedenssicherung“ im Unterricht mit dem DLR Unterrichtsfach „Wehrkunde“ nicht vergleichbar ist. „Erziehen werde zum Haß erregen und der Dienst mit der Waffe als

patriotisch gepriesen. „Wir debattieren ohne Feindbild“ (Apel)“ (GT, 6.12.80). Dazu die Vorlage für die KMK (nach „FR“, 15.9.): „Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es nicht an Versuchen der Sowjetunion gefehlt, ihren Machtbereich in Europa noch über das bereits von ihr kontrollierte Gebiet hinaus auszudehnen. Die Bundesrepublik Deutschland, im Zentrum Europas dem militärisch überlegenen Ostblock (man beachte die gelungene Gegenüberstellung) unmittelbar benachbart, war dabei besonders bedroht.“ Und an anderer Stelle: „Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus bedroht die freie Welt.“ Kein Feindbild?

Der allenfalls gradueller Unterschied schwindet jedoch völlig dahin, wenn man die bisherige Praxis der „Förderung der Wehrwillen“ in ihrer Gesamtheit betrachtet. Dazu einige Beispiele:

— Beim Tag der Offenen Tür in der Hammer Paracelsus-Kaserne gehörte „Handgranaten Zielwurf“ zum „Unterhaltungsprogramm“ — auch für Kinder (taz, 12.11.80).

— „Eine Hamburger Schutzklasse machte anstatt einer Klassenreise einen Häftlings „Abenteuerurlaub“ in einer Bundeswehrkaserne“ (ebenda).

— In Draisfeld bei Göttingen veranstaltet die Bundeswehr zusammen mit der DLRG seit 1979 sogenannte „Bivaks“, auf denen es ganz schön „militärisch straff“ zugeht (GT, 2.6.79).

Über den Zweck der Anstrengungen dürfte Klarheit bestehen: „Sie (die Schüler) sollen den Sinn des Wehrdienstes verstehen, die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen“.

„Wer nicht für Atomwaffen ist, kriegt schlechte Noten“ (FR)

Spitzenreiter auf diesem Sektor ist natürlich mal wieder Bayern! In der zentral durchgeführten Abiturprüfung mußten die Schüler(innen) sich in diesem Jahr mit einem Artikel „Die Theorie der wechselseitigen Abschreckung“ herumschlagen, der der Bundeswehrzeitung „Informationen für die Truppe“ entnommen war. Einer der „Höhepunkte“ des Artikels: „Die Theoretiker bringen die Erfordernisse dieser wechselseitigen Abschreckung auf die Formel, daß die zivilen Gesellschaften als „Getrieb“ für die wechselseitig friedlichen Absichten verwundbar sein müssen.“ Im Bewertungskatalog für die Lehrer wird schon lächerlich aufgeführt, was die Schüler „bringen“ müssen: Aussagen zur „Notwendigkeit der Einbindung in ein militärisches Bündnisystem, Abhängigkeit von einer Großmacht mit entsprechenden nuklearen Abschreckungskapazitäten (USA) ... Vorverteidigung, Interesse an der Stationierung zahlreicher Truppen aus dem Bündnis in der BRD; Interesse an der nuklearen Präsenz der USA in der BRD“ (nach FR, 21.9.). Daß an solchen Schulen für Lehrer wie H. Häderlein und M. Lehner-Wendt, beide Mitglieder der DFG/VK kein Platz ist, wundert nicht weiter. Neuerster Vorwurf an Häderlein: Unterzeichnung des Krefelder Appells! (FR, 22.9.).

Antimilitarismus/KB Göttingen

Der 4. August 1914

Die SPD und die Kriegskredite

Im letzten ARBEITERKAMPF (208) hatten wir die Rolle der SPD beim Panzerkreuzerband (A und B) in der Weimarer Republik dargelegt. Im „Unser Weg“ (31) wurde die Rolle dieser „wichtigsten Friedenskraft“ bei der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr dargelegt.

In diesem Artikel soll nun ein weiterer Schritt zurück in die Geschichte getan werden. Vor dem I. Weltkrieg trat die SPD ebenfalls mit dem Habitus der einzigen Friedenskraft auf. Trotzdem stimmten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für die Bewilligung der Kriegskredite und verschafften dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit, in den ersten Weltkrieg einzutreten.

Der 4. August 1914 stellt in vielfacher Hinsicht den „historischen Sündenfall“ der deutschen Sozialdemokratie dar.

Die II. Internationale: Gegen den imperialistischen Krieg

Schon zu Beginn des Jahrhunderts zeigte die Entwicklung der imperialistischen Staaten die Tendenzen gewaltiger kriegerischer Auseinandersetzungen. Die II. Internationale, die von allen wesentlichen sozialdemokratischen Parteien gebildet wurde, beschäftigte sich frühzeitig mit der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Krieges. Auf ihrem Kongreß in Stuttgart formulierten die sozialdemokratischen Parteien gemeinsam eine programmatische Resolution, in der sie die Aufgaben der Sozialdemokratie angesichts dieser Tendenzen allgemein bestimmten.

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ... alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Versärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte,

Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüstung des Volkes zu nutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ („Stuttgarter Resolution“, 1907). 1)

Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Zeit bereits eine der größten und einflussreichsten Parteien der II. Internationale. 1912, ein Jahr nachdem die Marokko-Krise die unmittelbare Gefahr eines deutsch-englischen Krieges heraufbeschworen hatte, traf die II. Internationale zu einem außerordentlichen Kongreß in Basel zusammen, wo sie die Positionen der Stuttgarter Resolution erneut bekräftigte, diese aber insbesondere gegenüber der SPD konkretisierte: „Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu ... Als die größte Gefahr für den Frieden in Europa betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich.“ Im weiteren fordert das Baseler Manifest von den sozialdemokratischen Parteien, die Kriegskrisen revolutionär zu nutzen. „Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst den Krieg entfesseln können.“ 3)

Die Drohung mit der Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung spielte für die Herrschenden eine reale Gefahr für die hemmungslose Umsetzung ihrer Kriegspläne dar. Die deutschen Kriegstreiber mußten mit dem Faktor SPD umgehen. Sie mußten verhindern, daß aus der Drohung Wirklichkeit wurde.

Die SPD vor 1914

Zu den Reichstagswahlen 1912 trat die SPD mit Anti-Kriegs-Parolen an. „Der wilde Wehrgeist ... führt schließlich mit Notwendigkeit zum verheerenden Weltkrieg ... Einzig und allein die Sozialdemokratie ist die grundsätzliche, entschlossene Gegnerin von Wehrgeist und Kriegspolitik.“ 2)

Die SPD traf damit die vorherrschende Stimmung der Massen. Sie

errang 4.250.000 Stimmen, mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen und stellte 110 Abgeordnete im Reichstag. Das war der bisher größte Wahlerfolg der SPD. 1)

Trotz der eindeutigen Radikalität, die die SPD gegenüber den Kriegsvorbereitungen nach außen hin präsentierte, herrschte innerhalb der Partei ein heftiger Kampf sehr gegensätzlicher Strömungen. Es hatten sich drei Richtungen herausgebildet: Die reformistische Rechte, das sog. marxistische Zentrum und die Linksextremen.

Die „offenen Reformisten“ traten in ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften“, „entschieden für die Kolonialpolitik und die wirtschaftlichen Ziele der deutschen Bourgeoisie ein“ 2). Sie erklärten, „der deutsche Handel und die deutsche Industrie müßten ihren gerechten Anteil an den Arbeitsgebieten der Welt haben. Die Arbeiterklasse müsse die Kämpfe ihrer Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützen und damit die Grundlage für bessere Löhne schaffen.“ 2) Die Reformisten standen auf dem „Boden der Entwicklung“, d.h. sie propagierten den friedlichen Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus.

mus die unvermeidliche Politik der modernen, in Kartellen und trustartigen Unternehmungen zusammengeschlossenen Industrie- und Bankkapitale ist“, die unvermeidlich zu gewaltigen Kriegen führt. Um den Kriegstendenzen zu begegnen, sei es notwendig, „den Kampf gegen alle Erscheinungen des Imperialismus, die wachsende Teuerung, den Militarismus ... zu mobilisieren.“ 2) Die Vertreter der Revolutionisierung der Massen fanden sich nach den Reichstagswahlen 1912 in der Minderheit. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten zählten zu den Reformisten. Nach dem SPD-Parteitag in Jena, 1913, stellte Eugen Prager, der spätere Mitbegründer der USPD, fest: „In der inneren Politik hatte die Sozialdemokratie sich vollständig den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Sie war zu einem auch vom Gegner anerkannten Teil des Staatsapparats geworden.“ 4)

Aber auch ihre unumstößliche Gegnerschaft gegen Krieg und Weltfrieden begann zu bröckeln. Am 30. Juli 1913 stimmte die Reichstagsfraktion einem einmaligen Wehrbeitrag und dem Vermögenszuwachsgesetz zur Finanzierung einer von ihr zuvor abgelehnten Heeresvergrößerung zu. Die 37 Abgeordneten, die gegen die Zustimmung waren, wurden mit dem Mittel der Fraktionsdisziplin gerwonnen, mit den anderen zu stimmen. 1) Mit diesem Ereignis zeichnete sich erstmals ab, was am 4. August 1914 zum Zusammenbruch der II. Internationale führen sollte.

Am Vorabend des I. Weltkriegs
Am 28. Juni 1914 wurde in Sarajewo



Sozialdemokratisches
Wahlplakat 1912

— Das „Zentrum“ um Kautsky und den Parteivorstand verteidigte die Auffassung, „der Imperialismus sei zwar eine nicht zu leugnende Erscheinung, es sei aber nicht wahr, daß er eine unvermeidliche Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sei. Die Interessen der Handels- und Bankkapitale und anderer Schichten der Bourgeoisie seien gegen den Imperialismus gerichtet, der hauptsächlich von der Rüstungsindustrie betrieben werde. Es gelte, jene der Eroberungspolitik feindlichen Schichten zu unterstützen.“ Insgesamt vertraten die Zentristen damit — ähnlich wie die Reformisten — den „friedlichen Übergang“, die Klassenversöhnung 2).

— Im scharfen Widerspruch zu diesen beiden opportunistischen Strömungen standen die Linksextremen um Rosa Luxemburg, Karl Radek und Karl Liebknecht. Sie erklärten entsprechend der Auffassung des Baseler Manifests, daß „der Imperialismus

der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand erschossen. Die österreichische Regierung nutzte diesen Anlaß, um Serbien, das mit Rußland, Frankreich und Großbritannien alliiert war, mit dem Krieg zu drohen. Die deutsche Regierung zeigte kurze Zeit darauf, daß sie Österreich dabei voll und ganz unterstützte. Das Interesse der deutschen Kriegstreiber war es, den Hauptkonkurrenten Großbritanniens herauszufordern. Zu diesem Zweck hatte die Regierung eine beispiellose Aufrüstung der Flottenkapazitäten betrieben. Der Weltkrieg hing in der Luft. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann er ausbrechen würde.

In Deutschland kam es zu breiten Massenaktionen gegen den Krieg. Allein zwischen dem 28. und 30. Juli nahmen nach Angaben der sozialdemokratischen Presse in 30 Städten rund 243.000 Menschen an Anti-Kriegs-Kundgebungen teil. Aus 28 weiteren Städten wurden keine Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

Teilnehmerzahlen mitgeteilt. 5) Über den Charakter dieser Kundgebungen gibt eine Notiz des damaligen Berliner Polizeipräsidenten eine eindrucksvolle Auskunft. „Nach Schluß versuchten die Teilnehmer aller Versammlungen, in großen, teils nach Tausenden zählenden Ansammlungen nach dem Stadtkern zu drängen, und es gelang zum Teil erst unter Waffenanwendung und unter Vornahme von Verhaftungen, die Massen zu zerstreuen und nach der Peripherie abzuführen.“ 6)

Die SPD war der wesentliche Organisator all dieser Anti-Kriegs-Manifestationen. Am 25. Juli erließ der Parteivorstand einen zentralen Aufruf gegen den drohenden Krieg. „Nach dampfen die Acker auf dem Balken von dem Blute der zu Tausenden Hingemordeten, nach rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, nach Iran hungernd erarbeitete Männer, verwitwete Frauen und verwaisene Kinder durch das Land und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen ... Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dieses verbrecherische Treiben der Kriegshetze. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichisch-ungarische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens einsetze, und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitel der österreichischen Gewalttäter, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden ... Die herrschenden Klassen, die auch im Frieden knebeln, vernichten, ausnutzen, wollen auch als Kannenfüller mißbrauchen ... Überall muß den Gewalttätigen in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“ 4) Trotz des kämpferischen Pathos in diesem Aufruf reduzierte sich seine politische Orientierung auf den Appell an die deutsche Regierung, möglichen Einfluß auf Österreich auszuüben. Der Aufruf spricht mit keinem Wort von den aggressiven Plänen des deutschen Imperialismus und er läßt weitgehend offen, was geschehen wird, falls Deutschland in den Krieg eintritt. Von der Drohung mit der Entfesselung des inneren Unfriedens ist insgesamt nichts zu lesen.

Am 29. Juli trat zum letzten Male das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel zusammen, um die Verstärkung der Proteste gegen den Krieg zu organisieren. Es appellierte noch einmal an die deutsche Regierung, zu vermitteln. Noch während der Tagung brach der Weltkrieg aus. Die deutsche Regierung sah allein ihre Aufgabe, einen patriotischen Taumel zu lenzen, in dem die Proteste der Kriegsgegner untergehen sollten.

Proteste der Kriegsgegner untergehen sollten.



Die Verhandlungen

Entsprechend ihrem öffentlichen Auftreten gegen die Kriegstreiber bestand bei der Mehrheit der Sozialdemokraten kein Zweifel darüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite ablehnen würde. 4) Nichtsdestoweniger waren bereits als der Parteivorstand seinen Aufruf am 25. Juli verkündete, Verhandlungen mit der Regierung und dem Kriegsministerium in vol-

lem Gange. Der Reichstagsabgeordnete Südekum kam mehrmals mit dem Staatssekretär des Innern, Clemens von Dellbrück, zusammen, wobei es um die Unterstützung der Kriegspolitik und insbesondere um die Bewilligung der Kriegskredite ging. In der Sitzung des preußischen Kabinetts konnte der Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 30. Juli feststellen: „Auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstande sei nichts Besonderes zu befürchten, wie er aus den Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Parteistreik oder Sabotage werde keine Rede sein.“ 2)

Aus eben diesem Grund intervenierte Dellbrück bereits am 24. Juli beim Kriegsministerium, dessen ursprünglicher Plan gewesen war, bei Ausruf des Belagerungszustands alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhaften. Die kommandierenden Generale erhielten darauf den Befehl, von Verhaftungen abzusehen. Am 31. Juli verkündete das Kriegsministerium schließlich: „Nach sicherer Mitteilung hat die Sozialdemokratische Partei die feste Absicht, sich so zu verhalten wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt. Ich halte es für meine Pflicht, dies zur Kenntnis zu bringen, damit die Militärbehörden bei ihren Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen.“ 3) Der erklärte Bruch mit der gesamten Vergangenheit der Sozialdemokratie war hinter verschlossenen Türen bereits besiegelt, bevor die sozialdemokratische Presse begann, ihn propagandistisch vorzubereiten.

Die Gleichschaltung der Presse
Die Ausrichtung der SPD-Presse auf diesen Kurs lief am 31. Juli an. Unmittelbar nach Verkündung des Kriegszustands sandte der Parteivorstand ein Schreiben an alle Redaktionen. In dem Schreiben wurde die Pflicht der Partei unter allen Umständen vermieden werden muß, durch unvorsichtige, zweideutige oder herausfordernde, durch die Sache selbst nicht begründete Wendungen Gefahren für die Partei heraufzubeschwören und Einzelnen harte Opfer unmitte aufzuerlegen. 1) Was damit konkret gemeint war, zeigte unzweideutig der Artikel von Friedrich Stampfer, der als Leitartikel im „Vorwärts“ am 30. Juli erschienen war; darin heißt es: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter des Wort eintreten, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die 'vaterlandlosen Gesellen' werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertraffen lassen. Unsere Fraktion steht bei der Frage der Bewilligung der Kriegskredite vor einer furchtbaren verantwortungsvollen Entscheidung, die ihr durch keine Diskussion erschwert werden darf.“ 1) Der Artikel war für alle Redaktionen der Parteipresse bestimmt, deren größter Teil bereits am nächsten Tag mit diesem Strom schwamm.

In der Propaganda richteten sich jetzt patriotisches Bekenntnis mit Rudimenten der bisherigen klassenkämpferischen Orientierung. Begünstigt wurde die neue Linie durch die Behauptung seitens der Regierung, Deutschland sei mit einem Angriff Russlands konfrontiert. Damit wurde einerseits der drohende Weltkrieg zu einem reinen Verteidigungskrieg für Deutschland umgewandelt. Auf der anderen Seite traf Jüngling Propaganda auf den tiefen Haß, den die deutsche Arbeiterklasse gegenüber dem Despotismus des russischen Zarentums empfand.

Die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme“ schrieb am 31. Juli: „Müssen die deutschen Arbeiter sich aber noch der Mehrheit und Gewalt fügen, - ihre ganze Energie und ihre ganze Sehnsucht als Krieger im Felde würde sich zuwenden dem Sturz des Zarentums und seines Blutsregimes.“ Und in der „Chemnitzer Volksstimme“ war am 2. August zu lesen: „Deutschlands Preuen und Kinder sollen nicht das Opfer russischer Bestialität werden, das deutsche Land nicht die Beute der Komken. Denn wenn der Dreierbund siegt, wird nicht ein englischer Gouverneur oder ein französischer Republikaner, sondern der Russen über Deutschland herrschen. Deshalb verteidigen wir im Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind.“ 2)

Rudimenten der bisherigen klassenkämpferischen Orientierung. Begünstigt wurde die neue Linie durch die Behauptung seitens der Regierung, Deutschland sei mit einem Angriff Russlands konfrontiert. Damit wurde einerseits der drohende Weltkrieg zu einem reinen Verteidigungskrieg für Deutschland umgewandelt. Auf der anderen Seite traf Jüngling Propaganda auf den tiefen Haß, den die deutsche Arbeiterklasse gegenüber dem Despotismus des russischen Zarentums empfand.

Anstelle der Aufklärung über die wirklichen Ziele des deutschen Imperialismus setzten die sozialdemokratischen Schreiblinge jetzt den irrationalen Patriotismus. Auf diese Weise tat die SPD-Presse das Ihrige, die Widerstandsbereitschaft des Proletariats im Sinne der nationalistischen Propaganda zu kanalisieren - und zwar auf effektivere Weise, als es der Reformierung mit ihrem Unterdrückungsapparat hätte gelingen können. Damit war der Boden für den ungültigen Verrat der führenden Sozialdemokraten bereitet.

Die Ausrichtung der Reichstagsfraktion
Das einzige Hindernis stellte jetzt noch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dar. Am 3. August fand die entscheidende Fraktionssitzung statt. Die Gruppe, die die Bewilligung der Kriegskredite ablehnte, war jedoch in der Minderheit. 78 Abgeordnete stimmten für die Kredite, nur 14 dagegen. Der SPD-Vorstandsmitglied Hugo Haase erklärte dazu: „Mit 13 Fraktionsgenossen forderte ich am 4. August in der Fraktion die Ablehnung der Kriegskredite als Konsequenz unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das herrschende System, dem die Verantwortung für den imperialistischen Krieg zuzuschreiben ist.“ 4) Doch derartige Grundsatztrennen trafen bei der Mehrheit der Abgeordneten auf taube Ohren. Karl Liebknecht, der ebenfalls auf der Fraktionssitzung gegen die Kredite stimmte, stellte die Argumentation der Befürworter in seiner Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg“ zusammen.

„In der Fraktionssitzung ergriff David als erster das Wort. Er meinte, der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszumachen und umzuorientieren; die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Für die Bewilligung wurden u.a. die angeblichen Investitionen in Ost und West ins Feld geführt. Man hörte die Parole 'Gegen den Zarentum', es hieß: 'Der Volkstimmung dürfen und können wir uns nicht entgegenstellen'; - die deutsche Sozialdemokratie kann sich in einem solchen Moment nicht ausschließen lassen, unsere Organisationen werden vernichtet, zerstört, wenn wir die Kredite verweigern - das 'Ja' aber wird die Stellung der Sozialdemokratie gewaltig stärken - die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Stellung der 'sozialdemokratischen Gewerkschaften' - die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Stellung der 'sozialdemokratischen Gewerkschaften' zu halten.“ 4) Der Augenblick gebiete, sich von überkommenen Vorstellungen loszumachen und umzuorientieren; die Sozialdemokratie werde in dieser Zeit noch in vielen Dingen umlernen müssen. Für die Bewilligung wurden u.a. die angeblichen Investitionen in Ost und West ins Feld geführt. Man hörte die Parole 'Gegen den Zarentum', es hieß: 'Der Volkstimmung dürfen und können wir uns nicht entgegenstellen'; - die deutsche Sozialdemokratie kann sich in einem solchen Moment nicht ausschließen lassen, unsere Organisationen werden vernichtet, zerstört, wenn wir die Kredite verweigern - das 'Ja' aber wird die Stellung der Sozialdemokratie gewaltig stärken - die Regierung wird nicht mehr in der Lage sein, diese Stellung der 'sozialdemokratischen Gewerkschaften' zu halten.“ 4)

Der rechte Reformismus hatte mit dem Abstimmungsergebnis seinen endgültigen Durchbruch erreicht. Es war einerseits die panische Angst vor der Illegalität, deren Beschwörung einige der Abgeordneten noch aus der Zeit der „Sozialistengesetze“ kannten und die die Legalität um jeden Preis behalten wollten. Andererseits war das Prinzip des „friedlichen Hindernisses“ des Kapitalismus in den Sozialismus“ unter der Bedingung des Krieges nicht anders umzusetzen als durch die bedingungslose Unterstützung der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus. Die Gegner der Kriegskredite mußten sich dem Abstimmungsergebnis fügen. Da nach einer festen Tradition die Reichstagsfraktion stets geschlossen auftrat, wurde in der Reichstagsitzung eine einheitliche Erklärung abgegeben. „So entstand das Bild einer einzigen bürgerlich-sozialdemokratischen“ 4)

Der 4. August 1914: Ein Hoch auf „Kaiser, Volk und Vaterland“
Hugo Haase, der selbst einen Tag zuvor gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, war bestimmt worden, die Erklärung der Reichstagsfraktion der SPD vorzutragen. „Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Weltfriedens herbeigeführt wurde, und die Gegensätze der Völker sich verschärfen, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, die wir ablehnen.“ 4)

Kurze Zeit später brach die II. Internationale zusammen, nachdem die sozialdemokratischen Führer der anderen Nationen dem Beispiel der SPD folgten und Seite an Seite mit den jeweiligen Regierungen zur Vaterlandsverteidigung aufriefen. Das „Nein“ der Reichstagsfraktion

Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in den letzten Moment ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehrenvollen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der zur Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingeraten worden sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mutter, die ihr Sohn hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind ... Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmerter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blut der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit des eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“

Daß mit der Losung „Vaterlandsverteidigung statt Klassenkampf“ die SPD die Massen im Stich ließ, die in der Sozialdemokratie bislang die einzige ernsthafte Krieggegnerin waren, mußten, daß mit der Unterstützung der Kriegskredite die revolutionäre Nutzung der Kriegskrise erst einmal weit weggerückt war, war durchaus im Sinne der Reformisten. Umso schändlicher erscheint daher der Versuch, den Verrat mit der revolutionären Tradition der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen: „Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der internationalen, die der Herr jeder Völker auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Einklang mit ihr jeden Eroberungskrieg ablehnen.“ 4) Die Lügenhaftigkeit dieser Bekenntnisse war offensichtlich. Noch bevor die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Erklärung verlas, hatte der Kanzler dem Reichstag ein Weißbuch vorgelegt, aus dem unzweideutig hervorging: „1. daß die österreichische Regierung vor ihrem Schritt gegen Serbien Deutschlands Einverständnis eingeholt hatte; 2. daß die deutsche Regierung sich vollkommen bewußt war, daß das Vorgehen Österreichs zum Krieg mit Serbien und im weiteren Verfolg zum europäischen Kriege führen würde; 3. daß die deutsche Regierung Österreich vor diesem Vorgehen gegen Serbien den Beistand im Kriege fest zugesichert hatte.“ 4)

Von einer Verteidigungssituation konnte somit keine Rede sein. Das war nicht zuletzt von der Sozialdemokratie noch zwei Wochen zuvor betont worden. Die Erklärung schließt mit Worten, die noch einmal die SPD als Friedenskraft verkaufen sollten: „Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegeleben in neuen Millionen den Abschern vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesem Grundsatz geleitet, bewilligen wir die Kriegskredite.“ 4)

Mutrapatriotismus und beginnende Opposition
Mit der Bewilligung der Kriegskredite hatte der Entwicklungsprozeß der SPD von der revolutionären Arbeiterpartei, von einer Partei des Klassenkampfes hin zur reformistischen „Volkspartei“, zu einer Partei des Klassenfriedens seinen vorläufigen Endpunkt erreicht. Kurze Zeit später brach die II. Internationale zusammen, nachdem die sozialdemokratischen Führer der anderen Nationen dem Beispiel der SPD folgten und Seite an Seite mit den jeweiligen Regierungen zur Vaterlandsverteidigung aufriefen.

Das „Nein“ der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten hatte letztlich deren Bewilligung nicht verhindern können, was die Pläne des Kriegsministeriums eindeutig belegen. Es hätte zwar das Opfer brutaler Repression bedeutet, aber es wäre der einzige richtige Weg gewesen, um entsprechend dem Baseler Manifest die revolutionäre Nutzung des Krieges einzuleiten. Die Massenkundgebungen vor Beginn des Krieges geben Zeugnis von der Stimmung der Massen; es hätte aber im wesentlichen einer konsequenten SPD bedurft, um diese Stimmung in organisatorischen Widerstand umzuwandeln. Nach dem 4. August 1914 war an eine rasche Organisierung nicht mehr zu denken. Als bald ... zeigten sich in der Partei die bedenklichsten Erscheinungen - Chauvinismus, Annexionsstucht, Harmonieduelle, bestinungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und von morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitssphäre-Hochflut zu Bursenfreunden von heute umgewandelt wurden ...“ (Karl Liebknecht) 4)

Kaiser Wilhelm konnte genug tuend feststellen, daß er „keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche ...“ 6)

Kaiser Wilhelm konnte genug tuend feststellen, daß er „keine Parteien mehr kenne, sondern nur noch Deutsche ...“ 6)



Es war als erster Karl Liebknecht, der im Dezember 1914, als die Bewilligung weiterer Kriegskredite auf der Tagesordnung stand, dagegen stimmte und damit als erster das Tabu der Fraktionsdisziplin brach. Er wandte sich deutlich gegen das Märchen vom Verteidigungskrieg: „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung der Weltmärkte, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“ 6)

14 Monate später begannen sich die oppositionellen Kräfte neu zu organisieren. Am 1. Januar wurde die „Gruppe Internationale“, nach dem Titel ihrer Flugschriften „Spartakusgruppe“, nach dem Titel ihrer Flugschriften „Spartakusgruppe“ genannt, u.a. von Karl Liebknecht, Franz Mehring und Wilhelm Pieck gegründet. Trotz Belagerungszustand konnte die Gruppe schon am 1. Mal 1916 Tausende zur Demonstration mobilisieren.

Ein Jahr später, im April 1917, spaltete sich die „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“, die USPD von der SPD ab. Die „Gruppe Internationale“ bildete eine Fraktion in der neuen Partei, ohne aber ihre „auf die Entwicklung der außerparlamentarischen Initiative der Massen gerichtete politische Linie“ 6) aufzugeben. Mit Parolen wie „Krieg dem Krieg“ oder „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ knüpfte die Gruppe an die revolutionäre Strategie der II. Internationale an, den Krieg auf revolutionäre Weise mit dem Sturz der Monarchie zu beenden. Sie war damit der wesentliche Wegbereiter der Novemberrevolution, in der die SPD endgültig bewies, daß sie zu einer bürgerlichen Partei geworden war.

- Anmerkungen**
- 1.) Richard Wagnard: „Wer hat uns verloren“. Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution. Oberbaum, 1978.
 - 2.) Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution. Internationale Arbeiter-Verlag Berlin, 1929.
 - 3.) Karl Bauer: „Klass Zerklein und die proletarische Frauenbewegung“. Oberbaum, 1978.
 - 4.) Eugen Praeger: „Das Gebot der Stunde“. Die Geschichte der USPD. Dietz Berlin, 1980.
 - 5.) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel V, Dietz Verlag, Berlin 1978.
 - 6.) Die Weimarer Republik, Stefan Herberichs, Berlin 1977.

Anteil-Kommunisten/KB Göttingen

Bremerhaven:
Antifaschistische Mobilisierung
verhindert Nazi-Kongreß



Zu ihrem alljährlichen Kongress, diesmal unter dem Motto „Meinungsfreiheit heute“, hatte die rechtsextremistische „Gesellschaft für freie Publizistik“ nach Bremerhaven eingeladen. Vor rund 150 erwarteten Gästen sollten dort Redner wie Adolf von Thadden oder der frühere Ostapo-Spitzel und jetzige Redakteur der faschistischen „Deutschen Wochen-Zeitung“, Reinhard Pozorny, für die ungehörte Verbreitung nazistischer Schrifttum zu Felde ziehen. Als Tagungsort hatten sie sich das Museumschiff „Seute Deern“ ausgesucht – wohl nicht zufällig, denn dessen Pächter Richardt wird ebenfalls eine braune Vergangenheit nachgesagt. Aber es kam anders: Der Kongress fand weder hier noch woanders statt; er mußte abgesagt werden, nachdem alle wesentlichen linken und demokratischen Organisationen unter Einfluß des DGB das Verbot gefordert hatten und ein statisches Aktionsbündnis – unter Einfluß der Grünen und der Jusos

– zur Gegenkundgebung mobilisierte. Besonderes Kennzeichen dieses Bündnisses: Es bestand einzigartig darüber, die Nazi-Versammlung direkt zu verurteilen!

Zusätzlich zu dem Aufruf dieses Kreises mobilisierte der DGB-Kreis vorstand zu einer eigenen Kundgebung, ebenfalls vor der „Seute Deern“, bis diese allerdings nach Bekanntwerden der Absage des Kongresses wieder ab. Das Bündnis dagegen hielt auch weiterhin an der geplanten Gegenkundgebung fest. Trotz des demobilisierenden Effekts des DGB-Rückzuges kamen rund 500 zusammen, um sich selbst davon zu überzeugen, daß kein Nazi die Planken der „Seute Deern“ betrat. Nachdem das sichergestellt war – verletzten aufstrebende Nazi-Figuren suchten angesichts der Situation schleunigst das Weite – zogen noch etwa 300 in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt.

KB Bremerhaven

Schon wieder:
„Auschwitz-Lügner“-Kongreß
geplant

Wie schon 1977 in Nürnberg bereiten verschiedene Neonazi-Kreise auch in diesem Jahr – für den 31. Oktober – einen sogenannten „Auschwitz-Kongreß“ vor. Bilanz ist der „historische Kongreß“ lediglich für den „mittelbräunlichen Raum“ angekündigt, womöglich um Proteste zu be-

ähnliche Veranstaltungen, vorzugsweise um Pfingsten, veranstaltet hat. – Aus der alt-nazistischen Fraktion wird insbesondere noch Ex-SSler Erich Kernmayr eingeladen, der in verschiedenen Positionen maßgeblich am Wiederaufbau der Nazi-Szene in der BRD mitgewirkt hat

Schon wieder:
„Auschwitz-Lügner“-Kongreß
geplant

Wie schon 1977 in Nürnberg bereiten verschiedene Neonazi-Kreise auch in diesem Jahr – für den 31. Oktober – einen sogenannten „Auschwitz-Kongreß“ vor. Bilanz ist der „historische Kongreß“ lediglich für den „mittelbräunlichen Raum“ angekündigt, womöglich um Proteste zu be-

ähnliche Veranstaltungen, vorzugsweise um Pfingsten, veranstaltet hat. – Aus der alt-nazistischen Fraktion wird insbesondere noch Ex-SSler Erich Kernmayr eingeladen, der in verschiedenen Positionen maßgeblich am Wiederaufbau der Nazi-Szene in der BRD mitgewirkt hat und derzeit vor allem über die NPD-partei „Deutsche Wochen-Zeitung“ seinen Geschichts-„Revisionsismus“ (d.h. Nazi-Weiß-Wäschelei) betreibt.

Als Einladungs fungiert der Pfarrer (in Ruhe) Robert Dollinger, den die von „National-Zeitung“ und DVU-Chief Frey aufgezogene „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) – spricht. Generalamnestie für Nazi-Verbrecher – als Unterzeichner ihres programmatischen Aufrufs nennt Eingeladene sind:

- Prof. Butz, aus den USA, seit Erscheinen seines Buches „Der Jahrhundert-Betrug“ eine der international eifrigsten harungsreichen „Experten“ in Sachen Leugnung, Verharmlosung etc. von Nazi-Verbrechen
- Thies Christophersen, verantwortlich für die ideologische Neubelebung von NSDAP-Umtrieben, mit seiner „Auschwitz-Lüge“ (Vorwort: Manfred Roeder) einer der Stammtäter der westdeutschen – und internationalen – Nazi-Verharmlosung.

Da fehlt auf der Eingeladenen-Liste natürlich auch nicht der jahrelange Christophersen- und Roeder-Kumpen Erwin Schönborn, seit einiger Zeit wieder aus dem Knast raus. Zu diesem Gespann gehört auch der Nazi-Vorleger Klaus Huescher, der ebenfalls eingeladen ist.

- Weiter soll Prof. Faurisson aus Frankreich erscheinen, der dort gerade wegen seiner pro-nazistischen Schriften verurteilt wurde (in denen zunächst die Nazi-KZ-Gesetze im wesentlichen als Schandtat an sich dargestellt wurden und der sich schließlich der internationalen Riege der Nazi-Mord-Leugner (s. a. „es hat nie Vorgangungen gegeben“) anschließen wollte.

Als westdeutsche „Experten“ sollen zusätzlich die aus der NPD kommenden Nazi-„Forscher“ Udo Wewendy und Wilhelm Stiglich erscheinen, beide sind mit verschiedenen Schriften zur Widerlegung der Nazi-Kriegs-Schuld und nazistischer Verbrechen hervorgetreten.

Hierher gehört auch Martin Vogt, verantwortlich für die „Unabhängigen Nachrichten“, ein Nazi-Blatt, dessen „Freundeskreis“ seit Jahren

Da darf dann der so ganz seriöse Dr. Frey natürlich auch nicht fehlen, hatte er doch schon vor langem den Prof. Butz für sich engagiert, ist es doch auch seit neuestem mit Erich Kernmayr ein Herz und eine Seele, und ist seine „National-Zeitung“ doch schließlich seit Jahrzehnten dabei, an Hitler plus Kumpen immer neue runde Seiten zu entdecken sowie die Nazi-Verbrechen einschließlich Judenmorde unter einem Berg von Fragezeichen zu begraben.

Auf der Kongreß-Liste erscheint auch noch der Nürnberger Rechtsanwalt Engelhardt, seines Zeichens Ex-NPDler und heftiger Ludendorfer, dessen anwaltlichen Aktionen im Dienste eines SS-Mannes (der sich durch eine „Holocaust“-Diskussion beleidigt sah) Aufsehen erregten.

Zur Abrundung dieser Nazi-Riege sind eine Reihe von Kontakt-Gestalten aus dem eher rechtskonservativen Umfeld eingeladen, so der Lehrer Hans-Jürgen Witzsch, so der u.s. aus dem Majdanek-Prozess bekannt-berechtigte Verteidiger Hermann Stolling, schließlich der in Nazi-Kreisen beliebte Historiker Professor Diwald.

Wie früher schon (Schönborn u.a.) sollen, laut Nazi-Einladung, doch bittichen auch die Juden-/Antifaschisten Gollinski, Broxat, Rückert und Broder erscheinen – schließlich soll je „wissenschaftlich“ und streng historisch diskutiert werden, nicht wahr? Frech und zynisch also wie ich und je wird hier erneut versucht, Nazi-Propaganda offen und legal betreiben zu können. Die Beteiligung so ziemlich aller Sektoren des braunen Spektrums (plus seines internationalen „Hinterlandes“) spricht für sich („PDI-Blick nach rechts“, 1.9.81).

Antifa-Kommision KB/Gruppe Hamburg

Bremer „Stahlhelm“ hetzt gegen
Friedensbewegung

In einer Pressemitteilung der Alternativen Liste wurde der Verdacht geäußert, daß das in Bremerhaven aufgrund markter Proteste abgesagte Treffen der rechtsextremistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) nun in Bremen stattfinden sollte. Der Bremer „Stahlhelm“ dementierte: Es gebe keinen Zusammenhang mit dem ausgefallenen Extremistentreffen in Bremerhaven. Doch die Fakten sprechen für sich: Der Bremer „Stahlhelm“ hatte für den 14.9. zu einem Gästeabend zum Thema „Frieden schaffen ohne Waffen“ eingeladen. Sprechende sollte der „Wehrsport“- und Mitglied der Redaktion der „Europäischen Wehrkunde“, Gerhard Baumann. Dieser Mann ist außerdem Mitglied der GFP und war auch für die Bremerhavener Tagung der GFP als Redner angekündigt.

Im Nachhinein berichtete Radio Bremen, daß nicht Herr Baumann, sondern kein geringerer als Adolf von Thadden (ehem. NPD-Vors.) bei

der „Stahlhelm“-Veranstaltung gesprochen habe, was nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Verbindungen des „Stahlhelm“ zur NPD wirft, sondern auch eine weitere Verbindungsline nach Bremerhaven deutlich macht – denn A.v. Thadden war auch dort als Redner auf dem Programm.

In Bremen wurde die Themenstellung „Frieden schaffen ohne Waffen“ als eine Provokation gegen die Friedensbewegung aufgefaßt. Ausgerechnet alte Militäristen und „ehemalige aktive Nationalsozialisten“ (wie Ortsgruppenchef und MUT-Redakteur Hans Hertel sich selbst bezeichnet) treten hier an, um eine Veranstaltung „im Sinne des Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO“ durchzuführen.

Bekannt wurde außerdem, daß solche Art „Wehrsport“- wie die inhaftierten Nazi-Terroristen Karl-Heinz Hoffmann („Wehrsportgruppe

Hoffmann“) und Lutz Rohweg als Jugendreferenten beim „Stahlhelm“ tätig waren – was vom „Stahlhelm“ indirekt bestätigt wurde, als er in der Presse erklärte, Hoffmann sei bereits vor 10 Jahren aus dem „Stahlhelm“ ausgeschlossen worden.

Trotz der sehr kurzfristigen Mobilisierung rief das Auftreten der Rechtsradikalen an die 500 Antifaschisten und Krieggegner auf den Plan. Aufgerufen hatten „Volksfront“, KB, „Falken“ und Alternativen Liste. Beteiligt waren auch „Krieg dem Krieg“, VVNlar, Punks und türkische Gruppen. Auch wenn die Veranstaltung aufgrund des starken Polizeiaufgebots nicht verhindert werden konnte, wurde doch mit einer kurzen Demonstration um den Tagungsort „Hotel zur Post“ herum die Nazi-Veranstaltung mit Parolen gestört und der Protest öffentlich deutlich gemacht.

KB/Gruppe Bremen

Auch in der Provinz haben Nazis
nichts verloren!

Ca. 400 Menschen demonstrierten am 12. September in Wilhelmshaven gegen eine geplante Kundgebung der JN (NPD-Jugend), die unter dem Motto „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ stattfinden soll.

Begonnen hatte es zwei Wochen vorher mit dem Abdruck einer NPD-Presseerklärung, in der der Bezirkskongreß der JN unter Beteiligung des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden und Vorsitzenden der regionalen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, Karl-Heinz Lindner (Rochum), angekündigt wurde.

Ihre Hoffnung setzten die Faschisten dabei offensichtlich auf die angeheizte Stimmung in Wilhelmshaven und Umgebung. Nach der rückwärtigen Kammerung von über 200 Asylbewerbern unter menschenunwürdigen Bedingungen in Middelstuf, einem 6 km von W. von Wilhelmshaven entferntem Dorf, war es zu berechtigten Protestaktionen dieser Asylbewerber gekommen. Durch die geradezu schweinische Berichterstattung der „Wilhelmshavener Zeitung“ (WZ) hatte sich die Ausländerfeindlichkeit rapide gesteigert.

Genau diese Stimmung wollten die Nazis in ihre Bahnen lenken – und mußten lernen, daß das wohl nicht so einfach ist. Sofort nämlich wurde von der

regelmäßig tagenden „Antifaschistischen Regionalkonferenz“ zu einem Treffen eingeladen und innerhalb von einer Woche ein Unterstützerkreis von über 35 Gruppen und Organisationen der ganzen Region hergestellt, der zur Verhinderung der Nazi-Aktion aufrief.

Bedauerlicherweise zogen die StAJ und die VVN ihre Unterschrift zurück, nachdem sie offenbar von der DKF Bezirksleitung zurückgepfiffen worden waren, und stellten lediglich Aktivitäten im Zusammenhang mit der antifaschistischen Aktion ein (Auch StJB Emden und die Falken Bezirk Weser-Ems – hielten es nicht für nötig, die Mobilisierungsbereitschaft zu unterstützen, geschweige denn, auf der Demo zu erscheinen).

Dennoch Angesichts der Proteste zogen es die Nazis vor, erst gar keine Kundgebung anzumelden und sich auf einen geplanten „Informationsstand“ zu verzichten. Seitens der Antifaschisten gab es trotzdem einen guten und kämpferischen Demonstrationzug, der sich 1 1/2 Stunden durch die Wilhelmshavener Innenstadt bewegte.

Bemerkenswerter Zwischenfall: Als der Frauenblock einen Porno-Laden mit Farbwasser unter Beschuß nahm, erdreistete sich der Besitzer, mit einer Kanne zu drohen! Auf diesen ungeheuerlichen Vorfall hinge-

wiesen, wußten die Bullen nichts anderes zu tun, als mit den Achseln zu zucken. Ist ja auch alles ganz normal ... (Leider reagierte auch die Demo nicht weiter auf diesen Skandal).

Die Kundgebung wurde eröffnet mit einem Redebeitrag zum Thema Nazi-Szene und Rechtentwicklung in der Region Weser-Ems. Darauf folgte ein Beitrag der AL-Frauengruppe Wilhelmshaven, in dem die Zusammenhänge von Faschisierung von Staat und Gesellschaft und der zunehmenden Unterdrückung der Frauen dargestellt wurde. Den Abschluß machte ein kleiner Beitrag zum Jahrestag des Putsches in der Türkei.

Obwohl die Demonstration durchaus als lange erwarteter Aufschwung der Antifa-Bewegung in der Region angesehen werden kann, zeigte die ganze Aktion dennoch das relativ niedrige Niveau.

Auch hier wird es in Zukunft darauf ankommen, die antifaschistischen Aktivitäten enorm zu verstärken, zumal das Organisationsnetz der Nazis regional immer enger geknüpft wird und sich die Achse Emden-Jever-Wilhelmshaven-Oldenburg immer deutlicher herauschält.

KB/Gruppe Emden

menschenunwürdigen Bedingungen in Middelstuf, einem 6 km von W. von Wilhelmshaven entferntem Dorf, war es zu berechtigten Protestaktionen dieser Asylbewerber gekommen. Durch die geradezu schweinische Berichterstattung der „Wilhelmshavener Zeitung“ (WZ) hatte sich die Ausländerfeindlichkeit rapide gesteigert.

Genau diese Stimmung wollten die Nazis in ihre Bahnen lenken – und mußten lernen, daß das wohl nicht so einfach ist. Sofort nämlich wurde von der

Kundgebung anzumelden und sich auf einen geplanten „Informationsstand“ zu verzichten. Seitens der Antifaschisten gab es trotzdem einen guten und kämpferischen Demonstrationzug, der sich 1 1/2 Stunden durch die Wilhelmshavener Innenstadt bewegte.

Bemerkenswerter Zwischenfall: Als der Frauenblock einen Porno-Laden mit Farbwasser unter Beschuß nahm, erdreistete sich der Besitzer, mit einer Kanne zu drohen! Auf diesen ungeheuerlichen Vorfall hinge-

der Antifa-Bewegung in der Region angesehen werden kann, zeigte die ganze Aktion dennoch das relativ niedrige Niveau.

Auch hier wird es in Zukunft darauf ankommen, die antifaschistischen Aktivitäten enorm zu verstärken, zumal das Organisationsnetz der Nazis regional immer enger geknüpft wird und sich die Achse Emden-Jever-Wilhelmshaven-Oldenburg immer deutlicher herauschält.

KB/Gruppe Emden

wer mit wem?

BRAUNZONE

zwischen CDU/CSU und Neonazis

Lehrer, Politiker, Journalisten, ...

zunehmenden CSU/CDU-Einfluß an gehen wollen, ob die Jusos und Judos den wichtigen und frühen Argumenten ihrer Parteilührung endlich einmal die Fakten entgegenzusetzen wollen, ob nun Journalisten nicht lange recherchieren wollen, sondern direkten Zugang zu Informationsquellen haben wollen oder Lehrer ihren Politik-Unterricht zu bereichern wollen – diesen und vielen anderen Menschen wird das Buch sehr

nützlich sein. Auch Leute, die augenblicklich kein spezielles Interesse haben, können Freude beim Stöbern im Buch haben. Sie werden mehr wissen, als sie denken, und sich wundern, was die alles für Dreck am Stecken haben. Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen.

Antifa-Kommision KB/Gruppe HH

Kommunales Wahlrecht für Ausländer!

In Schweden ist schon seit 1976 das Recht, was hier landauf und -ab mehr zählfähig im Gespräch ist - die Beteiligung der Ausländer an den Kommunalwahlen, genauer: das aktive und passive Wahlrecht für ausländische Frauen und Männer für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane (Kreistage, Gemeindeparlamente, Stäbte und in den Städten die Bezirksversammlungen bzw. in Westberlin die Bezirksverordnetenversammlungen).

Daß die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht wegen der deutschen Gastfreundschaft und des schönen Wetters hier leben und arbeiten, sondern durch die geschaffenen ökonomischen Verhältnisse dazu gezwungen sind, sehr lange oder dauernd hier zu bleiben, ist wohl hinlänglich bekannt. Und doch, westdeutsche Politiker, die von Sozialisten genauso wie die von Bad Godesberg, tun sich schwer, Ausländern eines der elementarsten bürgerlich-demokratischen Grundrechte zuzugestehen.

Denn die über vier Millionen Ausländer in der Bundesrepublik sollen bewusst fühlen, daß sie nicht hier sind, um demokratische Rechte wahrzunehmen, sondern nur die Aufgaben zu erfüllen haben, die ihnen diktiert werden, angefangen bei der Lohndrückerfunktion z.B. der Bruttohelfer im „Alten Land“ (Obstanbau-gelände bei Hamburg) über die Bestimmung der ausländischen Kinder und Jugendlichen als industrielle Reservearmee von morgen bis hin zum schon heutigen Sündenbock zunehmender Arbeitslosigkeit.

Wenn von der Gewährung des kommunalen Wahlrechts die Rede ist, dann nur im Zusammenhang mit der vielzitierten „Integration“. Dabei steht jedoch „Integration“ nicht als ein anderes Wort für Gleichstellung oder Gleichberechtigung. Sondern gemeint ist insbesondere die sozialdemokratische Integrationspolitik, die im Kern darauf hinausläuft, einem geringen Teil der ausländischen Menschen die Chance zu geben, in einem rigiden Anpassungskurs sich „eindeutschen“ zu lassen und sich den herrschenden gesellschaftlichen Normen freiwillig und möglichst genau zu unterwerfen.

Kommunales Wahlrecht in Europa

1971: Europaunion erhebt die Forderung nach Einführung des kommunalen Wahlrechts.

1974: Kommission der Europäischen Gemeinschaft legt dem Europarat ein Aktionsprogramm vor: Bis spätestens 1980 soll den Wanderarbeitnehmern die Beteiligung an den lokalen Wahlen zuerkannt werden.

1977: Beschluß des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments sieht vor, daß alle Bürger der EG sich an Kommunalwahlen beteiligen können.

Niederlande: Auf Initiative der Konservativen sprechen sich alle Parteien 1976 für eine Verfassungsänderung aus, die es erlaubt, daß 1982 die Ausländer an den lokalen Wahlen teilnehmen können; Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt.

Schweden: 1975 beschloß der schwedische Reichstag das Wahlrecht für die örtlichen und regionalen Selbstverwaltungsorgane (Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt). An der Wahl 1976 beteiligten sich 60 % der Ausländer, wobei sie überwiegend sozialdemokratisch votierten.

Dänemark: Im Oktober 1980 kündigte die Regierung an, allen Einwanderern das aktive und passive Wahlrecht für die Kommunal- und Regionalwahlen zu geben, erstmals für die Kommunalwahl im Herbst 1981, Voraussetzung: 3 Jahre Aufenthalt.

Finnland: Das Wahlrecht für Einwanderer gibt es schon seit einigen Jahren.

Frankreich: Während der neue Außenminister sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts schon für 1983 ausspricht, könnte der Staatssekretär für Einwanderung ein, daß das für 1983 noch nicht der Fall sein werde.

SPD: Mittel zur Integration?

Folgerichtig geht die Diskussion in der SPD darum, ob das Kommunale Wahlrecht ein Mittel zur „Integration“ sei oder nicht. Nicht nur in der Hamburger SPD wird das Thema unter diesen Integrationsgedanken gestellt, auch die bayerische SPD-Landtagsfraktion begründete ihren Antrag auf den Rechtsausschuß des Landtags auf Prüfung der Gewährung des kommunalen Wahlrechts damit, „daß Ausländer besser einzubinden“ (AK 101, 21.3.77).

Es gibt zahlreiche weitere Stimmen (z.B. SPD-Hessen, Landespartei-tag Hamburg) für das Kommunale Wahlrecht, sogar im SPD-Europawahlprogramm 1979 und im Kommunalpolitischen Grundsatzzprogramm 1975 wurde diese Forderung erhoben. Jedoch werden Einschränkungen laut, daß Bemühungen für das Kommunale Wahlrecht nur dann erfolgreich sein würden, „wenn sie (die Ausländer - d.V.) in deutschen Parteien Fuß fassen können“ („Stadtpost“ Hannover, Juni 79).

Deutliche Bedenken meldete der „Ausländer-Experte“ der SPD, Herr Urbanak, an, der zu einer Diskussion darüber aufrief, ob sich ein Kommunales Wahlrecht unter Integrationsgesichtspunkten nicht eher schädlich als nützlich auswirken würde („Neue“, 21.2.81).

Eindeutige Ablehnung gibt es nicht nur vom SPD-Landespartei-tag Westberlin, sondern von höchster Stelle. So stellte Kanzler Schmidt fest, daß mit dem Wahlrecht das Problem der Eingliederung (=Integration) noch nicht mal „angekratzt“ würde („FAZ“, 11.6.80).

Frontal stießen beide Positionen auf dem SPD-Bundesparteitag letzten Jahres in Essen aufeinander, auf dem nach lebhaften Auseinandersetzungen die kompromißgeschulten Sozialdemokraten die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht zwar verabschiedeten, jedoch nicht ins Wahlprogramm übernahmen.

Hier und auch in der Nichtverwirklichung der Forderung in den Bundesländern, in denen die SPD dieses praktisch durchsetzen konnte (z.B. Hamburg, Hessen), spiegelt sich die Debatte in der SPD wider, ob das Kommunale Wahlrecht ein nützliches Mittel im Sinne sozialdemokratischer Integrationsstrategie (siehe hierzu AK 191, S. 27) wäre oder nicht.

Für Hamburg wäre nach Aussage des damaligen Bürgermeisters Klose nicht vor 1986 mit der Einführung zu rechnen. Dies mit Hinweis auf juristische, vor „rein rechtliche“ Schwierigkeiten. Jedoch gibt es ein von der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten, das im Kern feststellt, daß der Gewährung eines kommunalen Wahlrechts in Hamburg (d.h. für die Bezirksversammlungen) keine zwingenden Rechtsvorschriften im Wege stehen. Die Tatsache, daß die Bezirksversammlungen in Hamburg kaum etwas mit einem kommunalen Selbstverwaltungsorgan gemein haben, biegt hier mal außen vor. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion forderte nunmehr den Senat auf, bis Anfang 1983 seine Vorlesungen vorzulegen („Hamburger Abendblatt“, 13.4.81).

CDU-Zynismus: Keine „Alis“ im Parlament

Die Ebene der „zwingenden Rechtsvorschriften“ ist genau die Richtung, in die CDU/CSU die Diskussion um das Wahlrecht haben wollen. Schließlich haben die Konservativen in der Justizerei die meisten Aktien drin. Mit dem Hinweis auf das Grundgesetz, das Wahlen lediglich für „das Volk“ (in der CDU-Interpretation automatisch „deutsches Volk“) vorsieht, will die CDU ihre konsequente ausländerfeindlichen Vorstellungen rechtfertigen.

Mit der demagogischen Propaganda, daß in den Städtchen und Ortschaften bald die „Alis“ und „Mustafas“ regieren würden, wird nicht nur in zynischer Weise rassistisches Gedankengut gestärkt, sondern neue ausländerfeindliche Potentiale geschaffen versucht. CDU-Landtagsab-

geordneter Hundhammer: „Es ist aus politischen Gründen unmöglich, daß Ausländer Entscheidungen darüber treffen, wie wir zu leben haben“ (nach „U.Z.“).

Hierzu flankierend die durch nichts zu belegenden Behauptungen, daß durch das Kommunale Wahlrecht die politischen Verhältnisse der Heimatländer übertragen worden würden, was eine Radikalisierung zur Folge hätte.

Des weiteren strapazieren christdemokratische und soziale Politiker den Hinweis, daß den Ausländern zwar ein Recht zugestanden werden solle, jedoch keine Pflicht, nämlich Wehrpflicht, abverlangt werden könne. Ob die CDU in der Konsequenz beachtlich, den westdeutschen Frauen das Wahlrecht zu entziehen, war bisher nicht zu erfahren.

Ein weiterer Aspekt bei der Nichtgewährung, wenn auch kein entscheidender, ist das vermutete Wahlverhalten der ausländischen Kolleginnen und Kollegen. So klagt die CDU darüber, „daß bei der politischen Linken die Hoffnung besteht, mit den ausländischen Arbeitnehmern ihre Basis zu vergrößern“ („Spiegel“, 5.1.81). Ganz unbegründet dürfte diese Angst wohl nicht sein.

Aber auch die Integrationsdebatte in der SPD scheint nicht völlig an den Konservativen vorbeigegangen zu sein, wenn F.J.S. gegen das Kommunale Wahlrecht zu Felde zieht, weil dies die Bildung neuer „volksorientierter“ Parteien nach sich ziehen und damit nicht zur Integration führen würde („FR“, 9.12.80).

Als ihre Alternative, und speziell auch gegen das Kommunale Wahlrecht gerichtet, bietet die CDU die Schaffung von kommunalen Ausländerbeiräten und die Einbürgerung an. Für letzteres sollen die Möglichkeiten nach „angemessener Aufenthaltsdauer“ geringfügig erleichtert werden, um eine Minderheit „eindeutschen“ zu können. Für die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer will und kann dieses Verfahren keine Alternative sein, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Annahme der BRD-Staatsbürgerschaft automatisch zum Verlust der Staatsbürgerschaft des Heimatlandes führen würde. Auch aus diesem Grund hat nur ein verschwindend geringer Teil jener Ausländer, die die derzeit geltenden Voraussetzungen zur „Einbürgerung“ erfüllen würden, einen entsprechenden Antrag gestellt. Wer diesen Weg nicht gehen kann oder will, soll sich durch Ausländerbeiräte vertreten lassen, die oft von der CDU gemeinsam mit SPD und FDP zusammengezimmert werden und nicht mehr als belanglose („beratende“) Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

keiten haben

Dies ergibt zwar kein Kommunales Wahlrecht, dafür aber einen ebenso interessanten wie folgenlosen kommunalen Claque der ortsnahen Parteien. Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften darüber, wer für diesen Beirat die Kandidaten vorschlagen, wählen und ernennen darf.

Neben den von der CDU favorisierten Einbürgerungsmöglichkeiten für einen absoluten Bruchteil ist und bleibt das Kernstück der CDU-Propaganda die Schürung der Angst vor „Überfremdung“, die Ausschaltung der „Ausländerfrage“ zum Aufbau eines weiteren innenpolitischen Sündenbocks und Feindbildes. Daran ändert sich auch nichts, wenn die CDU durchblicken läßt, daß sich die Frage anders stellen könnte, wenn die Mitgliedstaaten der EG vereinbarten, in allen Mitgliedstaaten das Kommunale Wahlrecht einzuführen („FAZ“, 21.6.80). Das Motiv dieser Absichtserklärung liegt in den europapolitischen Interessen der CDU, faktisch bedeutet das eine Spaltung der Ausländer.

Die liberale Splitterpartei FDP hat zwar die Forderung nach einem Kommunales Wahlrecht in ihr Bundeswahlprogramm 1980 aufgenommen, jedoch keine Bereitschaft gezeigt, dies in die Tat umzusetzen. Sie ist auch örtlich völlig damit beschäftigt, zusammen mit der SPD und CDU an Ausländerbeiräten zu basteln. Besonders stark setzt sich der Landesverband Hamburg mit seiner Vorsitzenden Schuchardt für das Kommunale Wahlrecht ein. Wie sich diese Position weiter entwickelt, bleibt abzuwarten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß in jeder ernsteren politischen Krise die Liberalen die „Liberale“ verläßt.

Gewerkschaften: Ja! Nein!

Kontrovers sind die Meinungen im DGB. Nachdem der Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer beim DGB-Bundesvorstand, Heinz Richter, feststellt, daß durch die Gewährung des kommunalen Wahlrechts kein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen würde, kein Schul- oder Kindergartenplatz mehr entsteht und es außerdem kein höherwertiges Wahlrecht (für die Landtage und den Bundestag) und kein minderwertiges Wahlrecht (für die Kommunen) geben dürfte, spricht er sich eindeutig gegen das Kommunale Wahlrecht aus - in Übereinstimmung mit dem Beschluß des DGB-Bundesvorstands vom 7.2.78.

Dutzend Organisationen, Initiativen usw. Eine Broschüre von dieser Initiative kann bei der IAF, Tiberstr. 50, 6000 Frankfurt/M 50, bestellt werden. Eine ähnliche Initiative führte im Juli 1978 in Westberlin eine Kampagne zur Einführung des Wahlrechts durch. Auch im Wahlprogramm der AL Westberlin und im Bundestagswahlprogramm 1980 der Grünen wurde die Forderung aufgestellt.

Natürlich hätte das Kommunale Wahlrecht an sich noch keine Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Situation zur Folge und es setzt zumindest eine parlamentarische Vertretung voraus, die die Interessen der

Wir arbeiten hier

2. Auflage



Titelfeld der Broschüre des Ausländerkongresses Westberlin.

Titelfeld der Broschüre des Ausländerkongresses Westberlin.

„Für den DGB ist das Wahlrecht zu parlamentarischen Körperschaften unteilbar. Für ihn kann es kein höheres oder minderwertiges Wahlrecht geben. Nach Auffassung des DGB handelt es sich bei diesem Wahlrecht nicht um ein isoliertes Arbeitnehmerrecht wie etwa bei Betriebs- bzw. personalvertretungsrechtlichen Bestimmungen oder etwa dem Wahlrecht zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung, sondern um ein Recht als Staatsbürger. Aus diesem Grunde sollte die Bundesrepublik Deutschland nicht einseitig dieses Recht an Bürger anderer Staaten - auch wenn sie sich längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten - verleihen. Eine gesamt-europäische Regelung dagegen wird vom DGB befohlen.“ („Welt der Arbeit“, 8.2.79).

Doch gibt es auch eindeutige Stellungnahmen dafür, wie etwa der F.W.-Landesverband Westberlin oder IG Metall-Chef Eugen Loderer, der jedoch ganz im Sinne der schon oben erwähnten SPD-Strategie das Kommunale Wahlrecht für ein probates Mittel hält, um vor allem die heimlos gewordenen zweite (!) Generation von Ausländern besser in die Gesellschaft einzufügen („Spiegel“, 5.1.81).

Durchweg fast alle Gruppen und Organisationen, die sich mit den Lebensbedingungen der Ausländer befassen, bis hin zum Caritas-Verband und der Christlichen Arbeitnehmerbewegung Italiens (ACLI), fordern das Wahlrecht. In Hessen bildete sich 1979 eine Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, bestehend aus über zwei

ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen (einschließlich ihrer Familien) auch wirklich vertritt. Dies ist zweifellos bei CDU/CSU/FDP nicht der Fall, aber auch nicht jede grün/alternative Liste beschäftigt sich mit diesen Fragen.

Die Propagierung und Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts dient heute dazu, dem Ziel der Gleichstellung und Gleichberechtigung aller ausländischen Männer, Frauen, Kinder und Jugendlichen näher zu kommen durch die Gewährung eines elementaren bürgerlichen Rechts, das die Anerkennung als gleichrangige Bürger/innen voraussetzt. Denn gerade diese Gleichrangigkeit und Gleichstellung (egal auf welcher rechtlichen, politischen oder sozialen Ebene) ist es, die die rechten Kräfte, die Rassisten und Ausländerfeinde aller Schattierungen, hassen wie die Pest. Jeder wirkliche Erfolg in der Gleichberechtigung engt den Wirkungsraum des Rassismus ein.

Das Kommunale Wahlrecht, das unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zumindest potentiell durchsetzbar ist, kann wie ein Einstieg sein für die völlige Gleichberechtigung und Gleichstellung, und das bedeutet von der wahrrechtlichen Seite her: aktives und passives Wahlrecht aller Ausländer für den Bundestag und die Landesparlamente!

AG Ausländer



Arbeiterinnen und Arbeiter in einer Fabrik in Lublin

Im Juli dieses Jahres hatten einige linke Frauen aus Hamburg Gelegenheit, in Polen mit Arbeiterinnen und Frauen aus der Solidarnosc-Führung zu diskutieren. Sie sprachen in Lublin mit Busfahrerinnen und Textilarbeiterinnen und in Krakau mit Angestellten des dortigen größten Kaufhauses. Behindert wurden sie dabei mehrfach von Männern in sogenannten „höheren Stellungen“, von Betriebsdirektoren, aber auch vom Leiter einer Betriebskommission von Solidarnosc, der es vorzog, stellvertretend für die Solidarnosc-Frauen mit den westdeutschen Besucherinnen über die Probleme der Frauen in Polen zu diskutieren.

Frauen in Polen

Arbeitende Frauen (der Großteil der polnischen Frauen ist werktätig) erhalten einen bezahlten Mutterschaftsurlaub von drei Monaten für jedes Kind. Im Gegensatz zur Situation in der BRD brauchen schwangere Frauen jedoch nicht zu befürchten, unter Druck gesetzt zu werden, die drei Monate nicht voll auszunutzen, weil ihr Arbeitsplatz sonst verliert. Von jemand anderem besetzt sein könnte. Auch Männer können unter den gleichen Bedingungen den Mutterschaftsurlaub antreten. Manche, aber offenbar nicht sehr viele Männer machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

den Mutterschaftsurlaub antreten. Manche, aber offenbar nicht sehr viele Männer machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Die Abtreibung ist wie in der DDR bis zum dritten Monat legal und wird für die Frau kostenlos in einem zweitägigen Klinikaufenthalt durchgeführt. Allerdings veranstaltet der reaktionäre Klerus seit einigen Jahren Psycho-Terror-Kampagnen auch hierzu. Bekannte Stills gegen das Recht auf Abtreibung. (Zur Erinnerung: Über 90% der Polinnen sind katholisch). Weder die Partei (PVAP), die freilich sowieso nicht über viel Ansehen verfügt, noch Solidarnosc haben bislang gegen diese frauenfeindliche Hetze Front gemacht. Die meistbenutzte Verhütungsmethode ist die Pille. Daß die Propaganda des katholischen Klerus gegen jegliche Schwangerschaftsverhütung nicht ohne Auswirkungen bleibt, zeigt sich in der Tatsache, daß Frauen mit 4 bis 6 Kindern noch heute in Polen keine Seltenheit sind.

Mütter mit Kindern unter 14 Jahren haben zwei zusätzliche, allerdings unbezahlte, Urlaubstage im Jahr. Sind Kinder krank, können Frau und Mann für bis zu 60 Tagen im Jahr zusätzlich Freischichten bekommen. Wenn andere Familienmitglieder krank sind, können sie bis zu zwei Wochen zusätzlich Freischichten erhalten. Als die Hamburger Frauen den polnischen Arbeiterinnen berich-

teten, daß in der BRD Krankheit und Schwangerschaft von den Kapitalisten immer wieder ausgenutzt werden, um Frauen aus den Betrieben zu drängen, reagierten die in der Solidarnosc organisierten Kolleginnen empört: „Warum protestieren die Frauen bei euch nicht dagegen?“. Die Arbeiterinnen, mit denen die Hamburger Frauen sprachen, erklärten übereinstimmend, bei vergleichbarer Arbeit gebe es in Polen keinen Unterschied in der Entlohnung zwischen Frau und Mann. In den sogenannten Männerberufen sind Frauen in Polen (nach einem Bericht der Hamburger Frauen in der Zeitschrift „Was tun“ zu urteilen) wesentlich stärker vertreten als z.B. in der BRD.

Viele Frauen arbeiten als Busfahrerinnen, Kranführerinnen, machen in Industriebetrieben auch schwere Arbeit und üben leitende Tätigkeiten sowie Kontrollfunktionen aus. Allerdings gibt es vor allem im sozialen Bereich, wie in bestimmten anderen Dienstleistungsbereichen immer noch eine Überrepräsentation von Frauen. So sind z.B. 75% der Belegschaft des Krankenhauses in Lublin Frauen und in dem größten Warenhaus von Krakau, „Jubilat“, sind die meisten der 400 Beschäftigten Frauen. Obwohl die Männer in diesem Kaufhaus nur 10% der Belegschaft sind, stellen sie 20% der Abteilungsleiter und 40% der höheren Verwaltungsposten. Insgesamt hat die Hamburger Frauenreisegruppe bei ihrem Polenbesuch den Eindruck gewonnen, „daß die Frauen zwar im gleichen Beruf nicht anders bezahlt werden als die Männer, aber doch vorwiegend Berufe ausüben, die vom Staat und der Partei als weniger wertvoll eingestuft werden und in die die polnische Gesellschaft entsprechend wenig investiert.“ (Andreas Klein in: „Was tun“ Zeitschrift der GIM, 28.8.).

Es ist angebracht, in Polen derzeit von einer Dreifachbelastung der arbeitenden Frauen zu sprechen. Zusätzlich zur beruflichen Arbeit und der Arbeit im Haushalt kommt das oft stundenlange Anstehen nach Lebensmitteln. Die „Herren der Schöpfung“ in Polen ziehen es derzeit leider meist noch vor, sich höchstens mal nach Wodka oder Zigaretten anzustellen. Vielfach versuchen Frauen, in das Wohnblock-Nachbarschaftshilfe zu organisieren, d.h. daß abwechselnd jeweils eine Frau für mehrere einkauft. Bei leicht aufzuteilenden Lebensmitteln wie Reis und Nudeln klappt das meist ganz gut, bei Dingen wie Fleisch, Gemüse und Obst wird's natürlich etwas schwieriger.

Als die Hamburger Frauen versuchten, mit ihren polnischen Gesprächs-

partnerinnen die Frage einer anderen Rollenverteilung und einer stärkeren Vergesellschaftung von Familienfunktionen zu diskutieren, stießen sie auf unterschiedliche Reaktionen: Während einige Frauen, offensichtlich geprägt von den Auffassungen der katholischen Kirche, „den natürlichen Platz der Frau in der Familie“ sahen, erklärten andere, die Männer könnten sich durchaus stärker an Dingen wie Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen. „Die Vergesellschaftung von Familienfunktionen ist für die (die polnischen) Frauen - Anm.AK) solange nicht attraktiv, wie sie damit die bürokratische Gängelung und die Indoktrination durch den Staat verbinden“ (Andreas Klein in: „Was tun“).

Solidarnosc - Frauen contra

Unter den 18 Mitgliedern des Oberbeträchtlichen Streikkomitees von Gdansk das Ende August 1980 das Danziger Abkommen mit der Regierung aushandelte und unterschrieb, waren nur drei Frauen. Mit zwei von ihnen, Alina Pinkowska und Anna Walentynowicz, machte die Hamburger Reisegruppe ein Interview. (Zur Information vorweg: Heute und nach Angaben der Reisegruppe 95% der arbeitenden Frauen in Polen in der Solidarnosc organisiert). (Zur Information vorweg: Heute und nach Angaben der Reisegruppe 95% der arbeitenden Frauen in Polen in der Solidarnosc organisiert). Alina Pinkowska ist heute Mitglied im Präsidium (der Leitung) von Solidarnosc und ist von der Gewerkschaft für diese Arbeit freigestellt. Schon vor dem August-Streik 1980 hat Alina mit der sozialdemokratisch orientierten Oppositionsgruppe KOR sympathisiert und für sie gespendet. Das KOR unterstützte seit 1976/77 Bemühungen, unabhängige Gewerkschaftsgruppen aufzubauen. Im April 1978 wurde in Gdansk eine illegale Gewerkschaftsgruppe gegründet, die die ebenfalls illegale Zeitschrift „Der Küstenarbeiter“ herausgab. Zu dieser Gruppe gehörten u.a. Lech Walesa, Andrzej Gwiazda, Bogdan Borowicz vom KOR, Anna Walentynowicz und Alina Pinkowska. Außer Anna Walentynowicz sind alle heute Mitglieder des Präsidiums der Solidarnosc. Zu Beginn des Streiks auf der Lenin-Werft war es vor allem das mutige Auftreten der jungen Krankenschwester Alina Pinkowska, das einen Zusammenbruch des Streiks verhinderte. Alina Pinkowska hat erhebliche Kritik an Solidarnosc - Chef Lech Walesa: „Unsere Frauen z.B. wollen nicht in die Nationale Front (derzeit von der Partei geführtes Bündnis staatstragender politischer Kräfte in Polen, das die PVAP gerne um Solidarnosc und den Klerus erweitern würde - Anm.AK) Aber Walesa ist dafür, daß die Solidarnosc in die Nationale Front geht, daß die Abmachungen mit der Regierung trifft. So trifft er sich auch unter vier Augen mit Kania und trifft inoffizielle Abmachungen, über die die Solidarnosc nicht ausreichend informiert wird“.

rus erweitern würde - Anm.AK) Aber Walesa ist dafür, daß die Solidarnosc in die Nationale Front geht, daß die Abmachungen mit der Regierung trifft. So trifft er sich auch unter vier Augen mit Kania und trifft inoffizielle Abmachungen, über die die Solidarnosc nicht ausreichend informiert wird“.



Auf Betreibern Walesa kaltegestellt: Anna Walentynowicz, Streikführerin von der Leninwerft in Gdansk

Auf Betreibern Walesa kaltegestellt: Anna Walentynowicz, Streikführerin von der Leninwerft in Gdansk

Alina Pinkowska ist Delegierte des 1. Kongresses der Solidarnosc. Bei den Wahlen auf dem Kongreß, der von der UdSSR als „antisozialistische Orgel“ diffamiert wird, wird sie anstelle von Walesa dessen derzeitiger Stellvertreter Andrzej Gwiazda wählen. Walesa orientiert sich bekanntlich auch politisch stark am katholischen Klerus, er setzt vor allem auf die Berater des „Klubs Intellektueller Katholiken“, KIK, und bemühte sich erfolgreich darum, daß ein Redakteur der KIK-Zeitung, Tadeusz Mazowiecki, die Position des Chefredakteurs des Zentralorgans von Solidarnosc erhielt. Andrzej Gwiazda hingegen wirtz mehr auf das sozialdemokratisch orientierte KOR und dessen Berater, wie Jacek Kuron. Die 32 Mitglieder des KOR, von denen Jacek Kuron und Adam Michnik, häufig Gastautoren in der „Welt“ und im „Spiegel“, in der BRD am bekanntesten sind, nannte Andrzej Gwiazda „zum Großteil meine Freunde, und es ist eine Ehre für mich, daß ich sie meine Freunde nennen kann“ (1).

Zur Frage, welche Rolle Frauenprobleme heute in der Arbeit von Solidarnosc spielen, meinte Alina Pinkowska: „Im August 1980 waren die Frauen z.B. in Gdansk sehr aktiv

beim Aufbau der Solidarnosc und beim Streik. Sie haben dabei nicht auf die speziellen Probleme der Frauen geachtet, sondern für die Rechte aller Menschen gekämpft. Natürlich hängt eine Verbesserung der Lage der Frauen auch davon ab, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage bessert. Aber unsere konkreten Forderungen, die für uns Frauen wichtig sind, konnten wir bis jetzt nicht durchsetzen: so sollte in der zweiten Jahreshälfte die Regelung für einen dreijährigen Mutterschaftsurlaub in Kraft treten, aber diese Forderung wurde wie die übrigen 20 Forderungen von Gdansk noch immer nicht erfüllt... Insgesamt habe ich festgestellt, daß wir doch mehr um die Frauenrechte kämpfen müssen. Das Leben der Frauen ist in Polen immer noch sehr schwer, sie müssen Haushalt und Arbeit und gesellschaftliche Arbeit leisten. Anna (Walentynowicz, eine Streikführerin aus Gdansk - Anm.AK) und ich können nur so viel für die Solidarnosc tun, weil wir Waisen sind, wenn würde unser Haushalt leiden...“

Im auf dem Kongreß neu zu wählenden Solidarnosc-Präsidium wird Alina vermutlich die einzige Frau sein, da Joanna Duda-Gwiazda (verheiratet mit Andrzej Gwiazda) und Anna Walentynowicz nicht wieder gewählt wurden. Uns liegen leider keine Angaben über das Zahlenverhältnis von männlichen und weiblichen Delegierten auf dem Solidarnosc-Kongreß vor - in der Presse veröffentlichte Fotos deuten allerdings darauf hin, daß der Anteil der Frauen unter den Delegierten höher ist, als im politisch-gesellschaftlichen Leben Polens sonst üblich. Auch die Kranführerin Anna Walentynowicz, deren Entlassung im August 1980 der Auslöser für den Streik auf der Lenin-Werft war, nahm gegenüber der Hamburger Reisegruppe zu den Widersprüchen in der Solidarnosc und deren Führung Stellung: „Walesa will das KOR nicht achten. Er ist 1976 entstanden, weil den Arbeitern sozialer Schlämmer widerfahren ist. Heute will Walesa es austreichen... Walesa will selbst an die Spitze und will jeden abstellen, der besser ist als er.“ Auf die Frage, was sie in Zukunft tun werde, da sie kein Mandat für die Leitungswahlen von Solidarnosc bekommen hat, meinte Anna Walentynowicz: „Ich will selbst wieder auf der Werft arbeiten. Der Direktor, der seit dem Streik 1980 immer noch nicht abgeklagt worden ist, will zwar gerne, daß ich in Rente gehe. Ich will wieder arbeiten, um bei meinen Kollegen und Kolleginnen zu sein, die jetzt Angst haben, gegen Walesa etwas zu sagen“. Auf die Frage, welche politische Vorstellung von einer Alter-

Fortsetzung nächste Seite

Es sind vor allem Frauen, die heute in Polen täglich stundenlang nach Lebensmitteln anstehen



Fortsetzung von vorh. S.
native zur derzeitigen Regierung nie habe, meint Anna. „Demokratie! Die Lage der Arbeitenden kann nur durch wirtschaftliche Reformen geändert werden. Aber die Regierung will keinen ranklassen, um sie durchzuführen. Die Regierung handelt gegen das Interesse des Volkes. Das Problem der Arbeiter ist auf der ganzen Welt das gleiche. Es hängt entscheidend davon ab, wer in der Regierung ist. Sendet bitte viele Grüße an die Frauen.“

In der Gegenrede: Lech Walesa

Die Hamburger Frauen hatten auch Gelegenheit, Lech Walesa zu interviewen. Auf die Frage, welche Strömung, welche Organisation die Hauptrolle bei der Bildung von Solidarnosc gespielt hätte, entgegnete Walesa: „Die Kirche war an erster Stelle bei der Geburt der freien Gewerkschaft beteiligt und quasi als zweites Elternteil das KOR“. Zu der Frage, ob das KOR aufgelöst werden sollte, meint Walesa: „Das ist nicht meine Sache. Aber der Sohn ist schon groß geworden, und der Sohn kann sich ohne den Vater selbst weiterentwickeln“. Als die Hamburger Frauen ihn fragen, warum Anna Walentynowicz kein Mandat mehr für


die Präsidentschaftswahlen von Solidarnosc bekommen hätte, antwortet Walesa mit der ihm eigenen Dreistigkeit: „Das hat die Werft (gemeint sind die Solidarnosc-Mitglieder auf der Lenin-Werft in Gdansk - Ann.AK) so entschieden. Wenn es mich getroffen hätte, würde ich mich ganz ruhig verhalten und nicht soviel Musik machen ...“ (Würde er schon, wie wir ihn kennen!). Ohne konkrete Fakten vorweisen zu können, beschimpft Walesa Anna Walentynowicz als faul: „Anna war verantwortlich für die Buchhaltung. Man muß sehen, ob sie ihre Pflicht als Buchhalterin erfüllt hat. Man muß fleißig sein, und wenn einer innerhalb von 3 Monaten nicht fleißig war, so muß er gehen“ (Interviews in „was tun“, 30.7.). Die Tatsache, daß dieser Mann den Segen des Vatikans und der „westlichen“ Medien bis hin zum in Polen vielgelesenen „Radio Free Europe“ des CIA hat, dürfte an der innergewerkschaftlichen Opposition erschweren, Walesa auf dem Solidarnosc-Kongreß einen wohlverdienten Denkart zu verpassen.

U., RgW-Kommision

Anmerkung
(1) Andrzej Gwiazda, in: Tita Dąb-
ma (Hrsg.): Aber eines Tages war
das nicht mehr so - Polen 1980, Köln
1980, S. 202.



„Immer Ärger mit den Frauen, faul und auch noch renitent ...“



Im Oktober wird das Bergedorfer FRAUENFORUM, ein Zusammenschluß von Frauen aus 7 Frauengruppen der Umgebung sowie einzelnen Frauen, seine ersten FRAUENFILMTAGE veranstalten. Das inhaltliche Angebot reicht von „Gewalt gegen Frauen“ („Ein Prozeß wegen Vergewaltigung“) über ausländische Frauen („Das höchste Gut einer Frau ist ihr Schweigen“) bis zu Filmen wie „Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame“.

Das FRAUENFORUM gibt es seit ca. 1 1/2 Jahr. Es wurde gegründet zur Diskussion und Vorbereitung um die FRAUENFILMTAGE. Darüber hinaus haben die Frauen beschlossen, auch an anderen frauenspezifischen Themen zusammenzuarbeiten. Erstellt wurde bislang ein Flugblatt „Frauen verweigert den Kriegsdienst!“, verbunden mit einer entsprechenden Unterschriftenaktion (übrigens, auch für andere Frauengruppen sehr wünschenswert). Für die Durchführung der FRAUENFILMTAGE haben die Frauen einen Zuschuß von der Kulturbehörde, Referat Stadtteil-Bergedorf erhalten.

Eine Genossin der BG-Bergedorf

Geheimnis der

Homosexualität aufgeklärt!

Ein Rätsel, das von Aristoteles über Paracelsus bis Sauerbruch die Gelehrten faszinierte, scheint nun gelöst: Die Entstehung der Homosexualität Schuld sind die Gestirne. Details dazu in folgendem Artikel, den wir ohne freundliche Genehmigung der BILD-Zeitung vom 2.9. entnahmen.

Kinsey-Institut: Homosexualität angeblich biologisch bedingt

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 27.8. hat das Kinsey-Institut in New York 1500 homosexuelle Personen 1969/70 mit jeweils 200 Fragen interviewt. Warum erst heute darüber berichtet wird, ist ein Rätsel oder paßt sehr gut in die derzeitige Welle biologischer Erklärungsversuche (in **WELT** vom 28.8.).

Nach dieser Untersuchung ist die sexuelle Orientierung des Kindes an der Rolle der Eltern bisher überbewertet worden. Die Befragung ergab, daß „Mädchen mit dominanten Müttern und schwachen Vätern nicht häufiger homosexuell (werden) als solche, die in einer ‚idealen‘ (1) Familienstruktur (wo der Vater das Sagen hat) aufwachsen. Homosexuelle Neigung zeigt sich zuerst meist in der Unfähigkeit, Rollenrollen zu leben, leichtes abweichendes Rollenverhalten bei Jugendlichen, selbige die sexuelle Devianz frühzeitig an. Weniger Kontakte zum anderen Geschlecht seien Ursache, sondern Ausdruck vom Andersfühlen der Abweichler.“

So sehr sich die Wissenschaftler vom Kinsey-Institut auch bemühen, „nichtbiologische Theorien über das Entstehen homosexuellen Verhaltens auf ihre Gültigkeit zu testen, haben diese (Theorien) nicht standgehalten.“ Das Neue an den Untersuchungsergebnissen von Kinsey ist nun, daß „die Homosexualität ebenso wie die Heterosexualität fest im Individuum verwurzelt ist, und nicht auf irgendwelche einzelnen psychologischen oder sozialen Ereignisse oder Hintergründe zurückgeführt werden (können).“

Na, da ist die Welt ja wieder einmal auch noch wissenschaftlich untermauert - in Ordnung!

Eine Genossin der AG Leoben

Leserbrief zum Pinneberger Vergewaltigungsprozeß

Durch den Artikel in AK 208 fühle ich mich über das, was im litauer Gerichtssaal abgelaufen war, recht gut informiert, eine Sache ist mir aber unklar geblieben: Wie ist es möglich, daß in dem Artikel RA Meffert Engagement zugunsten seiner Mandantin beschönigt wird?

Mir ist nicht bekannt, daß RA Meffert seine Position in puncto Verteidigung von Vergewaltigern durch Unke Anwälte revidiert hätte.

Noch im Revisionsverfahren im Momo-Harry-Prozeß gab er sich als Zeuge für angebliche Stimmungsmache von Frauen zugunsten der vergewaltigten Frauen her. Er bereuete damals - auf Antrag der Verteidigung -, eine Wandzeitung im „Arbeiterbuch“ gesehen zu haben. Und mit Hinweis auf den angeblich durch die Frauenöffentlichkeit verursachten

„Wir sägen am Sexualstrafrecht-Weg mit dem § 175!“ Nationaler Aktionstag am 3.10.

Aus immer mehr Städten kommen die Meldungen über geplante Aktivitäten im Rahmen des gemeinsamen Aktionstages am 3.10. Damit erfüllt sich die Hoffnung der Organisatoren des nationalen Schwulengruppentreffen vom 20.6. in Hamburg. Damals hatten über 90 Aktivisten aus 25 Städten/Gruppen sich auf dezentrale Unternehmungen an diesem Tag geeinigt, die alle unter dem obigen Motto stehen sollen. Damit sollte vor allem in Ergänzung zu überregionalen Vorhaben (wie Unterschriftensammlungen, Anzeigenkampagnen) das Wirken der örtlichen Schwulengruppen in der Öffentlichkeit hinein wiederbelebt werden.

Den jeweiligen Gruppen blieb dabei die Ausführung der gewählten Aktionsform und die inhaltliche Gestaltung selbst überlassen, allein das verbindende Motto ist vorgegeben. So erklärt sich auch der weite Rahmen der bevorstehenden Ange-

Die Pressemitteilung sollte von den noch nicht erfassten Gruppen bis spätestens zum 30.9. ergänzt werden durch Anruf in Nürnberg (s.u.).

Die Meldungen über den Verlauf der Aktionen sollten noch am selben Wochenende in Nürnberg eintreffen. Dort ist das Büro am Samstag von 13 bis 20 Uhr und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr besetzt (Tel.: 0911/268220). Redaktionsschluß für den neuen ROSA FLIEDER ist Dienstag, der 6.10., Erscheinungdatum soll der 12.10. sein. Fotos und Berichte müssen also bis spätestens 6.10. dort eingetroffen sein!

Das zweite nationale Schwulengruppentreffen findet am 17./18.10. in Göttingen im „Waldschloßchen“ statt (Tel.: 05592/1240) - nähere Auskünfte (auch zur Vorbereitung) vom ROSA FLIEDER in Göttingen ist dann auch das neue Heft bereit.

Bis zum 23.9. waren folgende Aktivitäten gemeldet:

- Regensburg: Büchertisch in der Fußgängerzone (FGZ)
- Lahr vorm. Flugblattaktion abends Theater im Zentrum mit Travestie
- München: Infostand FGZ
- Braunschweig: Büchertisch, Infostand, Flugblattaktion FGZ
- Tübingen: Infostand, Plakatwände in der FGZ
- Köln: Infostand FGZ
- Bielefeld: Demonstration, Kundgebung, abends Fete
- Ludwigshafen: Flugblattaktion
- Mannheim: Schwule Woche vom 3. bis 12.10.
- Straßentheater und Infostand in der FGZ ab 11.00 Uhr am 3.10.
- Hamburg: Riesenfete in der Markthalle
- Bremen: Flugblattaktion FGZ
- Nürnberg: Infotisch, Plakatwände, Flugblattaktion, Straßentheater in der FGZ ab 11.00 Uhr
- Sonntag: Fete, Theater, Travestie im KOMM
- Westberlin: Infostand (Theater?) FGZ
- Paderborn: Büchertisch
- Detmold: Büchertisch

Alle Interessierten, die noch etwas wissen, planen oder melden wollen können sich wenden an das ROSA FLIEDER Kollektiv c/o Wolfgang Kaaden, Loburgerstr. 14, 8500 Nürnberg 90 oder telefonisch an Büro 0911/268220 Wolfgang 0911/372150 und 0911/330539 Klaus/Needle 0911/374045

Helfen Sie mir Elizabeth

Lesbische Freundin oder Ehemann - wem gehöre ich?

Liebe Elizabeth,

Ich bin verheiratet, habe eine Tochter (10), einen Sohn (15). Seit ich vier Jahren von einer Frau besessen wurde, habe ich das Bedürfnis, Frauen zu lieben. Ich wurde nicht verführt, nein, es kam plötzlich über mich. Damit werde ich nicht fertig, obwohl mir Mann sehr lieb ist und alles akzeptiert. Wenn wir einen Jahr habe ich eine feste Freundin und steh zwischen meinen Mann und meiner Freundin. Zu der ich mich hingezogen fühle. Mein Verstand verlangt was soll ich tun?

Maria, Weinberg (15.10.80) (mit) Mann und Wange (15.10.80) meine Freundin Wange (15.10.80)

Zu keinem! Eine ganz neue Liebe kommt...

Liebe Maria,

Ich habe heute noch die Psychoanalyse als einzige Lösung, daß eine Heilung nur Homosexualität sein könnte, verbunden mit, aber durch gewalttätige Feste unterdrückt werden. Die Lösung ist, daß man sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte. Man sollte sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte. Man sollte sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte.

Bereuen Sie nicht, Maria!

Ich habe heute noch die Psychoanalyse als einzige Lösung, daß eine Heilung nur Homosexualität sein könnte, verbunden mit, aber durch gewalttätige Feste unterdrückt werden. Die Lösung ist, daß man sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte. Man sollte sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte.

Wichtig! Bitte nicht

Ich habe heute noch die Psychoanalyse als einzige Lösung, daß eine Heilung nur Homosexualität sein könnte, verbunden mit, aber durch gewalttätige Feste unterdrückt werden. Die Lösung ist, daß man sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte. Man sollte sich selbst und seine Sexualität nicht durch andere Menschen beeinflussen lassen sollte.

18.000 Tausender die große Astrologie, über die persönlichen Probleme von BILD-Lesern

Aspekte zur Vergesellschaftung der Literatur

An Walter Benjamin, der sich auf
Der Flucht vor Hitler entleibte

Ermattungstechnik war's, was du
beagte
Am Schachtloch sitzend in des
Birnbaum's Schatten.
Der Feind, der dich von deinen
Büchern jagte
Läßt sich von unsersinnem nicht
ermatten.

Zum Freitod des Flüchtlings W.B.

Ich höre, daß du die Hand gegen
die erhoben hast
Dem Schlichter zuvorkommend,
Acht Jahre verheißt, den Aufstieg
des Feindes beobachtend
Zuletzt an eine unüberschreitbare
Grenze getrieben
Hast du, heißt es, eine überschreitbare
überschritten

Reiche stürzen, Die Bundesführer
Schreiten daher wie Staatsmänner
Die Völker
Sieht man nicht mehr unter den
Rüstungen.

So liegt die Zukunft in Finsternis,
und die guten Kräfte
Sind schwach. All das hast du
Als du den qualbaren Leib zerstörtest.

Walter Benjamin, geboren 1892 in
Berlin, ging am 27. September 1940 in
Port Bou (Spanien) aus Paris vor der
Verhaftung durch die Gestapo in den
Freitod. Der materialistische Kunst
theoretiker Benjamin ist nach kurzer
Aufenthaltung 1968 (zu diesem Datum)
wieder verschütt gegangen, die bürgerliche
Literaturwissenschaft beschäftigt
sich ohnedies lieber mit seinen frühe-
ren, mehr metaphysisch orientierten
Arbeiten.

Hier kann es mir nicht darum
gehen, Benjamin's Gesamtwerk auf
grund der frisch herausgekommenen
„Gesammelten Schriften“ (edition

Suhrkamp, 12 Bände, 128 DM) aus
heutiger Sicht zu beurteilen oder zu
analysieren. Ich will vielmehr einige
Aspekte in dem Aufsatz „Der Autor
als Produzent“ auf ihre heutige Ak-
tualität und Bedeutung hin unter-
suchen.

II

In dem 1934 verfertigten Aufsatz ver-
sucht Benjamin den Begriff der
„Technik“ in die Debatte um Sinn und
Qualität sogenannter „Tendenzlitera-
tur“ einzuführen: Die Frage nach dem
Verhältnis von Form und Inhalt (oder
Tendenz und Qualität) erscheint ihm
undialektisch, ihn interessiert die sehr
präzise beantwortbare Frage nach der
„Funktion, die das Werk innerhalb
der schriftstellerischen Produktions-
verhältnisse seiner Zeit“ (1) hat, wel-
che Technik sie also benutzen. Ein
Werk kann in der literarischen Technik
rückschrittlich oder fortschrittlich sein.

„Technik ist Produkt des Arbeits-
prozesses [...] Ihre wesentliche, ur-
sprünglich ausschließliche Bestim-
mung ist die als Arbeitsmittel, und
zwar als Produktionsinstrument“ (2).

Die Technik dient also dazu, einen
Arbeitsgegenstand, im Falle der Lite-
ratur die Sprache, „zweckmäßig zu
verändern“ (3).

Am Beispiel Trejakovs und der
sowjetrussischen Literatur führt Ben-
jamin dann vor, daß ein wichtiger
Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung
der Literatur die Veränderung ihrer
Ausdrucksformen ist. Es habe, führt
er an, nicht immer Romane, Dramen
oder Gedichte gegeben, und Rhetorik,
Fälschungen oder Übersetzungen seien
nicht immer so belanglos gewesen wie
nun. Der gewaltigste Umwälzungs-
prozeß finde sich bei der Zeitung, die
eine Mischung verschiedener Gat-
tungen Inhalte und Stile sei. In ihrer
sowjetrussischen Ausprägung ginge
sich die Trennung zwischen Autor
und Leser, zwischen selbstverständlichem
Schreiben und aufnehmendem Lesen
allmählich verloren. Da die Zeitung in
Deutschland freilich sich in den Hän-
den des Kapitals befinde, scheide sie
hier als taugliches Produktionsmittel
vornur aus. Wichtig sei es aber, und
damit auch entscheidendes Kriterium
für den Fortschritt in der literarischen
Technik, wie weit die Autoren den
Produktionsapparat nicht nur belie-

feren, sondern ihn zugleich im Sinne
des Sozialismus veränderten. Da Ben-
jamin gleichzeitig feststellt, daß die
Veränderung des Apparates nicht
durch eine revolutionäre Thematik
alleine möglich sei — weil „ein erheb-
licher Teil der sogenannten linken Li-
teratur gar keine andere gesellschaft-
liche Funktion besaß, als der politi-
schen Situation immer neue Effekte
zur Unterhaltung des Publikums ab-
zugewinnen“ — fordert er, daß der
Schriftsteller die seiner Tendenz inne-
wohnende Haltung in seinem Bereich
— dem Schreiben — auch vortriebe.
Er soll also die „Vergesellschaftung
der geistigen Produktionsmittel“ (4)
fördern, seine Arbeiten sollen Modell-
charakter haben, der andere Produ-
zenten zur Produktion anleitet, ihnen
auch eine Klarheit über die Wirklich-
keit des Apparates, der sie besitzt,
verschafft. Literatur kann für Benja-
min nicht mehr bedeuten, den „langst
verfälschten Reichtum der schöpferi-
schen Persönlichkeit in neuen Meister-
werken zur Schau zu stellen“ (5),
sondern die allgemeinen Lebensver-
hältnisse zu literarisieren, „denn der
revolutionäre Kampf spielt sich nicht
zwischen Kapitalismus und dem Geist,
sondern zwischen Kapitalismus und
dem Proletariat ab“ (6).

III

Fortschritte seit Benjamin sind wenig
zu verzeichnen, so muß wohl das erste
Faß beim Lesen des Aufsatzes lauten:
Die Zeitungen sind immer noch in der
Hand des Kapitals, die „linken“ Li-
teraten (Grüß Gott, Herr H.M. Enzens-
berger) sind nach kurzem Zwischen-
spiel in den Reihen der „Arbeiterle-
hensfront“ (schön war's...) wieder
heute an ihren individuellen, „freien“
Herd gewandert und der „Werkkreis
Literatur der Arbeitswelt“ fristet ein
recht bescheidenes Dasein im nicht
gerade sehr revolutionären Fläcker-
verlag.

Bemerkenswert ist vorab, daß Ben-
jamin die Kategorie „Ästhetik“ aus
seinen Betrachtungen ausschließt. In
seinem Aufsatz „Das Kunstwerk im
Zeitalter der technischen Reproduzier-
barkeit“ behauptet er, der „Ästheti-
sierung der Politik“ die der Faulheit
mus betreibe, stelle der Konsumismus
die „Politisierung der Kunst“ (7)
entgegen. Ohne dem vorbehaltlos zu-

zustimmen, will ich Benjamin folgend
— bei der Diskussion in politischen
und nicht in ästhetischen Kategorien
argumentieren.

Einen wichtigen Stellenwert in dem
Versuch, die geistigen Produktionsmit-
tel zu vergesellschaften, hat sicherlich
die verstärkte auftretende Mundart-
dichtung und Umdichtung von Volks-
liedern oder Märchen. Durch die Be-
nutzung bekannter Formen und Moti-
ve wird zum einen die Aufnahme der
neuen Inhalte erleichtert, zum anderen
wirkt eine solche Dichtung in hohem
Maße organisierend, weil sie anregt,
selber neue Verse zu finden, die ei-
genen Probleme umzusetzen und gleich-
zeitig die dafür benötigte Technik vor-
führt. Eine ähnlich organisierende
— im Sinne von „zu Selbsttätigkeit an-
regende“ — Funktion hat der gesamte
Bereich dessen, was ich hier schlag-
wortartig mit Bewegungskultur um-
schreiben möchte. Allenorten die
Stadtzeitungen, in gewissem Sinne die
taz, tausende spontan entstehende und
vergehende Theatergruppchen, Spray-
er und Plakatwandgestalter — hier
wird eine Sprache in den Alltag ein-
geführt, die bearbeitet ist, deren Bear-
beitungsweise offen ist, nachvollzieh-
bar und damit nachahmbar. Proble-
matisch hierbei ist hauptsächlich, daß
die „Bewegung“ sich weniger zu einer
Gegenkultur bekennt, als zu einer
abgesonderten, anderen, D.h. für Leute
außerhalb der nur scheinbar sehr
umfassenden „Scene“ hat deren „litera-
risierter Alltag“ wenig Bedeutung.
„Dieser charakterologische Typ steht
als solcher natürlich zwischen den
Klassen. Er umfaßt eine beliebige
Anzahl von Privatexistenzen, ohne den
mindesten Anhalt für ihre Organisie-
rung zu bieten“ (8). Das schreibt Ben-
jamin über die Vertreter des „Aktivi-
mus“, zu denen Kurt Hiller oder
Heinrich Mann gehörten. Den Pro-
duktionsapparat in bestimmter Weise
verändert haben die derzeit zahlreichen
Verlage. Ihre Existenz ermöglicht es,
etliches zu verlegen, was sonst in der
Schublade geblieben wäre. Sie können
auch jeweils kleine Zielgruppen an-
sprechen und in diesem Bereich, da sie
sich an lauter „Fachverständliche“ wen-
den, auf Dauer auch die Grenzen
zwischen Autor und Leser überschrei-
ten werden lassen. Auch in diesem
Bereich aber bewegt sich die Verän-
derung der Verhältnisse des Autors zu
seinen Produktionsmitteln in einem

sehr beschränkten Rahmen und für
eine jeweils sehr beschränkte Ziel-
gruppe.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß
sich die Überflutung des Literatur-
marktes mit seiner Überzahl an neuen
Titeln auf die Möglichkeit, Literatur
organisierend einzusetzen, sehr negativ
auswirkt. Ansätze, die nicht nur revo-
lutionäre Inhalte, sondern auch eine
solche Technik haben, gehen unter,
erreichen immer nur eine kleine Grup-
pe von Lesern, weil das Informa-
tionsmonopol über Literatur (Kritik,
Wissenschaft) fest in der Hand einer-
seits weit von der Leserschaft abge-
hobener Spezialisten, andererseits
des Kapitals ist. Dadurch gelingt es,
auch Marktfremdes aufzusaugen. Un-
terstützt wird dieser Mechanismus von
einer Beliebtheit in Themenwahl und
in der Wahl der Technik, die benutzt
wird, was von Autoren derzeit unter
dem Stichwort „künstlerische Frei-
heit“ gepflegt wird. Das soll nicht
heißen, daß den Autoren vorgeschrie-
ben werden soll, wie und wozu sie sich
äußern. Allerdings muß ihnen klar sein

und das sollte auch sichtbar in ihre
Arbeit einfließen —, daß sie nicht nur
gegenüber ihrem künstlerischen Gewis-
sen verantwortlich sind, „Unter diesen
Umständen kann wahre literarische
Aktivität nicht beanspruchen, in litera-
rischem Rahmen sich abzuspielen —
vielmehr ist das der übliche Ausdruck
ihrer Unfruchtbarkeit. [...] sie muß
die unscheinbaren Formen, die ihrem
Einfluß in tätigen Gemeinschaften bes-
ser entsprechen als die anspruchsvollen,
universale Geste des Buches in Flug-
blättern, Broschüren, Zeitungsartikeln
und Plakaten ausbilden. [...] Meinun-
gen sind für den Massenapparat des
gesellschaftlichen Lebens, was Öl für
die Maschinen ist; man stellt sich nicht
vor eine Turbine und übergießt sie mit
Machinöl! Man spritzt ein wenig
davon in verhängene Nieten und Bü-
gen, die man kennen muß“ (9).

Fußnoten

- 1) Autor als Produzent, Ges. Schr. Bd.
II, 2. Seite 686.
- 2) Photograph, Wörterbuch Bd. 2, Seite
1071. Berlin ohne Jahrgang.
- 3) Apf. u.o. Seite 878.
- 4) Apf. u.o. Seite 701.
- 5) Apf. u.o. Seite 690.
- 6) Apf. u.o. Seite 701.
- 7) Ges. Schr. Bd. 12 Seite 488.
- 8) Apf. u.o., Seite 690.
- 9) Ges. Schr. Bd. IV, 1, Seite 86.

Über eine Legendenbildung und ihre „linken“ Nachbeter

Worte (und besonders, wenn sie ge-
druckt werden), oben eine besondere
Wirkung aus auf manche Leser, so
als ob sie absolute Wahrheit verkör-
peren, ungeachtet dessen, wer sie für
wen zu welchem Zweck und mit
welchem Hintergrund in die Welt
gesetzt hat.

Hier geht es um den „links-liberalen“
Feuilletonisten der „Zeit“, Fritz
J. Raddatz, der in seiner Hauszeitung
am 21.8.81 einen Artikel veröffent-
lichte mit der Überschrift „Nächtlich
bei Biermann“, mit dem Untertitel:
„Es ist still geworden um den Lieder-
macher — oder ist er still gewor-
den?“ — Raddatz schreibt dort: „Ist
Biermann resigniert? Nein, aber er
hat sich verändert. Er ist stiller ge-
worden, ganz leise — nicht trotz-
rotzig. Sondern fast melancholisch.“
Und dann läßt er Biermann — ange-
blich — selbst sprechen: „Doch, es
geht mir gut, ich lebe gerne, wie ich
lebe — nur will ich nicht mehr in
Herrn Carstens Nase bohren. Ich will
mir und anderen nichts mehr bewei-
sen. Ich bin viel ruhiger geworden.“
Poetisch verklärt fügt Raddatz hinzu:
„Die Dunkelheit (abend in Bier-
manns Garten (and das denkwürdige
Treffen statt - Ann d. Verl.) deckt
uns zu, Biermanns Gesicht wird alle
Härte genommen, die im Nachtwind
glühenden Kerzen geben dem Wein
Tinten Ton.“ Später entdeckt Rad-
datz noch, daß Biermann sich nicht
nur zurückzieht ins Private, sondern
mit Politik überhaupt nichts mehr zu
tun haben will. Biermann (nach Rad-
datz): „Was geht mich die Staats-
schiffe an, die das (gemeint sind die
Probleme der Testamente - Ann d.)
produziert hat? Muß ich mich
dann in jede Debatte mischen —
?“ Und außerdem drohe bezüglich
dieser „fälschlichen Pazifismustest-
tes jetzt“ „die größte, brennendste,
ganz widerliche Kriegsgefahr v o n
d e n R u s s e n“ (literar-

hebungen im Original — Ann.).

So, endlich ist die Katze aus dem
Sack. Das neue Bild des „Kom-
munisten Biermann“ ist perfekt still
— Rückzug ins Private — halb re-
signiert — flücht vor den brandenden
politischen Fragen wie a.B. der
Kriegsgefahr, und wenn er dann doch
noch was dazu sagt — und jetzt hört
zu, ihr Linken! Die Gefahr
kommt aus dem Osten.

Der „Spiegel“

Das „Sozialliberale“ Nachrichtenma-
gazin hatte nach diesem „Zeit“-Er-
guss nicht allzuviel zu tun, als diese
überaus wichtige Neugierde in die
Ogegend hinauszuposaunen. Der Arti-
kel — erschienen am 24.8. — besteht
lediglich aus zusammengepflückten
„Zeit“-Zitaten und klatscht die eige-
nen Interpretationen bezüglich des
„neuen“ Biermann in marktschreier-
scher Weise obendrauf.

... und dann noch „Pardon“

Schon etwas differenzierter — beson-
ders, was Raddatz angeht — setzt
sich der Autor in der Kolumne „Der
Pflögefall des Monats“ bezogen auf
Raddatz mit dem „Zeit“-Elaborat
auseinander („Pardon“ 10/81). Voll
übernommen sind aber auch hier die
„authentischen“ Zitate Biermanns,
d.h. das Bild vom „neuen“ Biermann
wird auch hier unhinterfragt kolpor-
tiert. Da wird er sogar als naiver,
gutmütiger Kommunist dargestellt,
der nun erst — nach fünf Jahren
BRD — entdeckt, „daß die ARD und
ZDF nicht im engeren Sinne kommu-
nistischen Fernsehstationen sind“ und
zum Kriegsgefahr Zitat: „So liebe lin-
ke Freunde hat Caspar Weinberger
jetzt“ — „Bucarus und Stolz, die
Zeit-Verleger und Wahlwerber von
F.J. Strauß, werden ihn und seine
Worte verstehen“.

Da nicht schon ins Auge, daß der
Autor keinen Zusammenhang her-

stellt zwischen den Motiven eines
Raddatz, solch einen Artikel zu
schreiben, und den „authentischen“
Biermann-Zitaten. Dazu bemerkt er
bäulich ganz richtig: „... weiß Rad-
datz, daß die Verlängerung seines
Vertrages bei der „Zeit“ nur noch
nach einer Frage der Zeit ist. Er wird
heute in die Redaktion als Mis-
sionär für Gedichte und Rotwein, der
einen roten Borden bekehrt hat.“
Und zur Stimmung, die Raddatz ver-
breitet und die scheinbar auf so et-
liche linke Leser zielt und trifft (7):
„Kann man lamentieren und
spekulieren zugleich? Und
ob. Wenn man nur den richtigen
Herzenzerzerrung findet, an
jeder Scham haarscharf vorbei, den
Intellekt gut abgedunkelt — ...“
(Herv. von mir).

Leider paßt es aber der „Pardon“
auch ins Bild, den Artikel von Rad-
datz, der ja im Kern auf die De-
m o n i e des bisherigen Bier-
mann-Bildes zielt, nur kritisch zu
hinterfragen bezüglich der Motive sei-
nes Autors, es jedoch bezüglich der
damit eng zusammenhängenden In-
halte zu unterlassen.

Und Biermann selbst . ?

Zu diesen Zeitungsartikeln hat Bier-
mann selbst nach meiner Kenntnis
bisher nicht öffentlich Stellung bezo-
gen. Ich selbst hatte jedoch vor kur-
zem Gelegenheit, anläßlich eines
Liedvortrages und einer Diskussion
mit Schülern seine wirklich authen-
tische Meinung — auch dazu — zu
hören (Die kommenden Biermann-
Zitate sind sämtlich nur ungenüß,
nicht wörtliche).

Seine Stimmung zu der „Zeit“-
und der „Spiegel“-Veröffentlichung
(„Pardon“ kam erst später raus)
könnte man als stinksauer und wü-
tend bezeichnen. Er meinte zu Rad-
datz: „An dem Artikel ist soviel wahr

wie am Rotwein, denn er nippte den
ganzen Abend nur an einem Oran-
gen-saft. Aber das schien ihm wohl zu
unpolitisch. Jedenfalls ist das, was er
als meine Zitate verkauft, eher seinen
Denkmustern und Interpretationen zu
verdanken als meinen tatsächlichen
Äußerungen“. Und für den „Spie-
gel“-Schreiber baute er nur die Äuße-
rung „Spiegel-Wischer“ ab. Er-
klärend fügte er — für die Schüler-
hinein: „Ihr dürft nicht glauben, daß
nur ‚Bild‘ läßt. Ihr müßt sehen, daß
diese bürgerlichen Schnurberlinge sich
täglich auch verkaufen müssen,
und wenn sie eben neuen Bier-
mann erfinden. So Vertreter
Wachmittel, Autos, Kosmetika usw.
verkaufen müssen, verkaufen die ihre
geistigen Waren in Form von Zeit-
ungsartikeln, die nicht deswegen
wahr sind, weil sie nicht im Lügen-
blatt ‚Bild‘ veröffentlicht werden. Die
Lügen, die verbreitet sind, sind eben
nur für Leser gemacht, die auf ‚Bild‘
nicht mehr reinfallen, Intellektuelle
z.B., deswegen sind die meist auch
geschickter, oder wie bei Raddatz in
pseudo-poetisches, unklares Gewäsch
verpackt. Sonst würden die Leser das
ja zu schnell merken. Und der Vor-
wurf, ich sei unpolitisch und stiller
geworden, rührt doch nur daher, daß
solche Leute nicht begreifen, was
politisch heißt. Glauben die denn im
Ernst noch all dem, was ich seit über
20 Jahren gemacht habe und mache,
ich könne ‚unpolitisch‘ werden? Das
ist doch nur ihr Wunschdenken als
Wirklichkeit!“

Zur Kriegsgefahr angesprochen
meinte er: „Ich arbeite gerade an
einem längeren Essay dazu, der dem-
nächst auch veröffentlicht wird. Da-
rin werde ich meine Position zu be-
schreiben versuchen. Und daß der
auch auch kritisch mit Positionen in
der derzeitigen Friedensbewegung
auseinandersetzt — Positionen, die
manchem Linken vielleicht nicht ge-

fallen werden — ist auch klar. Doch
ich schreibe ja nicht — und das habe
und werde ich auch nicht tun — um
jemandem zu gefallen, sondern was
ich meine. Und dann wird man sich
ja mit dem ‚unpolitischen‘ Biermann
auseinandersetzen können.“

Schließlich meinte er zur vielleicht
tieferen Motivation von Raddatz:
„Ich könnte mir vorstellen, daß an
dem ‚resignierten‘, ‚unpolitischen‘
und ‚ins Private zurückgezogenen‘
Biermann viele Linke meinen,
ihre eigene Problematik der Resigna-
tion usw. abarbeiten zu können, viel-
leicht in aufgeschwungener, protestier-
der Haltung oder in verständnisvol-
lem Eingehen. Beides halte ich für
gleich schlecht und geht doch am
Kern ihrer eigenen Probleme vorbei,
da sie ja verdrängt werden. Aber das
soll dieser Artikel wohl auch bezwe-
cken.“

Insgesamt scheint mir das, was
Biermann selbst sagt und tut, ein ge-
naueres und ehrlicheres Kriterium zur
Beurteilung seiner Person und seines
Wirkens zu sein als pseudolinks Arti-
kel eines Raddatz. Doch schlimm
finde ich nicht unbedingt, was dieser
Mensch auch aus subjektiven und ob-
jektiven Gründen heraus über Bier-
mann einfallen läßt — vorausgesetzt,
man kennt ein wenig die Motive
durch die Beschäftigung damit — als
vielmehr die Kolportage solcher Le-
gendenbildungen von Zeitungen, die
sich selbst als kritisch oder links be-
greifen, wie z.B. die „Pardon“, ohne
sich der Authentizität ihres Beweif-
führung vorzueigen zu haben.

So scheint sich das zu bewahrhei-
ten, was Biermann als Gefahr für
Linke angedeutet hat, wenn sie aus
ihrer eigenen Problematik heraus zu
leicht geneigt sind, solcher Legenden-
bildung auf den Leim zu gehen.

Ein Genome der Kulturkommission

Boykott gegen Nestlé-Produkte

Im Arbeiterkampf 206 berichteten wir über eine wissenschaftliche Studie aus Brasilien, die darlegte, welche verheerende Wirkung die Nestlé-Babymilch bei Säuglingen und Kleinkindern hat und welches Geschäft Nestlé dort mit der Unterernährung der Kinder in der dritten Welt betreibt. Inzwischen hat sich in Göttingen eine „Aktionsgruppe Babynahrung“ gebildet, die mit ihrem ersten Informationsschreiben aktiv wurde - „Flaschenpost“.

Wir meinen, daß die Arbeit dieser und der anderen zahlreichen internationalen Gruppen gegen den Multi-Konzern Nestlé noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat. So ist z.B. kaum bekannt, daß in 8 Ländern (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden) Nestlé-Boykott-Aktionen stattfanden. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Gründungsschreiben und aus der ersten Ausgabe der „Flaschenpost“. Die „Flaschenpost“ ist zu beziehen über: Aktionsgruppe Babynahrung, c/o Dritte Welt Markt, Lange Gerner Straße 32, 3400 Göttingen.

Kinderkommission / KB Hamburg

Liebe Freunde,

Göttingen, Juli 1981

Da der Babymilchskandal noch immer anhält und seit den Aktivitäten der Arbeitsgruppe für sozialökonomische Probleme (ASÖP, 1975-1978) keine Gruppe oder Organisation sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema befaßt, sehen wir es als dringend notwendig an, aktiv auf diesem Gebiet zu werden.

Als Mittel konkreter Öffentlichkeitsarbeit haben wir den Nestlé-Boykott gewählt; der Nestlé-Boykott wird bereits in mehreren Ländern organisiert (besonders erfolgreich in den USA). Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Boykott nach unseren Möglichkeiten zu koordinieren; im „Forum“, dem Organ der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen wollen wir regelmäßig über die Babymilchkampagne national und international berichten; weiteres deutsches Informationsmaterial produzieren und als Anlaufstelle für Informationen dienen.

James Grant, der Direktor der UNICEF, schätzt, daß jährlich 1 Million Säuglinge gerettet werden könnten, wenn sie gestillt worden wären und nicht mit der Flasche ernährt worden wären.

International gesehen ist in der Zwischenzeit eine Menge passiert: IBFAN (International Babyfood Action Network), eine internationale Vereinigung von Gruppen, die weltweit sich mit der Babymilchproblematik beschäftigen, wurde gebildet. Der internationale Nestlé-Boykott hat sich zu einem starken Druckmittel entwickelt. Im Mai 1981 wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein internationaler Kodex verabschiedet, der im wesentlichen den Forderungen der Nestlé-Boykottgruppen entspricht. So ist eine gute Basis geschaffen worden, mit der wir arbeiten können.

Bitte laßt uns bis zum 30. Oktober 1981 wissen, in welcher Form ihr den Boykott bzw. die Kampagne unterstützen wollt und könnt. Für Anfang Dezember 1981 planen wir an einem Wochenende ein Koordinierungstreffen hier in Göttingen, auf dem ein Erfahrungsaustausch stattfinden soll, weitere Einzelheiten und Informationen der Kampagne besprochen werden sollen etc.

Bitte unterstützt unsere Arbeit auch finanziell, da wir als lokale Kleingruppe noch nicht über große Summen verfügen. Für Anregungen und Informationen sind wir jederzeit dankbar.

der künstlichen Milch verwendet wird.

Absatzpolitik: unmoralische Methoden

Alle großen Kindernahrungsfirmen, besonders die multinationalen Konzerne, haben seit dem zweiten Weltkrieg beständig Werbe- und Verkaufskampagnen in unterentwickelten Ländern durchgeführt. Dabei bedienen sie sich häufig verantwortungsloser Methoden.



Kauft keine Nestlé Produkte!

Die Milchfirmen haben die Gesundheitsdienste mit Werbematerial überhäuft. Sehr oft sind die Wände von Gesundheitszentren und Krankenhäusern mit Plakaten bedeckt, die von Kindernahrungsfirmen gestiftet worden sind. Diese Plakate zeigen den Frauen lachende, wohlgenährte Babys, zumeist weiße Kinder, und daneben Dosen von Milchpulver oder Saugflaschen. Ähnliche Bilder zeigen auch die bunten Aufkleber der Milchpulverdosen. So wird bei den Müttern, die ähnliche Bilder zeigen auch die bunten Aufkleber der Milchpulverdosen. So wird bei den Müttern, die vielleicht schon ein paar unterernährte Kinder haben, der Eindruck erweckt, durch Flaschenernährung würden ihre Babys gesünder und besser ernährt.

Oder es wird den Frauen eingeredet, ihre eigene Milch sei nicht ausreichend, das Kind zu ernähren, was in der Regel ebenfalls nicht zutrifft. Außerdem erscheint vielen Frauen durch diese Art von Werbung die Saugflasche als Statussymbol, da sie in ihren Augen Fortschritt und Reichtum des Westens verkörpert. Und da die ihren Kindern natürlich am liebsten dasselbe bieten würden, wie die vergleichsweise reichen europäischen Frauen, greifen sie zur Saugflasche, obwohl sie es sich eigentlich nicht leisten können.

Volkswirtschaftlicher Aspekt

Flaschenernährung führt außerdem zu enormen volkswirtschaftlichen Verlusten. Sie beraubt das Land großer Mengen von Devisen, die für den Import dieses Produktes aufgewendet werden. „Für die gesamte Dritte Welt kann man die Kosten der vergeudeten menschlichen Milch an einem Tag 110 Mio Dollar veranschlagen, und die Verluste sind wahrscheinlich eher in den Milliarden“, sagt Alan Berg, Ernährungsbeauftragter der Weltbank. Solche Schätzungen enthalten nicht die medizinischen Kosten, die normalerweise für flaschenernährte Kinder zehnmal größer sind als für brusternährte.

Milchschwestern

Eine der heimtückischsten Methoden der Werbung und Verkaufsförderung ist diejenige der sogenannten „Milchschwestern“. Diese sind ausgebildete Krankenschwestern, die mit besseren Löhnen vom

Staatdienst abgeworben werden. Angeblich werden sie von den Milchfirmen angestellt, um die staatlichen Gesundheitsdienste bei der Kinderpflege zu unterstützen, sowie Hausbesuche zu machen. In Wirklichkeit besteht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, direkt oder indirekt den Verkauf des Produktes der jeweiligen Firma zu steigern.

In der Regel gelingt es ihnen, sich Zutritt zu Krankenhäusern zu verschaffen – sogar dort, wo die Hausordnung dies verbietet – und bei Müttern und Kinderschwestern Gattismuster zu verteilen. Beginnen die Mütter erst einmal wegen dieser Gattismuster mit der Flaschenernährung, versiegt meist recht schnell ihre eigene Milch und sie sind gezwungen, die Kinder weiter mit Pulvermilch zu ernähren.

Zahlreiche Firmen sind beteiligt, die wichtigsten sind NESTLÉ (Schweiz), COW & GATE (Großbritannien), GLAXO (GB), ABBOTT (USA), AMERICAN HOME PRODUCTS (USA), BRISTOL-MYERS (USA) und DUMEX (Dänemark). Der Anteil von NESTLÉ an der Babynahrung in Entwicklungsländern beträgt über 50%.

Muttermilch und Brusternährung

„Muttermilch ist die erste Fertig-nahrung. Sie muß weder gemischt, noch gewärmt, noch sterilisiert werden; es gibt auch nachher keine schmutzigen Töpfe oder Flaschen zu waschen; sie ist immer in ihren speziell entworfenen unzerbrechlichen Behältern verfügbar; dazu ist sie wirklich das nahrhafteste und Gesundeste auf dem Markt. Ein Traum für einen Texter.“ Mike Muller, „The Baby Killer“, England 1974

Mike Muller, „The Baby Killer“, England 1974

Schutzwirkung

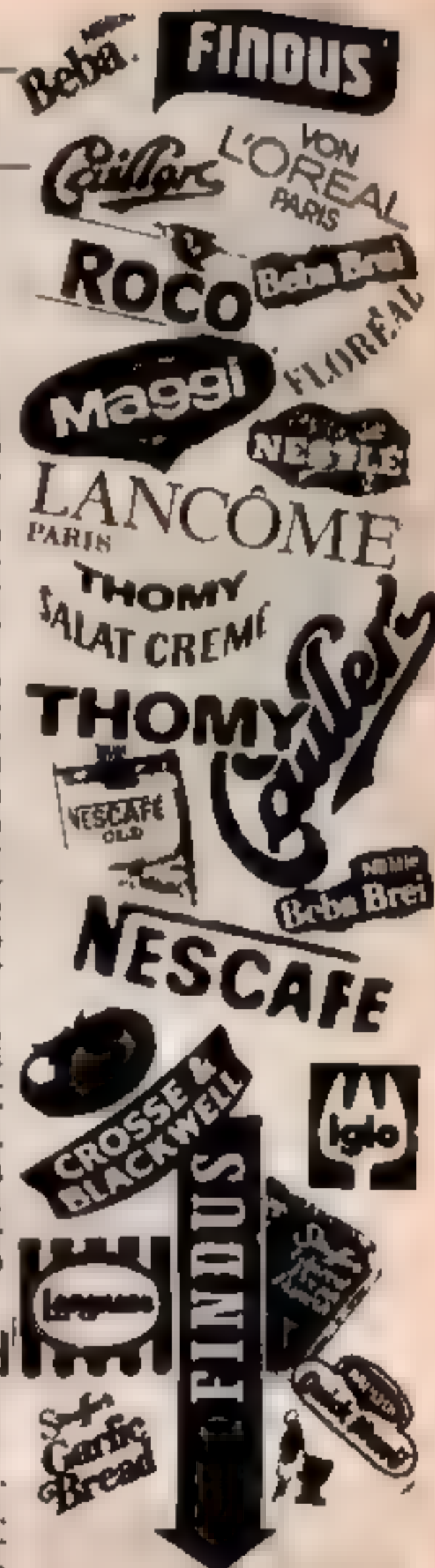
Besonders in Entwicklungsländern hängen viele frühkindliche Krankheiten mit Infektionen zusammen. Unterernährte Kinder werden hiervon am häufigsten betroffen. Daß Brusternährung eine beträchtliche Schutzwirkung hat, ist schon seit Jahrzehnten bekannt. Neuere Forschungen haben nun erwiesen, daß menschliche Milch anti-infektiöse Eigenschaften besitzt, da sie Immunstoffe enthält, die so von der Mutter auf das Kind übertragen werden. Die Schutzwirkung der Milch zeigt sich vor allem im Zusammenhang mit Darmerkrankungen.

Ernährung

Jede Säugermilch hat eine hochspezifische biochemische Zusammensetzung. Was menschliche Milch betrifft, ist der wichtigste der zahlreichen Unterschiede zur Kuhmilch der reiche Gehalt an jenen Nährstoffen, die für rasches Wachstum und Entwicklung von zentralem Nervensystem und Gehirn notwendig sind. Dieses Wachstum erfolgt in den ersten Monaten äußerst schnell und erfordert eine vollkommene Ernährung, die nur die Muttermilch gewährleisten kann. Trotz verschiedener Zusätze kann das Babymilchpulver niemals die volle Qualität der menschlichen Milch erreichen. Fast alle Mütter (95%) sind in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu stillen.

Empfängnisverhütung

Es besteht die traditionelle Meinung, daß zusätzliche Brusternährung eine empfängnisverhüllende Wirkung hat und damit die Planung der Kinderfolge beeinflußt. Dies wurde durch Untersuchungen bestätigt. Als Reaktion auf das Saugen



wird ein Hormon produziert, das den Eisprung aufschubt, so daß eine längere Geburtenabfolge erreicht wird. Dies stellt einen wichtigen Faktor zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums dar. In einer



„Für die Mutter ist es unbequem, ihr Kind so zu ernähren.“ („India Today“, August '80)

Worum geht es?

paar Wochen beschließt, daß sie sich die teuren Produkte nicht mehr leisten kann. Dann chaotisch die Flasche.

Worum geht es?

In den letzten Jahrzehnten kam es, bes. in den Ländern der Dritten Welt, zu einem Rückgang des Stillens und zu einer Zunahme von Durchfallerkrankungen und Unterernährung. Dies hat die Probleme der Kinderkrankheiten und Kindersterblichkeit beträchtlich vermehrt. Verantwortlich für die Änderung der Kinderernährungsgewohnheiten ist zu einem großen Teil der enorme Druck, den Firmen durch Verkaufsförderung, Werbung und Verbreitung von Pulvermilch in den Entwicklungsländern ausüben. Ohnehin herrscht dort schon die Vorstellung, daß die Ernährung mit Flaschenmilch, weil sie der westlichen Kultur entstammt, „modern“ und deshalb „besser“ sei.

Wie Flaschenmilch zu Tod und Unterernährung führt

Wirtschaftliche Gründe

Um Buchaentrockenmilch zu kaufen, ist Geld erforderlich. Wenn die Mutter von der Brusternährung auf Flaschenernährung übergeht, denkt sie nur selten daran, welche Summen nötig sein werden, das Kind viele Monate lang mit dieser Nahrung zu versorgen. Oft reicht dann das Geld nicht aus, um ständig wieder Trockenmilch zu kaufen. In der Regel wird dann die Milch immer häufiger mit Wasser gestreckt. So ist die Milch bald gefährlich verdünnt, und schwere Unterernährung ist die Folge!

Allzu oft führen die finanziellen Probleme auch dazu, daß die Familie aus Ratlosigkeit schon nach ein

paar Wochen beschließt, daß sie sich die teuren Produkte nicht mehr leisten kann. Dann aber ist die Milch versiegt, und die Mutter weiß nicht, wie sie mit dem Stillen wieder anfangen könnte.

Die künstliche Babymilch von Nestlé und anderen Konzernen ist für die arme Bevölkerung viel zu teuer. In Indien z.B. kostet diese Ernährung für einen Säugling im dritten Lebensmonat 22 Prozent des niedrigsten Einkommens, in Nigeria und Pakistan liegt der Prozentsatz zwischen 30% und 40%. Daß dieses Geld der Familie für andere wichtige Dinge, wie der Ernährung der Eltern und Geschwister verlorengeht, kann man sich leicht vorstellen.

Hygienische Gründe

Das wichtigste hygienische Problem ist die sorgfältige Pflege der Flasche und des Saugers. Meist haben die Frauen in den Ländern der Dritten Welt nicht die Möglichkeit, diese tiefen und enghalsigen Flaschen zu reinigen und zu sterilisieren, nicht genügend Brennmaterial, sauberes Wasser... Auch wissen sie nicht, welche Auswirkungen verunreinigte Milch oder verdorbene Milchreste haben können. So kommt es sehr häufig dazu, daß sich ein Beleg von alten Milchresten am Boden der Flasche, im Flaschenhals und innen im Sauger bildet – ein reicher Nährboden für eine Unzahl von Bakterien. Einige davon können schwere Gastroenteritis (Durchfall und Erbrechen) verursachen.

Die Hitze in den tropischen Ländern trägt weiterhin dazu bei, die Vermehrung der Bakterien zu beschleunigen. Quellen bakterieller Verschmutzung finden sich überall: an den Händen, durch Fliegen, am Boden und nicht zuletzt auch in dem Wasser, das zur Zubereitung

„Zitate aus der Dritten Welt“

Helen Ametrong, Säuglings-ernährungsberaterin aus Kenia, 10. September 1978

„Die Werbung der Milchpulverhersteller will auf mehr oder weniger subtiler Weise glauben machen, daß Muttermilch früher oder später nicht ausreicht... In Wirklichkeit geht der Vorrat an Muttermilch dann zurück, wenn schon früh Flaschenmilch und sonstige Babykost verabreicht wird. Die Konzerne wissen das auch sehr gut und betreiben ihre Werbung so, daß die Mutter zunächst Zweifel daran bekommt, ob ihr Milchvorrat ausreicht, und die Folge davon ist, daß dieser dann auch wirklich versiegt.“

Oberschwester, Penang, Malaysia, Juli 1978.

„Die Konzernkrankenschwestern kommen während der Besuchzeit, wenn jedermann Zutritt zu den Krankenstationen hat. Wie können wir sie daran hindern? Wir sind keine Polizisten.“

gen Kulturen ist es außerdem üblich, während der Stillzeit keinen Geschlechtsverkehr zu haben.

Nestlé-Boykott in den USA

Der internationale Nestlé Boykott, der inzwischen in 7 Ländern (USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden und nun auch in der Bundesrepublik) organisiert wird, ist in den USA am weitesten verbreitet.



Im Jahre 1977 hat INFAC (Infant Formula Action Coalition) dort zum nationalen Boykott auf. Die rasche Ausbreitung, die daraufhin folgte übertraf alle Erwartungen. Der große Durchbruch kam, als im November 1978 der amerikanische nationale Kirchenrat mit überwältigender Mehrheit den Nestlé-Boykott offiziell unterstützte.

Auch wenn Nestlé in den USA zweifellos wirtschaftlich getroffen wird, so macht sich der Konzern noch mehr Sorgen über sein Image, welches durch den Boykott erheblich angegriffen wurde. Nestlé bringt Millionen von Dollars auf, um gegen den Boykott zu arbeiten. Zum Beispiel schickte Nestlé sämtlichen Pfarrern (300.000) in den USA ein "Informationspaket", bevor der nationale Kirchenrat den Boykott offiziell unterstützte. Einige von ihnen lud man zu einem Seminar in die Schweiz ein, um sie von der Unterstützung des Boykotts abzubringen.

Nestlé beauftragte eine der größten Public Relation Gesellschaften (Hill & Knowlton) gegen die Boykottbewegung zu arbeiten.

In einem anerkannten Wirtschaftsmagazin (Business International Magazine, 17.10.1980) wird der Nestlé-Boykott als der bisher verheerendste Angriff auf die Industrie bezeichnet.

Was tun die Staaten der Dritten Welt?

In einigen wenigen Ländern der Dritten Welt beginnen sich die Regierungen gegen die Praktiken der Kindernahrungshersteller zu wehren.

So hat Algerien die Einfuhr von Kindernahrungsmitteln verstaatlicht, Brasilien hat im März 81 die

- menarbeit können sein:
- Kirchengemeinden
- Dritte Welt Gruppen
- Frauengruppen
- Jugendgruppen
- Krankenschwestern, Ärzte
- Lehrer, Schüler

Öffentlichkeitsveranstaltungen mit dem Film "Flaschenkinder" oder der Diasserie "Babynahrung für Untermehrung" Aktionen vor und in Geschäften (Flugblätterverteilung, Theaterspiele, Infostand etc.) Petitionstapen und Postkartenaktionen Sammeln von Informationen über Werbung künstlicher Babymilchprodukte in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik (Fragebogen und Richtlinien bei uns erhältlich) Unterstützung von Stillgruppen in der Dritten Welt und in der Bundesrepublik (weitere Informationen im Aktionsleitfaden)

Chronik der Ereignisse

- im 1970 Erste wachsende Stimmen von Mütterinnen vor der Saugflasche und zur den Werbestrategien der Milchfirmen in der Dritten Welt.
- ab 1970 ein Dialog mit den Kindermilchfirmen führt nur zu hochgradigen Abwehrhaltungen, während die Mütterinnen gleichzeitig ihre Werbestärke bei sich nach vorn stellen.
- Februar 1974 Publikation des Rapports "The Baby Bottle" durch "We're an Infant in a World of Adults".
- Mai 1974 Die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern überreicht "The Baby Bottle" und veranlaßt die UNICEF, die WHO und die WHO die Werbung für künstliche Babymilchprodukte in der Dritten Welt zu untersuchen.
- Juni 1974 Nestlé macht in Bonn Schulung wegen einer Veranstaltung gegen die AG Dritte Welt Bern an.
- Winter 1974 In den USA beginnt die International Campaign for Corporate Responsibility (ICCR) gegen Nestlé mit einer Kampagne, die Mütterinnen in der Dritten Welt zu unterstützen.
- November 1975 Die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern überreicht "The Baby Bottle" und veranlaßt die UNICEF, die WHO und die WHO die Werbung für künstliche Babymilchprodukte in der Dritten Welt zu untersuchen.
- 1976-1977 Die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern überreicht "The Baby Bottle" und veranlaßt die UNICEF, die WHO und die WHO die Werbung für künstliche Babymilchprodukte in der Dritten Welt zu untersuchen.
- Juni 1978 Nestlé stellt drei ihrer vier Anwälte für den Berner Prozeß zurück. Die Mitglieder der AG Dritte Welt werden daraufhin in 300 Franken Buße verurteilt.
- 1977 Die Infant Formula Action Coalition (INFAC) wird in den USA gegründet und organisiert einen nationalen Nestlé Boykott.
- 1978 Auf einer von der WHO und UNICEF veranstalteten Konferenz in Genf werden Empfehlungen zur Einschränkung der Werbepraktiken der Kindernahrungsmittelhersteller verabschiedet, die mit der Bitte an die WHO diese Empfehlungen in einen internationalen Babyernährungscode einzugießen.
- 1980 Gründung von IFAN (International Federation of Action on Nutrition) IFAN veröffentlicht einen 1980 (1982) veröffentlichten Code der Empfehlungen von der WHO mit überwältigender Mehrheit.
- ab 1979 Beschreibungen der Industrie einen schwachen Code zu erreichen.
- Mai 1981 Verabschiedung eines internationalen Babyernährungscode (als Empfehlung von der WHO mit überwältigender Mehrheit).

Quellenangabe: Jane Collingham "Road to the World" IFAN NEWS "Export" Informationen gegen Mütterlichkeit von der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern

Kurzmeldungen

Bundeskriminalamt speichert Fingerringe von Kindern? Wieder ein Kind in U-Haft

"Zigeuner schicken ihre Kinder immer häufiger auf Diebstöße", heißt die Schlagzeile im Springer "Hamburger Abendblatt". Ganz im altbewährten Stil wird von einer Gruppe Sinti-Kinder berichtet, die angeblich Einbrüche begangen haben sollen: "Die Kinder werden mit einem oder mit zwei Wagen in die Stadtteile gebracht, wo Einbrüche verübt werden sollen. Die Beute müssen sie sofort bei den in einer Nebenstraße wartenden Eltern abliefern". Und da es gut in die Geschichte paßt, werden auch gleich alle "100 Wohnungseinbrüche", die im August registriert wurden, auf ihr Konto geschrieben.

Und da eine "ausbruchsmächtige Unterbringung" wegen der Abschaffung der geschlossenen Heime nicht möglich war, steckte der Richter das älteste Sinti-Mädchen (15 Jahre) einfach in Untersuchungshaft. In bedauerndem Ton stellt Schmeiser-Journalist Holger Bauer fest, daß die anderen Kinder noch zu jung sind, um sie einzukerkern, da "normalerweise" die "Eltern peinlich genau darauf achten, daß ihre Kinder, die sie zum Stehlen schicken, noch nicht 14 Jahre alt sind", denn "erst danach sind sie strafmündig". Die "Identifizierung" der Kinder ist indes höchst aufschlußreich: "Nur mit Hilfe von Fingerringen, die beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden gespeichert sind, gelingt die Identifizierung der jugendlichen Einbrecher" ("Abendblatt", 16.9.).

Mit dieser 15jährigen sitzen bereits 11 Kinder in U-Haft. Es wird immer eindeutiger, daß die Auflösung der "geschlossenen Anstalten" nichts anderes als eine Sparmaßnahme war, denn praktisch fehlt es so aus, daß die Kinder und Jugendlichen in Ermangelung anderer Alternativen einfach ins Gefängnis gesteckt werden. Senat und Justiz können sich darauf berufen, daß es keine anderen Möglichkeiten gebe.

Kinder-Steckbrief

Nürnberg Polizei und Justiz sind schon wieder im Grunde gekommen. Sie haben Fahndungsfotos von vier Zigeuner-Kindern im Alter zwischen zehn und 13 Jahren, die bei einem Einbruchdiebstahl festgenommen worden waren, an die Presse. Die Staatsanwaltschaft hoffte dadurch Hinweise auf vermutete andere Straftaten der vier zu bekommen. In der "Nürnberger Zeitung" erschienen die Bilder dann unter der Überschrift "Zigeuner-Kindern im U-Haft".

men. In der "Nürnberger Zeitung" erschienen die Bilder dann unter der Überschrift "Zigeuner machen Nürnberg unsicher". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Lutz, der die Herausgabe der Kinderfotos als "skandalöses Verhalten" kritisierte, stieß bei den Behörden auf völliges Unverständnis. Wilhelm Peter, Leiter des Präsidialbüros im mittelfränkischen Polizeipräsidium, vertrat die Ansicht, "daß den Kindern keinerlei Schaden zugefügt wurde, weil sie ohnehin nicht in Nürnberg sesshaft sind". Justizsprecher Klaus Kastner meinte, die Kinder könnten ja über "ihre gesetzlichen Vertreter auf zivilrechtlicher Ebene klagen". Und Bayerns Innenminister Gerold Tandler fand, "daß die aufzuklärenden Taten nach Art und Umfang ungewöhnlich genug sind, um die ergriffenen Ermittlungsmethoden zu rechtfertigen" (aus "stern", 20.8.81).

Schlechte Noten für Kriegsgegner

In bayrischen Schulen wurde eine wohl bisher einmalige "Frühberkennung" von Verfeindungsfeinden und Pazifismustätern eingeführt, denen auch zugleich bei Abiturabschluss eine handfeste Disziplinierung verabreicht wird. Und das geht ganz einfach, wie die bayrische Landeskinderververtretung berichtet. Ohne einen Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) würden "die bayrischen Schüler gezwungen, wenn sie ein gutes Abitur schreiben wollen, für Formidoz, Mittelstrickenketten und Atomwaffen in der Bundesrepublik einzutreten".

Für den Leistungskurs Sozialkunde wurden beim diesjährigen Abitur Fragen zur "Sicherheitspolitik" gestellt, die aus der Bundeswehrzeitschrift "Informationen für die Trup-

pe" entnommen waren. Die Theorie "Kriegsvermeidung durch wechselseitige Abschreckung" wird in dem Prüfungstext wie folgt begründet: "Die Logik dieser Abschreckung beruht nicht mehr auf der Fähigkeit zur erfolgreichen Verteidigung. Stattdessen handelt es sich um eine 'Abschreckung durch Bestrafung'. Damit ist gemeint, daß beide Seiten wenn es zu einem (nuklearen) Krieg kommt, mit einer 'Bestrafung' durch unvorstellbare Verwüstung im eigenen Land ... zu rechnen hätten" ("Frankfurter Rundschau", 21.9.).

Die Prüfungsfragen waren dann auch entsprechend gehalten: "Beschreiben Sie die Situation der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf das im Text dargestellte moderne Verteidigungs- bzw. Abschreckungsverständnis, und zeigen Sie Konsequenzen auf, die sich daraus für Ihre Verteidigungspolitik ergeben!" (FR, siehe oben).

Die Selektion und indirekte Disziplinierung von Kriegsgegnern und aktiven Schülern in der Friedensbewegung erfolgte mittels der "Hinweise zur Korrektur und Bewertung der Abiturprüfung in Sozialkunde als Leistungskursfach", versehen mit dem Vermerk "Nicht für den Prüfung bestimmt". Folgende Antworten waren nach dem offiziellen Bewertungskatalog den bayrischen Schuloberen genehm und wurden entsprechend gut bewertet.

"Notwendigkeit der Einbindung in ein militärisches Bildungssystem, Abhängigkeit von einer Großmacht mit entsprechenden nuklearen Abschreckungskapazitäten (USA), Anstreben einer zuverlässigen Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das Abschreckungskonzept der Großmacht USA, Vorverpflichtung, Interesse an der Stationierung zahlreicher Truppen aus dem Bündnis in der Bundesrepublik Deutschland, Interesse an der nuklearen Präsenz der USA in der Bundesrepublik Deutschland".

Fielen die Antworten entsprechend unbefriedigend aus, gab's schlechte Noten. Vielleicht sitzt ja sogar in der Prüfungskommission bereits ein Führungsoffizier der Bundeswehr? Unlogisch wäre es nicht. Vielleicht werden ja auch bald die verteidigungspolitischen Ansichten der CSU zur Pflichtlektüre an den bayrischen Schulen, wie damals bei Straußens Gedinnungsfreund ...

Die Schülervertretung kommentierte die vom Kultusministerium in München erwarteten Antworten bei den Abiturarbeiten so: "Wer nicht für die Aufrüstung ist, kriegt schlechte Noten".

Kinderkommission/KB Hamburg oh selig -- oh selig

Kinderkommission/KB Hamburg oh selig -- oh selig ein Kind noch zu sein



Aus dem Inhalt:

- Gemeinsamer Artikel von den Kindergruppen "Rübe", "Kinderladen", "Wahlmännchen", die das Altersspektrum von 1 - 6 Jahren umfassen, über ihre pädagogischen Grundlagen.
- Selbstdarstellung über Erfahrungen und Schwierigkeiten jeder Gruppe.
- Analyse der Kindergartensituation in Lüneburg.
- Sparmaßnahmen an Kindergärten im Landkreis.
- Lüneburg - Stadt mit Herz für Unternehmer. Wo das Geld hingehört und welche sozialen Selbsthilfegruppen von Sparmaßnahmen der Stadt betroffen sind.
- Stellungnahmen anderer Gruppen, u.a. über die Situation des Kinderhauses Lüneburg.
- Kinder im Straßenverkehr ein Beispiel aus Lüneburg.
- Die Broschüre enthält aber 30 Fotos und kostet 3 DM. Sie wird im Hexenhäus, Khrse, Baby-Second-Hand-Shop, Bücherstube Rote Straße verkauft.
- Bestellungen über Karl Spannig oder Bettina Kuntzel, Hundenburgstr. 96 2120 Lüneburg, Tel. 04131/3 19 51

YOU HAVE ONLY ONE START TO YOUR LIFE

Wahrscheinlich, die best verfügbare in Natur und gut in die eine Mutter's breast milk, and breast feeding should be the preferred feeding of all times. However, some mothers cannot do well and breast feed. Their infants will demand the best possible start to life.

... and ENFAMIL can provide this start.

IT MUST BE THE VERY BEST START YOU CAN GET

ENFAMIL

CLOSEST TO MOTHER'S MILK

To provide all essential nutrients in amounts adequate for the rapid brain development in the first six months of life, and as a healthy growth characteristic.

Norddeutsche Affinerie Hamburg: SPD-Betriebsräte gefährden Umweltschutz

Als im Sommer 1975 Dr. Schwarz vom Hygienischen Institut auf der Veddel erklärt, daß die Norddeutsche Affinerie seit 14 (!) Jahren die Grenzwerte für Schwefeldioxid überschreitet, läßt der sozialdemokratisch geführte Betriebsrat in einem Leserbrief an die Wilhelmsburger Zeitung erklären: „... daß leichtfertig und verantwortungslos, ja sogar mit Panikmache, 400 bis 500, event. 3.700 Arbeitsplätze, von Dr. Schwarz vom Hygienischen Institut mit Hilfe der Presse und den noch im Hintergrund befindlichen Politikern (?) auf's Spiel gesetzt werden sollen.“

Und weiter: „... der Betriebsrat und die Belegschaft werden es nicht zulassen, daß die Norddeutsche Affinerie ein zweites Reynolds (!) wird, nur weil es einigen Herren oder Umweltschützern in den Kram paßt.“

Desweiteren läßt der Betriebsrat verlauten, daß sich die Rentner und Betriebsangehörigen, die auf der Veddel wohnen, „bester Gesundheit erfreuen“.

Auf die Kritik des SPD-Juso-Ortsausschußmitgliedes Beyer, daß sich der Betriebsrat die Argumentation der Konzernleitung zu eigen macht, kontert der BR in der Wilhelmsburger Zeitung u.a. damit, daß Beyer „... nicht in derartig vorsintflutliche Klassenkampfparolen verfallen ...“ sollte. Und im Veddeler „Lokalboten“ gipfelte die Demagogie gegen das Juso-Mitglied in der Aussage, „... wer die Unternehmer angreift, greift auch die Betriebe an und setzt somit die Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel.“

In gleicher Weise ziehen die Betriebsräte gegen ihren SPD-„Genossen“, den Umweltsenator Curilla zu Felde, als dieser — nach einer Schwermetalluntersuchung in verschiedenen Hamburger Stadtteilen — bei der erhöhte Giftwerte in den Haaren festgestellt wurden — die Norddeutsche Affinerie als möglichen Um-

weltverschmutzer darstellt. Der stellvertretende BR-Vorsitzende Krenning (SPD) von der IG Chemie läßt über das Springer-Blatt „BILD“ verlauten: „Was Curilla betreibt, ist Brunnenvergiftung und unverantwortliche Panikmache, die zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen kann“ (14.2.79). Und: „Wenn er (Curilla) etwas gegen Großbetriebe hat, soll er das offen sagen.“

Bei dem jüngsten Umweltskandal hält sich der Betriebsrat in der Öffentlichkeit gänzlich zurück. Diese Zurückhaltung geht gar so weit, daß der Betriebsrat sich auf zwei Betriebsversammlungen ausschweigt, wo er früher keine Gelegenheit ausließ, für Arbeitsplätze und gegen Umweltschutz zu werben. Über diesen „Sinneswandel“ sollte man sich nicht täuschen lassen, denn die gleichen Betriebsräte ziehen heute intern auf gewerkschaftlichen Sitzungen gegen die Umweltschützer zu Felde. Da werden die Umweltschützer als reisende „Politrocker“ diffamiert, Behörden und Wissenschaftlern Unkenntnis bescheinigt und die Affi als die wehre Umweltschützerin verkauft.

Da die Standpunkte der rechten SPD-Betriebsratsmafia selbst im Widerspruch zur sozialdemokratischen Umweltpolitik (zu den Umweltschützern sowieso) steht, tun die Umweltschützer gut daran, den Betriebsrat zu öffentlichen Stellungnahmen zu zwingen, um die Widersprüche auch innerhalb der SPD zu verschärfen.

Der jetzt laufende Umweltskandal bietet dafür besonders gute Möglichkeiten, da er gegenüber sonstigen Skandalen nicht von kurzer Dauer ist, sondern seit über einem Jahr unvermindert anhält. Der Betriebsrat sollte auch schon deshalb Ansprechpartner sein, da Umweltschutzmaßnahmen nach dem Betriebsverfassungsgesetz mitbestimmungspflichtig sind (§§ 89, 91).

Mehrere Kilogramm hochgiftiger Schwermetalle werden täglich von der Norddeutschen Affinerie (NA) in den der Elbe fließende vorgelagerten Müllgrubenburger Kanal geleitet.

Nach einer Untersuchung von Wissenschaftlern der Hamburger Universität (Umweltschutzgruppe „Physik u. Geowissenschaften“) fließen aus einem (!) Abfluß der über 100 Rohre täglich rund 10 Kilogramm Cadmium und 20 kg Zink. Der Cadmium-Wert (1mg/l) lag damit 5.000 mal höher, als in der ohnehin schon vorbelasteten Elbe. Schlammproben ergaben ähnlich hohe Werte. Als die Behörde Strom und Hafenbau diese Werte befragt, entsteht bei der NA hektische Betriebsamkeit. Der Leiter des Werkes, Kappell, läßt nach ersten Presseberichten erklären, daß sein Werk sich nicht außerhalb genehmigter Grenzwerte befinde. Demgegenüber erklärte der leitende Baudirektor des Strom- und Hafenbau, der bis Juni

81 für die Gewässerüberwachung zuständig war, daß seine Behörde „auf maximal 1 Kilo Cadmium pro Tag“ komme, jedoch sei „ein Kilo pro Tag zuviel, im Kühlwasser dürfe überhaupt kein (!) Cadmium sein. Die Affi solle der Ursache nachgehen“ (Hamburger Abendblatt, 10.10.80).

Einem gleichlautenden Artikel der Hamburger Morgenpost, wüßte die Geschäftsleitung der Affi vor, die „journalistische Sorgfaltspflicht“ verletzt zu haben bzw. „trotz eines entsprechenden telefonischen Kommuniqué (sic) eine tendenziell irreführende Nachricht verbreitet worden, mit der eine unnötige Brunnenvergiftung der Öffentlichkeit erreicht wurde“.

Im selben Schreiben (vom 14.10.80) versucht die NA die Redaktion der Morgenpost damit zu beruhigen, daß „selbst im Trinkwasser die Richtwerte der EG einen mehr als doppelt so hohen Wert, nämlich 5 mg/l Zink“ zuläßt. Ähnlich wird mit dem Wasser-

haushaltsgesetz-Entwurf gewedelt, unter deren Werten die Affi bei Cadmium bleibe.

Ende Oktober des gleichen Jahres kommt dann die aufstrebende Meldung, das nunmehr durch ein neu installiertes Sielsystem, die Gefahr weiterer Schwermetalleinträge gebannt sei (Mopo, 30.10.80).

Die Umweltschutzgruppe „Geo-Physik“ wollte Näheres wissen und stellte bei weiteren Messungen fest, daß die Schwermetalleinträge zugenommen (!) haben (Mopo, 11.12.80). Die Affi läßt daraufhin erklären, dies seien Restverschmutzungen durch die Baufälligkeit. Als im Januar 1981 die Sielarbeiten vorerst abgeschlossen sind, haben sich die Werte kaum reduziert. Im Gegenteil: Zusätzliches Gift wie Quecksilber werden bei den Analysen entdeckt.

Und als im Februar 1981 die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg ein generelles Verkaufsverbot für in der Elbe gefangenen Fisch erläßt, ist das Maß voll

Die Blockade
Am 16. März blockieren Elbfischer und Umweltschützer, rund 40 an der Zahl, für zwei Stunden die Einfahrt der Norddeutschen Affinerie auf der Hovestraße. Durch diese Blockade wird ein Gespräch mit der Geschäftsleitung erzwungen.

In dem Gespräch mit den Elbfischern erklärt das Vorstandsmitglied Berndt, daß die wasserrechtlichen Genehmigungen aus dem Jahre 1950 (!) stammen und damals Cadmium noch nicht bekannt gewesen sei. Und auf das Problem Quecksilber (die Elbfische weisen zu hohe Quecksilberwerte auf) angesprochen, teilt die Affi in ihrer Stellungnahme mit, daß dies „tatsächlich

unbegründet“ sei. Wörtlich: „Spuren des Quecksilbers, die in den Rohstoffen — diese liegen offen auf dem Werksgelände — auftreten, werden in Gasreinigungsanlagen abgeschieden und in Form quecksilberhaltiger Schlämme in Sonderdeponien geordnet eingelagert.“

Die Betriebsversammlung

Auf der am 14. Mai stattfindenden Betriebsversammlung versucht das Vorstandsmitglied Kartenbeck, gleichzeitig Arbeitsdirektor, die Blockade-Aktion ins Lächerliche zu ziehen. Die von der NA empfangene Delegation hätte nur aus einem Elbfischer und 8 Studenten bestanden. Wörtlich: „Die Verdrängung der Fischer ist durch das Verbot der Gesundheitsbehörde entstanden, quecksilberhaltige Fläche zu verkaufen. Diese Gruppe vermutet nun, daß die Norddeutsche Affinerie Quecksilber emittiert sei...“, was natürlich nicht stimmen würde.

Als die Aktion der Elbfischer als verständliche Reaktion in Schutz genommen wird und die Frage nach brennender sei... „was hat er sich nicht vorstellen“.

Als die Aktion der Elbfischer als verständliche Reaktion in Schutz genommen wird und die Frage nach den Belastungen der Abwässer durch Cadmium auftaucht, wird die Versammlung hektisch.

Kartenbeck erklärt, daß lediglich im Einlauf 40 der Grenzwert für Cadmium überschritten (!) worden sei und kontert mit den gleichen Vorwürfen (verzerrte Darstellung etc.) wie gegenüber der Presse. In dieser angeheizten Stimmung kommen weitere Wortmeldungen, die den Redner in Schutz nehmen und die Kritik ausbauen.

So hatte sich Kartenbeck in seinem Bericht zur Lage des Werkes über die Forderung der Behörde nach zusätzlichen Filtern für einen Anodenschachtel wie folgt geäußert:

Chronik der Umweltskandale

1961: Einen Munterprozeß strengen 31 Bauern aus Moorloot an, in dem sie von der Affi 120.000 Mark Schadenersatz fordern, weil Schwefeldioxid durch Luftfeuchtigkeit sich als schweflige Säure auf deren Gemüesfelder niederschlägt und die Ernte vernichtet.

Das Gericht spricht den Bauern dreiviertel der genannten Summe zwei Jahre später zu. 1972: Am 3. Oktober ziehen Schwefeldioxid-Schwaden bis in den 20 Kilometer entfernten Stadtteil Hamburg-Altona. Ein Meßinstrument hatte falsch angezeigt. Die Katastrophe bleibt aus, da in der fraglichen Zeit kein Niederschlag fällt, der die Giftgase in einen Sturmniederschlag verwandelt hätte.

1975: Dr. Schwarz vom Hygienischen Institut erklärt gegenüber Kommunalpolitikern, daß die Affinerie seit 14 (!) Jahren die Grenzwerte für Schwefeldioxid überschreitet. In Rothenburgsort (benachbarter Stadtteil) ist die SO₂-Konzentration doppelt so hoch, wie der erlaubte Grenzwert. In einigen Fällen kann das Meßgerät die Werte nicht mehr anzeigen.

1977: Es werden erstmal Messungen mit einem Zeppelin über der Affi gefertigt. Von den Ergebnissen erfährt natürlich niemand etwas.

1979: Im Februar '79 kommt die Affi wieder ins Gerde. Umweltsenator Curilla erklärt die Affinerie zum möglichen Umweltverschmutzer, als die Auswertung einer „Giftstudie“ über die Schwermetallbelastung bekannt wird. Der Betriebsrat wüßte Curilla „Panikmache“ vor. 1980: Der Abwässerskandal beginnt.

„Wir haben gegen diese Forderung der Behörde Einspruch eingelegt, da diese nicht dem heutigen Stand der Technik gerecht wird. Durch solche Forderungen entsteht die Gefahr, daß technologischer Fortschritt durch formalen Einspruch behindert bzw. die Errichtung neuer Anlagen erschwert wird. Wir sehen in der Haltung der Behörde eine ernste Gefährdung zukünftiger Investitionen“ („NA-Intern“, Werkstatt, Juni '81).

Auf die Frage wie sich dies mit der Äußerung verträglich, die Affi erfüllt die ihr gemachten Umweltauflagen, erklärt Berndt: Im Normalbetrieb könne man die von der Behörde gemachten Auflagen einhalten, jedoch seien Störfälle — durch Schäden an den Filtersäcken — nicht auszuschließen.

Im weiteren Verlauf der Debatte machte die Geschäftsleitung die DDR für die Elbverschmutzung verantwortlich. Auch hier wurde prächtig mitgehalten. So wurde unter Anführung der zwei Tage zuvor gelaufenen Fernsehsendung „Panorama“ (die Affi wurde reichlich erwähnt) über das Zustandekommen solcher einseitigen Meßergebnisse berichtet. Während bei Schnackenburg an der Grenze zur DDR, laufend Wasserproben entnommen worden und auf ihre Güte hin überprüft worden, wurden in Hamburg oder Cuxhaven nur Stichproben genommen, weil kontinuierliche Messungen zu kostspielig seien. Lediglich ein Kollege, bei fünf Wortmeldungen, unterstützte die Argumente.

Fortsetzung nächste Seite

Paragrafen des Betriebsverfassungsgesetzes von

— § 91: „Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der

Paragrafen des Betriebsverfassungsgesetzes von 1971, die den Umweltschutz betreffen:

— § 87 Absatz 7: „Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen: Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften.“

— § 88 Absatz 1: „Durch Betriebsvereinbarungen können insbesondere geregelt werden zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Gesundheitsschädigungen.“

— § 89 Absatz 1: „Der Betriebsrat hat bei der Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren die für den Arbeitsschutz zuständigen Behörden, die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie sich für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung im Betrieb einzusetzen.“

— Absatz 2: „Der Arbeitgeber und die in Absatz 1 genannten Stellen sind verpflichtet, den Betriebsrat oder die von ihm bestimmten Mitglieder des Betriebsrates bei allen im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz oder der Unfallverhütung stehenden Beschäftigungen und Fragen hinzuzuziehen. Der Arbeitgeber hat dem Betriebsrat unverzüglich die den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung betreffenden Auflagen und Anordnungen der in Absatz 1 genannten Stellen mitzuteilen.“

— § 91: „Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufes oder der Arbeitsumgebung, die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich der Belastung verlangen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die Eingangsstelle. Der Spruch der Eingangsstelle erzwingt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.“

Desweiteren sind Betriebsänderungen nach § 111 mitbestimmungspflichtig, sowie die Gestaltung des Arbeitsablaufes (§ 90).

Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900

— § 120a Absatz 1: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur (!) des Betriebes gestattet.“

— Absatz 2: „Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.“

Weitere Gesetze wie die „Arbeitsstättenverordnung“, das „Raumordnungsgesetz“ und einschlägige Strafvorschriften nicht zu vergessen.



Die Umweltschutzgruppe „Geo-Physik“ entnimmt Schlamm- und Wasserproben

Fortsetzung von vorh. S.

mentation nach der Elbverschmutzung durch die DDR.

Bei ihren Ausführungen wies die Geschäftsführung auf den Bericht der ARGE-Elbe und stellte für die nächste Ausgabe der Werkzeitung einen detaillierten Bericht in Aussicht. In der kurz darauf erscheinenden Werkzeitung las sich das so: „Der Grund für die deutliche Abnahme der Schwermetallgehalte des Elbediluviums im Bereich der Hansestadt Hamburg liegt in der vielfältigen Verzweigung der Elbwasserführung und den dadurch bedingten günstigen Abflussbedingungen (in gleicher Weise werden so die hohen Werte des Schlammes im Müggelburger Kanal begründet) für den von der Oberelbe mitgebrachten Schlamm. Da die Schlammablagerungen aus verkehrstechnischen Gründen regelmäßige Aushagerungen im gesamten Itzfeengebiete erforderlich machen, wirkt der Hamburger Hafen letztlich als Reinigungsstufe für die vorbelastete Elbe.“

Der Hamburger Hafen ist nach Meinung der Affi-Kapitalisten das Klärbecken der DDR.

Die Vertrauensleutsetzung

Von der Debatte sichtlich überrascht, verließ es der Betriebsrat — auf drei Viertel Mitglieder der SPD — auf der Betriebsversammlung hierzu Stellung zu nehmen.

Doch wollte man diese Kritik an der Umweltpolitik der NA so nicht stehen lassen, und setzte das Thema „Gefährdet der Umweltschutz Arbeitsplätze?“ auf die Tagesordnung der nächsten Vertrauensleutsetzung, zu der als Gastreferent Gerd Albracht von der Hauptverwaltung Hannover Abt. Umweltschutz — eingeladen wurde. Albracht schilderte am Beispiel Anbau und Quecksilber die konkrete Gefährdung der Kollegen im Betrieb und forderte den Betriebsrat auf, mehr Informationen über die gesundheitlichen Folgen im Umgang mit solchen Schadstoffen zu geben. Ferner müsse seiner Meinung nach der Umweltschutz in die Wachstumpolitik der Umweltschutz in die Wachstumpolitik mit eingebaut werden und in Sachen Umweltschutz mehr Verantwortung übernommen werden, damit dies nicht anders tun.

Interessant war die Tatsache, daß im Fall Boehringer Hamburg (berühmt wegen seiner HCH-Produktion) ein — man böse und steine — Stillelegungsbescheid des Hamburger Senats in der Schublade gelegen habe, den aber die IG-Chemie in letzter Sekunde, zur Sicherung der Arbeitsplätze, verhindert hat. War auf der Betriebsversammlung in punkto Betriebsratsmeinung Sendepause, zogen in erster Linie die freigestellten BR-Mitglieder (SPD-ler) vom Loder. Da waren plötzlich die Politiker die Alleinschuldigen, da sie schließlich die Industrie angesiedelt hätten. Die Affi selbst habe in den letzten 10 Jahren über 80 Millionen Mark für den Umweltschutz ausgegeben und deshalb dürfe es keine Kritik an deren bisheriger Praxis geben.

Neben den Vertretern der Behörde wurde den Wissenschaftlern Unkenntnis bescheinigt, da sie „einfach daher kommen, irgendwo Stichproben und unglaubwürdige Daten noch ungeprüft in der Presse (wie schrecklich) verbreiten können“. Und schließlich sollten die Umweltschützer gleich sagen, daß sie den Betrieb schließen wollen, das wäre ehrlicher.

In die gleiche Kerbe haute der BR-Vorsitzende Benno Oldach. So sprach er von den relativ guten Werten der ARGE-Elbe, deren Meßdaten bei genauerem Hinsehen (bitte Brille putzen) gar nicht so schlecht ausseihen. Zwar sei es mit der Luft bei der Affi nicht zum besten bestellt, in punkto Abwasser sei die Affinerie aber kein Umweltverschmutzer.

In dem richtigen Timing stellte das nächste BR-Mitglied (ebenfalls Marke SPD) die Dummlichkeit der Behörde dar. Sie habe die Laserkanone auf dem Aschberg (sie war gegenüber dem neuen Werk installiert worden), die die Umweltschmutzung messen sollte, abbauen müssen, da die Meßwerte durch die dazwischenliegende Autobahn verfälscht würden. Jetzt habe die Behörde nicht einmal den Mut, dies zuzugeben.

Dummdreist wurden die Umweltschützer als „Politrocker“ dargestellt, „die die Politiker in eine bestimmte Richtung drängen wollen (genau)“ und „mal vor der Affi, mal auf der Elbe und mal in Brokdorf“ zu finden sind.

Und in Brokdorf darf natürlich kein anständiger Umweltschützer gewesen sein, sonst hat er bei dieser Sorte von Sozialdemokraten verhasst. Der Betriebsrat bot aber an, daß jeder Wissenschaftler in den Betrieb kommen könne, um dort Messungen zu machen.

Mitte die Genehmigung für den Zutritt auf das Affigelände beim Betriebsrat einholen.

Die Reaktion der Affi

Die zunehmende Kritik in der Öffentlichkeit an den Schwermetallemissionen der Affi hat die Kapitalisten zu einigen sofortigen Schönheitskorrekturen gezwungen. So wurden innerbetrieblich mehrere kleine Straßenkehrmaschinen angeschafft, mit denen fortan regelmäßig um die Seile geputzt wird, um nicht zu viel Schwermetalle in die Abflüsse gelangen zu lassen.

Desweiteren wurde im neuen Werk Ost ein Absetzbecken von der Größe eines Schwimmbeckens installiert, um die größten Verunreinigungen aus dem Abwasser zu ziehen. Dennoch gelangen immer wieder Schadstoffe in beträchtlicher Menge in den Müggelburger Kanal. Einige Aufregung herrschte zum Beispiel in der Kupferelektrolyse, als nach Demontage eines Elektrolysebeckens (diese sind reichlich mit Säuren und Metallen „geegnet“) festgestellt wurde, daß der darunterliegende Kachelboden total von der Säure zerfressen war und nicht unerhebliche Mengen an Giften direkt ins Erdreich versickert sind. Ob dieser Vorfall der Behörde gemeldet wurde?

Die nächste

Betriebsversammlung

Anfang September brachten die Affi-Kapitalisten in ihrem Bericht zur Lage des Werkes das Thema Umweltschutz nochmal in aller Ausführlichkeit. Anlaß hierzu war eine „journalistische Fehlleistung“ des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“.

Der Spiegel hatte in seiner Serie über das Umweltgift Quecksilber, der Norddeutschen Affinerie u.a. wie folgt geschrieben: „... allein aus dem Einlauf 40 des Werkes strömen täglich rund zehn Kilogramm Cadmium in einen Elbzufuß, dazu etliche andere Schwermetalle wie Quecksilber“ (Spiegel 35/81).

Die Geschäftsleitung beklagte sich darüber, daß hier der Eindruck erweckt werde, daß die Affinerie

Quecksilber einleite, was schon deshalb nicht stimmen könne, weil die NA gar kein Quecksilber produziere. Nachmal wurden die verschiedenen Abwasserarten und ihre Beseitigung dargestellt und die Planung eines neuen Siebsystems bekanntgegeben. So soll das gesamte Werk für 12 Millionen Mark neu besetzt werden, wobei die erste Baustufe im alten Werk — mit einem Kostenpunkt von 3 Millionen Mark — bis 1983 abgeschlossen sein soll.

Insgesamt, so die NA, habe man seit 1970 rund 91 Millionen Mark für Umweltschutz ausgegeben, was einer jährlichen Ausgabe von ca. 8 Millionen gleichkomme. Diese Summe wirkt bescheiden, um nicht zu sagen lächerlich, im Gegensatz zu dem Jahresumsatz von über 1,5 Milliarden Mark!!

Was so alles unter Umweltschutz firmiert, machte die NA auf der Versammlung demt deutlich, daß einer seit 40 Jahren bestehenden Rechtsverordnung endlich Rechnung getragen wird. Danach sollen jetzt Abfälle in der Bleiraffination installiert werden, um die Staubbelastung zu reduzieren, was das Bleimerkblatt — das entsprechende Gesetz — von 1941 faktisch schon vorsieht! Ansonsten demonstrierte die NA Gelassenheit, mit der es allerdings nicht weit her ist.

So hatte z.B. der Chef-Chemiker der Affi, Manetto, bei der im Juli stattgefundenen Kutterfahrt von der Werkschule aus mit der Polizei gedroht, als Umweltschützer, eine im Müggelburger Kanal verankerte Schule betreten müßten, um aus einem entsprechenden Schieber eine Wasserprobe zu entnehmen. Dieser Einlauf entpuppte sich als Spitzreiter, was die Cadmium-Werte angeht. Auch ist mittlerweile der Werkschutz fototechnisch besser ausgerüstet worden, um weitere Aktionen der Umweltschützer in Zukunft optisch besser begleiten zu können.

Bei zukünftigen Aktionen allerding sollten die Umweltschützer den



Ein typischer Arbeitsplatz auf der Affi — der Druck geht direkt in die Luft.

Betriebsrat nicht verfehlen, da dieser sein Schweigen erst Ende September wieder brechen wird. Dann nämlich ist die nächste Vertrauensleutsetzung angesetzt, zu der auch ein Vertreter der Umweltschutzhörde zum Thema Umweltschutz eingeladen worden ist.

(1) Bei der Anordnung der Hamburger Aluminiumwerke Reynolds, war kräftig mit Arbeitsplätzen gewonnen worden. Ein Bauer hatte gegen die drohende Luftverpestung durch

Fluor Klage gegen Reynolds erhoben und war in der Presse mit entsprechenden demagogischen Äußerungen bedacht worden. „Sind 10.000 Gladolen wichtiger als 1000 Arbeitsplätze?“. So und ähnlich lauteten die Presseberichte, ehe der Konflikt auf „gute hauswirtschaftliche Weise“ gelöst werden konnte. Dem Bauern wurde ein anderes Grundstück in Aussicht gestellt, während dieser seine Klage daraufhin zurückzog.

AKW-Nein-Kommission

Endlich: Hermann Gaßmann nach sechs Monaten Haft entlassen!

Nur zwölf Tage fehlten am halben Jahr, als Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der Hamburger IG Metall, am 16. September endlich aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, die er wegen angeblicher Spionage für die DDR absitzen mußte. Bevor Hermann zu seiner Familie konnte, hatte sich die Justizbürokratie jedoch noch eine kleine Gemeinheit ausgedacht. Als Hermann morgens den Gerichtsbescheid über seine Freilassung erhielt, bat er darum, seine Frau benachrichtigen zu dürfen. Die Gefängnisleitung lehnte dies jedoch strikt ab: man wolle nicht wieder eine Demonstration vor dem UG haben.

Den staatlich sanktionierten Rechtsvollzehlern saß offensichtlich noch ein Ereignis in den Knochen, das drei Monate vorher passiert war, als Hermann von Bonn nach Hamburg verlegt worden war: Hermanns Freunde hatten den Zeitpunkt der Verlegung rechtzeitig erfahren und sich mit ca. fünfzehn Kollegen vor dem UG eingefunden, um Hermann zu begrüßen. Als der BR-Mitglied Hermann eintraf, war die Freude über das Wiedersehen bei den Kollegen so groß, daß sie die Verwirrung der BKA-Leute, in deren Dienstvorschriften ein derartiges Empfangskomitee nicht vorkommt. So fanden die Freunde ein paar Minuten Zeit, Hermann zu umarmen und zu begrüßen, und ein BKA-Mann soll anschließend einen Todesanfall gehabt haben...

Mit Hermanns Freilassung ist der „Fall“ allerdings bei weitem noch nicht ausgestanden. Der Haftbefehl ist nicht aufgehoben, sondern lediglich außer Vollzug gesetzt. Außerdem steht Hermann unter der schikanösen Auflage, sich dreimal wöchentlich bei der Polizei melden zu müssen; seinen Personalausweis behält die Staatsanwaltschaft.

Bis zu einem Prozeß kann noch sehr viel Zeit vergehen. Bislang sind die Ermittlungen auch nicht einmal so weit gediehen, daß die Bundesanwaltschaft Klage erhoben hätte. Wenn dies geschehen ist, muß das zuständige

Gericht über die Zulassung der Klage entscheiden: erst dann kann ein Verhandlungstermin angesetzt werden. Dies alles kann sehr lange dauern, und in dieser Zeit hängt über Hermann das Damoklesschwert einer möglichen Verurteilung, ist er weiter dem Rufmord und den Anfeindungen reaktionärer Blätter und politischer Gegner ausgesetzt.

Die Stärke der Solidarität

Hermann hat die ganzen sechs Monate in Einzelhaft geleistet. Das bedeutet, daß es in dieser Zeit nur minimale, eingeschränkte Besuchsmöglichkeiten gab, unter ständiger BKA-Überwachung. Das bedeutet aber auch, daß er keinerlei Kontakt zu Mitgefangenen haben durfte. Besonders im „preußischen“ Hamburger UG wurde dies bis zum Exzeß durchgesetzt. Sogar die Teilnahme am Anstaltsgottesdienst, für viele Einzelhäftlinge die letzte Möglichkeit für ein Zusammentreffen mit anderen Menschen, war Hermann verweigert. Sein ganzes Leben war auf zwölf Quadratmeter reduziert, zwischen Stahltür und Gitterfenster. Hermann hat diese Zeit gut überstanden. Nachdem er die anfängliche „Gehirnerschütterung“ nach seiner Verhaftung und in der Bonner Zeit überwunden hatte, habe ihm insbesondere eine rege Auseinandersetzung mit seiner Umwelt gestärkt, eine Auseinandersetzung, die vor allem in Form von mehr als dreihundert Briefen bestand, die er erhalten und sämtlich einzeln beantwortet hat. Bislang unbekannt ist, ob die damit für den Bundesrichter Mauer in Karlsruhe verbundene Beschäftigungstherapie schon angeschlagen hat. Er hatte die reichlich zugesandten ein- und ausgehenden Briefe lesen müssen und somit einen intensiven Anschauungskurs in Sachen Solidarität bekommen. Anzeichen eines Lernerfolgs sind aber nicht in Sicht...

Der Paragraph 99 muß fallen!

Mit Hermanns Freilassung hat sich die Notwendigkeit der Solidaritätsarbeit in keiner Weise vermindert. Über die konkrete Unterstützung im Hinblick auf den Prozeß hinaus ist eine breite Mobilisierung gegen den verhängnisvollen Paragraph 99 des Strafgesetzbuches erforderlich. Dieser Willkür-Paragraph bedroht mit seinen völlig schwammigen Formulierungen praktisch jeden Bundesbürger, der Kontakte zu Menschen in der DDR hat. Dieser Skandal ist in der Öffentlichkeit bislang recht unbekannt, auch in der Gewerkschaftsöffentlichkeit. Die Hamburger IG Metall Ortsverwaltung hat bislang verschiedentlich eine Kam-

pagne und Aufklärung über diesen Paragraphen angekündigt; bei diesen Ankündigungen ist er aber bisher geblieben. Auch der seit langem angekündigte Artikel in der bundesweiten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Metall“ ist bis heute, 6 Monate nach Hermanns Verhaftung, nicht erschienen.

Inzwischen hat sich eine Arbeitsgruppe innerhalb des „Arbeitskreises Recht“ der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Gesetz befaßt. Anlaß war die skandalöse Verurteilung des bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Friedrich Cremer. Der von dieser Arbeitsgruppe ausgearbeitete Diskussionsentwurf für eine Neufassung, in dem der Straftatbestand der „geheimdienstlichen Agententätigkeit“ enger und präziser gefaßt wird, hat aber nur wenig Chancen, überhaupt in den Bundestag zu kommen. Bereits innerhalb der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert, müßte er noch vom gesam-

ten Arbeitskreis, dem Fraktionsvorstand und der Fraktion gebilligt werden. Und es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn die SPD gegen alle Regel mal wieder eine Reform durchsetzen würde.

Konflikte in der Hamburger IGM nicht ausgestanden

Zu einer Kampagne gegen den § 99 hatte auch Hermann Grembiza in seiner „konkreten“ Kolumne aufgefordert (Nr. 8/81). Er hatte dabei kein Blatt vor den Mund genommen und in seiner Polemik u.a. geschrieben: „Er sitzt im Untersuchungsgefängnis, weil er als Bildungssekretär der IG Metall Gewerkschafter nicht zu Sozialpartnern erwidern wollte... Zur Begründung erfanden Gaßmanns Feinde — rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz, Landesamt für Verfassungsbruch und Bundeskriminalnamen — einen

Fortsetzung nächste Seite



Hermann Gaßmann nach der Freilassung (Foto: G. Zint)

Der Kollegenkreis, der bereits zwei Verhaftungen seit der Verhaftung von Hermann durchgeführt hat, gibt am 20.9. einen Überblick über die Vorgänge der letzten Zeit und zitiert eine Diskussion über weitere Schritte an. Der Ort ist der gleiche wie bisher, und zwar:

Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Dienstag, den 20.9.81, 19 Uhr

Fortsetzung von vorh. S.

ganz anderen Vorwurf: Gaßmann habe sich eines Verbrechens nach § 99 ... schuldig gemacht".

Ein Aufheulen der drei IGM-Geschäftsführer war die Folge; offensichtlich palte ihnen der Schuh, und sie zogen ihn sich schleunigst an. In einem Brief an „konkret“ (Nr. 9/81) beklagten sie sich über „abelste Verleumdungen“, zitierten über „minimale Artikel in der Bild-Zeitung, in der Morgenpost und jetzt auch in der konkret“. Sie benutzten seltene Wörter wie beispielsweise „Kapitalisten“ und versteigten sich zu atemberaubenden Behauptungen: „In der gesamten IG Metall wird vom Sekretär bis zum Vorstand der Interessengegensatz zwischen den abhängigen Beschäftigten und den Unternehmern, zwischen Arbeit und Kapital stets eindeutig herausgearbeitet, die Ideologie der Sozialpartnerschaft scharf zurückgewiesen, die Arbeit und der Kampf der IG Metall entsprechend ausgerichtet“. Schön war's ja, und man sollte darauf zurück kommen. Dann aber geht's zur Sache: „In diesem Rechtsstaat wird aber tatsächlich niemand verfolgt, weil er wie hunderte andere auch, den Aufruf des Hamburger Forums gegen den Atomfall unterzeichnete, oder den Arbeitskreis „Alternative Produktion“, der über die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion nachdenkt, zu fördern sucht“.

In einem ebenfalls in „konkret“ veröffentlichten Leserbrief eines IGM-Vertriebsratsmitglieds und SPD-Mitglieds wird eine passende Antwort gegeben: „Die IGM-Geschäftsführer Müller, Engelmann und Mohr geben diesem Staat die Liebe, die er von ihnen verlangt, wenn sie in ihrem Leserbrief unaufgefordert bekennen. In diesem Rechtsstaat wird niemand verfolgt, weil er ... Ich will den Kollegen diese Staatsstreich nicht zum Vorwurf machen. Aber die logische Folgerung aus ihrer Aussage ist, daß nur der verfolgt wird, der etwas auf dem Kerbholz hat — somit muß Hermann Gaßmann Unrechtes getan haben, da er schon seit 130 Tagen in Haft sitzt, also unbestreitbar verfolgt wird. Kommt dieser Satz nicht somit einer Verurteilung unserer Kollegen Gaßmann gleich? Haben die drei noch nie etwas von Agartz, Durrbeck, Kleinlich, Heitz, und, und, und, oder von der Schnuffelpraxis des Hamburger Verfassungsschutzes gegen Gaßmann gehört? Passierte das Schnüffeln nicht unter dem ehemaligen AFA-Vorsitzenden, Gewerkschafter und Innensenator Stank und dem sozialdemokratischen Verfassungsschutz-Präsidenten Horchum? Ist das keine Verfolgung? Keiner „rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz“?“

Kein „rechtssozialdemokratischer Gewerkschaftsfilz“?

Nach allen Erfahrungen mit dem § 99 kann nicht ausgeschlossen werden, daß Hermann Gaßmann letztendlich verurteilt wird. Die Beweislast ist dabei verhältnismäßig unerheblich. Sollte es dazu kommen, ist zu befürchten, daß die IG Metall Führung den Kollegen Gaßmann fallen läßt. Das wird der Moment sein, wo einige verantwortliche Kollegen, die sich gegenwärtig noch zu übertrumpfen suchen, wer wohl der „Älteste Freund von Hermann“ ist, Farbe bekennen müssen. Um Hermann diese Befreiung zu erhalten, hat die Solidaritätsbewegung noch viel Arbeit vor sich.

Ein Gesandter der BAG-Kommision

Arbeitsplatzvernichtung in Hessen

Allein in der letzten Woche haben die Geschäftsleitungen verschiedener Unternehmen nur im Rhein-Main-Gebiet die Vernichtung von zusammen rund 2750 Arbeitsplätzen bekannt.

- VDM schließt das Frankfurter Werk mit 1700 Beschäftigten endgültig bis zum 31.3.82.
- die Döhring-Tochter Kalle plant die Zellulose-Fabrik in Wiesbaden mit 500 Stellen dichtzumachen.
- ebenfalls um 500 Arbeitsplätze soll die Belegschaft von Dunlop in Hanau gekürzt werden.
- fast jeder zehnte Arbeitnehmer verliert bei der Hoechst Harkeln Curie seine Stelle.
- bei Adler in Frankfurt sollen 1700 Arbeitsplätze gestrichen werden.
- 400 bei BNC in Hanau.
- 150 bei einem Fertighaus-Hersteller in Großschmied.
- 800 bei der AEG-Tochter Duofrost in Wiesbaden.
- 800 bei der in Konkurs gebrachten Herd-Fabrik Haas und Sohn in Herborn.
- und 250 bei Banninger in Gießen.

Die Gewerkschaftsführer haben zwar heftigen Widerstand gegen den geplanten massiven Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt, doch bis auf „SOS-Rufe“ an die hessischen Landes- und Kommunalpolitiker Börner, Claus, Wallmann und Bundesfinanzminister Matthöfer, ist nicht erkennbar, wie die Beschäftigungsbrise verhindert werden soll.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Adler, Frankfurt war das schon alles?

Nach einer Kundgebung von fast 10.000 Menschen, nach hunderten von Solidaritätserklärungen o.v.a.m. scheint es VW vorläufig gelungen zu sein, anstelle der Totalschließung jetzt die Entlassung von „nur“ 1.600 Kollegen im Frankfurter Werk durchzusetzen. Anstelle der 3.000 sollen jetzt „nur noch“ insgesamt 2.350 Menschen in 3 Werken der Triumph-Adler Gruppe entlassen werden.

Ilse Frankfurt CDU-OB Wallmann schon sehr schnell dazu erklärt, das Ergebnis stelle eine „sichere Teillösung“ dar, so zog die Frankfurter IGM-Führung bald nach „ein „menschlich vertretbares Ergebnis“ und „Teilerfolg“, so kommentierte Günter Otto, IGM, den Kuhhandel. Die IGM-Frankfurt scheint weitgehend zufrieden damit zu sein, daß es ihr gelungen ist, die Entlassungen besser zu verteilen, nämlich nach Nürnberg und Schwandorf, wo jetzt wesentlich mehr entlassen werden sollen, als ursprünglich geplant.

Makaber wird das noch alles, wenn jetzt die bayerische SPD erklärt, die Schließung des Frankfurter Werks „wäre eindeutig die bessere Lösung gewesen“ („FR“, 18.9.).

Tatsächlich bedeutet der VW-Beschluß (Schrumpfung-Belegschaft von 1000 Ende '82) das Ende der ADLERWERKE. Dies wird auch un-

verhohlen zugegeben: Ab Ende 1982 sollen die Beschäftigtenzahl über Fluktuation und Abfindungen weiter verringert werden. VW hat bekanntgegeben, daß angeblich 414 Akkordarbeiter und 591 Betriebsmeister, Facharbeiter, Verwaltungsangestellte usw. weiter in Frankfurt arbeiten sollen. Für ein Werk, in dem einmal 5 - 6.000 Menschen gearbeitet haben, bedeutet das einen Stilllegungsbeschluß. Von den 2 Zt. angebotenen Abfindungen wird deshalb auch reichlich Gebrauch gemacht. Ansätze von Gegenwehr werden von der rechten BR-Mehrheit und VK-Litung (z.T. durch Rücktrittsdrohungen) niedergemacht.

Enka Kassel: Hungerstreik soll Werkschließung abwenden

Seit nunmehr neun Monaten werden die 800 Beschäftigten der Enka Werke in Kassel mit Stilllegungsgefühlen verunsichert.

Aus Protest gegen die Schließungspläne und um die Öffentlichkeit auf die Machenschaften der Konzernleitung aufmerksam zu machen trat am 10.9.81 der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende Helmut Haase in den Hungerstreik. Am 15.9.81 schlossen auch zwei Betriebsratsmitglieder und ein Vertrauensmann dieser spektakulären Aktion an.

Nachdem sich in der vergangenen Woche Betriebsrat, Konzernführung

und die IG Chemie über die Benennung eines Gutachters zur Untersuchung der Lage des Betriebes einigen konnten, beendeten die vier Gewerkschafter ihren Hungerstreik.

Der niederländische Akzo-Konzern, zu dem das Enka Werk gehört, will das Werk wegen anhaltender Verluste schließen. Allein im Jahr 1980 soll das Minus 36 Millionen Mark betragen haben.

Für den überwiegenden Teil der 800 Beschäftigten stellen die Schließungsabmachungen eine existenzielle Bedrohung dar. Bedingt durch eine überdurchschnittliche Beschäftigungsdauer, etwa ein Drittel arbeitet mehr als 25 Jahre im Betrieb, sind 74 Prozent der Belegschaft über 40 Jahre alt, die kaum noch Chancen haben auf dem Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

Hinzu kommt die spezielle Situation Kassel. Schon heute weist die

holisch. Die Aktion „Bürger für Enka“ erbrachte rund 40.000 Unterschriften für den Erhalt des Werkes. Mit den inzwischen erstellten Flugblättern ließ sich schon eine erste Broschüre zusammenstellen. Zusätzlich wurden zwei Dokumentationen für die Öffentlichkeit herausgebracht.

Besondere Empörung hat beim Betriebsrat ausgelöst, daß in den 70er Jahren gemachte zukunftsdeutende Versprechungen nicht gehalten wurden. Damals waren mit Zustimmung des Betriebsrates 1200 Arbeitsplätze vernichtet worden. Mit dieser Radikalkur hatte der Betriebsrat die trügerische Hoffnung verbunden, im Gegenzug eine Lebensversicherung für den Bestand des Rest-Werkes eingehandelt zu haben.

Trotz dieser schmerzlichen Erfahrung sind erneut Zweifel angebracht, ob die Widerstandskaktionen



Hungerstreik des Enka-Betriebsrats

Statistik des Bezirks mit mehr als sieben Prozent die höchste Arbeitslosenquote des ganzen Landes auf. In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Belegschaft in vielfältigen Formen und Aktionen ihre Wut und Empörung zum Ausdruck gebracht.

An einem Wochenende besetzten rund 80 Kollegen ein Werkstor sym-

metrischen, um das Werk in seinem jetzigen Bestand zu erhalten.

Viel zu stark orientierten Betriebsrat und Gewerkschaftsführer die Gegenwehr auf eine eigenes Sanierungskonzept, das dem jetzt benannten Gutachter vorgelegt werden soll.

Denn selbst wenn sich der Betriebsrat hier durchsetzt und Gutachter und vor allem der Konzernvortrag ein Sanierungskonzept für machbar halten, wird kaum mehr

machbar halten, wird kaum mehr herausbringen als der Abbau weiterer Arbeitsplätze, und für die dann noch Nachbleibenden, Unsicherheit für unbestimmte Zeit.

Damit wird an einer Neuaufgabe gerade erst zerplatzter Illusionen gemittelt.

Nur wären diesmal die Folgen für die Betroffenen noch katastrophaler als Anfang der 70er Jahre.

Hedderheim macht dicht

Bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM), wo ebenfalls Massenentlassungen geplant sind (1700), ist eine wilde Spekulation um das riesige Werksgelände, das nur s. T. genutzt wird, im Gange. Der Vorstand von VDM hat in bisher geheimgehaltenen Verhandlungen mit der Stadt versucht, Angebote für das 1 Million qm große Gelände einzuholen. Vertreter der Stadt deklarierten zwar konkrete Zahlen (es ist von 400 - 600 Millionen DM die Rede!) ebenso wie Gespräche über die mögliche Nutzungsänderung. Der Zusammenhang zwischen den möglichen Spekulationsgewinnen und dem Beschluß, das Werk zu schließen, liegt jedoch auf der Hand: Der VDM-Vorstand könnte aus dem Verkauf bequemen den Sozialplan bezahlen und zusätzlich noch riesige Gewinne einstreichen.

Die VDM-Kollegen haben am 14.9. symbolisch die Werkstore besetzt und gegen die Spekulationen um das Werksgelände protestiert. Außerdem wird der Verkauf und Abtransport von Maschinen befürchtet, nachdem Interessenten bereits durch Werkstoren

Letzte Meldung!

Am 23.9. gab nun der VDM-Vorstand das geplante endgültige „Aus“ für den Betrieb in Hedderheim zum 1.3.82 bekannt. Die Kollegen des Betriebes antworteten mit einer Demonstration durch Frankfurt-Hedderheim.

KB/Gruppe Frankfurt
Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Vier Stunden lang besetzten die Arbeiter bei VDM am 14.9. die Werkstore



Dokumentation zur Verhaftung des Gewerkschafters Hermann Gaßmann, herausgegeben von einem Unterstützerkreis Hamburger IGM-Kollegen. Da die Kollegen für die 24seitige Broschüre keinen Preis angegeben haben, sollte bei Bestellungen eine angemessene Solidaritäts-Spende beigelegt werden.

Die Adresse: Ingmar Carlsberg, Poppenbütteler Chaussee 38, 2000 Hamburg 66

Muß Hamburgs GEW-Chef gehen?

In der Hamburger GEW verdichtet sich die Kritik am autokratischen Führungsstil ihres ersten Vorsitzenden Rainer Griep. Seine Alleingänge beim GEW-Streik an der Hamburger Fremdsprachenschule (vgl. AK 208, S. 7) standen im Mittelpunkt der Kritik auf einer GEW-Arbeitsversammlung am 15.9. Griep reagierte auf die Vorwürfe in gewohnt arroganter Manier. Als eine Resolution, die sein Verhalten kritisiert, abgestimmt werden sollte, erklärte er kurzerhand die Versammlung für geschlossen und verließ - da die Kollegen blieben - den Raum, wobei er dafür sorgte, daß Mikrophon und Licht ausgestellt wurden. Doch dieses Spielchen dürfte sich auf der Vertrauensleuteversammlung am 28.9., wo die Vorgänge um den Streik wiederum auf der Tagesordnung stehen, kaum wiederholen lassen.

Die GEW-Arbeitsversammlung war auf Druck der Basis zustande gekommen. Über 40 Vertrauensleute hatten innerhalb von 24 Stunden einen Antrag für eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung unterschrieben, wodurch sich der Vorstand genötigt sah, zumindest eine Arbeitsversammlung zuzugestehen. Aus lauter Angst vor kritischen Stimmen wurden bei dieser Versammlung - völlig unüblich - scharfe Eingangskontrollen durchgeführt. Wer seinen Mitgliedsausweis nicht dabei hatte, mußte sich in der Geschäftsstelle seine Mitgliedschaft bestätigen lassen - dafür gab es extra für diesen Abend gedruckte Karten. Doch all diese Vorsichtsmaßnahmen waren umsonst. Im Laufe des Abends mußte Rainer Griep feststellen, daß die Kritik nicht von eingeschleusten Agenten, sondern von den GEW-Mitgliedern selbst kommt.

In seinem Eingangsreferat gab sich Griep noch betont optimistisch. Der Streik habe einen Pilotcharakter gehabt, man habe es mit einem hartnäckig handelnden Arbeitgeber und der Gefahr, daß das Unternehmen verlagert würde, zu tun. Angesichts dieser Schwierigkeiten sei das Ergebnis ein großer Erfolg, gewisse Verfahrensschwächen seien hier zweitrangig. In bekannt peinlicher Weise dankte er anschließend der Betriebsratsvorsitzenden der Hamburger Fremdsprachenschule dem GEW-Vorsitzenden für sein aufopferungsvolles Engagement.

Doch dann brachen die Wogen der Kritik über Griep zusammen. Ein Vorstandsmitglied stellte fest, daß die Alleingänge des ersten Vorsitzenden der GEW nicht genützt hätten und daß man mehr so an den Gremien der GEW vorbeiziehen könne. Minutlos wurden Grieps Alleingänge aufgelistet.

In der Nacht vom 2.9. einigten sich Griep und Priester mit dem Unter-

nehmer und erklärten den Streik für ausgesetzt, ohne die betroffenen Kollegen oder irgendein gewerkschaftliches Gremium zuvor zu fragen.

Griep stimmte dabei einer Klausel, die ein zweijähriges Streikverbot an den meisten Büro-Sprachschulen regelt, zu - obwohl diese Klausel noch am Abend zuvor von der Tarifkommission einstimmig abgelehnt worden war.

Griep mißachtete die am 3.9. gefaßten Beschlüsse der Tarifkommission. Darin wurde der Hauptvorstand aufgefordert, die Klausel über das Streikverbot abzulehnen und den streikenden Kollegen eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis zu er-

trag auf Urabstimmung nicht zu stellen (lt. Satzung gilt hier ein 50 %-Quorum).

Auf der Versammlung wurde außerdem festgestellt, daß das von der GEW unterzeichnete Stillhalteabkommen die GEW-Kollegen an der Büro-Sprachenschule in Oldenburg, die sich in der Vorbereitung von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines 13 Monatsgehalts befinden, am Streik hindert. Von Griep wurde dies bestritten.

Interessant war auch die Information, daß Griep mit seiner Mißachtung des Beschlusses der Streikleitung gegen die GEW Satzung verstoßen hat, in der es heißt: „Handelt ein Mitglied



Ein Bild aus den Tagen des Streiks an der Hamburger Fremdsprachenschule: Unternehmer Pierre Semidel mit süßsauren Mimik bei den Streikposten. Im nächtlichen Gespräch mit Priester hatte er mehr Glück ...

möglichen. Von Griep wurden diese Beschlüsse noch nicht einmal in die Sitzung des Hauptvorstandes als Antrag eingebracht.

Damit verstieß Griep auch gegen den Beschluß der Streikleitung, die ihn aufgefordert hatte, „die Beschlüsse der Tarifkommission im Hauptvorstand nachdrücklich zu vertreten“.

Die Debatte auf der GEW-Arbeitsversammlung brachte nun noch einige recht interessante Einzelheiten ans Licht. So wurde festgestellt, daß sich Griep in der Sitzung der Tarifkommission noch für die Durchführung einer Urabstimmung ausgesprochen und entsprechend gestimmt hatte. Einen Tag später traf sich die GEW Betriebsgruppe der Hamburger Fremdsprachenschule. Bei einer informellen Abstimmung wurde dabei festgestellt, daß der ausgehandelte Tarifvertrag von 10 Kollegen abgelehnt und von 10 Kollegen - mit großen Bedenken - akzeptiert wurde. Dieses Ergebnis dürfte Griep wohl bewegt haben, auf der wiederum einen Tag später stattfindenden Hauptvorstandssitzung den An-

während eines Arbeitskampfes gegen die Anordnungen oder Weisungen der zuständigen Stellen der GEW, werden insbesondere die Anordnungen des Hauptvorstandes oder der Arbeitskampfleitung nicht befolgt, so kann ein Ausschlussverfahren eingeleitet werden“. In diesem Zusammenhang wurde auch die Forderung nach einem Rücktritt Grieps gestellt.

Gegen Schluß der Versammlung wurde - unter den oben geschilderten Schwierigkeiten - über eine Entschuldigungsabstimmung, die nach dem Willen der Kollegen in der Hamburger GEW-Zeitung veröffentlicht werden soll. In der Erklärung heißt es:

„Es muß nachdenklich stimmen, daß zu einer Zeit größerer Auseinandersetzungen gleichzeitig von gewerkschaftlicher Seite Gespräche mit dem Unternehmer stattfinden, über deren Verlauf die als Streikposten aktiven Kolleginnen und Kollegen so gut wie überhaupt nicht informiert werden. Die Art und Weise, in der wir von der Aussetzung des Streiks erfahren haben, hat uns enttäuscht und während

gemacht, daß irgendeine Notwendigkeit besteht, mit dem Tarifgegner zu nachträglicher Stunde ohne Grundlagensprüfung und Information der am Kampf Beteiligten einen Vertragsabschluß in Privaträumen herzustellen, vermögen wir nicht einzusehen. Allen demokratischen Gepflogenheiten aber widerspricht dabei (in der Hauptvorstandssitzung - Anm. AK) das Verhalten des Hamburger Landesvorstandes. Die in über 4-stündiger Diskussion zustande gekommenen Beschlüsse der Tarifkommission wurden den Kollegen des Hauptvorstandes weder zur Abstimmung vorgelegt, noch zur Kenntnis gebracht. Dieses erneute eigenmächtige Verhalten des Kollegen Griep, das die Tarifkommission zu einer funktionslosen Quasibude herabwürdigte, macht ihn gemessen an demokratischen Umgangsformen unglaublich.“

Griep legt sich mit der „taz“ an

Nichts ist Gewerkschaftsführern unangenehmer, als das Öffentlichmachen ihrer Machenschaften. Während die GEW-Pressestelle den bundesdeutschen Blätterwald mit Erfolgsmeldungen versorgte und dieser pflichtschuldigst reagierte („Tarifvertrag durchgesetzt“, FR, 9.9.; „Sprachlehrer: mehr Geld, weniger Stunden“, „Hamburger Abendblatt“, 9.9.), erschien in der „taz“ ein Artikel, der die Hintergründe der Absetzung des Streiks enthielt („Primer beendet“ Streik nachts am Telefon“, taz, 9.9.).

Mit einem Stil, den er sonst nur

innergewerkschaftlich anschlägt, versuchte Griep daraufhin, die „taz“ zur Raison zu bringen. In seinem Leserbrief heißt es: „Zu einem guten journalistischen Stil hätte es wohl gehört, den Pressesprecher oder auch mich zu der Darstellung um die Vorgänge an der Hamburger Fremdsprachenschule zu befragen. Es hätte dann auch die große Fülle von Falschinformationen vermieden werden können. Es ist schon seltsam, daß die Redaktion sogar darauf hereinfällt, daß die Verträge der Kolleginnen und Kollegen an der Hamburger Fremdsprachenschule nach dem Tarifvertrag schlechter sein sollen als vorher.“

Die taz wollte bisher ein Gegenstück darstellen gegen den übrigen Blätterwald. Die eklatante Verletzung von Prinzipien journalistischer Sorgfaltspflicht in dieser Sache lassen mich jedoch zweifeln, ob diese Alternative wirklich hergestellt werden wird.“

Aus der „Fülle von Falschinformationen“ nennt Griep nur ein Beispiel um seine Behauptungen zu belegen. Und gerade hier hat Griep die „taz“ ungenau gelesen. Dort hatte nur gestanden, daß „einige Kollegen weniger verdienen würden als vorher“. Angesichts der Tatsache, daß nach dem Tarifvertrag der Zuschlag für den Abendunterricht entfällt, ist diese Behauptung sicherlich nicht aus der Luft gegriffen. Für Griep scheint es allerdings nur „journalistischen Sorgfaltspflicht“ zu gehören, die nichtssagenden GEW-Presserkklärungen ausgiebig zu zitieren. Ob sich so eine alternative Zeitung machen läßt?

Worte des Vorsitzenden Griep

Die Zornesblitze des Hamburger GEW-Chefs haben nun auch das Landesvorstandsmittglied Horst Bethge getroffen. Unter Federführung Bethges hatte die GEW kürzlich ein Fortbildungsschulungssymposium durchgeführt, das auch die CDU zu einer Großen Anfrage in der Bürgerschaft veranlaßte (vgl. AK 208, S.8).

Bethge hatte zu kritisieren gewagt, daß auf Intervention Grieps nur höchst unzureichend Material für das Seminar kopiert worden war. Geplant waren 64 Seiten in einer Auflage von 250 Exemplaren, von Griep genehmigt wurden 11 Seiten in einer Auflage von 150 Exemplaren bei immerhin 400 Teilnehmern an der Veranstaltung.

Von Griep wurde die Intervention vor allem damit begründet, daß es selbstverständlich sei, „Materialien, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, dem Geschäftsführenden Ausschuß zur Genehmigung vorzulegen“.

Ich will dies nicht weiter vertiefen, weil ich der festen Überzeugung bin, daß Du nach über 15-jähriger erfolgreicher Funktionstätigkeit durchaus Kenntnisse über das Außenvertretungsrecht des Landesvorstandes hast“. Griep schrieb dies als Antwort auf die Bemerkung Bethges, daß er bisher bei den von ihm durchgeführten Schulungsveranstaltungen das Handmaterial noch nie zur Genehmigung vorgelegt habe.

Weiterhin kritisiert Griep, daß die Zahl der Arbeitskreise des Seminars entgegen der ursprünglichen Planung ausgeweitet wurde und verbindet dies mit der Bemerkung „Insofern waren die Bedenken der Schulbehörde keinesfalls aus der Luft gegriffen“.

Diese Bemerkung ist eine offene Provokation angesichts der Tatsache, daß sogar Schulsenator Grolle die GEW bei der Anfrage der CDU in der Bürgerschaft zu der GEW-Veranstaltung in Schutz genommen hatte.

Hamburg hat ein Lehrerzentrum

Pressemitteilung

Am letzten Wochenende (18. u. 19. Sept. 1981) öffnete das Didaktische Zentrum Hamburg (DZH) seine Tore. Eine große Anzahl von Lehrern, Referendaren und Studenten aus Hamburg und den umliegenden Bundesländern nutzte diese Gelegenheit, sich über die Arbeit des Zentrums zu informieren. Die beiden Initiatoren Manfred Huth und Christoph-Joachim Schröder zu ihrer Konzeption: „Wir wollen mit dem DZH folgende ermöglichen“:

- Regelmäßiges Treffen und Erfahrungsaustausch,
 - Eine allen Kolleginnen und Kollegen zugängliche Bank von Unterrichtseinheiten anlegen
 - Uns gegenseitig helfen mit Tips zu Unterrichtsmaterial, Medien, bei Prüfungsaufgaben, bei Schulratsbesuchen
 - Selbständig und kritisch-solidarisch Lehrerfortbildung betreiben, ohne die Einengung von Kultusbürokratie oder Gewerkschaftsvorsicht
 - Seminare, Workshops, Arbeitsgemeinschaften und Exkursionen vorbereiten und durchführen
 - Die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit in Berichten, in pädagogischen Zeitschriften und in Unterrichtseinheiten interessierten Kolleginnen und Kollegen zugänglich machen
 - Politisch aktive werden für eine menschlichere, demokratischere Schule zusammen mit Eltern und Schülern, vor Ort, nicht nur auf Großdemonstrationen und in plakativen Forderungen
- Die Voraussetzungen dafür sind:

- Unterrichtsmaterialien und schulpraktischen Hilfen,
- ein Tonarchiv von etwa 1000 Hörspielen, aktuellen Radioaufnahmen, Liedern usw. geordnet nach Fächern und Themen,
- ein thematisch geordnetes und didaktisch aufbereitetes Poster- und Plakatarchiv



Das „Didaktische Zentrum Hamburg“ stellt seine umfangreiche Sammlung interessanter Kollegen zur Verfügung: Rund 1000 Hörspiele, aktuelle Radioaufnahmen, Liedern usw., ein thematisch geordnetes und didaktisch aufbereitetes Poster- und Plakatarchiv, eine Auswahl unterrichtspraktisch verwendbarer Zeitungsartikel der letzten 20 Jahre, die wichtigsten Lehr- und Lernbücher der Fächer Deutsch, Geschichte, Politik und Arbeitslehre.

Die Verbreitung des Materials erfolgt durch Workshops zu bestimmten Themen und persönliche Beratung.

- didaktisch aufbereitetes Poster- und Plakatarchiv,
 - eine Auswahl unterrichtspraktisch verwendbarer Zeitungsartikel der letzten 20 Jahre,
 - Filme und Tonbildschauen für Weiterbildung und Unterricht
- Die Initiatoren gehen den Ausbau

des Zentrums pragmatisch an. „Weil wir nicht von heute auf morgen das DZH mit einem Ressourcenprogramm starten können, haben wir uns einen stufenweisen Aufbau vorgestellt. Durch diesen Aufbau soll sich ein Kern von Kollegen herausbilden, die

- Themenworkshops

Wir bieten an ausgewählte, vorgezeichnete Materialien (Texte, Medien, schülergerechte Arbeitsblätter), die in Wochenendworkshops zu sofort einsetzbaren Unterrichtseinheiten zusammengestellt werden. Ziel: keine Textsammlungen, keine großen methodischen Zusatzüberlegungen beim Umsetzen erforderlich. Die Einheiten sollen unmittelbar, d.h. ohne arbeitsaufwendige Vorbereitung unterrichtet werden können.

- Medienseminare

Wir stellen vor: „graue“ Medien zu ausgewählten Themen (Unterrichtseinheiten, Tonbildschauen, Filme, Hörspiele, Arbeitsblätter jenseits von Behördenmaterial bzw. Schulbuchverlagen).

- Fächerübergreifende Projektseminare

Gemeinsame Vorbereitung von Projektwochen in der Schule

- Persönliche Beratung bei Hospitations- und Prüfungsstunden, beim Anfertigen von Prüfungsarbeiten und für den täglichen Unterricht

Stufe 2 „Schulpolitische Arbeitsgruppen“ (kontinuierlich)

- Wie können wir als Kollegen Schüler bei ihren Schulkonflikten unterstützen? (Zusammen mit erfahrenen Schülern, Schülergruppen, der Schülerpresse und Schülervertretungen)

- Wie können wir mit Eltern zusammenarbeiten und sie bei ihren Forderungen unterstützen? (Zusammen mit Eltern und Elternvertretern)

- Lehrplan subversiv (Ständig tagender Arbeitskreis, der uns Kollegen hilft, auch heiße Themen lehrplange-

das DZH tragen und im Fortschreiten der Arbeit mit gestalten. Unser als Arbeitspapier zu verteilender Plan wird also im Laufe der Zeit sicher modifiziert und präzisiert werden

Stufe 1: „Hilfen für den Unterrichtsalltag“

frei anzugehen.)

- Gewerkschaftsarbeit von unten (Als GEW-Kollegen frischen Wind in die Gewerkschaft bringen)

Stufe 3: „Das DZH als autonome Interessenvertretung fortschrittlicher Hamburger Schüler, Eltern und Lehrer“

- Wir greifen aktiv und öffentlich in die Bildungspolitik ein durch Stellungnahmen, Aufrufe, Pressemitteilungen, Programme, Kampagnen, Bündnisse mit alternativen Parteien bzw. Organisationen und Unterstützung von fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen

- Publikationen des DZH für Kolleginnen und Kollegen zum Selbstkostenpreis

Daß diese Konzeption den augenblicklichen Bedürfnissen entspricht, zeigte sich an beiden Eröffnungstagen. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen interessieren sich sowohl für den Materialpool als auch an Gesprächen über Schulkampf, alternative Schule, Resignation und Lehrerflucht, Möglichkeiten und Grenzen der Gewerkschaftsarbeit. Da Manfred Huth und Christoph-Joachim Schröder neben ihrer Zentrumstätigkeit im Beruf stehen, ist das DZH vorerst nur Montag bis Freitag in der Zeit von 18.00 - 19.00 Uhr geöffnet. Seminare und Veranstaltungen werden in der Hamburger Lehrerschaft und in „Erziehung und Wissenschaft“ angekündigt. Ein Gesamtverzeichnis der Veranstaltungen des nächsten Jahres wird auf Anfrage zu geschickt.

Didaktisches Zentrum Hamburg
(Irenehner Weg 1)
2000 Hamburg 20
Tel.: 040 - 480 22 84

Khmeiny muß gehen und er wird gehen

Interview mit dem Führer der Organisation der Volksmodjahedin aus „Afrique-Asie“ (Nr. 248, 14.-27.9.81)

Hedi Dhokar ist der Attentat vom 30.8., das dem Präsidenten und dem Premierminister Irans das Leben gekostet hat, das Werk der Volksmodjahedin, die kürzlich dem Regime Khmeiny den bewaffneten Kampf angesagt haben?

Mamoud Radjavi: Bis heute habe ich in dieser Sache keine genauen Informationen erhalten. Ich kann jedoch sagen, daß diese Aktion eine notwendige, natürliche und berechtigte Antwort auf die Verbrechen Khmeiny ist, d.h. eines Menschen, der dreimal sovielen politischen Gefangenen hat wie der Schah hatte. Einem Menschen, der seit dem 20. Juni (Datum der Absetzung Bani Sadr, Anm.) 900 Menschen hingerichtet ließ, darunter 700 Modjahedin. Dabei muß man berücksichtigen, daß diese offiziellen Zahlen sind, denn die Wirklichkeit ist noch schrecklicher. Allein innerhalb der letzten Tage sind mehr als 100 Modjahedin hingerichtet worden. Es sind so viele Hingerichtete, daß die Haken von ihnen fordern, selbst mit Hilfe von Filz ihre Namen auf die Fußsohlen zu schreiben, damit sie nach ihrer Hinrichtung identifiziert werden können!

Andererseits lege ich Wert auf die Erklärung, daß die Informationen und Kommentare, die das Attentat den Royalisten, der Tudeh-Partei oder internen Auseinandersetzungen unter den Machthabenden zuschreiben, jeder Grundlage entbehren. Es genügt zu betonen, daß die Ründe, die explodiert sind, den Sicherheitsrat des reaktionären Regimes beherbergen, ein Organ, das extra beauftragt ist, die Modjahedin besitzigen zu lassen. Das ist schon ein Teil der Antwort. „Afrique-Asie“ mag sich erinnern, daß ich seit meiner Ankunft in Paris gesagt habe, daß das Regime im Begriff ist, auseinanderzufallen. Ich glücklichweise ist „AA“ eine der wenigen Zeitschriften, die - im Unterschied zu zahlreichen Premagoguen - meine Ansichten nicht als Übertrieben angesehen hat, weil sie sicherlich bewußte Journalisten hat. Also, ich wiederhole es heute, die Modjahedin haben beschlossen, daß Khmeiny gehen muß, und er wird gehen.

Der letzte Punkt schließlich führt zur Wirklichkeit, die man hier im Westen gerne übertreibt und auf die ich zurückkommen werde. Aber bei einem punktuellen Ereignis wie der Beerdigung Radjavis (ehemaliger Staatspräsident, Anm.) und Bahonari (ehemaliger Ministerpräsident, Anm.) ist die Beteiligung am Trauerzug nicht über 100.000 Menschen hinausgegangen, nach Reaktionen, die aus Teheran gekommen sind. Nach einem britischen Sender waren es sogar nur 10.000 Menschen. Aber Khmeiny macht sich für eine riesige Demonstration gegangen, nach Reaktionen, die aus Teheran gekommen sind. Nach einem britischen Sender waren es sogar nur 10.000 Menschen. Aber Khmeiny schwimmt in astronomischen Dimensionen. Als Beweis, die Bilder, die im französischen Fernsehen und sicher in ganz Europa gezeigt wurden, stammen von früheren Demonstrationen, die das iranische Fernsehen per Satellit in den Westen gesendet hat.

Der Rückgriff auf die Täuschung in diesen Ausmaßen beweist, daß die Atmosphäre des Terrors im Iran zusammenbricht. Die Modjahedin haben z.B. am 3. September in Teheran eine Demonstration anlässlich der Ankunft von Amir Hedayat organisiert. Die Kräfte der Reaktion fallen wie Blätter im Herbst.

Nunmehr weiß die Welt, daß die täglichen Exekutionen nichts anderes als die Schwäche und die Unfähigkeit Khmeiny ausdrücken. Sie bei „AA“ wissen, daß meine Ansichten nicht die eines Abenteurers sind, sondern das Ergebnis des Widerstands von 2 1/2 Jahren. Diejenigen, die ein anderes Mittel sehen, Khmeiny Widerstand zu leisten, und andere Lösungen als die, die wir vorschlagen, mögen sie uns sagen!

Hedi Dhokar: Was sind Ihre Schlussfolgerungen bezüglich Ihres kürzlich langen Treffens mit Bani el-Hamam vom Exekutivbüro der PLO?

Mamoud Radjavi: Das muß zunächst als eine Verurteilung der Hinrichtungen und der Folter seitens der PLO betrachtet werden (1). Bruder Yasser Arafat hat den Bruder Bani el-Hamam geschickt, um uns hier zu treffen, und ich habe ihn gefragt, ob er die Repressionspolitik Khmeiny billigt. Er antwortete entschieden: niemals! Wollt wir unsere Brüder Modjahedin nicht vergessen können, die dem palästinensischen Widerstand so viel, ihr Leben eingeschlossen, ergeben haben. So hat die PLO gezeigt, daß sie nicht als Werkzeug benutzt werden will, das dazu dient, sich für die Politik Khmeiny im Iran zu verhängen. Und das umso mehr, als unser



Mamoud Radjavi (r.), Führer der Volksmodjahedin, und Hani el-Hamam, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO

Treffen nach einer Reihe von Informationen über den Handel Khmeiny mit Israel stattfand. Dem kommt eine wichtige Bedeutung zu, und Bruder Hani brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, ein Treffen zwischen Arafat und mir zu organisieren. Das bedeutet einen entscheidenden Wandel in der Politik der PLO im besonderen und der der arabischen Welt im allgemeinen. Auf diese Weise enthält sich das wahre Gesicht Khmeiny vor der Welt. Das ist ein Sieg für uns, und das ist einer der Gründe unserer Anwesenheit hier. Das bedeutet, daß das Ende des Lebens des Khmeiny-Regimes nicht mehr weit ist.

Hedi Dhokar: Sie haben, zusammen mit dem Präsidenten Bani Sadr, die Bildung eines Nationalrats des Widerstandes (CNR) bekanntgegeben. Welche Kräfte wollen Sie in diesem Rahmen sammeln, und welches sind die Ziele, die Sie sich vorgenommen haben?

Mamoud Radjavi: Zu allererst muß ich auf den bedeutenden Sieg hinweisen, den die Bildung dieser nationalen Widerstandsfrente bedeutet. Wir haben damit die Grundlagen für eine Volksfront geschaffen, deren Fehlen bis jetzt der Hauptgrund unserer Niederlagen während der vergangenen 70 Jahre war. Das ist schließlich ein Ziel, für das während der Schahzeiten bedeutende Anstrengungen unternommen wurden, ohne daß es jedoch gelang. Tatsächlich ist die Bildung des CNR eines der wesentlichen Ergebnisse unserer Revolution. Khmeiny war von Anfang an einem solchen Projekt gegenüber unheimlich feindlich eingestellt, weil er mit seiner volkfeindlichen und reaktionären Politik nur dank der politischen Unsinnigkeiten seiner Gegner vorankommen konnte. Deshalb hat er auch und nach alle politischen Gruppen der iranischen Szene ausgeschaltet. Er hat z.B. zuerst die Kommunisten angegriffen, dann hat er behauptet, die Modjahedin hätten marxistische Tendenzen, um schließlich zu behaupten, Bani Sadr stimme mit den Modjahedin überein. So hat er die Errichtung seiner schwarzen und reaktionären Diktatur vorbereitet. Im allgemeinen pflegte er zu sagen, wenn er sich an seine Gegner wandte, besonders an die Modjahedin: „Sie haben Gott und den Islam noch nicht begriffen“, als deren einziger Vertreter er sich versteht. Nach dem 20. Juni haben wir beschlossen, ihm zu zeigen, daß es ist, der die Modjahedin nicht genug kennt. Dieser grausame Mörder, der soweit geht, Mädchen von 13 bis 15 Jahren und sogar schwangere Frauen zu töten, glaubt tatsächlich, daß es ihm reicht, eine Rede von 20 Minuten zu halten, um die Modjahedin wie die anderen hinwegzufegen. Sie wissen, wie sehr er unsere demokratischen Rechte mit Füßen getreten hat in der Hoffnung, unsere Organisation zu zerstören die, wie Vater Taleghani (2) sagte, seinen Sieg mit dem Blut ihrer Märtyrer vorbereitet hat. Es ist wichtig, auch darauf hinzuweisen, daß er bereits mehr Modjahedin getötet hat als der Schah während seiner ganzen Herrschaft, obwohl wir es bis zum 20. Juni unterlassen haben, Aktionen gegen ihn zu unternehmen.

Aber nach dem 20. Juni, als er mit der Absetzung Bani Sadr seine absolute Diktatur errichten wollte, haben wir eine andere Entscheidung getroffen, und wir sind an diesem Tag mit völlig friedlichen Demonstrationen hervorgetreten, die brutal unterdrückt wurden und in unseren Reihen 23 Tote und Tausende Verwundete forderten. Seit diesem Tag haben wir begonnen, ihm neue Lektionen zu erteilen, um ihm die reaktionären Siege bitter schmecken zu lassen. Ein vergrößerter Volkswiderstand hat sich in der Folge organisiert, und nur um ein Beispiel zu geben, allein am Tag der Wahlen, die Radjavi an die Macht gebracht haben, haben wir 120 Aktionen innerhalb Teherans durchgeführt, von denen nur eine einzige im Radio Khmeiny erwähnt wurde. Parallel zur Ausweitung des revolutionären Widerstandes war es nötig, auch auf der politischen Ebene die Volksfront zu organisieren.

In diesem Moment war Bani Sadr bei mir. Wir haben viel zusammen diskutiert, bevor wir uns entschlossen, die Bildung eines Nationalrats des Widerstandes bekanntzugeben, er als rechtmäßiger Präsident des Landes, und ich als Verantwortlicher des CNR und zukünftiger Premierminister. Anschließend wurde ein Vertrag über die Freiheit und die Unabhängigkeit zwischen uns geschlossen, er wird als Rahmen dienen, innerhalb dessen wir alle Kräfte sammeln werden, die für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes eintreten.

Hedi Dhokar: An welche Kräfte denken Sie?

Mamoud Radjavi: Wir denken nicht an eine bestimmte Kräfte, aber bevor wir darüber sprechen, beziehen wir uns lieber auf offizielle Kommunikation, die beiderseits angenommen worden sind. D.h. der CNR schlägt allen Volkskräften, die sich ihm anschließen wollen, eine Minimalplattform vor, die im wesentlichen auf die Unabhängigkeit, die Freiheit und die Nicht-Paktgebundenheit ausgerichtet ist.

Hedi Dhokar: Richtet sich der Aufruf auch an die Kräfte der Nationalfront?

Mamoud Radjavi: An alle Kräfte, die den vom CNR vorgeschlagenen Rahmen anerkennen, allerdings unter Ausschluss der Anhänger des Schah und Khmeiny.

Hedi Dhokar: Bezieht die Plattform des CNR auf der Ideologie des Islam?

Mamoud Radjavi: Wir wollen unsere Vorstellungen und unsere Ideologie nicht anderen aufzwingen. Aber wir halten daran fest, die islamische Mehrheit des iranischen Volkes zu berücksichtigen, indem wir für die Errichtung einer demokratischen, islamischen Republik arbeiten. Diese Prinzipien, die von Bani Sadr und mir erarbeitet worden sind, entsprechen unserer eigenen Auffassung des Islam, die auch von denen akzeptiert werden kann, die nicht an den Islam glauben.

Wenn ich den geringsten Zweifel an mir selbst habe, lasse ich mich erschießen.

Hedi Dhokar: Muß man daraus schließen, daß der Islam bei Ihnen aufhört, die Konturen einer umfassenden Politik zu bestimmen?

Mamoud Radjavi: Sie wissen sehr gut, daß unser Islam seit jeher kein verlogener Islam ist, im Gegenteil, er ist dem reaktionären Ideen genau entgegengesetzt, die er (Khmeiny) versucht als Islam hinzustellen. Muß ich Sie daran erinnern, daß wir von Anfang an jede reaktionäre Politik als anti-islamisch bezeichnet haben? Dies hat uns eingebracht, wie „Untreue“ und noch schlimmer behandelt zu werden. Auch aus diesem Grund hat Khmeiny meine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen zurückgewiesen. Folglich steht unser Islam im Gegensatz zu dem Khmeiny; er ist weder feindlich gegenüber der Freiheit noch dem Bewußtsein, weder gegenüber der Wissenschaft noch dem Sozialismus, viel weniger noch gegenüber der nicht-islamischen Menschheit. Wir haben unsere Beweise dafür erbracht, und wir werden es weiterhin tun.

Hedi Dhokar: Viele Probleme im Iran sind ohne Lösung geblieben. Es gibt sicher die Frage der Demokratie, aber auch die Frage des konkreten Inhalts des Slogans „weder Ost noch West“. Halten Sie die Errichtung dessen, was Moaddegh (4) das „negative Gleichgewicht“ nannte, für möglich?

Mamoud Radjavi: Von Anfang an sehen uns klar, daß kein Problem, gesellschaftlich, wirtschaftlich oder politisch, unter dem Khmeiny-Regime gelöst werden könne. Die Erfahrung mit diesem Menschen ist, wie die Modjahedin wußten, die der absoluten Reaktion. Deshalb haben wir ihm niemals die Hand zur Zusammenarbeit gegeben. Von unserem Standpunkt aus ist er ein Scharlatan und ein Lügner, den wir nicht als islamisch betrachten. Ohne ihn wäre unsere Revolution eine der außergewöhnlichsten und bedeutendsten der Welt geworden. Alle Probleme hätten leicht gelöst werden können. Andererseits erinnere ich Sie, daß die Kraft und Originalität unserer Volksrevolution auf der Tatsache beruht, daß sie sich nicht auf ein ausländisches Bündnis stützte, weder mit dem Osten noch mit dem Westen. Aus diesem Grund bleibt der Begriff des negativen Gleichgewichts als Grundprinzip in unseren Augen sichtbar. Sie wissen überdies, wie sehr Khmeiny Moaddegh versetzt und nichts darüber hören will.

Man muß betonen, daß das Scheitern des Experimentes Khmeiny auf allen Ebenen nichts anderes ist als das Scheitern der Reaktion. Die Revolution bleibt lebendig und in Bewegung.

Hedi Dhokar: Man spricht in der letzten Zeit viel von den royalistischen Offizieren. Sind sie in der Lage, einen Staatsstreich anzustiften?

Hedi Dhokar: Man spricht in der letzten Zeit viel von den royalistischen Offizieren. Sind sie in der Lage, einen Staatsstreich anzustiften, und stehen Sie ihrerseits einer Aktion der Armee zu Ihren Gunsten positiv gegenüber?

Mamoud Radjavi: Sie wissen, daß unsere erste Position Khmeiny gegenüber darin bestand hat, ihn aufzufordern, die durch den Schah geschaffene Armee abzuschaffen. Das habe ich in einer Rede in der Teheraner Universität zwei Wochen nach der Revolution gesagt. Am nächsten Tag hat Khmeiny mich angegriffen, ohne mich beim Namen zu nennen, und erklärte, daß diejenigen, die solches wollen, wünschen, daß das Land angesichts der ausländischen Aggression ohne Arme bleibt. Wir haben indessen auf unserer revolutionären Forderung bestanden, und schließlich haben sich Khmeiny und Bazargan unter dem Druck der fortschrittlichen Kräfte gezwungen, ein Minimum zu akzeptieren und alle Schah-Generäle zu entfernen.

Die Spitze der Armee des Schah ist also gegangen. Aber in ihrem Innern, wenn man die Situation durch überlagernde Kräfte andeutet, gibt es einen ersten Kreis von Offizieren, die der Reaktion gegenüber besonders feindlich gewonnen sind. Im Innern dieses Kreises gibt es einen weiteren aus fortschrittlichem und aus dem Volke kommenden Personal. Ich nehme nur als Beispiel die Modjahedin-Offiziere, die uns nach Frankreich gebracht haben und die da sind. Die Antwort auf Ihre erste Frage ist also folgende: ein Staatsstreich in Pinochet ist kurzfristig unmöglich. Er bedürfte Vorbereitungen, die 2 oder 3 Jahre dauern würden.

Beswegen ist die den royalistischen Offizieren zugeschriebene Bedeutung unangemessen in Bezug auf ihre Bedeutung in der Realität. Die Übertreibung ihrer Rolle ist indessen eine überlegte Handlung, die darauf zielt, unsere Rolle zu vermindern und

nommen wurde. Dies wurde auch möglich durch die islamische Besonderheit des iranischen Volkes.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir uns seit dem Zweiten Weltkrieg in einer Welt befinden, die unter dem Einfluß des Imperialismus in allen Ländern steht, beherrscht von einer Kompradorenbourgeoisie, besteht für die Modjahedin eine direkte Verbindung zwischen der Forderung nach Freiheit einerseits und der Notwendigkeit einer unabhängigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung andererseits. Eine Diktatur wie die Khmeiny, die unfähig ist, diese Entwicklung zu verwirklichen, kann nur den Weg zur Errichtung des Imperialismus öffnen. Das ist übrigens unser wesentlicher Meinungsunterschied mit der Tudeh-Partei (5).

Hedi Dhokar: Wie erklären Sie sich die Niederlage der Erhebung des Dr. Moaddegh, auf den sich die Nationalfront und in gewissem Maß Bani Sadr berufen?

Mamoud Radjavi: Bei Moaddegh befanden wir uns unter der Doppelherrschaft des Feudalismus und der Bourgeoisie. Moaddegh, der einer der größten Führer der iranischen Nationalbewegung war, hat es nicht geschafft, die Grundlagen der Feudalherrschaft im Iran zu beseitigen. Das ist die Folge eines ideologischen Mangels auf der gesellschaftlichen Ebene. Die Nationalfront war zu jener Zeit nicht in der Lage, die Revolution und die Volksbewegung zum Sieg zu führen. Überdies existierte in jener Zeit keine Volksfront.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen im Iran, der gestern noch der Kompradorenbourgeoisie ausgeliefert war, sind die sozio-ökonomischen Widersprüche dermaßen zugespitzt, daß sie unvermeidlich dazu beitragen, Khmeiny außer Gefecht zu setzen.

Entgegen dem, was Sie vielleicht glauben mögen, haben die Volksmodjahedin der Nationalfront keinen besonderen Platz eingeräumt. Ich will ganz einfach sagen, daß wir sie nicht ausschließen. Aber wenn Sie meine persönliche Analyse wollen - nicht, weil ich Mitglied der PLO bin - keine Person außerhalb der Modjahedin ist in der Lage, die Probleme des Iran zu lösen. Ich will damit nicht sagen, daß nur wir existieren sollen, und die anderen abweisen. Aber es gibt die allgemeinen und unvermeidlichen Gesetze der Geschichte einerseits und andererseits eine Bewegung, die unsere, die die Eigenheiten und Besonderheiten ihrer Gesellschaft beherrscht.

Hedi Dhokar: Man spricht in der letzten Zeit viel von den royalistischen Offizieren. Sind sie in der Lage, einen Staatsstreich anzustiften?

Hedi Dhokar: Man spricht in der letzten Zeit viel von den royalistischen Offizieren. Sind sie in der Lage, einen Staatsstreich anzustiften, und stehen Sie ihrerseits einer Aktion der Armee zu Ihren Gunsten positiv gegenüber?

Mamoud Radjavi: Sie wissen, daß unsere erste Position Khmeiny gegenüber darin bestand hat, ihn aufzufordern, die durch den Schah geschaffene Armee abzuschaffen. Das habe ich in einer Rede in der Teheraner Universität zwei Wochen nach der Revolution gesagt. Am nächsten Tag hat Khmeiny mich angegriffen, ohne mich beim Namen zu nennen, und erklärte, daß diejenigen, die solches wollen, wünschen, daß das Land angesichts der ausländischen Aggression ohne Arme bleibt. Wir haben indessen auf unserer revolutionären Forderung bestanden, und schließlich haben sich Khmeiny und Bazargan unter dem Druck der fortschrittlichen Kräfte gezwungen, ein Minimum zu akzeptieren und alle Schah-Generäle zu entfernen.

Die Spitze der Armee des Schah ist also gegangen. Aber in ihrem Innern, wenn man die Situation durch überlagernde Kräfte andeutet, gibt es einen ersten Kreis von Offizieren, die der Reaktion gegenüber besonders feindlich gewonnen sind. Im Innern dieses Kreises gibt es einen weiteren aus fortschrittlichem und aus dem Volke kommenden Personal. Ich nehme nur als Beispiel die Modjahedin-Offiziere, die uns nach Frankreich gebracht haben und die da sind. Die Antwort auf Ihre erste Frage ist also folgende: ein Staatsstreich in Pinochet ist kurzfristig unmöglich. Er bedürfte Vorbereitungen, die 2 oder 3 Jahre dauern würden.

Beswegen ist die den royalistischen Offizieren zugeschriebene Bedeutung unangemessen in Bezug auf ihre Bedeutung in der Realität. Die Übertreibung ihrer Rolle ist indessen eine überlegte Handlung, die darauf zielt, unsere Rolle zu vermindern und



Massenverhaftungen in Ägypten — Indiz wofür?

Die Meldungen über Verhaftungen von „Verrätern“, „Terroristen“ und „ausländischen Agenten“ ziehen sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung der Presse über Ägypten. Erschreckend ist dennoch das Ausmaß, mit dem Sadat diesmal zuschlug. Nach seinen eigenen Angaben wurden Anfang September über 1.500 Personen verhaftet („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 7.9.81), die linksgerichtete Beiruter Zeitung „As-Safir“ berichtete sogar von „mindestens 4.000 Oppositionellen“, die im Zusammenhang mit den von Sadat angeordneten Razzien festgenommen worden seien. Der offiziellen Version nach handelt es sich bei den Festgenommenen in erster Linie um Angehörige der rechtsgerichteten „islamischen Gruppen“ und „Muslimbrüder“ sowie um „200 Kriminelle“, „30 Mitglieder von Oppositionsparteien und 2. Agitatoren“ („FR“, 7.9.81), die alle für die militanten Auseinandersetzungen der letzten Monate zwischen Muslimen und Kopten (Christen) verantwortlich gemacht werden. Die Massenverhaftungen und nachfolgende Maßnahmen werden dargestellt als Konsequenz aus der gründlichen Untersuchung der hundert schwersten Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Kopten im Juni dieses Jahres in einem Karrier Armenviertel. Die bewaffnete Straßenschlacht forderte fast 20 Tote und über 50 Verletzte.

Der Anlaß für die Auseinandersetzung soll banal gewesen sein (ein Kopte soll versehentlich Abwaschwasser auf den Balkon eines muslimischen Nachbarn geschüttet haben, lt. „FR“ vom 23.6.), und seine Auswirkungen sind nur vor dem Hintergrund der von den Muslimbrüdern und anderen religiös-politischen Fanatikern angeheizten Koptenfeindschaft zu verstehen. Unter Nasser gnadentlos verfolgt, von Sadat wieder geduldet, haben die Muslimbrüder die „Friedensinitiative“ Sadats (Abkommen von Camp David), die objektiv gegen die Interessen der ägyptischen Bevölkerung gerichtet ist, zum willkommenen Anlaß genommen, ihre Hetzpropaganda gegen Juden und Nicht-Muslime neu zu entfachen und offen zur Verfolgung aufzurufen. Opfer dieser nicht ganz wirkungslosen Verhetzung sind die in Ägypten lebenden Kopten, eine sechs bis acht Millionen starke Minderheit (knapp 20 % der Bevölkerung). Nicht zuletzt wegen ihrer mehrheitlich guten wirtschaftlichen und sozialen Lage (über-

wiegend Angehörige der Mittelschicht) haben sich die Kopten bzw. die offiziellen Vertreter der koptischen Kirche stets loyal dem Staat gegenüber verhalten. Erst in den letzten Jahren ist es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen dem Papst der koptischen Kirche, Schenuda III., und Sadat gekommen, weil dieser seit Mitte der 70er Jahre eine Islamisierung des Staates und der Justiz vorantreibt. Den sich mehrenden Protest der koptischen Kirche gegen das tatenslose Zuschauen des Staates bei immer militanteren Angriffen auf kopti-

1971 erinnern soll, wo Sadat durch einen Coup von oben mit der linken Opposition innerhalb der damaligen Einheitspartei ASU (Arabisches Sozialistische Union) aufräumte. Wenn gleich es seither eine starke linke Opposition in Ägypten nicht mehr gibt, nahm Sadat die Gelegenheit wahr, in einem Rutsch mit den Rechtsradikalen auch mehrere hundert Kritiker oder kleinere „oppositionelle“ Gruppen (Intellektuelle, Journalisten, ehemalige Minister, Anwälte, koptische Bischöfe) festzunehmen. Zur Legitimation mußte eine „Verschwö-

gandistischer Schachzug ist oder ob dem zumindest irgendwelche Fakten zugrundeliegen, ist naturgemäß nicht auszumachen.

Die nachträgliche Zustimmung zu seiner Säuberungsaktion holte Sadat sich am 10. September bei der ägyptischen Bevölkerung durch ein Referendum, das wie alle vorhergehenden Volksabstimmungen zu Nassers und Sadats Zeiten eine fast hundertprozentige Zustimmung zur Politik des Präsidenten ergab. Diesmal bestätigten — nach offiziellen Angaben — 99,45 % der 12 Millionen Wähler die Richtigkeit der Sadat'schen Maßnahmen zur Wiederherstellung der „nationalen Einheit“. Verhaftung der 1.536 Personen, Absetzung des Kopten-Papstes, Verbot politischer Aktivitäten für religiöse Gruppen („Le Monde“, 12.9.), Wahlmanipulation erklärt dies Ergebnis nur zum Teil.

Wachsende soziale Kluft — fehlende Opposition von unten

Wieweit Ägypten als ein nachkolonial Gebilde weiterhin die Kontrolle über einen Teil der arabischen Bevölkerung innehaben kann, wird in Zukunft immer mehr von den sozialen Leistungen des Sadat'schen Militärregimes abhängen. Verglichen mit dem Ansatz von Nasser, der zumindest den Vorrat zur Umverteilung eines Teils des Reichtums vorsah, ist das Sadat-Regime sozialpolitisch verkommen. Trotzdem hat die Schicht von neuen Nutznießern dieses Systems — Teile der ehemaligen Großgrundbesitzer und eine neue Schicht von Unternehmern, die vor allem im Spekulationsgeschäft groß geworden sind — erfolgreich die Bildung einer Opposition innerhalb der Elite und der Mittelschichten sowie die Bildung von politischen Organisationen in der modernen Arbeiterschaft verhindern können. Die einzige sichtbare massenwirksame Opposition geht von den Muslimbrüdern aus, denen es in Verbindung mit einer Gruppe unzufriedener Offiziere gelingen könnte, gegen Sadat zu putzen. Die Probleme der immer stärkeren Wiedereinführung des Privatkapitalismus in Ägypten, die damit verbundene Verelendung der arabischen Massen und das politische Problem der Existenz Israels als Unruhe- und Spaltungs-element in der arabischen Welt wird diese Art von Opposition jedoch nicht lösen können.

Nahostkommission



Sondereinheiten der ägyptischen Polizei

sche Ägypter — die, den Aufrufen ihrer Kirche folgend, mittlerweile wohl teilweise auch zu militanten „Selbstverteidigung“ übergegangen sind — quitierte Sadat jetzt im Zusammenhang mit den Massenverhaftungen mit der Festnahme koptischer Bischöfe und der Absetzung Schenudas III., der 1971 durch ein Präsidialdekret als Patriarch der koptischen Kirche anerkannt worden war.

Sadat führte sich der Säuberungsaktion von Anfang September als einer „Revolution des 5. Septembers“ („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“ vom 8.9.), eine Bezeichnung, die wohl nicht unbeachtlich an die „Korrektiv-Revolution“ vom 15. Mai

1952 anknüpfen („NZZ“, 8.9.). Die eigentlich Schuldigen aber präsentierte die Zeitschrift „Mayo“, Organ der Regerungspartei, der Öffentlichkeit zwei Wochen später: Ein prosozialistischer Agentenring habe die Spannungen zwischen Muslimen und Kopten angeheizt und ausgenutzt, um Sadat zu stürzen („NZZ“, 16.9.).

Wegen „subversiver“ Aktivitäten wurden der sowjetische Botschafter Polakow, sechs seiner Mitarbeiter, zwei sowjetische Journalisten, der ungarische Presseattaché sowie die noch in Ägypten verbliebenen sowjetischen Techniker des Landes verwiesen („FR“ und „Le Monde“, 17.9.). Ob diese „Entlassung“ nur ein propa-

Wenn es im Iran keine Todesstrafe geben würde, würde das Anarchiefieber bedeuten



aus: Le Monde

(Deutsche Übersetzung)

„Aus zahlreichen Dokumenten, die in Israel gekauft hat, hört man die Art von Appell nicht.“ Radjavi zieht daraus die Schlussfolgerung, daß „niemand in der Region der palästinensischen Sache soviel Unrecht getan hat wie Khomeini, denn, wenn die iranische Revolution nicht verstanden worden wäre, wäre sie eine Kraft gewesen, die der palästinensischen Revolution beträchtlich hätte helfen können.“

Anmerkungen

(1) Die PLO hat bis heute das Khomeini-Regime kritisiert. In einem Brief vom 7.7.81 haben die Volksmoderatoren in Amman appelliert, diese Politik, gerade angesichts des blutigen Vorgehens Khomeinis gegen die Opposition, zu überdenken. Als im August der recht umfängliche Waffenhandels zwischen dem Khomeini-Regime und Israel bekannt wurde, stellte sich der jetzige Vertreter der PLO in Teheran, Salah Zuhair, noch einmal auf die Seite des Khomeini-Regimes. Im Rundfunk erklärte er, er würde diesen „bösen Geistern“ über israelische Waffentieferungen keinen Glauben schenken. Die PLO in Beirut kritisierte die Aussagen ihres Vertreters.

(2) Iranischer Ayatollah, starb im Spätherbst 1979.

(3) Die Nationalfront unterstützt die Politik Khomeinis, zerfiel aber in den letzten Jahren zunehmend und spielte kaum eine Rolle im Aufstand gegen das Schah-Regime. Unter dem Khomeini-Regime wurde sie immer bedeutungsloser.

(4) Ministerpräsident bis zum CIA-Putsch 1953.

(5) Die Tudeh-Partei betrachtet das Khomeini-Regime als antiliberale, hinter dieser Einschätzung mußten alle anderen Widersprüche zurücktreten. Die Tudeh-Partei unterstützte deshalb alle Verbotsmaßnahmen des Khomeini-Regimes und scheute sich auch nicht, selbst aktiv die Rolle des Verleumers und Denunziators Oppositioneller zu übernehmen.

(Übersetzung und Anmerkungen von uns)

Nahost-Kommission

Die Modernistische Studentenvereinigung (MSV) ruft für den 2.10.81 in Bonn (11 Uhr, Hofgarten) zu einer Demonstration gegen die letzten Massenhinhaltungen des blutigen Khomeini-Regimes und zur Verurteilung der Scheinwahlen zum neuen Staatspräsidenten auf

Fortsetzung von vorh. S.

die internationale Meinung zu beeinflussen, in der Erwartung, über die notwendige Zeit zur Vorbereitung eines Staatsreiches zu verfügen. Als ich hier angekommen bin, ist mir klar geworden, daß man von zwei Sachen viel spricht: von den Royalisten auf der einen Seite, und der Tudeh-Partei auf der anderen Seite. Es ist so, als wolle man die Opposition auf diese beiden Kräfte beschränken, deren Einfluß tatsächlich gering ist. Es handelt sich um ein einseitiges und bequemes Schema, das darin besteht, mit dem einen Furcht einzujagen, um das andere zu rechtfertigen, und tatsächlich die Alternative, die wir darstellen, zu verbergen.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht, ist die Antwort der Modjahedin, daß wir eine unzertrennbare Verbindung mit dem aus dem Volk kommenden und fortschrittlichen Personal der Armee haben.

Hedj Dhoukar: Und mit den Kurden auch?

Mamoud Radjavi: Selbstverständlich. Ich denke vor allem an die Demokratische Partei Kurdistans. Sie wissen selbst, daß diese Kräfte mich während der Präsidentschaftswahlen unterstützt haben.

(Der letzte Teil des Interviews wurde in Afrique-Asie nicht mehr in wörtlicher Rede wiedergegeben, Anm.)

M.R. hat ebenso betont, daß seine Organisation immer für die Autonomie Kurdistans war „im Rahmen der territorialen Integrität des Iran“ und daß der Präsident Baal Sadr mit dieser Formel einverstanden ist. Befragt nach den ersten Maßnahmen, die der CNR ergreifen will, wenn sein Kampf dazu führt, Khomeini zu verjagen, betont der Führer der Modjahedin, daß die neue Führung „durch voll kommen freie Wahlen“ das iranische Volk in allen Fragen, die sich stellen werden, zu Rate ziehen werde. Die Modjahedin würden ihrerseits für

„den Aufbau eines freien, unabhängigen, demokratischen und blockfreien Iran, begründet auf dem Sozialismus und — nach unserer Auffassung — auf islamischen Aussagen“ kämpfen. Die Beziehungen mit den Nachbarländern wären folglich „begründet auf der Achtung der Integrität und territorialen Souveränität des Iran, der Nichteinmischung in innere Probleme, den gemeinsamen Interessen und der friedlichen Koexistenz“.

Befragt in diesem Zusammenhang nach seiner Einschätzung des Krieges mit dem Irak, verurteilt M.R. das, was in seinen Augen die „irakische Aggression“ ist. Diese hat den Iran nach bald einem Jahr Kampf „mehr als 50.000 Tote, mehr als 2 Mio. Obdachlose und mehr als 100 Mrd. Sachschaden“ gekostet.

Nachdem er erklärt hat, daß die Modjahedin, die sich an der Front schlagen haben, von hinten von den Putschern angegriffen wurden, die sie gefangen genommen und eine große Anzahl hingerichtet haben, bezieht sich M.R. auf „unwiderlegbare Dokumente“, die zu unserer Verfügung stehen, um die Verantwortung Khomeinis in diesem Krieg mit dem Irak zu zeigen, „den er hätte vermeiden können“. „Aber mit seiner reaktionären These des Exports der Revolution, als wenn es sich um eine Ware handelte, hat Khomeini den Boden für den Krieg bereitet, und ihn für die Beseitigung seiner politischen Gegner und für das Verdecken seiner sozio-ökonomischen Widersprüche ausgenutzt“. Radjavi ist dennoch der Ansicht, daß „die Verantwortung auf beiden Seiten liegt“, und versichert, daß die Modjahedin diesen Krieg vorhergesehen und fünf Monate vor Kriegsbeginn an Ararat appelliert hätten, ihn zu verhindern. Ebenso hat die PMOI einen Tag nach dem Ausbruch des Konfliktes ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem sie betont, daß „der weltliche Gewinner des Krieges der Imperialismus ist“ und appelliert, „die Waffen der beiden Brüderländer gegen den Zionismus zu richten“. Aber Khomeini, der

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 96 16

Pennsburg
Peter Petersen
Postleitzahl 098248 A
238 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postleitzahl 09 88 23 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postleitzahl 082 314 A
24 Lübeck 1

Ortholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postleitzahl A 032853
2420 Eutin

Pinnberg/Steinburg
Postleitzahl A 022 928
208 Pinnberg

Bremmshaven
K.B. u. a. u. a. u. a.
Sonnenstraße 8
2850 Wismar/Steinburg
Tel. 0471 47597

Postfach 163141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postleitzahl 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postleitzahl 0674 58 A
297 Emden

Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 u. Hd. K9
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1282
3 Hannover 1

Hildesheim
Postleitzahl 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postleitzahl A 017 890
314 Lüneburg

Weese-Eme-Gebiet
Postleitzahl 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vortriebstraße
Buckstraße 8
48 Bielefeld

Boschum
Postleitzahl A 086011
463 Boschum

Darmstadt
K.B. u. a. u. a. u. a.
Große Heimerstraße 62
66 Darmstadt 1

Duisburg
Postleitzahl 080 190 A
41 Duisburg

Köln
K.B. Gruppe Köln
c/o BUL-Büro
Jülicher Straße 32
5000 Köln 1

Mönchengladbach
Postleitzahl A 008 748
4060 Mönchengladbach

Münster
Postleitzahl Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostleitzahl
Postleitzahl Nr. 018840 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Littner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen des Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postleitzahl 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postleitzahl 063588 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postleitzahl 924 B
7000 Stuttgart 1

Hamburg
P. Tröster
Postfach 190 472
85 Hamburg

Westberlin
Postleitzahl Nr. 0074298
1000 Westberlin 62

Wien
Postleitzahl 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postleitzahl Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Larosenstraße 78
c/o Hamburger Betz- u. Ver-

lags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 80
Redaktion: 040/43 84 16
Abonnement-Verwaltung:
040/43 63 48

„Afghanistan: Ausländische Intervention und die Aussichten für einen Frieden“

Unter diesem Namen erschien in der Juli-Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Counter Spy“ ein Artikel, dessen ersten Teil wir übersetzt haben und im folgenden drucken. Der Text wurde von einem afghanischen und einem amerikanischen Journalisten gemeinsam verfaßt.

Wir halten ihn hauptsächlich deshalb für interessant, weil er viel Material zur Charakterisierung der „Moslem-Rebellen“, wie sie in der bürgerlichen Presse genannt werden, liefert.

Der zweite Teil des Artikels, der sich mit den Aussichten einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts auseinandersetzt, werden wir im Rahmen einer aktuellen Berichterstattung vorstellen.

Der abgedruckte Artikelteil ist von uns leicht gekürzt worden, die entsprechenden Stellen haben wir entsprechend kenntlich gemacht.

Asien/Australien Kommission

Seit ihrem Beginn im April 1978 geriet die afghanische Revolution unter schwere Angriffe, ausgehend von zwei wesentlichen Bereichen. Als erstes sind hier die – gerade erst durch die Unruhen im Iran aufgeschreckten und durch die Tatsache, daß revolutionäre Bewegungen auch in anderen Ländern der Region Fuß fassen könnten, alarmierten westlichen, konservativen Regime zu nennen. Als zweites gingen die reaktionären und privilegierten Kräfte (besonders die Landbesitzer) in Afghanistan aus Reaktion über. Der Bereich der afghanischen Revolution fand Unterstützung bei konservativen westlichen Kräften und beide entwickelten sich schnell konzentrisch (mit der afghanischen Revolution als gemeinsames Zentrum ihrer Offensiven). „COUNTER SPY“ hatte bereits früher die Entwicklung der auswärtigen Opposition zur afghanischen Regierung untersucht. Das Ziel dieses Artikels ist es, das Zusammenspiel der äußeren und inneren Kräfte in Bezug auf die Revolution und auf Friedensaussichten zu untersuchen.

Die Gesichter des Krieges

Von den altherlich Dutzenden um Anerkennung werbenden Rebellengruppen ist es tatsächlich nur den sechs in Peshawar/Pakistan beheimateten Gruppen erfolgreich gelungen, nennenswerte Unterstützung zu erlangen und größere Mengen Waffen und trainierte Kämpfer nach Afghanistan zu entsenden. Während der Artikel sich hauptsächlich mit diesen Gruppen beschäftigt, mit ihren Wegen und Zielen, ihrer ausländischen Unterstützung durch Ägypten, Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, den USA, China und West-Europa, werden aber auch kleinere Aktionen durch den Iran oder andere Länder erwähnt.

Ein sorgfältiges Studium der sechs hauptsächlich Gruppen ergibt, daß diese Gruppen weder eine Chance zum Sieg haben und, infolge ihrer Spaltungen, ihrer extrem fundamentalistischen Positionen und ihres Mangels an logistischer Unterstützung auch nicht mit bedeutsamer Unterstützung durch die Bevölkerung rechnen können.

Ihr Ansehen wird weiter dadurch geschmälert, daß zwei der sechs Gruppen bereits vor 1973 vollständig durch auswärtige Kräfte gebildet und finanziert wurden. Die meisten ausländischen Regierungen und Gruppen, die den Rebellen Unterstützung geben, kennen diese Schwächen und – in militärischen Gedanken – die Erfolglosigkeit der Unterstützung. Die Unterstützung der Rebellengruppen ist weniger durch militärische Ziele, sondern mehr durch politische Überlegungen motiviert. Im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion schlagen die USA und ihre Verbündeten im Nahen Osten ungeheures politisches Kapital aus der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan. Es hat den Anschein, daß einige Länder darauf weitermachen wollen – auch wenn dies einen unsichtbaren Kampf, bis zum letzten Afghanen, bedeutet.

Auf dem gegenwärtigen Stand der Kämpfe muß „der letzte Afghan“ allerdings noch einen langen Weg zurücklegen. Selbst Drew Middleton von der „New York Times“, in der Regel gut versorgt durch seine afghanischen Rebell-Quellen, schätzte die Lage so ein, daß „nicht mehr als 1000 Rebellen gleichzeitig an irgend einem Tag Kontakt zu den Sowjettruppen haben und ihre Effektivität begrenzt ist“ (1).

Zwei westliche Besucher (Fred Hallyday und Gerard Chailand), die

in den Herbstmonaten 1980 durch Afghanistan reisten, berichteten, daß die wichtigsten afghanischen Städte mit militärischen Gütern gegen jede ernste Bedrohung durch die Rebellen abgesichert seien.

Bemerkenswerterweise liegen die Hauptziele der Rebellen in nicht-militärischen Bereichen. Fred Hallyday berichtet, daß über einhundert Schulen alleine in der Provinz Herat zerstört wurden. Diplomatische Quellen bestätigen, daß ungefähr die Hälfte aller Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in den nördlichen afghanischen Regionen dieses Jahr zerstört wurden.

Im Gegensatz werden die vermeintlichen Verluste der Sowjets von den Rebellen systematisch hochgeschraubt. Chailand, der mit den Rebellen reiste, meint hierzu: „Im Gegensatz zu den regelmäßigen Berichten aus diplomatischen Kreisen haben die Sowjets erstaunlich wenig Verluste in dem einen Jahr ihrer Invasion gelitten.“

Die in Pakistan beheimateten Rebellen stellen aktuell nur einen begrenzten Splitter der Million afghanischen Flüchtlinge dar (...). Wie Punkten unter diesen Flüchtlingen bestehen Trainingscamps vorwiegend aus sunnitischen, pashto-sprechenden Rebellen, die einem der nachfolgenden sechs Führern loyal gegenüberstehen.

„Islamische Partei“ von Gulbuddin Hekmatyar

Hekmatyar gilt als der kompromittierteste und fundamentalistischste Rebellführer. Als Student der Ingenieursfakultät der Universität Kabul

trainings. Der CIA wurde später, als sich herausstellte, daß Douds Politik alles andere als linkslastig war, zurückgezogen. Die Rebellkräfte wurden unter strenge pakistanische Kontrolle gestellt – mit Hekmatyar als sichtbarem afghanischen „Führer“. Pakistan hoffte, diese Kräfte bei einer militärischen Zuspitzung in der Nord-West Grenzprovinz Pakistans einsetzen zu können. Gleichfalls sollten sie als Druckmittel gegenüber der afghanischen Regierung im Grenzkonflikt genutzt werden (Pakistan verlangte eine alte, von Großbritannien festgelegte Grenzlinie, der „Durand-Linie“. Diese wäre für Pakistan günstiger, als die damals bestehende Grenzziehung).

Die Rebellen wurden später sehr effektiv für Pakistans Interessen eingesetzt. Im Juli 1975 infiltrierte das 3000 Mann-Truppe unter Hekmatyars Kommando in das Panjshir-Tal nördlich von Kabul und lieferte der afghanischen Armee eine schwere Schlappe. Der Kampfverlauf war so günstig, daß Afghanistan in den nachfolgenden Verhandlungen in die Defensive geriet.

Während die pakistanische Regierung jede Verbindung zu dem Vorfall abstriet, haben inzwischen ehemalige hohe Regierungsbeamte die pakistanische Beteiligung zugegeben (4). Auch nachdem Bhutto 1977 durch General Zia-ul Haq gestürzt wurde, führte Pakistan die Ausrüstung Hekmatyars mit Trainingsmaterial weiter (...).

Hekmatyars islamische Partei hat eine Reihe von Zielen proklamiert, die diese Gruppe deutlich als fort-

Kräfte innerhalb der Rebellbewegung. Er lehnte die Beteiligung an irgendeiner Rebellallianz ab und seine Gruppe war am Ausbruch von Kämpfen unter den Rebellengruppen aktiv beteiligt.

Die wesentlichste auswärtige Unterstützung erhält Hekmatyar nach wie vor aus Pakistan. Pakistan liefert übermäßige Hilfe, Ausrüstung und gewährt die Freiheit, Männer und Waffen je nach Bedarf über die Grenze zu bewegen. Anders als bei der Regierung Bhutto, die die Gründung der Rebellengruppe 1973 hauptsächlich aus machtpolitischen, Anti-Doud Gründen unterstützte, kommt Zia's Hilfe auch aus ideologischen Gemeinsamkeiten mit Hekmatyar. (Zia-ul Haq und seine politische Machtgruppe favorisieren ein ähnlich schwarzes und reaktionäres islamisches „Modell“, Anm. Red.)

Seit der Revolution 1978 haben sich vier wesentliche Gruppen von Hekmatyar abgespalten – alle berufen sich allerdings nach wie vor auf die gleichen Grundideen und Programme. Es sind dies: „Islamische Partei“ (Herbi-Islami) von Younis Khalis (eine direkte Abspaltung, die ebenfalls den Namen behielt), „Islamische Gesellschaft von Afghanistan“ von Burhanuddin Rabbani, „Nationale Befreiungsfront von Afghanistan“ (Jabha-e-Najati-Milli Afghanistan) von Sebghatullah Mujaddidi und letztlich die „Islamische Revolutionäre Bewegung“ (Harakat Inqilabi Islami) von Mohammed Nabi Mohammadi.

Diese Gruppen formierten die zerbrochene „Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans“ unter

heutigen Rebellführer kamen erst nach der afghanischen Revolution 1978 und nach Beginn der Landreform nach Peshawar.

Auch heute ist die moslemische Gruppe, mit deren Prinzipien sich alle diese Führer am stärksten verbunden fühlen, die Moslem-Brüderschaft – eine extrem fundamentalistische Untergrundorganisation mit Zellen im gesamten Nahen Osten, die jeder Art von „Verwestlichung, Säkularisierung und Modernisierung“ ablehnt.

Selbst im Januar 1980 der damalige ägyptische Verteidigungsminister, General Kamel Hassan Ali bekanntgab, daß „Armeen-Camps für das Training der afghanischen Rebellen geöffnet werden“, werden die in Peshawar sitzenden Rebellen mit Waffen aus Ägypten versorgt (8). Diese Lieferungen dauern mit pakistanischer Komplizenschaft bis heute an. Ein französischer Journalist, der 1980 ein halbes Jahr mit den Rebellen reiste, begleitete eine solche Lieferung vom Moment der Ankunft in Pakistan nach Afghanistan.

Eine komplette Liste der Waffen dieser Lieferung (darunter in Ägypten hergestellte Kalashnikow-Gewehre, Sprengstoff, Raketengranaten, Kartuschen, Minen und Bomben) wurde an verschiedenen Kontrollposten in Pakistan mit offiziellen Regierungspässen versehen. Danach begleitete der Journalist persönlich einen LKW-Transport durch die endgültige pakistanische Grenzstation nach Afghanistan hinein (...). (9).

Im Dezember 1980 besuchten Vertreter von vier der fünf Allianzgruppen Sadat persönlich in seinem Heimatdorf Mit-a-Abdul-Qom.

Sadat schenkte den Vertretern die Bildung einer Exilregierung vor „Ich verabschiede mich von euch, daß Sie

Sadat schlug den Vertretern die Bildung einer Exilregierung vor „Ich wäre sehr glücklich zu hören, daß Sie eine Übereinkunft über die Formierung einer provisorischen Regierung erreicht haben“ – so Sadat wörtlich (10).

Ebenfalls versprach er, die bereits gestellte Hilfe noch zu verdoppeln, und auch Panzerabwehr- und Luftabwehrwaffen zu liefern. Innerhalb von nur drei Wochen gab es Berichte, daß neue Raketengranaten und schwere Maschinengewehre aus Ägypten in den Kämpfen eingesetzt wurden (11).

Die Waffen, die Sadat an die Allianz liefert, werden in Peshawar in, grob geschätzt, fünf gleiche Teile aufgeteilt und an die fünf Partner der Allianz ausgeliefert (12).

Die Details des US-Engagements innerhalb der ägyptischen Unterstützung sind unbekannt. Dennoch sollte daran erinnert werden, daß Ägypten eines der größten US-Hilfsprogramme erhält, jährlich 1 Milliarde Dollar (...). Zusätzlich erhält Rabbani „Islamische Gesellschaft von Afghanistan“ generöse Unterstützung von einem der treuesten Klienten der USA im Nahen Osten, vom Oman. (...)

„Nationale Front für die islamische Revolution“ von Sayed Ahmad Gailani

Gailani's Gruppe ist das jüngste Mitglied der islamischen Allianz und sie unterscheidet sich durch ihre offene Unterstützung einer Restauration der afghanischen Monarchie. Gailani's Wege unterscheiden sich ebenfalls von seinen Allianz-Kompagnons dadurch, daß sein Vater eine irakische religiöse Führungs-Person war. Er ließ sich in Afghanistan vor dem 1. Weltkrieg nieder. Nachdem sein Vater wegen seiner Opposition gegen die afghanische Unabhängigkeit 1919 gehängt wurde, sammelte Gailani großen Wohlstand durch Landwirtschaft, Landwirtschaft und Tributzahlungen von Nomaden, die in ihm den Sohn eines großen religiösen Führers sahen. (...) In den 70er Jahren hatte er zusätzlich Erfolg als Geschäftsmann, wurde Alleinimporteur für Peugeot in Afghanistan. Durch seine Frau ist er verwandtlich mit dem früheren König von Afghanistan verbunden (der jetzt in Rom lebt).

Gailani gründete seine „Nationale Front für die islamische Revolution“ (Masz-i-Milli Islami) direkt nach der Revolution von 1978, wobei er hauptsächlich auf die Unterstützung durch die Nomaden baute. Das Manifest der Front zeigt einen liberaleren Stand als das von Hekmatyar. Die anerkannten fundamentalistischen Prinzipien sind „Islam, Nationalismus und Demokratie“, es gibt sogar Gesetzen in Richtung Gleichheit der Geschlechter. Abgesehen von der „modernen“ Terminologie aber ist das Manifest fest gegen jede Art von Landreform

Fortsetzung nächste Seite



gehörte er der Jawanan-i-Muselman (Militante Moslemische Jugend) an, einer Gruppe mit engen Bindungen zur panislamischen Moslem-Brüderschaft. Hekmatyar war bekannt für seine Angriffe gegen die Bildungsfreiheit für Frauen und wurde 1970 wegen Ermordung eines progressiven Studentenführers verurteilt. Nachdem er während seines Gefängnis-aufenthalts einen großen Bekanntheitsgrad erreichte, wurde er im Herbst 1972 freigelassen.

Hekmatyars Gruppe, heute bekannt als „Islamische Partei“ (Herbi-Islami) hat ihre Wurzeln in einer früheren Arm. 1973, als Mohammed Doud in einem anti-royalistischen Putsch die Macht in Afghanistan übernahm, entwickelte Pakistans Machthaber Zulfikar Ali Bhutto eine „Vorwärtsstrategie“ gegen Afghanistan. Aus Furcht, Doud könnte den langandauernden Grenzdisput über die paschtunischen Regionen beider Länder auflösen lassen, trainierte und bewaffnete Pakistan eine Armee von 3000 afghanischen Rebellen in einer Reihe von geheimen Camps. Die Nixon-Administration, die befürchtete, daß Douds Regime wäre zu linkslastig, sandte den CIA zur Unterstützung des pakistanischen Rebellen-

schriftfeindliche und anti-progressivste Gruppe der Rebellen ausweist. Das erste Prinzip dieser Partei steht ausdrücklich in solcher Empfehlung „Afghanistan ist ein ausschließlich islamischer Staat, alle nicht-islamischen Ideen oder Praktiken sind verboten“ (5).

Der Geist des Programms kann an den folgenden vier Vorschlägen gesehen werden:

(1) Die von der revolutionären Regierung durchgeführte Agrarreform wird rückgängig gemacht und aller privater Besitz an die ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben.

(2) Frauen müssen den Schleier tragen und sowohl Ausbildung wie Arbeit wird nach Geschlechtern getrennt.

(3) Alle Bildungsmaßnahmen werden militärisches Training für den Jihad (heiliger Krieg) beinhalten und der Staat wird massive militärische Aufrüstung einleiten.

(4) Im Gegensatz zur gängigen Praxis der Respektierung der verschiedenen nationalen Sprachen, Es wird nur eine nationale Sprache geben, arabisch wird sich zur zweiten Sprache entwickeln“ (6).

Unabhängig seiner Bekenntnisse ist Hekmatyar einer der spalterischsten

Führer Abdul Rasoul Sayaf (der im Januar 1980 von Karmal aus dem Gefängnis befreit wurde).

Es gibt vor allem Unterschiede im „Background“ der Führer. Rabbani, Mujaddidi und Sayaf wurden an der Theologischen Universität von Al Azhar (Kairo, Ägypten) als Theologen ausgebildet. Alle drei bildeten Verbindungen zur Moslem-Brüderschaft während ihrer Zeit in Ägypten. Nach ihrer Rückkehr wurden sie in Kabul in die Aktivitäten der Moslem-Brüderschaft-Filiale „Militante Moslem-Jugend“ verwickelt.

Im Gegensatz zum Ingenieur Hekmatyar war Rabbani Landbesitzer und Geschäftsmann (...).

Ähnlich war Mujaddidi Landbesitzer in Afghanistan (...). Prominente Mitglieder seiner Familie waren bekannt für ihre ekzessive konservative Opposition gegen die afghanische Monarchie seit 1920 (7). Als 1965 das erste afghanische Parlament gewählt wurde, stellte die Mujaddidi-Familie die Führung des reaktionärsten Abgeordnetenblocks. Dennoch begann Rabbani moderne Rebellaktivität gemeinsam mit Hekmatyar in der vom CIA und Pakistan gegründeten Rebellengruppe. Die anderen

Fortsetzung von vorn, S.

gerichtet. Gailani etwa überläßt Khetorik hat offene Brüche innerhalb der Allianz provoziert. Als er West-Europa zwecks Waffensuche besuchte, kritisierte der Präsident der Allianz, Abdul Rasoul Saya diese Anstrengung als zu westlich und veröffentlichte eine Stellungnahme, in der sich die Allianz davon distanzier- te (15).

Zusätzlich zur Hilfe aus Ägypten (über die Allianz) erhält Gailani starke finanzielle Hilfe aus Saudi-Arabien. Das Saudi-Regime favorisiert seine monarchistischen Sympathien und stellt saudische Pläne für die in Italien lebende Königsfamilie aus. Gailani unterhält Residenzen in London und Peshawar. In London traf er im Juni 1980 mit Douglas Hurd, einem hohen Offizianten des britischen Außenministeriums und zwei weiteren Offiziellen wegen möglicher Waffenlieferungen zusammen. Zwei Monate später berichtete die britische Zeitung „Sunday Telegraph“, daß einige der Waffen, die Großbritannien an arabische Länder verkaufte, an die afghanischen Rebellen umgeleitet wurden.

Iran und China

Während die iranische Regierung weit unbegrenzter als Pakistan in der verbalen Verurteilung der sowjetischen Truppen in Afghanistan auftritt, war sie gleichwohl weniger großzügig bei der Unterstützung der Rebellenaktivitäten von ihrem Territorium. Im Juni 1980 verboten die iranischen Behörden die vom Iran aus durchgeführten Aktivitäten von Rabanis „Islamischer Gesellschaft von Afghanistan“ mit der Begründung, es gäbe Beweise, daß die Gruppe mit dem CIA, dem israelischen und ägyptischen Geheimdienst zusammenarbeitet. Ebenfalls erhob der Iran den Vorwurf, daß Rabanis Gefolgsleute Heroin schmuggelten und konterrevolutionäre Gruppen im Iran mit Waffen versorgten.

Auf der anderen Seite begann die iranische Baluch-Minderheit bereits im Herbst 1978 damit, Waffen, medizinische Mittel und Geld an die Kräfte der oppositionellen afghanischen Hattuch zu liefern. (...) Rebellen der shiitischen Hazara-Minderheit wandten ebenfalls Vertreter zu sympathisierenden iranischen Gruppen und erhielten Unterstützung von diesen.

Im Norden, Nordosten und zentralen Regionen Afghanistans wurden Rebellen Gruppen der Isdriken, Lz beken und Hazaras militärisch von China unterstützt (17).

Dies zusätzlich zu den chinesischen Beratern und militärischen Lieferungen in die Trainingslager der Rebellen in Pakistan. (...)

Andere Unterstützung

Andere Unterstützung

Im Herbst 1980 berichtete „COUNTER SPY“ über die CIA-Unterstützung für die afghanischen Rebellen, die im Herbst 1979 begann. Im Februar 1980 gab ein Offizier des Nationalen Sicherheitsrates zu, daß mit Präsident Carters Zustimmung die USA Waffen an verschiedene Rebellen Gruppen lieferte (18). Eine Person mit Rebellenverbindungen, Zia Nasery (ein US-Bürger) traf mit hochrangigen US-Offizieren und Senatoren während seiner Besuche 1979 und 1980 zusammen. Im Herbst 1980 trafen zwei afghanische Rebellenführer, die für sich in Anspruch nahmen, eine große Zahl von Kämpfern hinter sich zu haben, mit Offiziellen des State-Departments, einigen Senatoren und Henry Kissinger zusammen (21).

Inzwischen stellt sich die Frage der Eskalation dieser Hilfe. (...) Einer von Reagans Beratern für diese Region ist der frühere Botschafter in Afghanistan, Robert Neumann, der deutlich eine Konfrontationspolitik zur Sowjetunion befürwortet. Die „Far East Economic Review“ schätzte, nach Reagans Amtsantritt ein „Es ist sicher, daß die USA versuchen werden, in ihre Gruppen (Gailani, Khalis, Mohammad und Mujadidi) hineinzuarbeiten mit bis zu 200 Mio Dollar militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung.“

Anmerkungen

1. „International Herald Tribune“ (IHT), 27.12.80
2. „Boston Globe“, 26.12.80
3. „Far East Economic Review“ (FEER), 30.1.81
4. Patrick Francisci, „It's not chivalry liberal“ Archaud Paris (1981)
5. Louis Dupree „Afghanistan“, Princeton University Press 1973
6. „Mena“, Kairo 26.1.80
7. siehe 6
8. „Times of India“, 28.12.80
9. IHT 31.1.81
10. siehe 6
11. „New York Times“, 20.7.80
12. „Le Monde Diplomatique“, März 80
13. „NYT“, 16.2.80
14. „Wall Street Journal“, 12.8.80

Chile-Solidarität zum 11. September 81 — Klose, ja oder nein?

Diesen Jahr fanden zum 11. September eine zentrale Demonstration und eine Großveranstaltung in Hamburg statt. Aufgerufen hatte die Unidad Popular in der BRD und in Hamburg die gesamte chilenische Linke.

Dieser erste Schritt der chilenischen Organisationen, eine gemeinsame Solidaritätsarbeit zu entwickeln, macht sicherlich den Erfolg der diesjährigen Veranstaltungen aus. Nicht nur der gemeinsame Aufruf von KP, PS, PSCR, MAPU, MAPU-OC und MIR, sondern auch einige Aussagen auf der Veranstaltung machten deutlich, daß sich die Konzepte der Organisationen zur Widerstandsarbeit angenähert haben. So zum Beispiel, wenn Isabel de Leliet (die Witwe des in Washington ermordeten Verteidigungsministers der UP) in ihrer Rede nicht nur das Recht auf Rückkehr nach Chile, sondern auch die Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandes betont.

Umstritten ist aber die Beteiligung von Sozialdemokraten, speziell von Ex-Bürgermeister Klose an der Veranstaltung. Ein Flugblatt, das einige „unverbesserliche Politrowdies“ (so die Flugblattunterschrift) vor der Veranstaltung verteilt hatten, wies u.a. auf Kloses Haltung zu den politischen Gefangenen in der BRD hin. Gegen den Tod von Sigurd Debus im Hungerstreik habe Klose als damaliger Bürgermeister nichts unternommen, während er sich jetzt im Einsatz für die Menschenrechte in Chile profiliert.

Der Versuch eines der Flugblattverleiher, vor dem Kloseaufruf ein paar Worte zu sagen, wurde drastisch verhindert und vom ASIA Veranstalter mit dem üblichen „Wir lassen uns hier nicht alles kaputt machen“ abge- würgt.

Das Hauptargument der chilenischen Linken, die Klose in einseitig und sehr bewußt eingeladen hatten, bezieht sich auf die notwendigen Kontakte und Verbindungen in die SPD hinein, auf die Stärkung des linken SPD-Flügels. Dies sei unumgänglich, wenn man die Lieferung der zwei U-Boote nach Chile real verhindern und erreichen wolle, daß die BRD in der UNO gegen das Pinochetregime stimmt. Die Frage nach der Bedeutung der UNO gegen das Pinochetregime nimmt die Frage nach der Bedeutung der SPD in der internationalen Solidarität, damit verknüpfte Hoffnungen oder Illusionen und auch eventuelle inhaltliche Zugeständnisse, die deswegen gemacht werden, diese Frage war bereits bei der Türkesolidarität (während der Hungerstreik Kampagne) umstritten und wird sich auch bei weiteren Aktionen immer wieder stellen. Deswegen wollen wir anlässlich der Chile-Veranstaltungen noch einmal darüber diskutieren. Zwei Leserbriefe werden hier zu dem Thema abgedruckt. Interessierte werden um weitere Stellungnahmen gebeten.

Latinoamerika Kommission

Stellungnahmen zur Chile-Solidaritätsveranstaltung mit Klose

Es gab auf der Veranstaltung selbst und auch hinterher viel Protest gegen das Konzept der Veranstaltung. Es heißt, die Veranstaltung hätte „inhaltlich nichts gebracht“ und nur dazu gedient, daß „Klose sich profilieren“ und mit ein paar platten Sprüchen zum Star der Solidaritätsbewegung aufschwingen konnte.

Ich teile diese Kritik nicht und finde die Veranstaltung insgesamt aus folgenden Gründen recht positiv.

1. Die Veranstaltung war organisiert von einem Bündnis aller chilenischen linken Parteien. Nach meinen Informationen ist die erste gemeinsame Aktion in der BRD seit dem Putsch.
2. Ich gehe davon aus, daß das Auftreten von Klose auch andere Leute als das traditionelle linke Szene-Publikum bewegen hat, dorthin zu gehen (in welchem Umfang das stimmt, kann ich jedoch nicht beurteilen).
3. Immerhin hat Klose sich ausdrücklich für einige wichtige Forderungen der Solidaritätsbewegung ausgesprochen. Z.B. gegen die U-Boot-Lieferungen an Chile und andere Waffenlieferungen an die Diktaturen. Für Wirtschaftshilfe, und er forderte die Bundesregierung auf, stattdessen die Menschen zu unterstützen, die sich

gegen die Diktaturen wehren. Klose stellt sich also mit seinem Namen, den er zweifellos immer noch hat, hinter diese Forderungen, und das kann uns doch einmal nur recht sein.

4. Immerhin war diese Veranstaltung mit ca. 800 — 1000 Leuten die erste größere Chile-Solidaritätsveranstaltung in Hamburg nach langer Zeit des Schweigens zu diesem Thema.

5. Die Solidaritätsbewegung hat nun die Möglichkeit Klose auf seine Äußerungen festzusetzen und von ihm auch konkrete Schritte zu verlangen. Das El Salvador Komitee hat in diese Richtung auch schon Aktivitäten gestartet.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich glaube nicht, daß „unser Ulli“ inzwischen zum Revolutionär geworden ist. Ich kann mir auch vorstellen, daß ihn unter anderem auch einige taktische Überlegungen zu diesem Auftritt veranlaßt haben, aber ich halte nichts davon, jetzt darüber rumzuspekulieren. Man muß ihn eben auf seine Aussagen festlegen und dann wird man ja sehen...

Ich bin auch nicht der Meinung, daß Veranstaltungen in Zukunft nur noch so brecht sein sollen, oder daß Veranstaltungen die speziell auf ein linkes Publikum ausgerichtet sind, z.B. Diskussionsveranstaltungen mit MIR-Vertretern über die Entwicklung und Strategie des Widerstandes, nichts bringen, ganz im Gegenteil. Es muß eben so'se und solche geben, je nach dem, was man erreichen und wen man ansprechen will.

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Analyse der aktuellen Situation in Chile

Aus: Situation und Kampf der politischen Gefangenen in Chile — (Komitee für politische Gefangene in Chile, Bochum).

Ökonomische Entwicklung

Die Bilanz der ökonomischen Entwicklung des Jahres 1980 weist ein Ergebnis auf, mit dem die Militärregierung nur schwerlich zufrieden sein kann.

Von bemerkenswerter Bedeutung ist die wachsende Vormachtstellung der finanzkapitalistischen Sektoren, die Kontrolle des Handels — vermittelt über die ausländischen Kredite — erlaubt es dem nationalen Finanzkapital tatsächlich, enorme Gewinne zu erzielen, ohne das Risiko eingehen zu müssen, das Kapital in eine nationale Wirtschaft zu investieren, die in ihrem produktiven Sektor keinerlei Konsolidierung erreicht.

Das ausländische Kapital und das nationale Großkapital haben im Bereich des produktiven Sektors kein Wachstum bewirkt. Das jedoch ist — selbst nach Meinung der offiziellen Presse — zur Achillesferse des chilenischen Wirtschaftsmodells geworden, denn trotz der vielfältigen Garantien für ausländische Investitionen haben sich diese bisher nur als Projekte entpuppt. Die Behörden hatten geplante Investitionsvorhaben im Höhe von 4.057 Millionen Dollar genehmigt, davon wurden jedoch nur 404 Millionen wirklich realisiert, d.h. nur 11,9% der genehmigten Gesamtsumme, und die gewerbliche und manufakturindustrielle Wirtschaft hat die ausländischen Investoren überhaupt nicht interessiert. Der Minister für Bergbau, Pinera, bemüht sich darum, das Land noch weiter zu öffnen und Investitionen für diesen Sektor zu finden.

Die Außenverschuldung beträgt 11.239 Millionen Dollar (die höchste pro-Kopf-Verschuldung der Welt), was die Konsequenz hat, daß allein für die jährliche Zinsstilgung dieser Schulden die Hälfte der Devisen benötigt werden, die durch Exporte eingenommen werden.

Die Aufrechterhaltung des fixen Dollarkurses (39 Pesos) begünstigt enorm die Clans des Finanzkapitals, die die Verteilung der Kredite kontrollieren. Denn sie stützen im Innern einen Dollarkurs, der nicht der tatsächlichen Inflation entspricht, wie sie sich extern offenbart. Deshalb hat der Sektor, der vorher den Nutzen aus dem Export von Industriegütern zog (gegenseitiger Vorteil), nun keine Perspektive, den vollen Nutzen aus dem Export von Industriegütern zu ziehen (gegenseitiger Vorteil), nun keine Perspektive, denn die protektionistischen Maßnahmen jedes Landes, die zum Schutz des eigenen Marktes ergriffen werden (wie in Chile der feste Dollarkurs) bewirken, daß die Produktionskosten der Güter in keiner akzeptablen Relation mehr stehen zu den Preisen der Produkte auf dem externen Markt.

Die Diktatur konnte ihre Ankündigung, die Inflationsrate auf 15% zu senken, nicht erfüllen. Nach offiziellen Angaben beträgt die Inflation 31,2% und liegt damit erheblich über dem internationalen Durchschnitt.

Die industrielle Wachstumsrate sank 1980 deutlich. Laut offiziellen Zahlen ist die Wachstumsrate von 8,5% im Jahre 1979 auf 4,4% zurückgegangen. Es scheint so zu sein, daß sich die Wachstumskurve, die ausgehend vom Tiefpunkt 1975 zu beobachten war, nun allmählich ihrem Ende nähert.

Die Außenhandelsbilanz (Export/Importe) schloß 1980 mit einem Defizit ab von 1.022 Millionen Dollar. Die Bilanz beträgt insgesamt, addiert man zu diesem Exportdefizit noch die Verbindlichkeiten aufgrund der Verschuldung, 1.850 Millionen Dollar. Damit steigt die Außenverschuldung auf 11.239 Millionen Dollar. Bei steigenden Zinsstilgungen und einem weiteren Sinken der Deviseneinnahmen durch Exporte bleibt der einzige Ausweg für die Junta, weitere Kredite bei der Weltbank aufzunehmen. Die Konsequenz ist eine stetig wachsende Devisenzirkulation, die bei jeder Transaktion den finanzkapitalistischen „Zwischenhändlern“ Gewinne beschert.

Wir können aus den oben dargelegten Fakten das Resümee ziehen, daß das chilenische Wirtschaftsmodell aus seinen vorgeschriebenen Bahnen geworfen wurde, und das vor allem wegen der ungleichgewichtigen Akkumulation des Finanzkapitals auf dem Wege spekulativer Transaktionen. Dieses hat nicht die Produktion dynamisiert, die eine Reproduktion des Kapitals und eine allgemeine Reproduktion der Wirtschaft erlauben würde. Im Gegenteil: Das Sinken der Wachstumsraten im Bereich der industriellen Produk-

tion, die ständig abnehmende Konkurrenzfähigkeit der für den Export auf dem Weltmarkt bestimmten Produkte, das Sinken des Kupferpreises als Folge der internationalen Rezession und die nur geringe ausländische Investitionstätigkeit in Chile kündigen eine dunkle Perspektive an und lassen kaum erwarten, daß die Orientierung auf Gewinne durch Finanzspekulationen nachläßt. Darin offenbart sich in den zentralen Punkten die ganze Schwäche und Krise des Wirtschaftsmodells.

Politische Entwicklung

Das Plebiszit hat die verschiedenen Tendenzen, die innerhalb des Regimes existierten, zusammengeklippt. Pinochet und die monopolistische Bourgeoisie, gestärkt durch diese Vereinigung und die gleichzeitig extreme Schwäche der bürgerlichen Opposition, haben eine programmatische Offensive begonnen mit dem Ziel, in kurzer Zeit die sogenannten Modernisierungen einzuführen. Durch radikale Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Bildungswesens, der Sozialfürsorge, des Gewerkschafts- und Verbandsrechts soll die Konzentration der politischen Macht verstärkt werden zugunsten des Bündnisses der Militärs und der Wirtschaftsmagnaten.

Die Polarisierung des Klassenkampfes hat zur Folge, daß die bürgerliche Opposition sich nicht als politisches Zentrum präsentieren kann, vor allem, da ihr nach dem Plebiszit kaum eine andere Alternative bleibt als die, eine kritische Rolle zu spielen gegenüber den Maßnahmen der Diktatur, aber eine kritische Rolle im Rahmen der institutionalisierten Diktatur, ist das möglich?

Diese Orientierungslosigkeit der bürgerlichen Opposition verschärft die innere Krise der DC, der christdemokratischen Partei. Auf der einen Seite steht der Flügel Ercia bereit, ausgehend von seiner kritischen Position (die sich allerdings nur in Reden artikuliert), sich für ein politisches Inkognito in der Zukunft zwischen Regierung und geduldeten, gemäßigter Opposition einzurichten; deshalb proklamiert Frei keine offene Alternative und distanziert sich von der „extremistischen Gewalttätigkeit“. Auf der anderen Seite stehen Sektoren der DC wie die Jugend und Gewerkschafter, die sich an den Protesten und direkten Aktionen der Studenten- und Jugendbewegung oder der Gewerkschaftsbewegung auf dem „Prinzipien und Diversität“-Aktions der Studenten- und Jugendbewegung oder der Gewerkschaftsbewegung beteiligen und die wegen des Klassencharakters des Kampfes sich gegen die Diktatur wenden.

Die Mobilisierung und die direkten Aktionen werden heute von einem Teil der Werktätigen und Ausgebeuteten getragen. Insbesondere muß man sagen, daß die Mehrheit der Aktivitäten sich auf Santiago konzentriert (Santiago ist allerdings auch das industrielle Zentrum). Erst in letzter Zeit hat sich die Bewegung auch auf die Provinz ausgedehnt, z.B. Concepción (Bergleute in den Kohlegruben) und Valparaiso (Hafenarbeiter). Wenn man aber berücksichtigt, was innerhalb eines Jahres sich verändert hat, so muß man doch feststellen, daß sich in kurzer Zeit sehr starke Mobilisierungen vollzogen haben.

Und ohne Zweifel wird sich diese Tendenz fortsetzen. Ein wichtiger Faktor ist dabei das Niveau der Vereinheitlichung und der Organisation, das die Massenbewegung erreicht hat. In diesem Zusammenhang möchten wir die jüngste Delegiertenkonferenz hervorheben, die die „Coordinadora Nacional Sindical“, die Nationale Koordination der Gewerkschaftsbewegung in Punta de Traca mit 650 Delegierten abhielt; auf dieser Versammlung wurden sehr klassenkämpferische Positionen verabschiedet und zu Mobilisierungen aufgerufen, die schließlich in der Losung nach Ausrufung des Generalstreiks ihren Höhepunkt haben sollen.

Die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes werden kein Gehör finden in einem Regime, das immer größere soziale Sektoren von politischer und ökonomischer Partizipation ausschließt. Deshalb ist der einzige Ausweg der Kampf, der Aufruf, die Vorbedingungen für einen Generalstreik zu schaffen, stellt in diesem Kontext einen großen Fortschritt dar, denn eine derartige Forderung ist geeignet, die unterschiedlichen Ansätze von Organisationen und Mobilisierungen, die das Volk in den letzten Jahren entwickelt hat, durch die Vorbereitungsarbeit zusammenzufassen, zu vertiefen und zu vervielfachen.

Eine Hamburger Genesis

Hamburg

Koalition mit der SPD?

Kommunale Parlamentsarbeit am Beispiel der Buntten Liste

„Überlegungen zu politischen Schwächen und Eigenarten der Buntten Liste“ nennt sich ein Aufsatz von Rainer Link und Thomas „Langer“, der im Oktober im Hamburger VSA-Verlag in einem Buch „Alternative Stadtpolitik“ publiziert werden soll. Seit einigen Wochen wird der Aufsatz von der Gruppe Z auch schon als Vorabdruck verbreitet. Rainer Link ist Fraktionssekretär in der Buntten Liste-Parlamentsfraktion. Eismittel ist Thomas „Langer“ im Mitglied der Zeitung der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der von der Gruppe Z unterstützten neuen Zeitschrift „Moderne Zeiten“. Über eigene praktische Erfahrungen in der Parlamentsarbeit verfügt er nicht. Seine Mitarbeit an dem Aufsatz ist vielmehr als Beispiel zu einer solchen zu verstehen: Thomas „Langer“ soll vornehmlich Spitzenkandidat der Gruppe Z für die Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 werden. Der von ihm mitverfaßte Aufsatz verdient es darum, aufmerksam gelesen zu werden. Hier legt ein möglicherweise zukünftiger Bürgerschaftsgeordneter einiges über die Politik offen, die von ihm im Parlament zu erwarten sein würde.

Das Hohelied vom Sachverstand

Ein Gutteil des Aufsatzes besteht darin, daß Langer/Link der alten Buntten Liste Linkradikalismus und Naivität vorwerfen. Die Bunte Liste von 1978 sei gar nicht oder nur höchst unzureichend für die Parlamentsarbeit vorbereitet gewesen. Sie sei in großen Teilen zu einer solchen Arbeit überhaupt nicht bereit gewesen. Das habe sich auch im Programm der Buntten Liste zur Bürgerschaftswahl 1978 ausgedrückt, das wesentlich von „Forderungskatalogen“ aus den einzelnen Bereichen bestimmt gewesen sei.

Zudem habe „die Anklage staatlicher Repression sowie die Forderung nach mehr demokratischen Rechten“ einen erheblichen Teil des Programms ausgemacht. Das halten Langer/Link gemäß den neuen Doktrinen des „Modernen Sozialismus“ für einen entscheidenden Fehler (sog. „Politizismus“).

Dieser Beschreibung der alten Buntten Liste stellen Langer/Link die These entgegen, alternative Parlamentspolitik müsse konkrete „Gesetze und Forderungen“ zu allen im Parlament verhandelten Themen vorlegen können – zur Stadtentwicklungsplanung, zum Verkehrskonzept, zur Energieversorgung, zur Sicherung und Neugestaltung von Arbeitsplätzen, zur Energieversorgung, zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen, zur Steuerpolitik, zu den Haushaltsplänen und sogar zur Frage der „Finanzierbarkeit der von uns erhobenen Forderungen“. Hierzu bedürfe es selbstverständlich riesiger personeller Apparate („Professionalisierung“), um auch noch in sämtlichen Unterausschüssen der Parlamentsstrukturen mit Sachverstand mitarbeiten zu können. (Praktisches Beispiel einer solchen Politik ist Hamburg-Eimsbüttel, wo mit 5% der Wahlstimmen ganze zwei BuLi-Abgeordnete im Bezirksparlament sitzen, aber die zugehörige Parlamentsfraktion mittlerweile ein Riesen-Staff von über 30 Leuten ist).

Was ein solcher enormer Einsatz an Arbeitskraft und Sachverstand eigentlich an praktische Ergebnisse bringen soll, bleibt im Aufsatz von Langer/Link ebenso offen wie in früheren Aufsätzen von Rainer Link in der Zeitschrift „Z“. Eher verschämt behaupten Langer/Link in ihrem Aufsatz lediglich, daß es in der Eismittel-Parlamentsarbeit „auch kleine Erfolge“ gegeben habe, die man allerdings aufgrund schlechter Pressearbeit nicht so recht aus Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht habe. Was das aber für „kleine Erfolge“ gewesen sein sollen, wird nicht erläutert. Unsere „Modernen Sozialisten“ sind bisher jeden Beweis schuldig geblieben, daß sich ihre „konstruktive Realpolitik“ nicht bloß in Stapeln und Sperrmüll-Kartons voller Alternativpläne niederschlägt, sondern auch in ganz feibaren Verbesserungen für die Bevölkerung, die sie im Parlament erreichen konnten.

Es wäre höchst interessant, wenn die Bunte Liste-Parlamentsfraktion einmal zusammenfassend öffentlich darstellte, in welchen ganz konkreten Einzelpunkten die „kleinen Erfolge“ erreicht zu haben meint. Man könnte dann Punkt für Punkt prüfen,

inwieweit es sich wirklich um Erfolge der Parlamentsfraktion handelt, in welchen Dimensionen sich diese Erfolge bewegt haben und in welchem Verhältnis investierte Arbeitskraft und praktische Erfolge zueinander stehen. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß eine solche gründliche Bilanz wahrscheinlich nicht vorgelegt werden würde, weil sie allzu peinlich ausfallen würde. Das Thema „konstruktive Realpolitik“ eignet sich offensichtlich besser zum abstrakten Schwadronieren als zur praktischen Beweisführung.

Eine neue Politik gegenüber der SPD

Soweit der Aufsatz von Langer/Link die Inkompetenz oder Beiratsabhängigkeit von Basisinitiativen und Basisbewegungen mit dem eigenen Sachverstand und dem eigenen Professionalität konfrontiert, wiederholt er

geblich auch Erkennbar wird aber das Bestreben, die Politik der SPD insgesamt zukünftig „differenzierter“ zu sehen, angeblich positive Elemente der SPD-Regierungspolitik stärker zu würdigen. In diese Richtung geht auch der Vorwurf von Langer/Link an die alte Bunte Liste, „eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie“ hätten „außerhalb ihres Gesichtsfeldes“ gelassen. Die Bunte Liste habe sich also gegenüber der SPD nicht „konstruktiv“ genug verhalten.

Langer/Link gehen in dieser Hinsicht eindeutig noch erheblich weiter als die sich schon recht weitgehende Resolution des Hamburger Landesverbandes der Grünen vom 5.9. Dort wird über eine Situation spekuliert, wo „grün-alternativen“ Bürgerschaftsgeordneten die „Rolle einer Sperrminorität“ zufallen könnte, „die die SPD zur Akzeptierung bestimmter Forderungen zwingt“. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist also eine Ausnahmestellung, in der die

Landtag nachsteht, bei dem die „Modernen Sozialisten“ ihre Bekenntnisse mehr weitgehend abgeschrieben haben. (Das soll Gegenstand eines späteren AK-Artikels sein).

Kooperation mit der SPD?

Langer/Link werfen der alten Buntten Liste vor, sie habe sich nicht um „eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie“ gekümmert. Das ist sachlich falsch. Die BuLi-Parlamentsfraktion im Bezirk Eimsbüttel hat sich von Anfang an – also lange vor der Spaltung des KB und der folgenden Spaltung der Buntten Liste – um Kooperation mit der SPD (wie auch mit der FDP) bemüht und hat in dieser Hinsicht einen reichen Schatz konkreter Erfahrungen sammeln können. Dieser konkreten Erfahrungen sind allerdings preisgegeben, die schablonenhaften, abstrakten Bekenntnisse von Langer/Link über Möglichkeiten

zu schlagen“. (Bunte Liste Zeitung“, Sept. 79, S. 2).

2. Am Rande des Uni-Viertels (Rotherbaum) soll ein Luxus-Hotel gebaut werden, in einem vornehmen Wohngebiet. Auf einem Teil des betreffenden Geländes sind Uni-Anlagen, die dem Hotel weichen müßten. Die Planung wurde von den Behörden und den etablierten Parteien unter größter Geheimhaltung vorangetrieben. Am schließlich doch die Presse darüber berichtete, engagierte sich die BuLi-Parlamentsfraktion. Mittlerweile beschloß der zuständige Unterausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU die „Anhanggabe“ des Grundstücks an den Hotelbau-Interessenten, was eine wichtige Voraussetzung zu dessen Gunsten bedeutete. Die BuLi-Abgeordneten beantragten daraufhin in der Bezirksversammlung am 22.2.79 die Zurücknahme der „Anhanggabe“ und den Bau eines Studentenwohnheims auf dem Gelände. Der Antrag wurde erst einmal in den nichtöffentlichen Teil der Bezirksversammlung geschoben und dann mit den Stimmen der SPD niedergelassen.

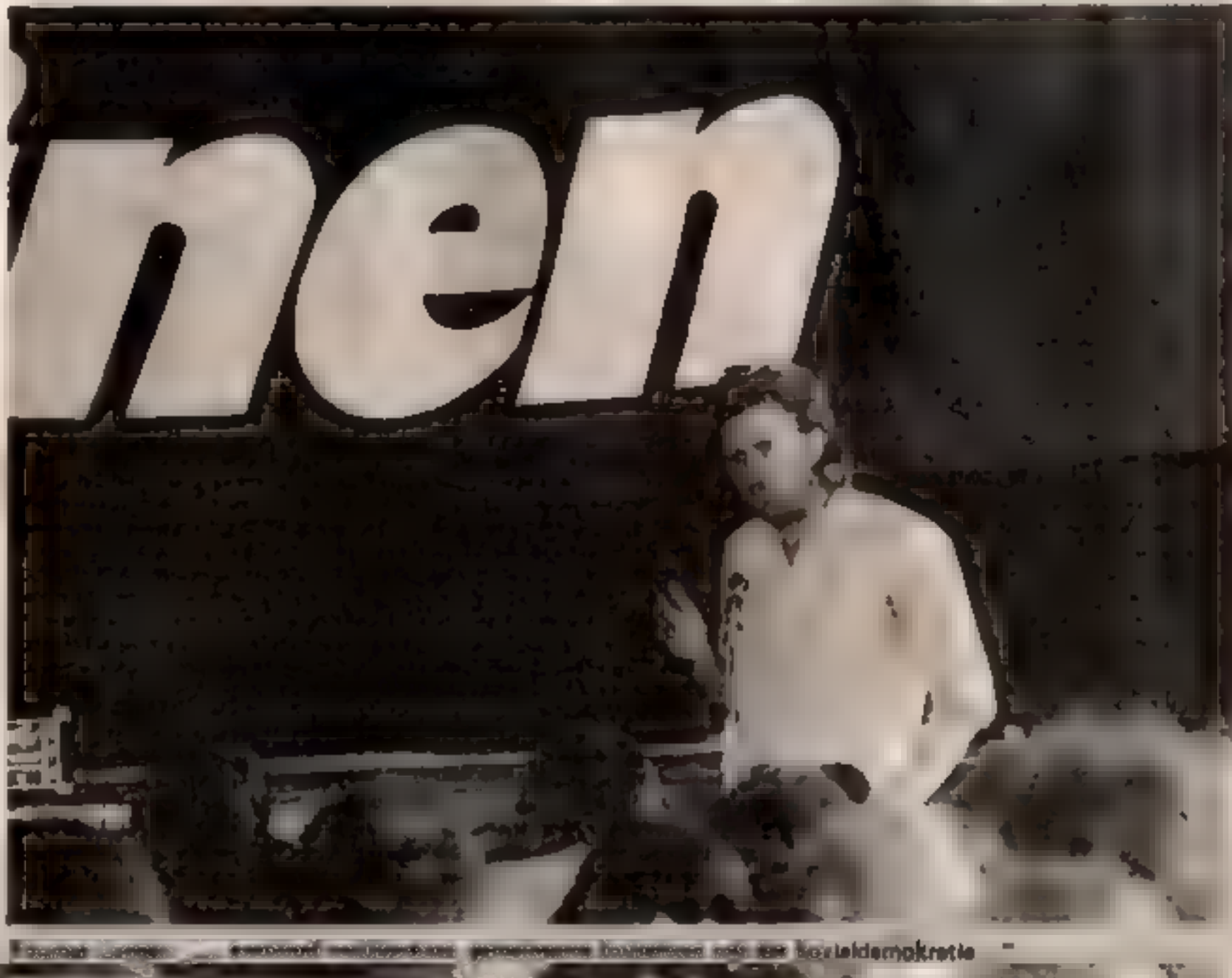
Am 28.3.79 wählte der Eismittel SPD-Abgeordnete Peter Stein (ein Linker) in der „Neuen“ über „Lügenmärchen der Buntten Liste“. Es sei alles noch gar nicht entschieden. Außerdem richte sich das Vorgehen der BuLi gegen „fortschrittliche Kommunalpolitik“, denn „es kommt gerade darauf an, die molochartige Durchdringung des Wohngebietes durch weitere Unibauten zu verhindern“. (Ein Luxushotel paßt besser in das Viertel.) Zwei Tage vor Veröffentlichung dieser Stellungnahme in der „Neuen“ hatte ein weiterer Eismittel-Unterausschuß mit den Stimmen der SPD den „Vorbescheid“ für den Bauantrag des Hotel-Interessenten positiv beschlossen. (BuLi-Flugblatt und Artikel von J. Reents in der „Buntten Liste Zeitung“, 31.5.79, S. 2).

3. Aus konkretem Anlaß (Veranstaltungen der NPD und anderer Neonazis in Schulen u.ä.) brachten die beiden BuLi-Abgeordneten einen Antrag in die Bezirksversammlung ein, das Bezirksamt aufzufordern, der NPD und anderen neonazistischen Parteien und Vereinigungen „für öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen“. Nur vier SPD-Abgeordnete mochten dem Antrag in dieser Form zustimmen. Angenommen wurde schließlich ein „Kompromiß“, bei dem die NPD nicht mehr namentlich erwähnt wurde. Endergebnis: Bezirksamtlicher Kastanymeyer (FDP) stellte sich auf den Standpunkt, daß „neonazistische Parteien und Vereinigungen“ in der BRD sowieso verboten seien, egal ob Organisationen wie die NPD seien demzufolge nicht als neonazistisch einzustufen, seien also von dem Beschluß der Bezirksversammlung nicht betroffen ... – Die Sache verlief trotz Protesten der BuLi-Parlamentarier schließlich im Sande. (Artikel von J. Reents in der „Buntten Liste Zeitung“, April/Mai 79, S. 1 und 10.)

4. Aufgrund von Nazi-Schmierereien in Eimsbüttel, ~~in~~ solchen mit schwindeleichen ausländerfeindlichen Inhalten, beantragten die BuLi-Abgeordneten eine ständige Unterrichtung der Bezirksversammlung über solche Schmierereien und die dagegen unternommenen Maßnahmen. Anlaß dieses Antrages war u.a. die Beobachtung, daß solche Hasparolen oft monatelang an den Wänden, z.B. auf Bahnhöfen, stehen bleiben. – Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, ohne Begründung, abgelehnt. (Artikel in der „Bunte Liste Zeitung“, 17.7.79).

5. Laut Pressemitteilung kam eine Studie von Sozialsenator Ehlers (SPD) zu der Schlussfolgerung, daß die Hamburg-Bürgerschaft rechtlich in der Lage wäre, ein Verbot der Aussperrung – wie es von vielen Gewerkschaftsorganisationen gefordert wird – zu beschließen. Die BuLi-Abgeordneten nahmen dies zum Anlaß eines Antrages: „Die Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert die Hamburg-Bürgerschaft auf, die Aussperrung im Land Hamburg zu verbieten ...“. Nur ein Mitglied der SPD-Fraktion unterstützte den Antrag, der somit niedergelassen war. Begründung der SPD: Der Antrag gehöre nicht in die Bezirksversammlung ... (Artikel in der „Bunte Liste Zeitung“, 17.7.79).

6. Offenheitlich zu „linken“ Pro-



Thomas Langer: „...eventuell realisierbare, gemeinsame Initiativen mit der Sozialdemokratie ...“

nur Gedankengänge und Argumentationen, die dem interessierten Publikum aus den früheren Aufsätzen von Rainer Link schon bekannt sind.

Wichtiger sind darum in dem Aufsatz von Langer/Link jene grundsätzlichen Aussagen, in denen sich die zentralen Doktrinen des „Modernen Sozialismus“ widerspiegeln. Hauptpunkt ist dabei ein gewandeltes Verhältnis gegenüber der SPD.

→ Die alte Bunte Liste habe „sich gegen alle bestehenden Einrichtungen und Organe der Gesellschaft und der existierenden Arbeiterbewegung definiert“, behaupten Langer/Link. Bei der „existierenden Arbeiterbewegung“ scheint es sich um eine begriffliche Anlehnung an den „real existierenden Sozialismus“ zu handeln. Jedenfalls belegen Langer/Link ihre Behauptung nur mit der Kritik der Buntten Liste an der Politik der Gewerkschaften. Der Buntten Liste wird zum Vorwurf gemacht, sie habe „pauschal die Gewerkschaftsführung für einen integralen Bestandteil staatlicher und kapitalistischer Strategie gegen die Bevölkerung“ gehalten. „Eine Betrachtung der letzten Gewerkschaftstage, die relevanten Oppositionsströmungen innerhalb der gewerkschaftlichen Leitungen gegen den sozialliberalen Regierungskurs und die Krisenpolitik des Kapitals nicht über werden lassen, läßt zumindest die fehlerhafte Pauschalität unserer damaligen Aussage erkennen“.

→ Langer/Link werfen der alten Buntten Liste vor, „daß positive sozialdemokratische Gesetzeswerke und Sensationsmeldungen nicht registriert und somit faktisch geleugnet werden“. Wieder einmal, wie so oft in den Abhandlungen der Gruppe Z, muß der geneigte Leser nachhaken, in wie vielen Füllungen der Aussage ver-

SPD bei der Regierungsbildung oder bei einzelnen Entscheidungen auf die Stimmen der „grün-alternativen“ Abgeordneten angewiesen sein könnte und aufgrund dieser Notlage zu Zugeständnissen „geswungen“ (mehr oder weniger erpressbar) werden könnte.

Der Aufsatz von Langer/Link hingegen sieht positive Elemente bereits in der heute „real existierenden“ Regierungspolitik der SPD. Folgerichtig operiert er nicht mit der unfreundlichen Kategorie des „zu Zugeständnissen gezwungen“, sondern mit der wesentlich konstruktiveren und kooperativeren Kategorie der „eventuell realisierbaren gemeinsamen Initiativen“.

Auch die bisher ablehnende Haltung der Linken gegenüber dem bürgerlichen Staat ist mit den Doktrinen des „Modernen Sozialismus“ nicht mehr vereinbar. Langer/Link machen der alten Buntten Liste den Vorwurf, sie habe „sich die Sammlung der progressiven Kräfte außerhalb des bürgerlich-parlamentarischen Staates (vorge stellt), in schroffer Gegenüberstellung gegen ihn. Das muß zu einer Unterschätzung der Bedeutung der Parlamente für die Bildung und Organisation der politischen Willensrechte dieser sozialer Kräfte führen“. Was mit diesen hingeworfenen Theorien konkret und genau gemeint ist, werden die „Modernen Sozialisten“ erst noch zukünftig darzustellen haben. Auch ihre in der ersten Ausgabe der „Modernen Zeiten“ publizierte Plattform geht in diesem Punkt über platte, abstrakte Bekenntnisse nicht hinaus. Der geneigte Leser kann sich dem Gemeintem allenfalls vermutungsweise nähern, indem er die Staats-Theorien des Herrn Pou-

elzer Kooperation mit der SPD ziemlich lächerlich erscheinen zu lassen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der meiste Teil der nicht wortknappe Artikel von Langer/Link mit keinem einzigen Wort auf diese Erfahrungen der Praxis mit der SPD bezieht. Diese praktischen Erfahrungen endlich einmal systematisch und zusammenfassend öffentlich zu machen – dafür wären zweifellos die Gruppe Z und die Eismittel-BuLi-Parlamentsfraktion kompetentesten. Ich beschränke mich hier notwendigerweise auf einige wenige markante Beispiele.

1. Die BuLi-Parlamentsfraktion bemühte sich um die Bildung eines offiziellen Frauen-Ausschusses. Ein ganz und gar harmloses, unproblematisches Anliegen, hätte man sich meinen können. Um sich zuerst einmal über den Standpunkt der anderen Partei-Frauen zu informieren und Chancen eines gemeinsamen Vorgehens zu prüfen, luden die beiden Abgeordneten der BuLi ihre Kolleginnen von CDU, FDP und SPD zum Gespräch. Dieser Einladung kamen nur die SPD-Frauen nach – die aber nicht etwa über einen Frauen-Ausschuß reden wollten, sondern den BuLi-Frauen einen nicht-offiziellen „Arbeitskreis“ ohne Kompetenzen schmackhaft machen wollten. Auf diese Weise wurden die Frauen der BuLi-Parlamentsfraktion monatelang hingehalten.

Eine Frau aus der Parlamentsfraktion kam später in einem Artikel zur Schlussfolgerung, die SPD habe sich mit Erfolg „unsere anfängliche Unsicherheit in der parlamentarischen Arbeit“ zunutze gemacht. In dem Artikel fielen auch ganz harte Worte, wie etwa: „Die SPD hat keine Hemmungen, durch ihre Parteiendiskussion den Eismittel Frauen ins Gesicht

filterungszwecken wurde von der SPD im Einmütigen Bezirksparlament ein Antrag gestellt, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu berücksichtigen, „inwieweit die Firmen berechtigten Arbeitnehmerinteressen Rechnung tragen“. Kriterien dafür sollten sein: Die Existenz eines Betriebsrates (bzw. gesetzlich vorgeschrieben); Lohngleichheit für Frauen; Einhaltung von Arbeitsnormen und Schutzvorschriften; Beschäftigung von Schwerbehinderten in der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl. Um diesen von CDU und FDP scharf abgelehnten Antrag durchzubekommen, war die SPD aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auf eine BuLi-Stimme angewiesen. Also scheinbar ideale Bedingungen, um mit der SPD Vorteilhaftes auszuhandeln, könnte man meinen. Die BuLi-Abgeordneten waren dann auch gutwillig bereit, dem SPD-Antrag zuzustimmen – sofern eine eindeutige Schwachstelle des Antrags abgeändert würde: Der SPD-Antrag sah nämlich vor, die Einhaltung der genannten Kriterien durch die Betriebsräte überprüfen zu lassen. Die BuLi machte darauf aufmerksam, daß dies schon durch das Betriebsverfassungsgesetz problematisch sei, das bekanntlich die Betriebsräte auf „Betriebswohl“, Wahrung des „Betriebsfriedens“ u.ä. verpflichtet. Die BuLi-Abgeordneten schlugen deshalb alternativ vor, die Einhaltung der Kriterien „durch die Gewerkschaften und ihre Gremien“ prüfen zu lassen (Dies ist übrigens auch gegenüber der von Langer/Link einfach bewiesenen Unterlegenheit „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ der alten Bunte Liste interessant.) Es gab Verhandlungen zwischen SPD und BuLi hin und her, die damit endeten, daß die SPD eine Änderung ihres Antrages ablehnte. Und dann passierte etwas „Überraschendes“: Mit 20 zu 19 Stimmen wurde der SPD-Antrag doch noch von der Bezirksversammlung angenommen, weil gerade im entscheidenden Moment ein CDU-Abgeordneter nicht zur Stelle war. Auch das Ende der Geschichte war kurios: Der Bezirksamtsleiter und sämtliche zuständigen Senatsbehörden bestritten die Zuständigkeit der Bezirksversammlung für diesen Antrag, so daß die Sache schließlich auf dem Wege begraben werden konnte (Artikel von J. Reents in der „Bunte Liste Zeitung“, September 79).

Nicht ohne Grund kam J. Reents (heute Leitungsmitglied der Gruppe Z und Redaktionsmitglied der „Modernen Zeiten“) damals noch zu der Schlussfolgerung: „Die BUNTE LISTE verdirbt der SPD das Geschäft, sich weiterhin als fortschrittlichste Fraktion für die Emsbütteler Bürger verkaufen zu können. Das produziert bei der SPD zeitweise Überlegungen, ihre senatsnahe Politik durch „linker Profilierung“ zu verbessern.“ Die Vorgänge um den oben dargestellten SPD-Antrag würden aber zeigen, „daß sie dabei auch in der Profilierungswelt stecken bleibt und sich nicht zu wirklich linker Politik durchschlägt.“ (ebenda)

Hätten Langer/Link sich mit solchen praktischen Erfahrungen auseinandergesetzt (wofür R. Link als Fraktionssekretär einmalig kompetent wäre), so könnte es zumindest mehr Klarheit darüber geben, wie sich die beiden zukünftig eine erfolgreiche Kooperation mit der SPD vorstellen. Immerhin zeigen ja die bisherigen Erfahrungen, daß im Emsbüttel Kooperation mit der SPD nicht einmal dort möglich war, wo sich die BuLi-Vorschläge durchaus im traditionellen Spielraum sozialdemokratischer Reformpolitik bewegten. Und dies, wie gesagt, mit einer bezirklichen SPD, die als relativ weit links stehend gilt, die z.B. Klose voll unterstützt und die auch unter ihren Bezirksparlamentariern ausgesprochene Linke hat. Langer/Link unterlassen bewußt den konkreten Nachweis, wo in der bisherigen SPD-Politik Spielraum für Zusammenarbeit und gemeinsame Initiativen mit der BuLi hätte stecken können. Das wäre zweifellos ein sehr interessanter Gesichtspunkt, den eine sozialistische Kommunalpolitik nicht vernachlässigen sollte. Das Fehlen solcher konkreten Nachweise bei Langer/Link deutet aber eher darauf hin, daß Kooperationsmöglichkeiten durch stärkere Anpassung an das real existierende SPD-Politik produziert werden sollen.

Daß eine solche Deutung sehr nahe liegt, sei an zwei anderen Beispielen aus der Praxis der BuLi-Parlamentaristik Emsbüttel demonstriert.

1. Ein Mitglied der Parlamentsfraktion stimmte in seinem Ausschuß mit den Vertretern von CDU, SPD und FDP für die Schließung des „Cafe Adler“, einer etwas zwielichtigen Schickerei-Kneipe, in der angeblich Rauschgift gedeckelt wurde. Erwähnenswert ist, daß der Laden

Ushi Obermeyer (APO-Veteranin wohlbekannt) und ihrem Freund gehörte; das „Cafe Adler“ hatte die BuLi in ihrem Bürgerhaushaltswahlkampf 1978 unterstützt und auch (u.a.) dem Kinderhaus in der Heinrichstraße Hilfen angeboten. Betrieben worden war der Antrag zur Schließung des Ladens von der CDU, die aus der Position konservativer Moral und reaktionärer Ideologie heraus argumentierte. Das Abstimmungsverhalten des BuLi-Ausschusses war zuvor nirgendwo diskutiert worden und wurde schließlich überhaupt nur deshalb als bühnenbekannt, weil ein Lokalredakteur den Vorfall (BuLi stimmt mit den etablierten Parteien) witzig genug für eine Pressemeldung fand. Es folgte eine la t e r a e Kritik an dem Abstimmungsverhalten – und eine Verurteilung des nunmehr als peinlich empfundenen Vorgangs.

Ob im „Cafe Adler“ wie a.T. behauptet – harte Drogen gedeckelt wurden und ob die Schließung des Ladens im Sinne progressiver Drogenpolitik einen Zweck erfüllte, sei hier dahingestellt. Selbst wenn man dies als gegeben annehmen will, bleibt die Frage nach dem politischen Nutzen einer Stimmabgabe gemeinsam mit etablierten Parteien, die erklärtermaßen völlig andere Zwecke verfolgen. Denn man wird bei voller Würdigung „bürgerlicher“ Drogenpolitik wohl doch zur Schlussfolgerung kommen müssen, daß die Schließung des Ladens kein kleiner „Schritt in die richtige Richtung“ war, sondern ein Schritt im Gesamtrahmen eines schädlichen Konzeptes.

2. In der Bezirksversammlung stimmten die BuLi-Abgeordneten einem SPD-Antrag zu, der für ein Gebiet beiderseits einer Emsbütteler Straße im Emsbüttel-Nord eine „Stadterneuerung in kleinen Schritten“ forderte. Hieran wurde nachträglich von der Mieterinitiative Emsbüttel Kritik geübt, indem auf fragwürdige Begründungszusammenhänge und negative Auswirkungen des Beschlusses hingewiesen wurde. Diese Kritik wurde von den Abgeordneten akzeptiert – wenn auch gleich als Beschwerde an die Mieterinitiative zurückgegeben, daß diese sich gefälligst mehr um die Parlamentspolitik kümmern solle.

Unabhängig von dieser Selbstkritik, die sich bloß auf den Einzelfall bezieht, scheint es mir generell fragwürdig, pauschal Sanierungskonzepten der SPD zuzustimmen, die aufgrund der herrschenden Verhältnisse erfahrungsgemäß immer zu Lasten der Bevölkerung gehen werden. Die Frage läßt sich so zuspitzen: Sollen alternative Abgeordnete a l s SPD-Anträge zustimmen, die halbwegs „anständig“ aussehen? Oder sollen sie nur in genau begründeten Einzelfällen (wenn sie selbst in Diskussionsprozessen mit der SPD einbezogen wurden, wenn positive Voten seitens der Mieterinitiativen u.ä. vorliegen) zustimmen? Der Drang zu demonstrativer Konstruktivität ist einseitig, wenn positive Voten seitens der Mieterinitiativen u.ä. vorliegen? Der Drang zu demonstrativer Konstruktivität ist einseitig, wenn positive Voten seitens der Mieterinitiativen u.ä. vorliegen? Der Drang zu demonstrativer Konstruktivität ist einseitig, wenn positive Voten seitens der Mieterinitiativen u.ä. vorliegen?

Des Problem der „Gegentwürfe“

Langer/Link sehen in der Erarbeitung von „Gegentwürfen“ zu allen relevanten Sektoren einen Schwerpunkt für grün-alternative Politik. Diesen Schwerpunkt stellen sie ausdrücklich gegen alle bisher praktizierte Politik „reiner Forderungskataloge“, die sich um die konkrete Realisierbarkeit nicht gekümmert habe. In der Konsequenz droht diese Gegenüberstellung darauf hinauszuweisen, eine sogenannte konstruktive Realpolitik des Machbaren gegen „unrealistische Maximalforderungen“ auszuspielen.

Bei Alternativ-Entwürfen (z.B. zur Energiepolitik, zur Verkehrsplanung etc.) besteht immer dasselbe Problem:

– Entweder handelt es sich um „konkrete Utopien“, also um Entwürfe, die eine radikal umgewandelte Gesellschaft voraussetzen, also a l s e i n i c h t realisierbar sind. Oder es handelt sich um Reformprojekte, die sich mit den real existierenden Verhältnissen einzurichten haben. Das führt dann leicht dazu, daß die „konkrete Utopie“ auf der Strecke bleibt.

Ein praktisches Beispiel, das von Langer/Link selbst erwähnt wird, soll dieses Dilemma veranschaulichen: „Die geplante Verkehrsberuhigung einer Emsbütteler Straße wurde von einer Bürgerinitiative von Anwohnern unterstützt sowie verschiedene Modifizierungen gefordert. Der absehbare Effekt dieser Maßnahme bestand in der größeren Verkehrsberuhigung einer Parallelstraße, wegen

sich ein Zusammenschluß dortiger Anwohner bildete. Auch hier steht man ohne ein halbwegs plausibles Konzept der Stadtplanung, Verkehrsplanung, konkreter Vorschläge zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs recht hilflos zwischen den Fronten.“

Langer/Link führen dieses Beispiel an, um zu beweisen, „wie wenig bisweilen damit gedient ist, sich ausschließlich auf die Anliegen aktiver Bürgerinitiativen zu stützen“ im Sinne ihrer These, daß auch grün-alternative Politik in erster Linie auf Spezialisten und Profis stützen müsse. Leider unterschlagen sie dabei völlig, wie sich die BuLi-Parlamentsfraktion hinsichtlich gegenüber dem skizzierten Dilemma verhalten hat. Das sei hier nachgeholt: Die Parlamentsfraktion machte sich in der ersten Phase sehr stark für eine erhebliche „Verkehrsberuhigung“ der ersten Straße (Bellealliance-Str.), ohne sich um den in der Tat „absehbaren Effekt“ (Mehrbelastung anderer Straßen) überhaupt sichtbar Gedanken zu machen. In der zweiten Phase widersprach sie dann auch den Plänen zum Ausbau der Parallelstraße (Altoner Straße).

Schlecht argumentiert und schlecht gerechnet

Als Fazit ihres Artikels schreiben Langer/Link „Insgesamt hat unsere Parlamentarierarbeit wohl das Ansehen alternativer Politik verbreitert, als Fingerzeig hierfür bewerten wir die Tatsache, daß wir (gemeint sind die Emsbütteler Grünen – Anm. AK) bei den Bundestagswahlen im Rahmen der 'Grünen' unter die fünf erfolgreichsten Wahlkreise bundesweit gelangen konnten“ (Der Stille Umgang mit den Wörtern „unser“ und „wir“ in diesem Satz ist eine eigene Geschichte).

Man ist in der Hamburger Linken mittlerweile daran gewöhnt, daß die Gruppe Z bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit dem „relativ guten“ Abschneiden der Hamburger Grünen bei der Bundestagswahl 1980 argumentiert. Halten wir uns dieses Argument z.B. auch für den Führungsanspruch, den die Gruppe Z im Namen der Grünen gegenüber dem Rest der alternativen Wahlbewegung in Hamburg erhebt. Wer derart geschäftstüchtig Wählerstimmen in Zustimmung für seine gesamte Politik oder gar für seine diversen Führungsansprüche umzumünzen versucht, muß allerdings auch damit rechnen, daß er seine eigene Wählbarkeit reduziert. Denn jeder aufmerksame Beobachter wird es sich gründlich überlegen, ob er für Leute votieren soll, die aus seiner Stimme ein von ihm überhaupt nicht gewolltes politisches Kapital zu schlagen versuchen.

Langer/Link argumentieren aber nicht bloß schlecht, sondern sie rechnen anscheinend auch nicht besonders gut. Das „relativ gute“ Abschneiden der Hamburger Grünen war in Wirklichkeit ein

den engen Rahmen ihrer Möglichkeiten und die sich daraus ergebenden „Sachzwänge“ hinweisen können.

An diesem Punkt ergibt sich die Versuchung, nicht „dogmatisch“ auf den Positionen der (in die fernere Zukunft wehenden) „konkreten Utopien“ zu verharren, sondern sich konstruktiv und realpolitisch an der Suche nach Lösungsmöglichkeiten zu beteiligen, die bei Aufrechterhaltung aller sonstigen Verhältnisse das kleinere Übel sein könnten oder mindestens zu sein scheinen. Die Schranken solcher Möglichkeiten werden von den realen Machtverhältnissen, von den Behörden etc. gesetzt. Es wäre eine Illusion, bei solchen Wählerstimmen im Geist der Machbaren wesentlich mehr durchsetzen zu wollen, als es auch fleißige und gutwillige linke SPDler erreichen könnten.

Ein weiteres Beispiel aus der Praxis für das Dilemma konstruktiver Realpolitik: Die beiden BuLi-Abgeordneten stellten am 28.6.79 in der Emsbütteler Bezirksversammlung einen Antrag, „unverzüglich“ die 27,5 Planstellen zu besetzen, die damals im Bezirksamt unbesetzt waren. Dies wurde als „unerträglich“

nicht, daß es im Interesse linker Politik liegen würde, „Spar“pläne der regierenden Parteien am Beamten-Apparat zu unterstützen oder solche „Spar“pläne gar selbst zu antworten, wie es die Rechtsgrünen um Olaf Dinnert in Bremen getan haben. Linke Politik gerät in Teufels Küche, wenn sie sich zu solchen Problemen der Herrschenden um jeden Preis irgendwie „konstruktiv“ verhalten möchte, statt einzusehen, daß sozialistische Politik gegenüber Problemen der Herrschenden und ihres Staates d o t e r u k t i v sein muß. (Die Sparpläne der Herrschenden z.B. an den Ausgaben für den Staatsapparat, den der Finanzierung ihrer forcierten Expansions- und Kriegspolitik).

Die Suche nach „konstruktiven“ und „realitätsüchtigen“ Gegenentwürfen wird schließlich d o r t am offensichtlichsten problematisch, wo sie sich auf Planspiele über eine andere Funktionsweise (nicht etwa Aufhebung!) des „bürgerlichen“ Gewalt- und Unterdrückungsapparates einläßt. Beispielhaft dafür sind die diversen Konzepte einer sogenannten „Alternativen Verteidigung“, die konsequenterweise wohl demütigt

Bezirks Emsbüttel ergibt folgendes Bild:

– Das Minus der Grünen gegenüber BuLi/GLU war im Ortsteil Emsbüttel relativ gering. Hier kamen die Grünen immerhin auf 4,6 Prozent, während die BuLi 1978 dort 7,0 % hatte und die GLU 0,7 %.

– Die Verluste der Grünen waren überdurchschnittlich stark im Ortsteil Rotherbaum (Uni-Viertel), wo die BuLi 1978 ihre Spitzenergebnisse erzielt hatte. Hier kamen die Grünen „nur“ noch auf 3,8 %, während die BuLi 11,6 % gehabt hatte und die GLU weitere 1,3%.

– Auffallend schlecht ist die Bilanz der Grünen in den vorwiegend neuhaus-besiedelten Ortsteilen Emsbüttel, in denen schon die BuLi 1978 unterdurchschnittliche Ergebnisse hatte. So kamen die Grünen nur auf 2,1 % in Lokstedt (BuLi 3,7 %, GLU 0,9 %), 1,7 % in Eidelstedt (BuLi 2,7 %, GLU 0,9 %), Stellingen 1,9 % (BuLi 2,8 %, GLU 1,3 %), Niendorf 1,9 % (BuLi 2,9 %, GLU 1,8 %).

Für Selbstbewehrlichungen und Feuerstuden auf die Attraktivität der Parlamentarierarbeit in Emsbüttel geben diese Zahlenvergleiche jedenfalls absolut nichts her. Aber in der „Z“-Cheftage hat man für diese Dinge offenbar eine ganz eigene Optik. Während Langer/Link das Bundestagswahlergebnis der Hamburger Grünen

haben man für diese Dinge offenbar eine ganz eigene Optik: Während Langer/Link das Bundestagswahlergebnis der Hamburger Grünen abfeiern, mögen sie auf das (deutlich bessere!) Wahlergebnis der Bunte Liste von 1978 zugunnenhaft herabblicken: Es lasse „Schlüsse zu auf eine gesamtgesellschaftliche Isoliertheit“ der BuLi. Gewiß, aber was soll man dann erst von den Ergebnissen der Grünen sagen?

– Eine Differenzierung der Wahlergebnisse nach Ortsteilen des

Beitrag gegen die „anhaltende Arbeitslosigkeit“ bezeichnet („Bunte Liste Zeitung“, 17.7.79, S. 3). Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt.

Verbundene „Antistatistik“ im Sinne traditioneller sozialistischer Politik wird man diesem Antrag der BuLi-Parlamentsfraktion jedenfalls nicht vorwerfen dürfen. Er mutet im Gegenteil schon höchst „moderat“ an. Er stellt sich nicht bloß prinzipiell nur personellen Aufstockung des „bürgerlichen“ Staatsapparates, sondern er verzichtet zudem auf jeden Ansatz einer Differenzierung innerhalb dieses Apparates. Man hätte ja immerhin zuerst die Frage unteruchen können, um was für freie Planstellen es sich eigentlich handelt – und ob deren Besetzung nicht vielleicht überflüssig oder sogar schädlich wäre (Unbesetzte Planstellen soll es sogar bei der Polizei und in der Innenbehörde geben! Abgesehen von diesem peinlichen Schwachpunkt des Antrages Sozialisten und für die A u f h e b u n g des Staates (wohlgeachtet) j e d e s Staates, nicht bloß des „bürgerlichen“ und somit selbstverständlich nicht für seinen A u s b a u. Gerade in d i e s e r Hinsicht könnte die Entwicklung einer „konkreten Utopie“ durchaus sinnvoll sein – nämlich aufzuzeigen, wie eine Gesellschaft in völlig anderer Weise, o h n e ein Riesenheer von Staatsbeamten, funktionieren könnte.

Das bedeutet andererseits aber

durch Konzepts einer „Alternativen Polizei-Strategie“ ergänzt werden (Die zukünftigen Begründungen lassen sich mühelos voraussetzen: Man müsse das Schulbedürfnis der Bevölkerung ernst nehmen und dürfe es nicht den Herrschenden überlassen).

Toleranz-Koalition mit der SPD?

„Keine Koalition mit den etablierten Parteien“ einzugehen, war anfangs ein zentraler und kaum bestrittenes Element hunderter, alternativer und grüner Listen. So pauschal und undifferenziert allein eingulig wie dieses Essential weithin aufgeführt wurde, könnte man auch von einem Dogma reden. Anscheinend wirkte die Berührung Angst vor der noch unbekannten Sphäre des „bürgerlichen“ Parlaments so stark, daß sie zumindest den feierlichen Eid auf Enthaltsamkeit gegenüber den etablierten Parteien bedurfte. Immerhin läßt sich mit diesem Dogma ganz gut leben, solange man in den Parlamenten ohnehin viel zu schwach ist, um wirklich Einfluß auszuüben.

Inzwischen ist das Prinzip erstmals praktisch gebrochen worden – in Marburg und Kassel, wo die Grünen der SPD/FDP zur Regierungsfähigkeit verholfen. Daß es sich da-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

bei nicht um Koalitionen handelt, wird von allen Beteiligten sorgfältig betont. So wenig sich die Grünen heute schon eine ausdrückliche Koalition mit den Regierungsparteien leisten können, so wenig kann sich andererseits die SPD derzeit eine erklärte Koalition mit den Grünen leisten. Tatsächlich unterscheiden sich diese örtlichen Regierungsbündnisse von einer „richtigen“ Koalition aber nur dadurch, daß die Grünen auf Regierungsposten verzichten, die ihnen von der SPD/FDP wohl sowieso nicht zugestanden worden würden.

Immerhin deutet sich in diesen bisher nur vereinzelten Bündnissen an, daß die Grünen Partei koalitionsfähig zu werden beginnt. Diese Koalitionsfähigkeit hängt jedoch unmittelbar mit ihrer Bereitschaft zusammen, alle radikalen Zielsetzungen aufzugeben (oder zumindest zu reduzieren und zurückzustellen) und sich in den traditionellen Rahmen „bürgerlicher“ Parteienpolitik einzupassen. Deutlichstes Beispiel dafür ist Marburg, wo der von den Grünen unterstützte SPD-Bürgermeister auch noch die CDU ins Regierungsbündnis ziehen möchte und damit jeden frommen Anschein verlohnt, als solle hier eine etwas progressive Politik praktiziert werden.

An diesem Punkt reicht es sich, daß die Enthaltenspolitik gegenüber den etablierten Parteien bisher in der Form eines Dogmas gehalten worden war: Es wurden keinerlei Kriterien entwickelt, unter was für Umständen und in was für Formen vielleicht doch Bündnisse im Parlament möglich und „zulässig“ werden könnten.

In Westberlin wurde von Teilen der Alternativen Liste erstmals die Überlegung zur Diskussion gestellt, einen detaillierten Forderungskatalog auszuarbeiten, bei dessen Akzeptierung man einen SPD/FDP-Minderheitssektor „tolerieren“ (dulden, d.h. faktisch durch positive Stimmabgabe oder zumindest Stimmenthaltung unterstützen) könne. Diese Forderungen waren an den Interessen der realen Bewegungen orientiert und dementsprechend weitgehend, wie etwa Anwesenheit für alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Angeklagten.

In der AL war diese Überlegung derart unstrittig, daß sie vor der Wahl nicht eindeutig entschieden wurde. Auf einer Vollversammlung nach der Wahl blieb sie dann klar wurde. Auf einer Vollversammlung nach der Wahl blieb sie dann klar wurde. Auf einer Vollversammlung nach der Wahl blieb sie dann klar wurde.

Abgesehen von diesem konkreten Umstand scheint mir das vorgeschlagene Verfahren (radikaler Forderungskatalog) sinnvoll als das alte Dogma von „keine Koalition“. Zwar bestand keine Aussicht, daß die SPD sich auf die Forderungen einlassen würde, aber man hätte mit diesem Verfahren immerhin deutlich machen können, welche konkreten Forderungen der SPD so unannehmbar erschienen, daß sie es lieber zur Bildung eines CDU-Senats kommen läßt.

Gerade wegen dieser m.E. positiven Seite laugt das in Westberlin vorgeschlagene Verfahren aus der Sicht der „Modernen Sozialisten“ und ihrer „Konstruktiven Realpolitik“ eigentlich gar nicht. Ihr Interesse muß sich vielmehr darauf richten, in voller Würdigung von „positiven sozialdemokratischen Gesetzeswerken und Sensationsmeldungen“ (Langer/Link) tatsächlich zu einem Regierungsbündnis mit der SPD zu kommen. Das setzt aber voraus, daß man den eigenen Forderungskatalog an ein solches Regierungsbündnis von vornherein auf das „Machbare“ begrenzt - statt „maximalistische Forderungen“ aufzustellen, deren Ablehnung durch die SPD voraussehbar ist. In dieser Logik muß die Verwirklichung eines Regierungsbündnisses mit der SPD zum Selbstzweck werden, während die Frage nach dem praktischen Nutzen entweder beiseite geschoben oder bloß „strategisch“ beantwortet wird. Die von Langer/Link hingeworfenen Theorie-Brocken („Einbrüche in bürgerliche Hegemonie und eine Neuordnung der gesellschaftlichen Blöcke“), deren praktische konkrete Ausfüllung noch offengelassen ist, deuten in Richtung solcher „strategischer“ Antworten.

Die Hamburger Grünen haben sich in einer - federführend von der Gruppe Z formulierten - Resolution bereits dafür ausgesprochen, der SPD nach dem Bürgerchaftswahl ein „Tolerierungs-Angebot“ zu machen, falls die SPD darauf angewiesen sein sollte. (Das wäre der Fall, wenn die

SPD die absolute Mehrheit verfehlt, und wenn die FDP an der 5%-Hürde scheitert.) Diese Spekulation ist kein besonderer „Tick“ der Gruppe Z, sondern wird von anderen maßgeblichen Grünen aktiv mitgetragen.

Teilweise beruhen solche Überlegungen auf der ehrlichen Illusion, man könnte nach der Wahl aus einer Position der Stärke die SPD „zu Zugeständnissen zwingen“, was es in der Resolution der Hamburger Grünen heißt. Eine solche Sichtweise verkennt sehr bald die Funktion „bürgerlicher“ Parteien und Parlamente. Parteien und Parlamente agieren im Rahmen der herrschenden Verhältnisse und stellen diesen Rahmen nicht einmal in Frage, geschweige denn, daß sie ihn sprengen könnten. Selbst wenn die SPD es wollte, könnte sie es sich aktuell gar nicht leisten, radikale Forderungen zu akzeptieren, zur um sich damit eine Handvoll grün-alternativer Abgeordnetenstimmen zur Regierungsbildung einzutauschen. Eher würde sich in einem solchen Fall irgendein anderer Weg, vorbei an dem Häuflein der grün-alternativen Abgeordneten, finden lassen. (Leistungsin von der CDU, Absprachen mit der CDU, Fehlen von CDU-Abgeordneten „wegen Krankheit“ bei entscheidenden Abstimmungen ...). Übrigens wäre die SPD auch innerparteilich zu dem erhofften „Polit-Geschäft“ („Zugeständnisse“) mit den Grün-Alternativen gar nicht in der Lage, weil sie in diesem Fall Schwierigkeiten mit ihren eigenen Abgeordneten vom rechten Flügel hätte, also ihre Mehrheitsfähigkeit in der Bürgerschaft dann von dieser Seite ständig in Frage gestellt wäre. In gewissem Sinn ist die heute existierende SPD bereits selbst eine Koalition unterschiedlicher Interessen, die darauf angewiesen ist, die einzelnen Partner durch „Zugeständnisse“ zusammenzuhalten.

Nur Vorstellungen, eine grüne oder alternative Parlamentsfraktion könne vielleicht als „Zänglein an der Waage“ relevanten politischen Einfluß ausüben, orientieren sich am Bild der FDP. Diese Partei läßt in der Tat vielerorts in den Parlamenten eine „Macht“ aus, die über ihr reales Stimmen- und Abgeordneten-Potential weit hinausgeht. Diese „Macht“ der FDP beruht aber nicht bloß auf dem Rechenfaktor parlamentarischer Kräfteverhältnisse und kann von den Alternativen und Grünen überhaupt nicht kopiert werden.

1. Die FDP repräsentiert trotz ihres geringen Wählerpotential gewichtige Tendenzen und Interessen innerhalb der herrschenden Bourgeoisie. (Aus demselben Grund haben in Italien die „Republikaner“ sowie Gewicht, daß sie derzeit den Ministerpräsidenten stellen, obwohl sie hierzulande schon an der 5%-Hürde gescheitert wären).

2. Die FDP operiert aus der Position einer flexiblen Kraft zwischen den beiden „bürgerlichen“ Hauptparteien und kann (theoretisch) in jedem Moment das obenein extrem labile Kräfteverhältnis im Bundestag und anderen Parlamenten entscheiden. - Ganz im Gegensatz dazu stehen alternative und grüne Abgeordnete in der Rolle einer extremen Opposition gegen alle anderen Parteien. Mit einem Überwechseln zur CDU zu drohen, verbietet sich für sie selbstverständlich.

Die „Macht“ der FDP beruht auf einer sehr weitgehenden Interessenidentität mit großen Teilen der SPD und der CDU/CSU für alternative und grüne Abgeordnete hingegen besteht eine solche Interessenidentität bestenfalls gegenüber dem linken Flügel der SPD. (Freilich hat die BuLi-Parlamentsfraktion in Einzelfällen in einigen wenigen Fällen mit CDU und FDP gegen die SPD gestimmt, aber es wäre noch zu untersuchen, ob das wirklich zweckmäßig war und welche Interessen beim Zustandekommen solcher Momentenbündnisse Pate gestanden haben).

Aus den genannten Erfahrungen und Faktoren ergibt sich, daß es heute illusorisch wäre, von einem „Tolerierungs-Angebot“ an die SPD mehr zu erhoffen als eine Unterordnung unter deren Politik, bei allen biblischen Kosmetik im Detail. (Daß sie ihre grün-alternativen Bündnispartner nicht mit total leeren Händen vor ihrer Basis stehenlassen kann, ist der SPD natürlich klar). Wer heute davon spricht, unter den real existierenden Verhältnissen die SPD parlamentarische „Zugeständnisse“ zu „erzwingen“, ist entweder naiv - oder er will sein Publikum täuschen.

Andererseits können sich die Dinge vielleicht entwickeln, wenn die parlamentarische Stärke der Alternativen/Grünen deutlich größer wäre und wenn der sich abzeichnende Differenzierungsprozeß in der SPD (und FDP!) erheblich weiter vorange-

Kontroversen um die Anti-Haig-Demo und die Bärenendienste eines „taz“-Redakteurs

Nach dem 13.9. waren sich viele Teile der Westberliner Friedensbewegung und der linken Öffentlichkeit darin einig. Der eindrucksvolle Massenprotest gegen den Haig-Besuch war ein gemeinsamer Erfolg aller aktiven Kriegsgegner der Stadt. Zum ersten Mal war es zu einem gemeinsamen Aufruf und einer gemeinsamen Aktion der im Informationskreis Frieden (Koordination) zusammengeschlossenen Organisationen und Friedensinitiativen und der autonomen Gruppen gekommen.

Zuvor mußten freilich langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen durchzustanden werden. Die Schwierigkeiten begannen damit, daß die autonomen Gruppen an der ursprünglichen Planung des Informationskreises Frieden nicht beteiligt gewesen waren; zu diesem Zeitpunkt hatte es nicht einmal einen Kontakt untereinander gegeben. Von parallelen Planungen in der autonomen Szene hatten die in der Friedenskoordination zusammengeschlossenen Gruppen erst durch ein am 1.9. verteiltes Flugblatt erfahren.

Bevor man sich am 10.9. schließlich auf eine gemeinsame Demonstration, Demonstrationsroute und -leitung einigen konnte (vgl. AK 208, S. 20), hatte es auf verschiedenen gemeinsamen Vorbereitungstreffen von Autonomen und Friedenskoordination Streit um den Charakter der Demonstration - friedliche Massendemo durch die City oder Protestaktionen vor den von starkem Polizeiaufgebot abgesicherten Auftrittslokalen Haig - und die Demonstrationsroute gegeben.

Erschwert wurden die Verhandlungen durch die Berichterstattung der „taz“. Wie in den bürgerlichen Medien wurden auch in der „taz“ die geplante Demonstration penetrant als „Juso-Projekt“ gehandelt. Mochten sich bürgerlichen Medien ausge-rechnet haben, die Jusos und den linken sozialdemokratischen Flügel der Friedensbewegung auf diesem Wege doch noch aus dem Demonstrationsbündnis herauszubekommen, über-

Wegen doch noch aus dem Demonstrationsbündnis herauszubekommen, über-nahm es die „taz“, ihrer linken Leserschaft die Demo als sozialdemokratisch dominiertes Projekt verdächtig zu machen. Eine besonders un-rühmliche Rolle spielte der „taz“-Redakteur Johann Legner, der ab dem 8.9. die Berichterstattung über die Anti-Haig-Demo für den Berlin-Teil übernahm.

Seinen Einstand gab Legner mit dem großaufgemachten Artikel „Kontroversen um die Anti-Haig-Demo - Sieg im Volkspark?“ Unter Bezugnahme auf ein Gespräch des Westberliner SPD-Landvorsitzenden Glotz mit den Jusos am 4.9. über das Thema Anti-Haig-Demo heißt es: „Auch die Jusos haben sich zu Konzessionen bereit erklärt - Die Demonstrationsroute wird jetzt aus der Innenstadt hinausverlegt. Sie soll vom Olivaer Platz bis zum Endpunkt am Volkspark Wilmersdorf gehen... Die ursprüngliche Absicht der Jusos, die Alt-Mauern über den Breitscheidplatz (an der Gedächtniskirche - Ann. AK) zu führen, wurde fallen gelassen.“ Eine passende Interpretation beferte Legner gleich mit: Die Route sei auf Wunsch der Jusos geändert worden, damit „der ungebetene Gast aus Übersee von dem Protest gegen seine Anwesenheit in der Stadt und gegen die Aufrüherpolitik der Reagan-Regierung nichts zu Gesicht bekomme. Während Haig in einem Hotel in der Rantkestraße seine neuesten Einschätzungen der Weltlage und der Rolle Berlins als „Vorposten der freien Welt“ zum besten geben wird, sollen die Demonstranten friedlich und wohlgeordnet in Richtung Wilmersdorf ziehen. Die am Wochenende bekanntgewordene Änderung der Demo-

schritten wäre. Wenn also, anders gesagt, eine erhebliche Verchiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links erreicht wäre. Soweit ist es aber noch keineswegs - und die Überlegungen über Regierungspakete mit der SPD drohen heute erst einmal zum Spielfeld cleverer Politikaster zu werden, die auf dem grün-alternativen Umweg zu einer „bürgerlichen“ Karriere kommen möchten.

Kl., Hamburg

route (ursprünglich sollte die Demo ganz in der Nähe von Haigs Auftrittslokal vorbereitet werden) ist bei einem guten Teil der bisherigen Unterstützer auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Richtig daran ist nur soviel, daß die ursprünglich geplante Demo-Route (vom Olivaer Platz zu einer Zwischenkundgebung an der Gedächtniskirche und von dort zum Volkspark Wilmersdorf) geändert worden war - allerdings nicht von den Jusos, nicht nach dem oder gar als Ergebnis des Juso-Plauschens mit Glotz, und ganz gewiß nicht, weil eine Route „in der Nähe von Haigs Auftrittslokal“ vermieden werden sollte. Beschlossen wurde die veränderte Demo-Route übrigens auf Antrag der Alternativen Liste - von allen Trägern der Demo (mit Ausnahme der Autonomen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der Planung beteiligt waren) am 2.9. also zwei Tage bevor



Glotz die Jusos in die Mangel nahm,

Tags darauf muß Legner korrigieren - nicht wie von uns irrtümlich

Glotz die Jusos in die Mangel nahm, und mehrere Tage bevor der linken Szene der Aufenthaltsort Haigs überhaupt bekannt war. Der Grund für eine Abkehrung der Route war viel weniger dramatisch, als Legner behauptete: Die ursprünglich geplante Route wurde von vielen für zu lang gehalten, und der Breitscheidplatz kam für eine Abschluskundgebung nicht in Betracht, weil er zu einem erheblichen Teil Baustelle ist.

Jedoch, auch ein Alternativ-Reporter braucht zuweilen Schlagzeilen. Und wenn schon nicht authentischeres, so ließ sich doch sensationelleres Material aus einer anderen Quelle schöpfen. Wie einer Meldung des „Tagesspiegel“ vom 8.9. zu entnehmen, hatte Glotz die Änderung der Demo-Route als Ergebnis seines Gesprächs mit den Jusos am 4.9. ausgegeben. Wer es da nicht Johann Legners journalistische Pflicht, diese von interessierter Seite lancierte Falschmeldung der Szene als heile Ent-tüllung anzudeuten?

Dank seines guten Gespürs für Effekt war auch der Zeitpunkt gewählt: Just zu dem Zeitpunkt, wo die Autonomen und der Koordinationskreis der Berliner Friedensgruppen über eine gemeinsame neue Demonstrations-Route verhandeln, in dem Augenblick, als gerade bekannt geworden war, daß sich Haig in einem Hotel in der Rantke-Straße, nahe der Gedächtniskirche, aufhalten würde, fragte sich so mancher Autonomer nach der Lektüre der neuesten Enthüllungen aus Legners heißem Blatt mitzutrauen, ob er nicht doch von den Jusos gelinkt werden sollte.

Direkte Empfehlungen, welche Konsequenzen die Autonomen aus diesen Enthüllungen ziehen sollten, kann und will Legner aus seiner Redaktionsstube natürlich nicht geben, das wäre wirklich schlechterer alternativ-journalistischer Stil.

Das Ohr immer an der Basis, servierte Legner Heber die neuesten Kreuzberger Scheißhauparolen „Möglichst viel zerstören. Ein Verbot der Demo oder ein Rückzieher der Jusos könne auch nicht ausgeschlossen werden“. Und: „Uns ist es egal, von der sozialdemokratischen Jugendorganisation müsse man sich eben selbst was einfallen lassen“.

Noch nachdem die Autonomen und die Koordination der Berliner

Friedensgruppen sich am 9.9. (Dienstag) nach mühseligen Verhandlungen (für Legner: „vierstündiges Palaver um Demo-Route“) auf eine gemeinsame Route geeinigt hatten, setzte Legner seinen Mißtrauen schützendes Stille der Berichterstattung fort. Anlaß seiner Betrachtungen: Die gemeinsam beschlossene Demo durch die City zum Winterfeldplatz war von Polizeipräsident Hübner in dem beantragten Verlauf nicht genehmigt, stattdessen ein Alternativvorschlag unterbreitet worden. Legner in der „taz“ vom 10.9. „Daß die erneuten Verhandlungen am Mittwochmorgen zwischen Jusos, Jusos, AL und dem Polizeipräsidenten das alte Mißtrauen wieder aufbrechen ließen, zeigt allerdings, wie brüchig der Kompromiß vom Dienstagabend war. Abzuschließen haben sich, so die Kritik, die Organisationen, die bei Hübner waren, von der Kompromißroute abbringen lassen und einer ganz neuen Route zugestimmt“.



Tags darauf muß Legner korrigieren - nicht wie von uns irrtümlich

Tags darauf muß Legner korrigieren: „Nicht wie von uns irrtümlich gemeldet schon am Mittwoch, sondern erst am nächsten Morgen haben Jusos und Jusos die Demo bei der Polizei angemeldet. Nach nochmaligen Diskussionen zwischen mehreren Gruppen im Delegiertenrat der AL hat man sich darauf geeinigt, vom Olivaer Platz über den Savignyplatz, die nördliche Schneise an der Gedächtniskirche zum Winterfeldplatz zu gehen. Wesentliche Forderungen der bisherigen Kritiker sind damit erfüllt: Die Demo geht so nahe wie möglich zum Aufenthaltsort Haigs, und sie endet am Winterfeldplatz“ („taz“, 11.9.).

Daß die Demonstrations-Route aufgrund der Kritik insbesondere aus Reihen der autonomen Gruppen nochmals geändert wurde, war zweifellos eine wichtige Voraussetzung für das breite Bündnis am 13.9. Daß dieses Bündnis zustande kam, war allerdings nicht das Verdienst einer Berichterstattung im Stile Legners, eher schon kam es trotz dieses Bärendienstes zustande.

Dieser Berichterstattung ist im übrigen am 9.9., anläßlich einer von der „taz“ organisierten Diskussionsrunde über die „Greichenfrage Gewalt“, heftig kritisiert worden. Das Gespräch wurde in der „taz“ vom 11.9. veröffentlicht, die kritischen Beiträge gegen den hauseigenen Journalismus wurden allerdings schematisch ausgespart. Immerhin schlägt sich die Kritik in indirekter Form in einem begleitenden Kommentar des „taz“-Redakteurs Klaus Hartung nieder, der sich die Kritik bereits während der Diskussion zu eigen gemacht hatte. „In dem Gespräch, zu dem die taz am Mittwochabend Hausbesitzer, Friedensfrauen, Vertreter der FDP, der SPD, der AL einlief, der Vorbereitung der Haig-Demonstration eingeladen hatte, wurde insbesondere auch die Berichterstattung der taz kritisiert. Sie habe mit einer gewissen Süffizanz die Jusos als tendenzielle Umfaller dargestellt. Die Routenplanung sei dergestalt worden als Anpassung an die Positionen des SPD-Landvorsitzenden. Der Vorwurf gegen die taz ist berechtigt. Tatsächlich ist genaugenommen - mit der Koketterie intimer Informiertheit - das Fraktionshickhack in den Vordergrund gestellt worden (vgl. Überschrift „Pokern um die Route“).“

J., Westberlin

Diskussionsbeitrag zum Aufruf der Russell-Peace-Foundation für ein atomwaffenfreies Europa

Im AK 205 wird im Artikel zum Russell-Aufruf den Gruppen, die in der BRD als Vertreter der Russell-Foundation auftraten, der Vorwurf gemacht, daß sie eine eigenwillige Interpretation des Aufrufs vornahmen und damit eine Ausgrenzung- und Spaltungspolitik gegenüber der DKP betreiben. Diese Kritik ist sicherlich angebracht. „... die Mächten des Ostblocks eine realen Preis abverlangt: die Öffnung Osteuropas ...“ – das ist z.B. eine Forderung, die nicht im Aufruf zu finden ist. Vollkommen abwegig äußert sich erst recht der KÜW, der die „militärische Verteidigung des blockfreien Europas gegen die Supermächte“ fordert. (Auf die weiteren eigenmächtigen Interpretationen wie „alternative Verteidigung“ und „Gewaltfreiheit“ soll hier nicht eingegangen werden.)

Es ergibt sich aber die Frage, ob die im AK-Artikel so positiv hervorgehobene „Ausgewogenheit“ des Aufrufs bezüglich Ost und West nicht für solche Interpretationen offen ist. Und ob nicht die im Artikel nur kurz benannte Schwäche des Aufrufs selbst – Nichtbenennung der Kriegsursachen und der eindeutigen Initiative der USA bei der Vorbereitung eines Krieges – solchen Interpretationen geradezu den Weg ebnet.

Nahe Vereinfachung der Kriegsursachen

Es wird in dem Aufruf von einem moralischen Standpunkt der Betroffenen aus argumentiert. „Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft durchaus beide Kontrahenten“. So gesehen existiert die Bedrohung grundsätzlich von beiden Seiten und jede Rakete ist ein Graus, wenn sie uns trifft, egal von welcher Seite sie kommt. Dabei werden aber unauflösbare Zusammenhänge unter dem Teppich geköhrt. Die Aufforderungen an beide Supermächte, die Produktion bzw. Stationierung von Fernbom II bzw. SS 20 einzustellen, sind richtige und berechtigte Forderungen. Wenn aber dabei die Ursachen nicht benannt werden, geschieht dies eindeutig zugunsten der Imperialisten, speziell der USA und der BRD. Zwangsläufig wird diese „Ausgewogenheit“ zugunsten des Westens politisch ausgeschaltet.

Die naiv vereinfachende Darstellung der Kriegsfahrt ist anscheinend eine typische Herangehensweise der Initiatoren des Russell-Aufrufs. Z.B. erging sich Ken Coates in seiner Rede auf einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauen-Friedensmarsches in Bremen in einem bildlichen Vergleich, der von Bertrand Russell selbst stammen soll: In den USA gäbe es eine Sitte, nach der junge Leute in einen Wettkampf treten, indem sie mit zwei Autos in rasender Geschwindigkeit auf einer weißen Linie aufeinanderzufahren. Wer in letzter Sekunde ausweicht, gilt als Feigling. Dies selbstmörderische Spiel „Wer ist der Feigling?“ werde derzeit von den Supermächten gespielt.

Thompson, auch einer der Initiatoren des Russell-Aufrufs, sagt: „Es geht letztendlich nicht darum, die Waffen abzubauen, sondern es geht um die Blöcke selbst, die diese Waffen einsetzen wollen; wenn man so will, sind die Blöcke die Ursachen für die Waffen“. Ja, aber woher kommen die Blöcke? Sie sind doch ein Resultat kriegerischer Absichten, und nicht selbst die Ursache. Nach dem 2. Weltkrieg war es der Westen – allen voran die USA –, der die Blockbildung mit der Gründung der NATO vorantrieb, als aggressiver Militär-Vorant gegen die Sowjetunion. Im Gegenzug entstand der Warschauer Pakt. Alles andere wäre ein verdrehtes Geschichtsbild.

Leckerbissen für Vaterlandsverteidiger

Thompson muß darüberhinaus noch der Vorwurf gemacht werden, daß er mit seiner Argumentation zur Bürgerrechtsbewegung in den Warschauer-Pakt-Ländern den Vaterlandsverteidigern direkt ein paar Leckerbissen zusteckt: „... Insofern kann die Bürgerrechtsbewegung von der Friedensbewegung im Westen nicht ignoriert werden. Wir sind nicht berechtigt, anderen Staaten im einzelnen Vorschriften zu machen, wie sie ihre Angelegenheiten zu regeln haben, aber ich glaube, wir müssen deutlich machen, daß allgemein die westliche Friedensbewegung und die Bewegung

für Demokratisierung und Bürgerrechte in Osteuropa zusammenarbeiten müssen. Denn nur so kann Europa geehrt werden, das spüren wir im Grunde sehr genau“. Oder weiter unten: „Wir in England sind für Solidarnosc, für die Demokratisierung im Osten. Wir sehen einen Weg, die Wunden Europas zu heilen...“ (aus Broschüre „Für ein atomwaffenfreies Europa“, herausgegeben von der Russell-Friedenskampagne, Berlin 81).

Im AK wird kritisiert, daß mit solchen Aussagen der Initiatoren und Unterstützer der Friedenskampf auf einen Kuhhandel heruntergezogen und die Ausgewogenheit zerstört würde. Aber die Kritik muß u.E. viel weiter gehen. Verschimmeln hier nicht die Ziele eines Friedensauftrufes hinter „europäischen Interessen“? Was ist mit diesem „beiden Europa“ gemeint, welche Wunden sollen geheilt werden? Sind die Folgen des 2. Weltkriegs mit der Spaltung Deutschlands gemeint, so können wir hier in der BRD um eine solche Art „Vergangenheitsbewältigung“ keinesfalls erlauben, die die Rolle Nazi-Deutschlands verschweigt und stattdessen mit der lobenden Erwähnung der Bürgerrechtsbewegung im Osten sämtliche antikomunistischen Klischees und Assoziationen vom drohenden Angreifer aus dem Osten zumindest in einem so verhetzten Land wie der BRD zwangsläufig hervorruft.

Außerdem werden damit Positionen bezogen, die so pauschal keinesfalls in der linken und demokratischen Bewegung der BRD „vereinheitlicht“ sind. U.E. ist es ein Unding, eine pauschale Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung zu einer Grundlage der westeuropäischen Friedensbewegung zu machen. Denn abgesehen davon, daß sie mit unserer Friedenskampagne nur sehr sehr wenig zu tun hat, ist die Bürgerrechtsbewegung oder z.B. die Solidarnosc ein recht schillerndes Ding, daß einer differenzierten Analyse bedarf. Wenn von maßgeblichen Leuten der Russell-Foundation selbst solche weitergehenden Forderungen mit dem Aufruf verbunden werden, nicht das den Aufruf selbst in Zweifel.

Unabhängigkeit von den Blöcken und damit von den bürgerlichen Parteien (und auch von der DKP) und Ausgewogenheit in dem Sinne, Forderungen grundsätzlich an beide (bzw. besser an alle) Seiten zu stellen, sind wichtige und richtige Grundpositionen für eine breite Friedensbewegung. Aber diese Ausgewogenheit muß sich abgrenzen von einer Position, wie die von Vaterlandsverteidigern rechter und „linker“ Couleur vertreten wird, die die politischen Verhältnisse und von „Vaterlandsverteidigern“ rechter und „linker“ Couleur vertreten wird, die die politischen Verhältnisse und die Rollen in der Kriegsvorbereitungspolitik von NATO und Warschauer Pakt kurzweilig gleichsetzt. Eine solche Gleichsetzung wäre der erste Schritt, die militärische Bedrohung durch die SU als die für uns entscheidendere, weil gegnerische Seite anzusehen – und damit den „Verteidigungsmarsch“, „Nachrüstungsbeschlüssen“ und der neuen Kalten-Kriegs-Stimmung zumindest nichts mehr entgegenzusetzen. Dabei sind es genau diese Elemente, auf die Jahrzehntlang bis heute die westdeutsche Bourgeoisie ihr Konzept aufbaut, mit dem die Bevölkerung für einen neuen Krieg gewonnen werden soll, – und kann, wenn dem nicht entschieden entgegengetreten wird.

Zugeständnisse an Sozialdemokraten?

Im AK-Artikel wird zu Anfang darauf hingewiesen, daß die Nichtbenennung des aggressiven und auf militärische Überlegenheit ausgerichteten Charakters der USA-Politik ein Zugeständnis an sozialdemokratische und bürgerliche Kreise sei. Möglicherweise handelt es sich jedoch nicht um bündnispolitische Zugeständnisse, sondern diese Sichtweisen entsprechen der tatsächlichen Meinung der Initiatoren. Für uns bleibt auf jeden Fall die Frage, ob solche Zugeständnisse nicht zu weit gehen, bzw. ob wir uns mit solcherart sozialdemokratischen Positionen zufriedengeben können. In der BRD ist die Diskussion in der Friedensbewegung bis weit in die Sozialdemokratie hinein inzwischen auf einem anderen Niveau angelangt, z.B. in puncto „Nachrüstung“, die als „Vorrüstung“ erkannt wird, womit gleichzeitig die Kriegspläne der USA kritisiert werden. Gerade diese Erkenntnis der Vorrüstung ist zu einem Anstoß für das Wiedererwachen der westdeutschen Friede-

Zum Westberliner Kongreß über „Alternativen Europäischer Friedenspolitik“

Wie bereits im AK 207 berichtet, organisiert Glotz-Institut Rudi Steinke für die Zeit vom 23. bis 25.10. einen großangelegten „Kongreß – Alternativen Europäischer Friedenspolitik“. Die Westberliner Friedensbewegung soll dabei bewußt außen vor gehalten werden, wie Steinke in einem Schreiben vom 11.9. deutlich machte: Der Kongreß „bedarf einer längerfristigen inhaltlichen Vorbereitung und Konzipierung. Eine bündnispolitische Herangehensweise an eine Kongreßgestaltung ruft zwangsläufig entweder unüberbrückbare Kontroversen hervor oder verdrängt ein Projekt bis zur Unkenntlichkeit“.

Daß dieser Kongreß deshalb bei vielen Kräften aus der Friedensbewegung nicht gerade auf Beifall stößt, liegt nahe. Das geht so weit, daß selbst Westberliner Jusos diesen Kongreß nicht unterstützen. In einem Schreiben von Frank-René Domes (Mitglied der Hochschulgruppe Undogmatische Jusos) an den Mitträger des Kongresses, die „Liga für Menschenrechte“ (die Liga hat nach internen Diskussionen mittlerweile die Schirmherrschaft übernommen), wird kritisiert, daß

... die tragenden Gruppen des Kongresses (Liga, Undogmatische Jusos) ... über die Gestaltung des Programms nur unzureichend informiert wurden. „Weder die Liga noch die Jusos sind jedoch über den Inhalt dieses Programms informiert“.

... die übrigen Berliner Friedensgruppen ... an der Vorbereitung des Kongresses nur unzureichend beteiligt worden sind; dies „bezieht sich insbesondere auf die BIFIAS (Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit), vorwiegend sozialdemokratisch dominiert – Ann. AK) und kirchliche Friedensgruppen“.

Bemerkenswert sind die Aussagen Steinkes zum Krefelder Appell und dem Zweck des sozialdemokratischen Friedenskongresses:

„Zum Verhältnis seiner Initiative zum Krefelder Appell machte Herr Steinke mir gegenüber ... folgende Angaben: er halte den Krefelder Appell für „schädlich“; er habe die Krefelder in Verdacht, die Daten der Unterzeichner an den Staatssicherheitsdienst (der DDR – Ann. AK) weitergeleitet zu haben, sowie „Jubelfeiern für Brezhnev“ organisieren zu wollen; er habe mit diesem Kongreß vor „in gewisser Hinsicht die Friedensbewegung spalten“ zu wollen und ein zweites Kraftzentrum der Friedensbewegung aufzubauen“ (Brief Domes vom 17.8.).

... (Brief Domes vom 17.8.).

denbewegung geworden. Ein Zurückstecken in dieser Frage wäre nur ein Entgegenkommen gegenüber dem Regierungskurs bzw. der DGB-Führung. Ein solches Entgegenkommen wäre eine politische falsche Orientierung. Denn daß die SPD-Regierung und die Gewerkschaftsführung für uns Gegner sind, gegen die wir derzeit den Kampf um Abrüstung und Frieden führen müssen, sollte klar sein.

Als Entgegenkommen gegenüber unpolitischen oder verhetzten Teilen der Bevölkerung können wir diese Verschleierrichtungen ebenfalls nicht akzeptieren. Es ist doch gerade eine Aufgabe der westdeutschen Friedensbewegung, gegen diese Verhetzung anzukämpfen. Ist es doch diese Ideologie der drohenden Gefahr aus dem Osten, die Kalten Krieg und Remilitarisierung in der BRD ermöglicht hat.

Auf Seiten der Linken würde eine klarere Benennung der wahren Rolle der USA allerhöchstens die hartgesottenen Vaterlandsverteidiger ausschließen – was u.E. nicht bedauerlich, sondern geradezu wünschenswert wäre.

Kritische Unterstützung des Russell-Aufrufs

Trotz aller Kritik bleibt der Russell-Aufruf derzeit derjenige Aufruf, der am ehesten eine in die Breite gehende Basisbewegung mit internationaler Perspektive ermöglicht. In diesem Sinne ist der Aufruf zu unterstützen und für die Friedensbewegung sehr wichtig. Wir meinen jedoch, daß wir als Linke und Kommunisten in Diskussionen die Kritikpunkte nicht verstecken sollten, sondern an einer Vertiefung des Bewußtseins in der Friedensbewegung weiterarbeiten sollten.

Einige Bremer Genossinnen/Genossen

Domes selbst befürchtet, daß der „Friedensbewegung durch die beschriebene Spaltung ein unermesslicher Schaden zugefügt wird“ und zog seine Teilnahme an den Kongreßvorbereitungen zurück.

Außerdem der massiven Kritiken aus den Reihen der Friedensbewegung haben sich die Kongreßinitiatoren veranlaßt – um den angestrebten Dialog nicht mit sich selbst führen zu müssen –, ihren Aufruf für den Kongreß stark zu verändern.

Im „vorläufigen Programmentwurf“ beispielsweise fehlte jegliche Kritik an der Rüstungspolitik der herrschenden Sozialdemokratie, und die Geschichte wurde zugunsten der SPD einfach umgefälscht. Daraus nur zwei Konsequenzen:

– Da heißt es zur Anti-Atom-Bewegung aus den 50er und 60er Jahren, daß sie „noch im wesentlichen von den etablierten Institutionen (SPD und Gewerkschaften) ausgeht“. Die Anti-Atom-Bewegung „brach nach dem Rückzug des DGB und der SPD in sich zusammen“. Daß gerade SPD- und DGB-Führung einen erheblichen Anteil an diesem „Zusammenbruch“ hatten und die SPD Anfang der 60er Jahre offen die NATO-Politik unterstützte, verschweigt der Aufruf gellentlich.

– An anderer Stelle werden Ereignisse aus Zeiten des Kalten Krieges aufgeführt (Korea-Krieg, Berlin-Blockade), „die im wesentlichen aus der Instabilität der sich entwickelnden Nachkriegspolitik resultierten“. Es heißt dann: „Vielmehr denken wir auch an eine Phase zwischen 1958 und 1962, in der die Sowjetunion im Eiltempo die nukleare Überlegenheit der USA auszugleichen versuchte und dabei eine Destabilisierung des Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken verursachte“.

Das Märchen und die Propagandalügen über ein „Aufholen“ der Sowjetunion in der strategischen Rüstung in der damaligen Zeit hatte der CIA in die Welt gesetzt, zwecks eigener Aufrüstung. Selbst bürgerliche Journalisten wie Hiltorf (in einer „Spiegel“-Serie im Sommer d.J.) stellten das inzwischen richtig. Insofern gab der zitierte Programmentwurf für den Kongreß die allseits bekannte SPD-Strategie zur Spaltung der Friedensbewegung wieder: kein Hauch von Kritik an den USA, Lohndruck und der Versuch des Schmachtfachmachens sozialdemokratischer „Friedenspolitik“. Stattdessen soll über das trojanische Stockenpferd der SPD-Führung gegenüber der Friedensbewegung debattiert werden: „Unser Pro-

test gegen die „Nachrüstung“ wäre wirkungslos, wenn es uns nicht gelingt, eine Grundrundsdebatte der europäischen Sicherheitspolitik zu initiieren“.

„Die Entwicklung von Alternativen – unsere große Aufgabe“, so müsse das Motto lauten. „Ohne konstruktive Beiträge zu dieser Debatte ist die neue Friedensbewegung den kommenden politischen Konflikten nicht gewachsen“, meinen Steinke und seine Freunde. Hier soll vom zentralen politischen Konflikt, an dem die westdeutsche und Westberliner Friedensbewegung erstarkt, nämlich die Verhinderung der „Nachrüstung“, wegorientiert werden.

Dieser „vorläufige Programmentwurf“ wurde inzwischen von den Kongreß-Initiatoren wieder aus dem Verkehr gezogen – allzu plump wirkte die Schleichwerbung für sozialdemokratische „Friedenspolitik“ und obendrein der beabsichtigte Alleingang von Steinke & Co. auf andere, wesentlich maßgeblichere Teile der Friedensbewegung.

Der neue Aufruf für den Kongreß sieht von dem erhabenen Anspruch ab, ein „Programm“ zu sein und faßt sich wesentlich kürzer. Im Kern bleibt es beim Schwerpunkt, über Alternativkonzepte zur herrschenden Friedenspolitik zu debattieren, jedoch liegt die Betonung diesmal stärker auf der Unterstützung des Aufrufs der Russell-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Neben diesem Zugeständnis der Kongreß-Initiatoren an die Friedensbewegung ist auch eine gewisse „Öffnung“ erfolgt, so daß ein etwas breiteres Spektrum aus der Friedensbewegung am Kongreß einbezogen ist.

Alternative Liste will Steinke-Kongreß „kritisch unterstützen“

Im Friedensbereich ist die Frage einer Kongreßunterstützung seitens der AL kontrovers diskutiert worden. Mit 17 : 14 Stimmen, darunter vor allem die Kräfte der aufgelösten „KPD“, wurde sich für eine „kritische Unterstützung“ des Projekts ausgesprochen. Sie sehen auf dem Kongreß ihre Stockenpferde wie die „Nationale Frage“ und die „Alternative Verteidigung“ (als „moderne“

Fortsetzung nächste Seite

test gegen die Friedensbewegung debattiert werden: „Unser Pro-

In dieser Anthologie erörtern Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus dem In- und Ausland die durch Aufrüstung, Kriegsdrohungen und Vorbereitung gekennzeichnete internationale Lage. Ihre Antworten auf die im Buchtitel gestellte Frage fällt notwendigerweise sehr unterschiedlich aus, da die Verfasser/innen von verschiedenen Grundpositionen aus argumentieren (marxistischen, pazifistischen, sozialdemokratischen, ökologischen...). Gemeinsam ist den Verfassern freilich das Bemühen, einen Beitrag gegen den Krieg und für den Frieden zu leisten.

Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?



Beiträge zu einer notwendigen Diskussion

M. Massarati • U. Albrecht
K. Mellenthin • K.H. Roth • J.P. Vigier
H. Birkenbach • P.K. Kelly
K. Coates • W. v. Bredow • B.C. Hoeslein

Friedens- und Abrüstungsappelle

DM 16

verlag
buntbuch
Lindenallee 4
2 Hamburg 19

Fortsetzung von Seite 1

Polens Führung hat auf das neue Ultimatum mit eigenen Drohungen gegen die oppositionellen Bewegungen reagiert: „Der sich vertiefende Anarchismus, der rowdystischen Verrohung, den staatsfeindlichen und antisowjetischen Exzessen, der Mißachtung der rechtlichen und stitlichen Normen muß ein Ende gemacht werden“, drohte Ministerpräsident General Jaruzelski. Das Innenministerium wurde dafür die „notwendige Unterstützung durch Einheiten der Sicherheitskräfte sowie militärische Mittel“ erhalten.

In einer Parlamentsrede hat Jaruzelski zudem der Solidarnosc einen langen Katalog von Verhaltensregeln vorgelegt, von deren Einhaltung die weitere Entwicklung abhängen soll.

Dazu gehört z. B.:

- Die Solidarnosc müsse sich auch in der Praxis dem „realen Sozialismus“ verpflichtet erweisen.
- Sie müsse „die Absicht aufgeben, die Macht zu übernehmen“ (Eine Absicht, die die Gewerkschaft gar nicht formuliert hat.)
- Die Solidarnosc müsse „sich von extremen Aktionen und Tendenzen abgrenzen“. Gemeint ist offenbar u. a. das KOR und die radikalen Teile der Gewerkschaft selbst.

- Die Solidarnosc müsse „das Programm und die Bemühungen der Regierung“ zur Überwindung der Krise „verstehen“.

- Die Solidarnosc müsse „die Übergeordnete Notwendigkeit des Bündnisses“ mit der SU etc. „anerkennen“, sich den „antisowjetischen Lösungen und Aktivitäten widersetzen“ und ihre „zweideutigen Kontakte mit Zentren antikomunistischer Divergenz aufgeben“. Gemeint sind

damit wohl in erster Linie die westlichen Gewerkschaften. Ferner gab Jaruzelski bekannt, daß ein zentraler „Antikrisenstab“ (Modell Deutschland?) sowie kleinere Krisenstäbe auf Regionalebene gebildet werden sollen. Da kaum anzunehmen ist, daß sich die Solidarnosc dem umfassenden Diktat unterwerfen wird, das ihr die Regierung aufzwingen will, könnte der Zeitpunkt für den Einsatz des Krisenstabs nahe sein.

steht sogar im Widerspruch zur Verfassung der VRP. In der das Prinzip der Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der UdSSR verankert ist. Uns ist kein einziger Fall bekannt, bei dem die Initiatoren von antisowjetischen Provokationen eine harte Reaktion seitens der Behörden erfahren hätten und bestraft worden wären. Mehr noch, ihnen werden ohne weiteres Staatsgebäude für die Durchführung von Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, Zugang zu den Massenmedien gewährt und technische Mittel überlassen, obwohl bekannt ist, zu welchem Zweck sie verwendet werden.

Erklärung der sowjetischen Partei- und Staatsführung zur Lage in Polen

Warschau, UR — Eine von der sowjetischen Partei- und Staatsführung an das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und die Regierung des Landes gerichtete Erklärung ist vom Botschafter der UdSSR in Warschau übermittelt worden. In dem Schreiben wird auf die zunehmende Sowjetfeindlichkeit in Polen verwiesen, die sich so verhält, daß die gefährlichen Dimensionen erreicht habe. Aus diesem Grunde sehe sich die UdSSR gezwungen, Partei und Regierung in Polen auf diese gefährliche Entwicklung hinzuweisen. In der Erklärung heißt es wörtlich:

Tatsachen beweisen, daß in Polen offen, breit und strafflos eine heftige und zielgerichtete Kampagne gegen die Sowjetunion sowie ihre Außen- und Innenpolitik geführt wird und daß diese keine vereinzelten Ausschreitungen verantwortungsloser Rowdys, sondern abgestimmte Aktionen der Feinde des Sozialismus mit genau festgelegten politischen Zielsetzungen sind. Ihr Hauptziel besteht darin, den ersten sozialistischen Staat der Welt und die Idee des Sozialismus selbst zu verunglimpfen und zu verleumden, unter dem Vorwand der Feindschaft und Haß gegen die Sowjetunion und den sowjetischen Men-

schlichen Lebens im Lande ein, darunter auch in der Ideologie, die Kultur sowie das Bildungs- und Erziehungswesen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern wird grüßlich verfälscht, Verleumdungspropaganda gegen die Sowjetunion wird durch verschiedene Veröffentlichungen, mit Filmen sowie auf Theaterbühnen und auf Unterhaltungsveranstaltungen verbreitet. Unverhohlene Ansprüche — von großer Zuhörerschaft — von Führern des KSS/KOR, der „Konföderation unabhängiger Polen“ und der „Solidarnosc“ zum Ausdruck.

schon hervorzurufen, die unsere Völker verbindenden Bande der Freundschaft zu zerstören und danach Polen aus der sozialistischen Gemeinschaft zu reißen sowie den Sozialismus in Polen zu liquidieren.

Der Antisowjetismus dringt immer tiefer in verschiedene Bereiche des öf-

Die erste Runde des Kongresses dieser „Gewerkschaft“ wurde im Grunde genommen zu einer Tribüne, von der aus Verleumdungen und Schmähungen an die Adresse des Sowjetlandes gerichtet wurden. Eine empörende Provokation war der in Odessa angenommene sogenannte Appell an die Werktätigen Osteuropas. An-

tisowjetische Kräfte beleidigen das Andenken an die sowjetischen Soldaten, von denen Hunderttausende ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit des polnischen Volkes hingaben, und schänden ihre Gräber. Es werden Drohungen gegenüber den Soldaten der Sowjetarmee laut, die an den westlichen Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft, zu der auch die Volksrepublik Polen gehört, auf Wacht stehen.

Die antisowjetischen Kräfte sind bemüht, in Polen eine Atmosphäre des extremen Nationalismus mit unverhohlenen antisowjetischen Charakter zu schaffen. Dabei nehmen das Ausmaß, die Intensität und der Grad der Feindseligkeit der jetzigen antisowjetischen Kampagne in Polen immer mehr die Formen jener antisowjetischen Hysterie an, die in einigen imperialistischen Staaten entfacht wird.

Dieser Umstand veranlaßt uns natürlich zu der Frage, warum seitens der offiziellen polnischen Behörden bisher keinerlei entschiedene Schritte unternommen worden sind, um dieser feindseligen Kampagne gegen die UdSSR, mit der Volkspolen Beziehungen der Freundschaft und Bündnispflichten verbinden, ein Ende zu bereiten. Eine solche Haltung

Wir hatten die Führung der PVAP und die Regierung der VRP mehrmals auf die anwachsende Welle des Antisowjetismus in Polen aufmerksam gemacht. Wir sprachen darüber während der Treffen, die im März in Moskau und im April in Warschau stattgefunden haben. Mit aller Offenheit schrieben wir darüber in dem Brief des ZK der KPdSU vom 8. Juni, und darüber sprachen wir auch während des Treffens auf der Krim im August dieses Jahres.

Wir wollen nicht verhehlen: das alles ruft unter den sowjetischen Menschen tiefe Empörung hervor. Im ZK

der KPdSU und in den örtlichen Parteiorganen gehen ständig Briefe ein, in denen sowjetische Kommunisten und Parteigenossen ihr Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß im befreundeten sozialistischen Nachbarland ungestraft antisowjetische Propaganda betrieben werden kann. Das sowjetische Volk, das für die Befreiung Polens vom faschistischen Joch gewaltige Opfer gebracht und dem Land uneigennützig Hilfe erwiesen hat und auch jetzt wieder erweist, hat das volle moralische Recht zu fordern, daß den antisowjetischen Umtrieben in der VRP ein Ende gesetzt wird.

Das ZK der KPdSU und die sowjetische Regierung sind der Ansicht, daß jede weitere Nachsicht gegenüber irgendwelchen Erscheinungen des Antisowjetismus den polnisch-sowjetischen Beziehungen einen überaus großen Schaden zufügt und im direkten Widerspruch zu den Bündnispflichten Polens sowie den ureigensten Interessen des polnischen Volkes steht.

Wir erwarten, daß die Führung der PVAP und die Regierung der VRP unverzüglich entschiedene und gründliche Maßnahmen zur Unterbindung der üblen antisowjetischen Kampagne und der sowjetfeindlichen Aktionen einleitet.

„Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ — wenn das immer so einfach wäre!

Dieser Bericht handelt von einer Veranstaltung, über die zu berichten ganz einfach sein könnte: Die GEW Hamburg hat unter dem Titel „Kollegen informieren Kollegen“ eine Polen-Veranstaltung durchgeführt, auf der ein Kollege der „alten“ polnischen Lehrergewerkschaft und ein Kollege aus der Solidarnosc über die Situation in ihrem Land berichteten und zu einzelnen Fragen ihre unterschiedlichen Standpunkte darlegten.

Dann war es aber so, daß mich diese Veranstaltung unheimlich wütend gemacht hat, und ich schreibe diesen Bericht auch in der Absicht, diese Wut anderen zu vermitteln. Es geht mir also nicht darum, den Verlauf der Veranstaltung im Einzelnen zu referieren, sondern ich setze mich im Folgenden mit dem auseinander, was mir wesentlich und womit mir eine weitere Auseinandersetzung dringend notwendig scheint.

Da saßen also zu beiden Seiten des GEW-Diskussionsleiters: der Kollege

Szczepan Wysocki aus Katowice, Dozent und Mitglied der „alten“ Lehrergewerkschaft ZNP und der Kollege Aleksander Szwedek, Rektor der pädagogischen Hochschule Bydgoszcz und Vorstandsmitglied der Solidarnosc.

Kollege Szwedek argumentierte zurückhaltend, fast sanft, hob in seinem einleitenden Referat die Vertrauenskrise zwischen dem polnischen Volk und seiner Regierung als die zentrale Grundlage der augenblicklichen politischen und ökonomischen Krise hervor, ließ sich auch von Ausfällen seines Widersparts höchstens zu freundlicher Ironie hinreißen — man muß sagen, er war „schwach“. „Schwach“ in dem Sinne, daß man sich von ihm mehr handfeste Informationen über die Hintergründe eben dieser Vertrauenskrise erhofft hätte, daß man von ihm gern konkrete Beispiele für die gewerkschaftliche Arbeit von Solidarnosc im Lehrerbereich gehört hätte, daß man beispielsweise auch über die Lage in der polnischen Landwirtschaft und insbesondere über die Stellung der Bauern zur Kollektivwirtschaft gern Genaueres erfahren hätte als nur dies, daß die Bauern „sehr an ihrem Land hängen“ (das Zitat ist nicht als wörtlich zu verstehen, der Kollege sprach englisch). Die Bauchschmerzen jedenfalls, die so viele von uns bei so manchen Solidarnosc-Stellungnahmen und -aktionen befallen, konnte er uns auch nicht nehmen.

Von ganz anderem „Format“ war da der Kollege Wysocki. Nicht wenige Kollegen, mit denen ich hinterher über die Veranstaltung geredet habe, äußerten übereinstimmend die Meinung, daß sie noch nie von einem offiziellen Vertreter eines „realsozialistischen“ Landes eine derart offene und weitgehende Selbstkritik gehört hätten.

Es stimmt, der Kollege Wysocki war von „schonungsloser Offenheit“. Und daß ich im Laufe der drei Stunden immer wütender wurde, lag daran, daß er mit dem, was er als eine Analyse der polnischen Verhältnisse ausgab, durchaus den erwünschten Eindruck erzielte.

Da es mir darauf ankommt, das Wesen seiner „Kritik“ aufzuzeigen

und darauf einzugehen, ist es mir wichtig, zunächst seine Ausführungen wiederzugeben.

Seine Darstellung der Situation sah folgendermaßen aus: Die aktuelle polnische Krise ist als Ergebnis einer Deformierung des Marxismus-Leninismus anzusehen. Sie umfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens:

1. Im ökonomischen Bereich ist die zurückzuführen auf einen Bruch mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus (Erwähnt wurde u. a., daß ein Drittel der 2,1 Billionen (!) Zloty, die in den letzten Jahren für Investitionen ausgegeben wurden, „eingefroren“ seien) (1).
2. Im politischen Bereich hat die Krise zur Ursache:
 - Einen Autoritätschwund von Partei- und Staatsorganen;
 - Schematismus in der Berichterstattung der offiziellen Massenmedien;
 - gewichtige Deformationen der Volksvertretungs- und der kommunalen Organe: Verlust ihrer Kontrollfunktion, Wahlmanipulation, Machtmisbrauch;
 - die Abspaltung bestimmter gesellschaftlicher Kräfte von der Partei;
 - die Aktivierung nationalstischer, chauvinistischer, antisowjetischer und klerikaler Kräfte; dabei sind diese nicht vorrangig Kräfte des Imperialismus; es sind aber auch solche in die vorhandenen Lücken eingedrungen;
 - als logische Folge all dessen sind selbstverwaltete Organe entstanden.
3. Im ideologischen Bereich ist eine tiefe Distanz zwischen der marxistisch-leninistischen Theorie und der Praxis entstanden. Die Ausführung von Beschlüssen der Staats- und Parteiorgane wurde revisionistischen und antisowjetischen Kräften überlassen.
4. Im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen sind an Verfallserscheinungen festzustellen: Verlust persönlicher Kompetenz und persönlicher Verantwortlichkeit (2); Machtmißbrauch und Korruption haben sich breit gemacht.
5. Im kulturellen Bereich: Der Anteil breiter gesellschaftlicher Schichten am kulturellen Konsum ist ge-

fallen (3).

Zusammenfassend bezeichnete Kollege Wysocki die aktuelle Klassenlage als kompliziert; die Klassen und gesellschaftlichen Schichten in Polen seien sehr differenziert. Zwar sei die These vom „Übergang zum Sozialismus“, die man in Anlehnung an die UdSSR proklamiert habe, aufgegeben worden zugunsten der These vom „Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Der im Zusammenhang mit der falschen These verkündete „Übergang von der Klassen zur Volkspartei“ und die Theorie vom Verschwinden des Klassenkampfes hätten jedoch in der Arbeiterklasse die Meinung geschaffen und verstärkt, daß die Fehler des Gesellschaftssystems bei einzelnen (führenden) Personen zu suchen seien und nicht in den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes. Der heutige Zustand des Landes sei also das Resultat der inkorrekten Politik der Partei, die beispielsweise in der Frage des Kleinbürgertums und Mittelstandes in den vergangenen 36 Jahren mehrere Reformen mit jeweils gegensätzlicher Tendenz durchgeführt habe. Der Staat habe im Zuge dieser Politik den Aufstieg des Kleinbürgertums toleriert und initiiert, dabei jedoch keine politische Gesamtkonzeption gehabt. Das habe schließlich in vielen Fällen zu krimineller Verbindung des Kleinbürgertums mit staatlichen Organen geführt: zur Korruption.

Alles in allem sei also in dieser ganzen Zeit die verwaltende Schicht zur stärksten politischen und ökonomischen Macht geworden; demgegenüber habe die Arbeiterklasse in der Partei nicht den rechten Interessenvertreter gefunden.

Soweit erst einmal der Kollege Wysocki, der sich im Anschluß an diese Ausführungen noch mit der oppositionellen Bewegung auseinandergesetzt. Dazu jedoch später.

doch um ein solches Herausfinden zu bemühen. Was Kollege Wysocki tat, war etwas ganz anderes: er reichte Tatbestands-Beschreibungen aneinander und gab jeweils die eine als die Ursache der anderen aus: Autoritätschwund, Schematismus, Deformation, Mißbrauch — der ganze Schmus braucht nicht noch einmal aufgezählt zu werden.

Nicht ein Wort dazu, aus welchen Gründen 0,7 Billionen Zloty für unsinnige Investitionen verschleudert worden sind, welche Ursachen denn die beispiellose Verrohung der sogenannten Arbeiterpartei haben könnte, welche Interessen welcher gesellschaftlicher Gruppen (oder gar Klassen?) denn im Spiel waren, als sich Korruption ausbreitete, als die Kluft zwischen ML-Theorie und -Praxis aufbrach. Und so weiter und so fort.

Nicht unterlassen sollte man im übrigen, ein paar seiner wohlgestalteten Formulierungen auf ihrem wahren Kern zu bringen: Ich habe deshalb oben einige mit Anmerkungen versehen: (1): „eingefroren“ heißt nichts anderes, als daß dieses Geld für uneffektive, Renommier- oder anderweitig unsinnige Projekte und Projekturinen ausgegeben wurde. Rechenschaft über solche Fehlinvestitionen wurde nur selten abgelegt, die Verantwortung — s. dazu (2) — trägt sowieso keiner, die Konsequenzen trägt das Volk ...

(2): „Verlust persönlicher Verantwortlichkeit“: wenn es wirklich drauf ankommt, betrachtet sich keiner für irgendetwas zuständig und keiner ist bereit, für irgendetwas die Verantwortung zu übernehmen. Geradezu fabelhafte Verhaltensmuster für derart zentralisierte Planwirtschaften.

(3) zum Kulturkonsum: „gute“ Kultur war zunehmend nur einem kleinen Kreis zugänglich, für die Masse blieb der Schmus, der sie dann auch nicht mehr interessierte.

Man könnte die „Analyse“ noch lange analysieren. Lassen wir's vorerst. Es kommt ja noch besser:

Vor einem Jahr hat sich im Gefolge von Streiks die größte Massenbewe-

Fortsetzung von vorh. S.

Variante der alten Vaterlandsverteidigung) dort ebenso behandelt wie auch die Diskussion über den Aufruf der Russell-Peace-Foundation, wo sich ex-„KPD“-Mitglieder der Exterminismus-Thesen eines Rudolf Bahro oder E.P. Thompson sehr aufgeschlo-

sen zeigen. Inzwischen segnete auch der Delegiertenrat der AL eine „kritische Unterstützung“ des Kongresses ab. Niemand wird bestreiten, daß es politisch sinnvoll ist, auf dem Kongreß über die zahlreichen aufgeworfenen Fragen zu debattieren — und die Westberliner Friedensbewegung wird dies auch tun.

Aber daß die AL sich bereit erklärt, eine von Steinko erklärtenmaßen als Spaltungskongreß (siehe oben) unter Ausschluß großer Teile der Friedensbewegung organisierte Veranstaltung zu unterstützen, muß zumindest als sehr fragwürdige Entscheidung gewertet werden.

D., Westberlin

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorh. S.

gung, die es ja in einem „realsozialistischen“ Land unabhängig von der Partei gab, gebildet; vor 5 Jahren in Radom und Ursus, vor elf Jahren in Odansk, vor 25 Jahren in Poznan hat sich die Kritik an der offiziellen Politik in Streiks und Kämpfen Luft gemacht — und jetzt „analysiert“ uns ein erklärter Vertreter eben dieser offiziellen Politik wortgewaltig heraus, daß es „tiefe Distanzen“, Schematismus, Korruption und was sonst nicht alles gibt. Recht hat er ja, der Kollege Wysocki: Er hat ganz zutreffend einen politischen und gesellschaftlichen Zustand beschrieben, wie man ihn sich verrotteter und noch mehr heruntergekommen — immer unter dem Vorzeichen des Sozialismus gesehen — kaum vorstellen kann.

Um so wichtiger ist jedoch, an dieser Stelle die Ausführungen des Kollegen noch zu ergänzen; das eine oder andere hat er glatt vergessen. Etwa: Wer, anders als der Kollege Wysocki, das Pech hatte, schon vor 25 Jahren dergleichen Einsichten zu haben und ähnliche Kritik, nicht mal so schonungslos, zu äußern, der konnte sich, als Feind des Sozialismus, im Knast, im ungünstigsten Fall auch auf dem Friedhof wiederfinden. Ähnlich konnte es 1970 dem ergehen, der die Funktionäre für korrupt und die Wirtschaftspolitik für bankrott hielt und versuchte, etwas dagegen zu unternehmen. Und wer 1976 Machtmißbrauch oder Wahlmanipulation erkannt und daraus Forderungen abgeleitet hatte, der konnte durchaus heute noch im Knast sitzen — wenn sich nicht inzwischen wenigstens etwas geändert hätte.

Was hat sich geändert? Geben wir noch einem dem Kollegen Wysocki das Wort: Im Gegensatz zu 1956, 1970 und 1976 haben „wir“ es heute mit organisierten politischen Gegnern zu tun, und zwar mit Gegnern des Sozialismus, die in Verbindung mit den Kapitalisten stehen und teilweise eine offen antipolnische Haltung einnehmen. „Antipolnisch“, so Kollege Wysocki zur Erläuterung, bedeutet u.a., daß das Bündnis mit der Sowjetunion in Frage gestellt wird. Daß dieses Bündnis jedoch nicht angetastet werden darf, ist „nicht nur eine Frage der ideologischen Verbundenheit, sondern auch schlichte Realpolitik“ (hier trapt die Nachtigall nun doch schon recht ideologisch verbundenheit, sondern auch schlichte Realpolitik“ (hier trapt die Nachtigall nun doch schon recht vernünftig). Heute habe man es mit organisierten konterrevolutionären Gruppierungen zu tun, die in der Solidarnosc eine Rolle spielen und beispielsweise im Beraterstab Walesas vertreten seien. Von diesen Gruppierungen werde, etwa die Forderung nach dem arbeitsfreien Sonnabend aufrechterhalten, obwohl bei der heutigen ökonomischen Situation doch jeder wisse, wozu das führen müsse. Die polnische Arbeiterklasse müsse demgegenüber als manipulierbares Instrument gesehen werden, und dies sei gerade für die ureigenen Arbeiterinteressen gefährlich.

Die Extremisten wurden auch beim Namen genannt: KOR und KPN. Zu beiden Gruppen möchte ich einige Sätze sagen: Die KPN (Konföderation Unabhängiges Polen) ist eine offen antisozialistische und insbesondere antisowjetische Gruppierung, deren reale gesellschaftliche Bedeutung schwer einzuschätzen, aber keinesfalls sehr groß ist. Das KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, später umbenannt in Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung) gründete

sich 1976, als nach den Unruhen in Radom und Ursus viele Arbeiter zu Gefängnisstrafen von bis zu 10 Jahren verurteilt worden waren. Als Ergebnis der Informations- und Agitationstätigkeit des KOR wurden diese Arbeiter 1977 freigelassen — einer der ersten großen Erfolge, den die oppositionelle Bewegung in Polen erringen konnte. Das KOR besteht auch heute noch aus nur wenigen Personen, überwiegend Intellektuellen; es ist eine eher syndikalistisch orientierte Gruppe, die weder das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln noch die Zugehörigkeit Polens zum realsozialistischen Lager in Frage stellt.

Die „Solidarnosc“ hat rund 10 Millionen Mitglieder, eine Million davon sind zugleich Mitglieder der PVAP (von insgesamt 3 Mio. PVAP-Mitgliedern). Kollege Wysocki wurde nun nicht müde, folgende Vorwürfe zu erheben: KOR und KPN — daß er sie praktisch immer in einem Atemzug nenne, ist eine der speziellen Schwächen, deren er sich schuldig machte

die Auseinandersetzung und die Argumentation führen werden. Selbstkritik in gewaltigen Tönen — das ist ein Spektakel, das der Arbeiterklasse in jedem beliebigen „realsozialistischen“ Land zum Erbrehen bekannt sein dürfte. Und daß Gallionsfiguren ausgetauscht werden, ist überhaupt die gängigste Methode, Kritik abzuleiten. Die Erkenntnis darüber, wie es weitergehen muß, haben Leute wie Kollege Wysocki oh im Voraus. Und daß sie, mit leichten Modifizierungen, versteht sich, am liebsten wieder alles in die alten Bahnen leiten würden, wird all ihren Sprüchen zum Trotz, doch allzu oft deutlich.

Exemplarisch für dieses Politikverständnis und für diese Art des Umgangs mit Kritikern seien hier noch die ganz besonderen Schweinereien erwähnt, die sich der Anwalt der herrschenden Verhältnisse nicht scheuen zu leisten.

Eriannern wir uns, mit welcher Wortgewalt Kollege Wysocki die Fehler der Vergangenheit zu kritisieren wußte. Dagegen schienen ihm völlig

Kuron einen „Offenen Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ veröffentlichte, wurden er und Kuron aus der Partei ausgeschlossen. Daß Leute wie Wysocki heute vieles daherschwätzen, was Modzelewski und Kuron schon damals nachgewiesen hatten, macht die Geschichte noch unappetitlicher.

Zweiten Beispiel: KOR, KOR, KOR — der mit der Situation nicht so vertraute Zuhörer mußte annehmen, daß diese Gruppe die Spitzengruppe der ganzen Bewegung darstelle. In übelster, aber natürlich nicht ungeschickter Weise nannte Wysocki immer gleich die KPN mit dazu. Auf die wiederholte Aufforderung, doch endlich die antisozialistische Stoßrichtung von Solidarnosc durch Zitate zu belegen, brachte er schließlich eines auf die Beine: „Weg mit dem Schanddiktat von Jalta und Potsdam — Für die Wiedervereinigung Deutschlands“. Daß diese, wie er selbst angab, von der KPN stammende Parole unter den 10 Millionen Solidarnosc-Mitgliedern Rückhalt haben sollte, hat uns bisher

physischem und psychischem Terror zu reden, steht Leuten, für die 36 Jahre lang bis zur letzten Krise alles gestimmt hat, geradezu phantastisch zu Gesicht. Daß Kollege Wysocki aber auch jetzt noch keiner ideologischen Erweichung zum Opfer gefallen ist, zeigt seine Antwort auf die Frage nach einer sowjetischen Intervention. „Unsozialistische Aufgabe wird es sein, meinte er, die Grundlagen der polnischen Existenz mit einem Mittel der militärischen Intervention der UdSSR zu gefährden, „ein im marxistischen Sinne politisches Mittel“.

Ich habe versucht, die Stellungnahme des „offiziellen“ polnischen Vertreters ausführlich wiederzugeben, weil ich meine, daß die herrschenden Verhältnisse im realen Sozialismus, so wie sie sich ganz alltäglich und konkret darstellen, viel zu wenig im Bewußtsein sind, wenn man sich mit den Kritikern dieser Verhältnisse auseinandersetzt. Ich meine deshalb auch, daß im Rahmen der Auseinandersetzung über Polen und im Anschluß an die beschriebene Veranstaltung einige Punkte der Diskussion wert wären:

- Die politischen Forderungen der Opposition in den „realsozialistischen“ Ländern müssen vor der ganz konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit dieser Länder betrachtet werden. So fand der Kollege Wysocki bei nicht wenigen Zuhörern Zustimmung, als er ganz richtig darauf hinwies, daß die Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften zu Konkurrenz zwischen den Betrieben und zur ökonomischen Entmachtung des Staates führen könne. Zweifelloos kann sie das. Bloß, darum geht es derzeit in Polen überhaupt nicht. Will man zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch unterscheiden, dann ist in der augenblicklichen Phase der Hauptwiderspruch ganz ohne Zweifel der, daß über Jahrzehnte hinweg die Arbeiter der staatlichen Betriebe keine realen Mitbestimmungsmöglichkeiten hatten und daß ihnen die unfähigsten Direktoren vor die Nase gesetzt werden konnten, wenn diese nur die richtigen Beziehungen zum allmächtigen Parteiapparat hatten. Diese Praxis zu durchbrechen, ist das Anliegen der Forderung nach Wahl der Direktoren.

- Die Geschichte der Entstehung der „realsozialistischen“ Länder nach der Wahl der Direktoren.

- Die Geschichte der Entstehung der realsozialistischen Länder in der Folge des Zweiten Weltkrieges muß aufgearbeitet werden! Die heutige Situation der polnischen Landwirtschaft beispielsweise kann nur vor dem Hintergrund der historischen Bedingungen verstanden und kritisiert werden, will man nicht in Schollen-Mythos einerseits verfallen oder andererseits Kollektivierungs-Methoden à la 30er Jahre das Wort reden.

- Wenn wir, im Gegensatz zu „Sozialisten“ wie dem Kollegen Wysocki, die polnische Arbeiterklasse als zu eigenständigem Handeln fähiges politisches Subjekt ansehen, dann müssen die realen gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen auch deshalb genauer untersucht werden, damit beispielsweise die Kritik an der Rolle der Kirche präziser geführt werden kann.

- Ich meine schließlich, daß wir stärker als bisher an einer direkten Solidarität mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten sollten, einer Solidarität, die auch praktisch wird und die, versteht sich, politische Auseinandersetzung und Kritik mit einschließt.

Ein Lehrgenosse



ZNP-Vertreter Wysocki, links, und Solidarnosc-Vertreter Erwedek, rechts. Rattios in der Mitte: GEW-Kollege Daechner.

ZNP-Vertreter Wysocki, links, und Solidarnosc-Vertreter Erwedek, rechts. Rattios in der Mitte: GEW-Kollege Daechner.

— hätten praktisch die Solidarnosc in der Hand; Solidarnosc wiederum sei noch nicht einmal eine richtige Gewerkschaft, gebärde sich aber bereits wie eine politische Opposition. Dieses schließlich war für Wysocki der entscheidende Punkt: als politische Opposition dürfen sich die 10 Millionen nicht verstehen. In einem Land also, dessen politische Führung rundum abgewirtschaftet hat, dürfen sich die, auf deren Kosten dieser Prozeß seit Jahrzehnten läuft, nicht als politische Opposition verstehen. Die politische Erneuerung besorgt die alte Garde selbst. Und wer ihr da reinpfuscht, indem er etwa die Wahl der Betriebsdirektoren durch die Belegschaften selbst fordert — eine dieser Entscheidungen zu weit gehenden Forderungen — hat sich als Antisozialist entlarvt und fordert den Großen Bruder geräuschlos heraus.

Mir scheint, daß diese Art von Politik der Herrschenden in der Diskussion um Polen und um die Solidarnosc bisher zu wenig Beachtung findet. Man stelle sich vor, mit welcher Arroganz der Macht „Genossen“ dieses Schläges erst recht im eigenen Land

die Worte zu fehlen, wenn es darum hätte gehen können, konkrete Aussagen über Veränderungen in Gegenwart und Zukunft zu machen. Nicht mit einem einzigen Satz brachte er Vorstellungen ein, wie denn nun diejenigen, die die Suppe eingebracht haben, diese auch auszulöffeln gödenken. Außer Kritik an KOR und Solidarnosc war ihm keine in die Zukunft weisende Aussage zu entlocken.

Seine Kritik am KOR krönte er indes mit einem Ausfall, der es wert ist, dokumentiert zu werden (so etwas steht ja nicht allein: aus der CSSR etwa des Prager Frühlings oder der Charte 77 sind solche Methoden der Auseinandersetzung genauso geläufig): Karol Modzelewski, einen der „Väter“ der linken politischen Opposition nicht nur Polens, sondern des realen Sozialismus überhaupt, griff Wysocki mit der Feststellung an, daß dessen Vater (!) zu Stalins Zeiten (!) polnischer Außenminister (!) gewesen sei; Ähnliches wußte er von weiteren Familienmitgliedern Modzelewskis zu berichten. Karol Modzelewski hat freilich Erfahrung mit derartigen Angriffen: schon 1964, als er zusammen mit Jacek

noch nicht einmal die „UZ“ weismachen wollen.

Drittes Beispiel: Sehr geschickt verknüpfte Kollege Wysocki einzelne Wahrheiten zu einem demagogischen Netz. So mag es durchaus stimmen, daß die Solidarnosc-Vertreter einer Zocke die Kumpeln gegen deren Willen am Arbeiten hinderten, als diese unter Zusicherung von Extra-Rationen eine Sonnabend-Schicht einlegen wollten. (Im übrigen: Fehler, das müßte Kollege Wysocki doch wissen, machen alle). Es trifft auch zu, daß Solidarnosc ungeschickt der kritischen ökonomischen Lage an der Forderung nach der Fünf-Tage-Woche festhält. Aber aus diesen beiden Beispielen abzuleiten, Solidarnosc lege es auf den ökonomischen Kollaps Polens an und operiere mit physischem und psychischem Terror, ist schlichtweg eine Frechheit. Seit Jahrzehnten arbeiten die polnischen Arbeiter am Sonnabend — was haben sie davon gehabt? Noch mit keinem Wort hat die polnische Regierung sich geäußert, wie sie die erforderliche grundlegende ökonomische Erneuerung angehen will — aber die Arbeiter sollen solange schon mal ran! Und schließlich: von

Polen/UdSSR: Oldies, but Goldies?

„In den letzten Tagen erschienen in der polnischen Presse immer häufiger Äußerungen, aus denen die Predigt auf einen Versuch auf den sozialistischen Weg herausklingt. Es mag merkwürdig anmuten, aber es ist eine Tatsache: Die Presse, die dazu berufen ist, als scharfe und wirksame Waffe im Kampf um die Festigung der volkdemokratischen Ordnung zu dienen, veröffentlicht täglich Artikel, die die Grundpfeiler dieser Ordnung erschüttern, die Unglauben über den Aufbau des neuen Lebens verbreiten und das Denken der Leser durch eine importierte, den Werktätigen fremde Ideologie vergiften... Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß in diesem kräuselnden Chor der Verleumdungen auch antiautoritäre Äußerungen zu hören sind...“ (d.h. wir wollen schon, wir tun's ja auch hiermit! — Anni, AK).

Alarmierend ist auch der Um-

stand, daß diese Kampagne, wie die in den letzten Tagen erscheinenden Äußerungen in der polnischen Presse zeigen, vor allem auf die Untergrabung des Sozialismus in Polen selbst gerichtet ist... Diese antisozialistische Kampagne, die ein offenes Liebdäugeln mit bürgerlichen Elementen darstellt, ruft bei den ehrlichen Patrioten, bei den breiten Massen der Werktätigen der Volksrepublik Polen berechtigtes Unzufriedenheit und Empörung hervor. Sie fordern, daß die alle Hemmungen verlierenden Revisionisten und Kapitalisten, die die polnische Presse für ihre schmutzigen Ziele mißbrauchen, zur Ordnung gerufen werden.

Diese originellen Äußerungen entstammen nicht etwa, wie man voreilig annehmen könnte, einer der jüngsten sowjetischen Stellungnahmen zur aktuellen Entwicklung in Polen.

Wir haben sie vielmehr dem Zentralorgan des SED, „Neues Deutschland“, vom 21. Oktober 1956 entnommen.

Der Artikel trug die Überschrift „Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse“ und war vom Warschauer Korrespondenten des KPDZ-Zentralorgans „Prawda“ verfaßt worden. Wie man sieht, haben sich die „brüderlichen Ratschläge“ der sowjetischen Bürokratie an Polen in den letzten 25 Jahren weder im Ziel, noch in Wortwahl und Tonfall geändert. Es gibt allerdings einen Unterschied zum Oktober 1956: Damals gelang es der herrschenden Bürokratie ohne große Proteste der polnischen Arbeiterklasse relativ schnell, innerhalb weniger Monate, aus eigener Kraft die Zügel wieder strammer und die Knebel fester anzuknüpfen.

GEW-Korrespondent

Knut Mellenthin

Der Pekinger Prozeß

buch

Mit zwei Todesurteilen und Haftstrafen von 16 Jahren bis lebenslang ist Ende Januar nach gut dreimonatiger Dauer der Pekinger Prozeß gegen neun führende Politiker der Kulturrevolution und einen weiteren Angeklagten zu Ende gegangen. Unmittelbar danach haben Folgeprozesse in vielen Städten Chinas begonnen. Es geht um eine Generalabrechnung mit der Kulturrevolution, in der beispielhaft der Versuch gemacht worden war, die Macht und die Privilegien der Bürokratie anzugreifen und Schritte zu einer direkten Massendemokratie zu erkämpfen. — Wir dokumentieren in diesem Buch die Anklageschrift und das Urteil in vollem Wortlaut. Kommentare machen die juristische Manipulation des Prozesses deutlich und führen in den historischen Hintergrund ein.

DM 13,-
ISBN
3-88053-013-2

Lebenslängliche Untersuchungshaft für Ilse Schwipper?

Nachdem die Verteidiger auch im dritten „Schmücker-Prozess“ durch eigene Ermittlungen immer wieder auf neue Spuren, Zeugen und Hinweise gestoßen waren, stellten die Anwälte von Ilse Schwipper einen Antrag auf Aussetzung des Prozesses für sechs Monate und einen Haftentlassungsantrag für Ilse. Nur so lasse sich das Verfahren noch „justizmäßig retten“. Obwohl die Notwendigkeit einer Aussetzung durch die zwischenzeitliche Einver-

sein: Staatsanwaltschaft und Polizei ließen sich ihre „Ermittlungen“ vom Verfassungsschutz diktieren, Bundes- und Landeskriminalamt hielten und halten Akten zurück oder streiten deren Existenz schlicht ab. Verfassungsschutzbeamte erhalten keine Aussagegenehmigung, wichtige Zeugen werden erst jetzt bekannt.

Es handelt sich also nicht um einmalige „Ermittlungslücken“, wenn es erst kürzlich durch zähe Bemühungen der Verteidigung gelungen ist, einen Bericht amerikanischer Soldaten über die Entdeckung der Leiche sowie ca. 50 Tatortfotos herbeizuschaffen. Außerdem wurde die Existenz verschiedener Akten über Kronzeugen Bodeux beim BKA und beim LKA Wiesbaden bekannt (vgl. AK Nr. 208). In ihrem 42-seitigen Antrag dokumentierten die Verteidiger, wie die „Wahrheitsfindung“ nicht nur in diesem, sondern in unzähligen weiteren Punkten durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz jahrelang boykottiert und sabotiert wurde.

Gleichzeitig ist Ilse die ganzen Jahre über in Untersuchungshaft gewesen, davon 3 1/2 Jahre unter Isolationsbedingungen. Inzwischen hat sich ihr Gesundheitszustand infolge der Haft derart verschlechtert, daß sie kaum noch verhandlungsfähig ist. Mehrere Gutachter hatten dem Gericht bestätigt, daß Ilse nur noch durch eine therapeutische Behandlung außerhalb der Haft eine Chance hat, wieder gesund zu werden. Bei Fortsetzung der Haft bestehe akute Lebensgefahr. Trotzdem hatte das Kammergericht Ilse Entlassung am 29. Juni abgelehnt (vgl. AK 205).

Angesichts der neuesten Überraschungen in der Beweisaufnahme sei es aber unerträglich – hieß es in dem Antrag – wenn sämtliche „Ermittlungsfehler“ und Boykottversuche der Behörden auf dem Rücken von Ilse ausgetragen werden, die nach Auffassung des Kammergerichts ihren gesundheitlichen Zusammenbruch in Kauf zu nehmen hat. Damit gerate die Verteidigung zunehmend in das Dilemma, einerseits

selbst Ermittlungen anstellen zu müssen und andererseits dadurch den Prozeß durch weitere Beweiserhebungen zu verlängern, was gleichzeitig wieder Ilse Gesundheitszustand verschlimmert. Außerdem sei eine zusammenhängende Beweisaufnahme sowieso kaum noch möglich, weil Ilse nur zwei mal zwei Stunden in der Woche verhandlungsfähig ist, so daß kaum ein Zeuge einmal abschließend vernommen werden kann. Nur die Aussetzung des Verfahrens und die Entlassung von Ilse könne die Chance bieten, nach etwa 6 Monaten das Verfahren endlich zügig durchzuführen. In der Zwischenzeit hätten die Behörden Gelegenheit, alle in diesem Verfahren relevanten Beweismittel auf den Tisch zu legen und Aussagegenehmigungen zu erteilen. Gleichzeitig könne Ilse sich von der mehr als 7-jährigen Haft etwas erholen, so daß ihre Verhandlungsfähigkeit einigermaßen wiederhergestellt wäre.

Ohne über diesen Antrag zu entscheiden, setzte das Gericht die Beweisaufnahme mit weiteren Zeugenvernehmungen fort. Doch auch ihre Aussagen brachten statt einer Aufklärung weitere Verwirrung und führen ihrerseits auf neue Versionen, Hinweise und Spuren hin.

Bei den Zeugen handelt es sich um Begleiter von Streifenwagen der Militärpolizei, die in der Tatnacht über Funk an den Fundort der Leiche gerufen worden waren. Sie sind erstmalig als Zeugen vernommen worden, weil sie weder im ersten noch im zweiten Durchgang des

„Schmücker-Prozesses“ überhaupt bekannt waren.

Sie gaben nun zur Überraschung aller eine Darstellung, die mit den bisherigen Versionen überhaupt nicht zusammenpaßt: nicht nur, daß innerhalb von wenigen Verhandlungstagen inzwischen drei verschiedene Personenkreise behaupten, die ersten gewesen zu sein, die am Fundort der Leiche eingetroffen sind – die zwei Streifenwagen-Begleiter, die regulären Streifenwagenbeamten und Feuerwehrleute – die zwei neuen Zeugen wußten auch zu berichten, daß die amerikanischen Soldaten, die im Laufe einer Nachtübung den sterbenden Schmücker gefunden hatten, zuvor einen oder mehrere Schüsse gehört haben. Das habe ihnen ein amerikanischer Offizier unmittelbar nach ihrem Eintreffen am Fundort berichtet.

Dazu muß man/frau wissen: seit 7 Jahren gilt es als feststehend, daß 1. die Amerikaner bei ihrer Übung gar nicht geschossen haben und 2. auch nie die Rede davon war, daß sie einen oder gar mehrere Schüsse gehört haben sollen. Man/frau fragt sich, ob es bloß Zufall ist, daß gerade diese Aussagen erst jetzt bekannt werden.

Wohl kaum. Denn die zwei neuen Zeugen wußten noch mehr: noch in der Tatnacht sind von jenen amerikanischen Soldaten schriftlich beidseitig Aussagen gemacht worden, in denen sie ihre Erlebnisse

schildern, und wo wohl auch das Schußgeräusch erwähnt wird. Von der Existenz dieser Aussagen erfahren Gericht und Verteidigung zum erstenmal. Wo sie abgelesen und – wer weiß es? Ebenso unbekannt war bisher, daß auch einer der zwei Beamten selbst einen Vermerk über die Vorkommnisse jener Nacht angefertigt hat, der ebenfalls seit 7 Jahren unentdeckt bei den Behörden schlummert.

Was das alles zu bedeuten hat, weiß bis jetzt niemand. Fest steht, daß das ganze Verwirrspiel auf Ilse Kosten ausgetragen wird. Wenn sich die Ermittlungsbehörden „schwer tun“, den Tod Ulrich Schmückers aufzuklären, ist das eine Sache – eine andere Sache ist es, wenn währenddessen ein Mensch 7 Jahre lang z.T. unter schlimmen Isolationsbedingungen in Haft gehalten und gesundheitlich zugrunde gerichtet wird. Doch wenn der Prozeß so weitergeht – und davon muß nach der Ablehnung des Aussetzungsantrages ausgegangen werden – ist ein Ende der Beweisaufnahme überhaupt nicht abzusehen, summa summarum: neue Akten und Zeugen auftauchen.

Es darf nicht passieren, daß Ilse möglicherweise noch weitere Jahre in U-Haft verbringen soll! Es darf nicht passieren, daß Ilse lebenslänglich in U-Haft sitzt! Freiheit für Ilse Schwipper!

Antirepressions-Kommission des KB/ Westberlin

Ankündigung zum Gesundheitstag

Ankündigung zum Gesundheitstag Freiheit für Ilse Schwipper! Informationsveranstaltung zum Prozeß und zum Gesundheitszustand der schwerkranken Ilse Schwipper, die seit sieben Jahren in Untersuchungshaft sitzt.

Es sprechen: Ihr Verteidiger und eine Vertreterin der „Schmücker-Prozeß“-Initiative Edmund-Siemers-Allee, ESA Hörsaal C (Hauptgebäude) Freitag, 2. Oktober 19.00 Uhr

nahme weiterer Zeugen erneut offensichtlich wurde, lehnte die 13. Strafkammer des Landgerichts Berlin beide Anträge ab. Da Ilse Schwipper bereits seit 7 Jahren in Haft sitzt und der Prozeß unter den gegebenen Bedingungen sich noch über Jahre hinziehen kann, nimmt das Gericht eine quasi-lebenslängliche U-Haft für Ilse in Kauf.

Sieben Jahre nach dem Tod Schmückers sind Zweifel angebracht, ob die Umstände und Hintergründe seines Todes sich jemals werden aufklären lassen. Zu groß scheint das Interesse bestimmter Behörden an der Nichtaufklärung des Falles zu

sein. Beide Anträge ab. Da Ilse Schwipper bereits seit 7 Jahren in Haft sitzt und der Prozeß unter den gegebenen Bedingungen sich noch über Jahre hinziehen kann, nimmt das Gericht eine quasi-lebenslängliche U-Haft für Ilse in Kauf.

Sieben Jahre nach dem Tod Schmückers sind Zweifel angebracht, ob die Umstände und Hintergründe seines Todes sich jemals werden aufklären lassen. Zu groß scheint das Interesse bestimmter Behörden an der Nichtaufklärung des Falles zu

29. Juni abgelehnt (vgl. AK 205).

Angesichts der neuesten Überraschungen in der Beweisaufnahme sei es aber unerträglich – hieß es in dem Antrag – wenn sämtliche „Ermittlungsfehler“ und Boykottversuche der Behörden auf dem Rücken von Ilse ausgetragen werden, die nach Auffassung des Kammergerichts ihren gesundheitlichen Zusammenbruch in Kauf zu nehmen hat. Damit gerate die Verteidigung zunehmend in das Dilemma, einerseits

In seiner Eröffnungsverklärung des gegen ihn wegen angeblichen Mordes an holländischen Grenzbeamten eröffneten Prozesses hat Rolf Heißler vor dem Düsseldorf-Landgericht einen neuen Hungerstreik der RAF – Gefangenen für den Fall angekündigt, daß die Bundesregierung die am Ende des letzten Hungerstreiks zugestandenen Verbesserungen der Gefangenen nicht bis Ende September durchführt.

Nach der Zusage von Bundesjustizminister Schmude, daß keiner von ihnen mehr in Einzelisolation sitzen müsse, stattdessen eine Zusammenlegung von vier bis sechs Gefangenen durchgeführt werden solle, hatten die Gefangenen der RAF am 16.4. ihren Hungerstreik abgebrochen. Vermittelt durch den Amnesty-Generalsekretär Helmut Frenz, war für jeden einzelnen Gefangenen eine entsprechende Verlegung ausgehandelt worden. Uns schien „die Verbindlichkeit der Zusagen ... dadurch gewährleistet zu sein, daß diese zum erstenmal gegenüber einem Repräsentanten von Amnesty International und nicht wie früher gegenüber Anwälten und Gefangenen gemacht wurden. Angesichts dieser Situation und der Gefahr, daß eine Fortsetzung des

Hungerstreiks weitere tote Gefangene bedeuten würde, war eine Weiterführung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verantworten ...“ (Erklärung von Rolf Heißler vom 15.9.).

Gut fünf Monate nach den Zusagen sitzen Gefangene aus der RAF immer noch in Einzelisolation.

Verena Becker z.B. sollte lt. Zusage in bestehende Gruppen nach Lübeck bzw. Westberlin verlegt werden. Von beiden wurde aber eine Aufnahme prinzipiell abgelehnt. Verena wollte dann nach Frankfurt-Preungesheim in eine Gruppe mit Siegfried Hoffmann und Ingrid Barabas. Angekündigt wird ihr stattdessen die Isolierung in Aichach/Bayern. Für diesen Fall kündigt Verena einen Hungerstreik an. Damit bleibt sie vorerst als einzige Frau im Männerknast Kassel, wohin sie wegen einer TB-Erkrankung verlegt wurde. Mit der Information, nach Preungesheim zu kommen, wird sie am 7.9. auf die Reise geschickt. Ankommen tut sie aber in Aichach. Worauf Verena am 8. September den angekündigten Hungerstreik beginnt. Verenas Beispiel macht die ganze Skrupellosigkeit der Justiz gegenüber den Gefangenen deutlich: Verena hat den Hungerstreik angekündigt und in Kenntnis der damit verbundenen Gefahren, angesichts einer gerade unter

Haftbedingungen auskurierten TB-Erkrankung, wird sie trotzdem nach Aichach verlegt.

In Einzelisolation sind u.a. noch Hanna Krabbe in Köln-Ossendorf und Bernd Rösner in Straubing.

Bisher durchgeführte Veränderungen der Haftbedingungen sind nach Meinung der Gefangenen aus der RAF „leichte Korrekturen, die aber nur im Zusammenhang mit dem auf jeden Einzelnen zugeschnittenen Haftprogramm und dem Ziel der Zerstörung unserer politischen Identität zu sehen und zu begreifen sind. Real hat sich nichts geändert“ (ebenda).

Welche Tragweite der Entschluß zu einem neuen Hungerstreik für die Gefangenen haben kann, zeigt der Gesundheitszustand von Rolf Heißler. Er leidet unter so starken Gleichgewichtsstörungen (eine Folge des letzten Hungerstreiks), daß er nur mühsam eigenständig gehen kann. Es ist fraglich, ob die Gleichgewichtsstörungen überhaupt wieder behoben werden können. Eine Wiederaufnahme des Hungerstreiks wird seine Gesundheit wie die der übrigen RAF-Gefangenen sicherlich weiter ruinieren. Nach Holger Meint, Sigurd Debus ist auch der Tod weiterer Gefangener nicht ausgeschlossen.

IKAB und F./KB Kassel

Damit ihr nichts verpaßt... Arbeiterkampf-Abo

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lärchenstraße 75 2000 Hamburg 50

Abender:

(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir will/wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.
Vierteljahresabonnement DM 25,- (nur Abwurf)
Halbjahresabonnement DM 48,-
Jahresabonnement DM 90,-

Förderabonnement DM 75,- (halbjährlich)
Förderabonnement DM 140,- (jährlich)
abgebucht werden oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE, Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos
*Nichtzutreffendes bitte streichen
Kto.-Nr.
Kto.-Inh.
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen.

BLZ

den

Unterschrift

Abschnitt

Stand der Haftsituation

Baden, 15.9. (taz). Am 17.8. dokumentierte die taz den Inhalt der Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Vertretern der politischen Gefangenen, die zum Abbruch des letzten Hungerstreiks der RAF führten. In der Zwischenzeit sind weitere Gefangene den Zusagen bzw. ihre Wünsche entsprechend verlegt worden, einige haben schriftliche Zusagen für eine Verlegung bekommen, bei anderen ist die Haftsituation weiterhin unverändert oder hat sich sogar verschärft.

Lübeck. (Ingrid Möller, Christine Kuby, Annette Reich, Inja Hochstein) Die Gruppe sollte um Angelika Speitel und Verena Becker vergrößert werden, was bisher nicht passiert ist. Angelika Speitel sitzt weiterhin in Köln-Ossendorf in Isolation, Verena Becker, die wegen offener TBC zeitweise von Preungesheim nach Kassel verlegt wurde, ist nach Aichach verschoben worden, wo sie sich seit einigen Tagen im Hungerstreik befindet, um ihr Zurückverlegung nach Preungesheim zu erkämpfen.

Berlin. (Gabriele Rollnick, Gudrun Stiller, Angelika Göder, Monika Berberich) Regina Nicolai und Hanna Krabbe sollten in die Gruppe der Berliner Frauen verlegt werden. Während Hanna Krabbe nach wie vor in Köln-Ossendorf sitzt, ist Regina Nicolai inzwischen in Berlin.

Baden-Württemberg. In Stammheim sollte eine Gruppe gebildet werden mit den bis zum Hungerstreik in Isolation sitzenden Siegfried Haag, Knut Folkerts, Roland Mayer, Günter Sonnenberg, Roland Mayer und Günter Sonnenberg haben inzwischen in Bruchsal eine weitgehende Integration in den Normalvollzug akzeptiert, in deren Rahmen die beiden sich montags bis freitags beim gemeinsamen Hofgang mit anderen Gefangenen sehen. Ihre Anträge auf Zusammenlegung in ein Haus, damit sie sich auch beim Umschlusss sehen können, ist abgelehnt worden. Da Knut Folkerts und Siegfried Haag den Normalvollzug ablehnen, haben sie ihre Verlegung in die Gruppe nach Celle beantragt. Folkerts hat eine entsprechende schriftliche Zusage erhalten, der Antrag von Haag ist abgelehnt worden. Solange Haag nicht auch eine Zusage erhält, weigert sich Folkerts, allein verlegt zu werden. Zur Zeit sitzen beide noch in Isolation in Stammheim.

Niederrhein. (Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herzig) Die JVA Celle hat sich am Ende des Hungerstreiks bereit erklärt bis zu 6 Gefangene aufzunehmen. Entsprechend den Vereinbarungen haben Lutz Taifer und Andreas Vogel, die zur Zeit noch in Schwelmstadt bzw. Berlin sitzen, Zusagen bekommen, nach Celle verlegt zu werden.

Nordrhein-Westfalen. Die Vereinbarungen sehen vor, Gert Schneider, Christof Wackernagel, Ali Jansen, Stefan Wisniewski und Rolf Heißler in NRW zusammenzulegen. Inzwischen ist Wackernagel von Zweibrücken nach Bochum verlegt worden. Für Schneider gibt es eine Zusage von Köln nach Bochum zu kommen. Heißler, dessen Prozeß zur Zeit läuft, ist zusammen mit Jansen, der bald entlassen wird, nach Düsseldorf verlegt worden. Wisniewski, dessen Prozeß ebenfalls noch läuft, soll eine Verlegung in die Gruppe nach Celle beantragen, obwohl er den letzten Hungerstreik frühzeitig abbrach und Integration in den Normalvollzug verlangte.

Hessen. Siegfried Hofmann und Ingrid Barabas sind zwar den Vereinbarungen entsprechend nach Preungesheim verlegt worden, haben aber keinen gemeinsamen Umschlus.

Bayern. Bernd Rösner, der in Straubing einsitzt, hat den Hungerstreik vor den anderen abgebrochen und innerhalb des Normalvollzugs Zusammenlegung mit anderen RAF-Gefangenen gefordert. An seiner Situation hat sich bisher nichts geändert. Es sitzt nach wie vor in Isolation in Straubing.

G.H.

4.9. TAZ